

VIERTELJAHRSSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

Herausgegeben von
Helmut Altrichter, Horst Möller
Margit Szöllösi-Janze, Andreas Wirsching

Aus dem Inhalt

Lutz Raphael
**Deutsche Arbeitswelten zwischen globalen Problemlagen
und nationalen Handlungsbezügen**

Ruth Nattermann
Jüdinnen in der italienischen Frauenbewegung 1914 bis 1945

Sorin Radu
Der Aufbau des Sozialismus
Kaderschulen und Parteibürokratie in Rumänien 1948 bis 1973

René Schlott
Ablehnung und Anerkennung
Raul Hilberg und das Institut für Zeitgeschichte
(Dokumentation)

**Gutachten des IfZ zur Bedeutung Hermann Müllers für die Außenpolitik
der Weimarer Republik**

Idyll und Verbrechen
Die neue Dauerausstellung der Dokumentation Obersalzberg

VIERTELJAHRSSHEFTE FÜR
Zeitgeschichte

1
21

Im Auftrag des
Instituts für Zeitgeschichte München-Berlin
herausgegeben von

Helmut Altrichter
Horst Möller
Margit Szöllösi-Janze
Andreas Wirsching

in Verbindung mit
Elizabeth Harvey, Hélène Miard-Delacroix,
Herfried Münkler und Alan E. Steinweis

Redaktion:
Magnus Brechtken, Agnes Bresselau von Bressensdorf,
Johannes Hürter, Thomas Raithel, Martina Steber
Chefredakteur: Thomas Schlemmer
Stellvertreterin: Petra Weber
VfZ-Online: Barbara Schäffler
Lektorat und Büro: Mirella Kraska

69. Jahrgang Heft 1 Januar 2021

**Anschrift der
Redaktion** Institut für Zeitgeschichte
Leonrodstraße 46 b
80636 München
Tel. 0 89/1 26 88-0
E-Mail: vfz@ifz-muenchen.de

Homepage www.ifz-muenchen.de/vierteljahrshefte/

**Offenes
Heftarchiv** Alle Ausgaben und Beiträge seit 1953 im Free Access,
aktuell bis einschließlich 2015.
www.ifz-muenchen.de/vfz-archiv

Impressum © 2021 Walter de Gruyter GmbH, Berlin/Boston

Alle den redaktionellen Teil der Zeitschrift betreffenden Zusendungen sind zu richten an: Institut für Zeitgeschichte, Leonrodstraße 46 b, 80636 München. Für den Inhalt verantwortlich: Professor Dr. Andreas Wirsching unter gleicher Anschrift. Anzeigenverwaltung: Bendix Düker, De Gruyter, Genthiner Straße 13, 10785 Berlin, Germany. Tel.: +49 (0)30 260 05-170, E-Mail: anzeigen@degruyter.com

Bezugsbedingungen

Die Zeitschrift erscheint vierteljährlich. Jahresabonnement Institutionen: € 65,-; Online-Abonnement € 65,-. Jahresabonnement Einzelkunden: € 59,80; Online-Abonnement € 49,-; Studentenabonnement: € 34,80; Vorzugsabonnement für Mitglieder historischer und politischer Fachverbände € 49,80; jeweils zuzüglich Jahresversandspesen: Inland: € 17,-/Ausland: € 34,-. Einzelheft: € 16,- zuzüglich Versandkosten. Die Preise enthalten bei Lieferung in EU-Staaten die Mehrwertsteuer, für das übrige Ausland sind sie Bruttopreise. Bezieher der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte sind berechtigt, die der Zeitschrift angeschlossene Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (zwei Bände im Jahr) im Abonnement zum Vorzugspreis von € 34,80 zuzüglich Versandkosten zu beziehen.

Bestellungen über jede Buchhandlung oder beim Verlag. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein Jahr, wenn es nicht spätestens zwei Monate vor Ablauf des Kalenderjahres gekündigt wird.

Die Zeitschrift und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.

Satz: jürgen ullrich typosatz, Nördlingen
Druck: Franz X. Stückle Druck und Verlag e.K., Ettenheim.

Lutz Raphael

Deutsche Arbeitswelten zwischen globalen Problemlagen und nationalen Handlungsbezügen 1 Aufsätze
Zeitgeschichtliche Perspektiven

Ruth Nattermann

Emanzipatorischer Aufbruch und antisemitische Verfolgung..... 25
Jüdinnen in der italienischen Frauenbewegung 1914 bis 1945

Sorin Radu

Der Aufbau des Sozialismus 55
Kaderschulen und Parteibürokratie in Rumänien – die regionale Parteschule in Timișoara 1948 bis 1973

René Schlott

Ablehnung und Anerkennung 85 Dokumentation
Raul Hilberg und das Institut für Zeitgeschichte

Ein Sozialdemokrat im Auswärtigen Amt 121 Gutachten des IfZ
Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte zur Bedeutung Hermann Müllers für die Außenpolitik der Weimarer Republik

Idyll und Verbrechen 155 Notizen
Die neue Dauerausstellung der Dokumentation Obersalzberg

15. Aldersbacher Schreib-Praxis 167
Ein anwendungsorientiertes Seminar des Instituts für Zeitgeschichte und des Verlags De Gruyter Oldenbourg (26. bis 30. Juli 2021)

Kommentar im VfZ-Forum und Aufzeichnung des „Podiums Zeitgeschichte“ 2020 169 VfZ-Online

171 Rezensionen online

177 Abstracts

179 Autorinnen und Autoren

181 Hinweise

Während die Geschichte von Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung in Deutschland zumindest für die Jahre bis 1933 lange Zeit ein viel beachteter Forschungsgegenstand gewesen ist, tat sich die Zeitgeschichte insbesondere für die Jahre nach 1945 schwer damit, die Geschichte der Arbeitswelten in den Kanon ihrer Themen und Forschungsfelder aufzunehmen. Dies gilt vor allem für Prozesse transnationaler Transformation seit den 1970er Jahren, die für eine Geschichtswissenschaft nur schwer zu fassen waren, die wenn nicht noch nationalen, so doch (west-)europäischen Bezügen verhaftet war. Seit einiger Zeit beginnt sich die Szenerie freilich zu verändern, nicht zuletzt weil die Folgen der Globalisierung für die Arbeitswelten weit über Deutschland hinausreichen. Lutz Raphael umreißt nicht nur den Gang der Forschung, sondern betont auch das Potenzial einer Zeitgeschichte der Arbeitswelten, die globale Problemlagen ernst nimmt, ohne nationale Handlungsbezüge zu vernachlässigen.

Lutz Raphael

Deutsche Arbeitswelten zwischen globalen Problemlagen und nationalen Handlungsbezügen

Zeitgeschichtliche Perspektiven

I. Zeitgeschichte der Arbeit: aktuelle Kontexte

Die Geschichte der Arbeit ist nach langen Jahren nostalgischer Nischenexistenz zurückgekehrt auf die Bühne der Zeitgeschichte in der Bundesrepublik Deutschland.¹ Drei akademische Ereignisse sind symptomatisch für die neue Dynamik, die dieses Forschungsfeld erfasst hat. Im Dezember 2019 fand die Abschlusstagung des Graduiertenkollegs „Wandel der Arbeitswelt“² im Institut für Zeitgeschichte in München statt. Im Februar 2020 wurde im Institut für soziale Bewegungen anlässlich der Gründung der *German Labour History Association* die Tagung „Zur Freiheit der Arbeit im Kapitalismus“ veranstaltet. Zeitgleich organisierten die Verantwortlichen des Internationalen Geisteswissenschaftlichen Kollegs „Arbeit und Lebenslauf in globalgeschichtlicher Perspektive“, kurz re:work, an der Humboldt Universität zu Berlin (HU) internationale Konferenzen, um in drei Bänden die Ergebnisse der nunmehr zehnjährigen Forschungsarbeit zu bündeln. Alle drei Ini-

¹ Vgl. die Bilanz von Dietmar Süß, A scheene Leich? Stand und Perspektiven der westdeutschen Arbeitergeschichte nach 1945, in: Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen 34 (2005), S. 51–76.

² Zum Projekt vgl. Sebastian Voigt, Wandel der Arbeitswelt – Ökonomische Transformationen, Gewerkschaften und soziale Ungleichheit seit den 1970er Jahren. Ein Graduiertenkolleg als Kooperationsprojekt des Instituts für Zeitgeschichte, des Zentrums für Zeithistorische Forschung und des Instituts für soziale Bewegungen, in: VfZ 66 (2018), S. 685–699.

tativen haben dazu beigetragen, der Geschichte der Arbeit ihren Platz in der kritischen Zeitgeschichtsforschung zurückzuerobern, und sie sind Teil vielfältiger Aufbrüche, die seit etwa zehn Jahren dieses Forschungsgebiet in Deutschland tiefgreifend verändern. Dies ist Anlass genug, um über den aktuellen Stand und künftige Aufgaben einer Zeitgeschichte der Arbeitswelten nachzudenken.³

Eine solche Standortbestimmung darf nicht die Prägungen ausblenden, die die Gegenwart in uns hinterlässt. Wir leben in einer Gesellschaft, die gerade dabei ist, ihre eigenen Arbeitswelten zu inspizieren und neu zu bewerten. In den 1980er und 1990er Jahren hatte das Gegensatzpaar Massenarbeitslosigkeit und neue digitale Arbeitswelten die öffentliche Phantasie und Wahrnehmung beflügelt. Auf der einen Seite entdeckte man mit ungläubigem, zuweilen bewunderndem Staunen die neuen Arbeitsplätze von Computer-Spezialistinnen und -Spezialisten, Entwicklerinnen und Entwicklern von Medien- und Kommunikationsdesign oder in Wirtschafts- beziehungsweise Unternehmensberatungen aller Art, auf der anderen Seite malten Reportagen das dunkle Bild abgehängter Langzeitarbeitsloser und arbeitsferner Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger. Die Schlagworte Prekarisierung und Flexibilisierung gehören zu den Erbschaften dieser Umbruchphase.⁴ Sie haben nach dem Ende des Nachkriegsbooms und der Vollbeschäftigung für gut drei Jahrzehnte die Wahrnehmungsmuster von Arbeitswelten in unserer Gesellschaft strukturiert. Erst allmählich entdecken wir die Vielfalt heutiger Arbeitswelten: im Handel, in der Logistik, in der Pflege und medizinischen Versorgung, neuerdings auch in Kinderbetreuungseinrichtungen, Schulen und Hochschulen. Das steht sicherlich in enger Verbindung mit dem massiven Anstieg der Beschäftigungsquote in den letzten 15 Jahren. Heute sind in der Bundesrepublik sechs Millionen mehr Menschen beschäftigt als im Jahr 2000. Von 2002 bis 2018 stieg der Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerungsgruppe der 20- bis 64-Jährigen von 68,7 auf 79,9 Prozent.⁵ Der Hauptanteil an dieser Zunahme entfällt auf die Frauen: Ihre Erwerbsquote stieg von 61,8 auf 75,8 Prozent und lag damit nur

³ Eine erste Version dieser Überlegungen ist auf der Abschlusstagung des Graduiertenkollegs „Soziale Folgen des Wandels der Arbeitswelt in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts“ am 12.12.2019 in München vorgetragen worden. Ich danke allen Diskussionsteilnehmenden für kritische Fragen und Anmerkungen.

⁴ Vgl. Dietmar Süß, *Der Sieg der grauen Herren? Flexibilisierung und der Kampf um Zeit in den 1970er und 1980er Jahren*, in: Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael/Thomas Schlemmer (Hrsg.), *Vorgeschichte der Gegenwart. Dimensionen des Strukturbruchs nach dem Boom*, Göttingen 2016, S. 109–128.

⁵ Zu den Erwerbspersonen zählen in der amtlichen Statistik die Erwerbslosen und Erwerbstätigen mit Wohnsitz in Deutschland (Inländerkonzept). Zu den Erwerbstätigen zählen alle Personen, die als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Arbeiterinnen und Arbeiter, Angestellte, Auszubildende, Beamtinnen und Beamte, geringfügig Beschäftigte, Soldatinnen und Soldaten) oder als Selbstständige bzw. mithelfende Familienangehörige eine auf wirtschaftlichen Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben. Zu den Erwerbslosen zählen Personen, die nicht erwerbstätig sind, für die Aufnahme einer Beschäftigung zur Verfügung stehen und aktiv danach suchen; vgl. Statistisches Jahrbuch 2019, 30.10.2019, S. 358; www.destatis.de/DE/Themen/Querschnitt/Jahrbuch/jb-arbeitsmarkt.pdf?__blob=publicationFile/ [14.5.2020].

noch acht statt 14 Prozentpunkte hinter der der Männer.⁶ Statt des Verlusts von Arbeit erleben wir heute eine Entgrenzung von Arbeit: Die Übergänge zwischen Freizeit und Arbeit sind offener und unbestimmter, der konkrete Arbeitsort ist beweglicher und unbeständiger geworden. In unserem Sprechen erobert die Arbeitssemantik viele Bereiche, die sich früher ihrem Zugriff entzogen.⁷ Gleichzeitig werden die Verbindungen zwischen Arbeitswelten und Lebensentwürfen stärker als in früheren Zeiten kritisch thematisiert. Individuelle Ansprüche an gute Arbeit sind größer geworden, andersherum sind die Anforderungen der Arbeitswelten an den Einzelnen im Durchschnitt gewachsen. Die Bedeutung von Arbeit für das psychische und physische Wohlergehen des Einzelnen, aber auch für seine moralische Wertschätzung und seine soziale Einbindung in die Gesellschaft hat eher zu- als abgenommen.

All diesen Phänomenen ist eigentümlich, dass ihnen eine klare Richtung fehlt. Dies sorgt für schwankende Bewertungen und ambivalente Folgen. Es entsteht bei Beobachterinnen und Beobachtern der zeithistorischen Szenerie der Eindruck, als seien sie Zeugen des Umbaus der Ordnungsmuster, mit denen unsere westlichen Gesellschaften den Abschied von der Maloche und der Selbstauslegung als Industriegesellschaften zu organisieren beziehungsweise zu bewältigen versuchen. Zu vermuten ist, dass die Aufbrüche und das neue Interesse an der Geschichte von Arbeitswelten mit aktuellen Umcodierungsarbeiten unseres Meinungswissens⁸ und der sie tragenden politisch-sozialen Sprachen zu tun haben.

Der Bezugsort, auf den sich Beobachtungen, Kommentare und Bewertungen in öffentlichen Debatten in den meisten Fällen beziehen, ist die eigene Nation in ihrer ambivalenten Doppelbedeutung als demokratische Verfassungsordnung und als territorialer Gesellschaftscontainer. Die laufenden Grenzüberschreitungen in Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft haben die Fixierung der Problemwahrnehmungen auf die nationalen Kontexte kaum tangiert. Dabei müssen Zeithistorikerinnen und -historiker aber der Tatsache Rechnung tragen, dass Prozesse wie die Entstehung eines europäischen Binnenmarkts mit all den dazu gehörenden rechtlichen Regulierungen und das Zusammenwachsen globaler Märkte große Bedeutung für die konkrete Gestaltung hiesiger Arbeitswelten gewonnen haben – sie können es sich nicht leisten, nur auf die nationalen Zusammenhänge zu achten. Dabei haben wir zugleich auch die Phase bloß europäischer Horizonterweiterungen hinter uns gelassen. Der sogenannte methodische Nationalismus gilt heute wie sein jüngerer Zwilling, der Eurozentrismus, als akademische Todsünde und wird

⁶ Vgl. Erwerbstätigenquote der 20- bis 64-Jährigen in Deutschland nach Geschlecht von 2003 bis 2019, 19.5.2020; de.statista.com/statistik/daten/studie/198921/umfrage/erwerbstaetigenquote-in-deutschland-und-eu-nach-geschlecht/ [14.5.2020].

⁷ Vgl. Jörn Leonhard/Willibald Steinmetz, Von der Begriffsgeschichte zur historischen Semantik von „Arbeit“, in: Jörn Leonhard/Willibald Steinmetz (Hrsg.), Semantiken von Arbeit. Diachrone und vergleichende Perspektiven, Köln/Weimar/Wien 2016, S. 9–59, hier S. 31–37 und S. 56–59.

⁸ Vgl. Morten Reitmayer, Elite. Sozialgeschichte einer politisch-gesellschaftlichen Idee in der frühen Bundesrepublik, München 2009, S. 32–42.

entsprechend stigmatisiert. Weltweite Transfers, grenzüberschreitende Verflechtungen oder Netzwerke und transnationale Phänomene gehören heute zu den nobelsten Gegenständen, denen wir Historikerinnen und Historiker uns zuwenden können. Der „Tanz der Ströme und Fragmente“, wie dies Frederick Cooper spöttisch genannt hat,⁹ erreichte als Modeströmung die deutsche Geschichtswissenschaft relativ spät, aber hat wie der Tango viele hiesige *apasionados* gefunden. Mit ihnen muss auch eine neue Arbeitsgeschichte rechnen.¹⁰

II. Widerstreitende Erkenntnisinteressen einer neuen Arbeitsgeschichte

Wie lassen sich diese aktuellen Entwicklungen in intellektuelle Anregungen verwandeln? Aus einer diffusen Neugierde für neue Arbeitswelten und globale Zusammenhänge muss sich ein historisches Problembewusstsein formen, ohne das eine neue Arbeitsgeschichte nicht auskommen wird. Denn auch für sie gilt, was Lucien Febvre allen Historikerinnen und Historikern 1941 ins Stammbuch geschrieben hat: „Poser un problème, c’est précisément le commencement et la fin de toute l’histoire.“¹¹ Knapp zusammengefasst: keine Geschichtsforschung ohne Problemstellung. Aber diese Problemhorizonte sind keineswegs eindeutig definiert. Alles deutet darauf hin, dass die neue Arbeitsgeschichte von gegenläufigen Erkenntnisinteressen bewegt wird. Daraus entstehen Zielspannungen für die Zielsetzung und Problemwahrnehmung, denen man grosso modo zwei Achsen zuordnen kann: Die erste wird durch das Gegensatzpaar National- und Globalgeschichte bestimmt, die zweite durch das Gegensatzpaar Lohnarbeit und informelle beziehungsweise selbstständige Tätigkeit. Je nach Ausrichtung ergeben sich erhebliche Unterschiede, wenn es um Themenwahl, Theoriebezüge und Methoden einer neuen Arbeitsgeschichte geht.

Beginnen wir mit der Zielspannung nationale versus globale Bezüge. Die neue Geschichte der Arbeitswelten hat auch hierzulande enorm vom Aufschwung der *Global Labour History* profitiert.¹² Damit ist seit langer Zeit wieder ein internationa-

⁹ Frederick Cooper, Was nützt der Begriff der Globalisierung? Aus der Perspektive eines Afrika-Historikers, in: Ders., *Kolonialismus denken. Konzepte und Theorien in kritischer Perspektive*, Frankfurt a. M./New York 2012, S. 160–193, hier S. 165.

¹⁰ Kritische Bestandsaufnahmen der Globalgeschichte häufen sich angesichts der großen Dynamik, die sie international entfaltet. Aus der Vielzahl der Stellungnahmen seien hier genannt: Jürgen Osterhammel, *Global History/Comment: Pierre-Yves Saunier/Response: Jürgen Osterhammel*, in: Marek Tamm/Peter Burke (Hrsg.), *Debating New Approaches to History*, London u. a. 2019, S. 21–48; Andreas Eckert, *Why all the Fuss About Global Labour History*, in: Ders. (Hrsg.), *Global Histories of Work*, Berlin/Boston 2016, S. 3–24, und ders., *Area Studies and the Development of Global Labor History*, in: Ulbe Bosma/Karin Hofmeester (Hrsg.), *The Lifework of a Labor Historian. Essays in Honor of Marcel van der Linden*, Leiden 2018, S. 156–173.

¹¹ Lucien Febvre, *Vivre l’histoire. Propos d’initiation*, in: Ders., *Combats pour l’histoire*, Paris 1953, S. 18–33, hier S. 22.

¹² Deren Entstehung ist aufs Engste verknüpft mit der Neuorientierung des „International Institute of Social History Amsterdam“; vgl. Jan Lucassen, *Workers. New Developments in Labor History since the 1980s*, in: Bosma/Hofmeester (Hrsg.), *Lifework*, S. 22–46.

ler Bezugsrahmen und in Ansätzen auch Diskussionszusammenhang entstanden, in den konkrete Studien zu Arbeitswelten eingebettet werden können. Den teilnehmenden Beobachterinnen und Beobachtern fallen dabei drei Phänomene auf: Erstens erweitert die weltumspannende Perspektive die Vielfalt der Arbeitsverhältnisse und Arbeitswelten, mit denen eine neue *Global Labour History* methodisch und theoretisch zurande kommen muss. Dies ist jedenfalls der Minimalkonsens, auf den man sich für dieses Teilfeld historischer Arbeitsstudien rasch einigen konnte. Über die sich daraus ergebenden forschungspraktischen und theoretischen Konsequenzen besteht hingegen Dissens. Zweitens rücken in der *Global Labour History*, sofern sie sich der Zeitgeschichte zuwendet, industrielle Arbeitswelten im globalen Süden mehr und mehr in den Vordergrund. Dort geht es nicht um den Abschied von der Maloche, sondern meist erst um deren Einführung oder Ausweitung. Drittens erleben wir in der *Global Labour History* die Metamorphose des intellektuellen Engagements, ohne das Arbeitsgeschichte oder Arbeiter(bewegungs)geschichte nicht zustande gekommen wäre und auch heute nicht existieren würde. Nun sind es die Befreiungsversuche des globalen Südens, neue soziale Bewegungen, aber auch international agierende Nichtregierungsorganisationen oder Gewerkschaftssekretariate, die die lebensweltlichen Bezugspunkte von Forscherinnen und Forschern darstellen, die sich für die Geschichte der alten und neuen Arbeitswelten interessieren.¹³ Den Historikerinnen und Historikern der westlichen Metropolen kommt dabei bis heute eine ambivalente Rolle zu: Sie sind so etwas wie die globalhistorischen Veredler am Ende einer langen, transnationalen Kette von Emanzipationsnarrativen von Arbeiterinnen und Arbeitern. Dass dies vor allem internationalistisch geschulte Linke sehr gut können, versteht sich von selbst.

Die meisten laufenden Forschungsvorhaben zur Zeitgeschichte der Arbeit hierzulande widmen sich aber weiterhin Arbeitswelten in Deutschland, viele von ihnen sind als Beiträge zu einer deutschen Gesellschaftsgeschichte im langen 20. Jahrhundert zu lesen und liefern wichtige Bausteine für die Geschichte der Bundesrepublik beziehungsweise der DDR. Welchen Nutzen können sie aus der globalgeschichtlichen Wende ziehen? Lässt sich also aus dem ganz anderen Problemhaushalt und Lektürekanon der *Global Labour History* Profit für solche nationalhistorischen Bezüge ziehen? Die Globalgeschichte der Arbeit hat die Erforschung von informeller Arbeit, Hausarbeit sowie von freien und unfreien Formen der Arbeit ganz oben auf ihre Agenda gesetzt.¹⁴ Informelle, aus deutscher beziehungsweise westeuropäischer Sicht rechtlich schwach oder gar nicht geregelte Arbeitsverhältnisse geraten in den Blick – und laden zur Neubewertung aktueller Veränderungen in hiesigen Arbeitswelten ein.¹⁵

¹³ Vgl. Marissa Brookes/Jamie K. McCallum, The New Global Labour Studies. A Critical Review, in: *Global Labour Journal* 8 (2017), S. 201–217.

¹⁴ Vgl. Marcel van der Linden, *Workers of the World. Essays Toward a Global Labor History*, Leiden/Boston 2008, S. 17–37.

¹⁵ Vgl. Jan Breman/Marcel van der Linden, Informalizing the Economy. The Return of the Social Question at a Global Level, in: *Development and Change* 45 (2014), S. 920–940.

Auch die Lektüre anderer Klassiker ist jetzt möglich: Frederick Coopers Studie zu Arbeitskämpfen in der Spätphase französischer Kolonialherrschaft in Westafrika wäre hier zu empfehlen.¹⁶ Die Lektüre von Aufsätzen Marcel van der Lindens tritt eventuell an die Stelle kanonischer Weber-Texte.¹⁷ Die kulturwissenschaftlich angereicherten postkolonialen Deutungshorizonte erweitern und verändern den theoretischen Horizont: John Stuart Halls Untersuchungen zu den Verknüpfungen und Überlagerungen der Grenzziehungen von *Gender*, *Class*, *Race* und *Ethnicity* sind ebenso zu nennen wie die frühen *Subaltern Studies* zu Arbeitskämpfen und -konflikten.¹⁸ Die indischen, afrikanischen oder lateinamerikanischen Arbeitswelten rücken nun – zumindest konzeptionell und normativ – viel näher an die deutschen Arbeitswelten. In der Bundesrepublik hat das Internationale Forschungskolleg an der HU Berlin eine wichtige Rolle bei der Akklimatisierung solcher Perspektiven gespielt.¹⁹ In diesem neuartigen Spannungsfeld rangiert nun auch die *German Labour History Association*.

Bei genauerem Hinsehen geht es natürlich nicht um den Konflikt zwischen neuen und alten Ansätzen. Die Provinzialisierung Europas, um die heute griffige, aber missverständliche Formel aufzunehmen, öffnet den Horizont unserer Studien und regionalisiert die Geltungsansprüche überkommener Kategorien und Erklärungsmodelle. Angeprangert werden immer wieder die Engführung der Arbeitsgeschichte auf die Arbeitswelten männlicher Vollerwerbstätigkeit in Industrie oder Verwaltung, die unsachgemäße Verallgemeinerung der Spezifika von Proletarisierung beziehungsweise Klassenbildung nach britischem oder kontinentaleuropäischem Muster sowie schließlich die Isolierung von kritischen Perspektiven der Gender- und Kolonialismusgeschichte.²⁰

Die Anerkennung der Vielfalt von Arbeitsformen und Arbeitsverhältnissen hat die Aufmerksamkeit für die sozial-kulturelle Einbettung aller Arbeitswelten noch einmal gesteigert. Gleichzeitig hat die globalgeschichtliche Perspektive uns sensibilisiert für die Fernwirkungen, die von internationalen wirtschaftlichen und politischen Interdependenzen auf Arbeitswelten ausgehen.²¹ Nur wenn die weltwirtschaftlichen Zusammenhänge internationaler Kapitalanlage und -verwertung sowie asymmetrischer Arbeitsteilungen in globalen Wertschöpfungsketten mitge-

¹⁶ Vgl. Frederick Cooper, *Decolonization and African Society. The Labor Question in French and British Africa*, Cambridge 1996.

¹⁷ Vgl. van der Linden, *Workers of the World*.

¹⁸ Vgl. John Stuart Hall, *Das verhängnisvolle Dreieck. Rasse, Ethnie, Nation*, Berlin 2018, und Ranajit Guha (Hrsg.), *Subaltern Studies. Writings on South Asian History and Society*, 3 Bde., Delhi 1982–1984.

¹⁹ Vgl. die bei De Gruyter Oldenbourg verlegte Buchreihe: *Work in Global and Historical Perspective*, hrsg. von Andreas Eckert, Sidney Chalhoub, Mahua Sarkar, Dmitri van den Berselaar und Christian G. De Vito; seit 2016 sind neun Bände erschienen.

²⁰ Vgl. Marcel van der Linden, *Transnational Labour History. Explorations*, Aldershot 2003, S. 2.

²¹ Vgl. Nicole Mayer-Ahuja, *Die Globalität unsicherer Arbeit als konzeptionelle Provokation. Zum Zusammenhang zwischen Informalität im „Globalen Süden“ und Prekarität im „Globalen Norden“*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 43 (2017), S. 264–296.

dacht werden, können national- oder regionalzentrierte Forschungs- und Erklärungsperspektiven für die Zeitgeschichte von Arbeitsverhältnissen zu intellektuell befriedigenderen Ergebnissen führen.²² *Global Labour History* kann als intellektueller Impfstoff gegen die Gefahr wirken, arbeitsgeschichtlich in national bornierte Narrative zurückzufallen. Dieses Risiko ist nicht von der Hand zu weisen, zumal der neue Internationalismus der *Global Labour History* keineswegs auf theoretisch und methodisch sicheren Füßen steht.

Es ist kein Zufall, dass die wichtigsten Impulse für eine solche Fundierung aus der Geschichte des Kapitalismus stammen und nicht erst aus Anlass des 200. Geburtstags von Karl Marx marxistische Denkfiguren mobilisiert werden, um die Globalgeschichte der Arbeitswelten aus den Sackgassen herauszubringen, in die gängige Globalisierungsdiskurse und postkoloniale Posen sie hineinmanövrieren.²³ In jüngster Zeit hat sich auch die Forschung im Bereich der Arbeitswelten in diese theoretischen und methodischen Debatten eingemischt – zu nennen sind an dieser Stelle die Beiträge von Werner Plumpe, Friedrich Lenger, Jürgen Kocka oder Thomas Welskopp.²⁴ Für die internationale Debatte sind schließlich auch die Anregungen besonders wichtig, die die begriffsgeschichtliche Tradition einer transnationalen Geschichte der Arbeit zu geben vermag. Zu nennen ist der Aufsatzband des Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte, der von Willibald Steinmetz und Jörn Leonhard herausgegeben worden ist und sich mit den Semantiken von Arbeit in den unterschiedlichen sprachlich-kulturellen und sozio-ökonomischen Zusammenhängen auseinandersetzt.²⁵ An beiden Polen – Global- wie Nationalgeschichte – sind die gerade in der deutschsprachigen Forschung frühzeitig etablierten Brückenschläge zwischen historischer Semantik und der Sozialgeschichte von Arbeitswelten von größter Bedeutung. Angesichts ihrer inhärenten Zielspannung macht es keinen Sinn, national- gegen globalgeschichtliche Perspektiven auszu-

²² Vgl. Patrick Neveling, Free Trade Zones, Export Processing Zones, Special Economic Zones and Global Imperial Formations 200 BCE to 2015 CE, in: Immanuel Ness/Zak Cope (Hrsg.), *The Palgrave Encyclopedia of Imperialism and Anti-Imperialism*, Bd. 2, Basingstoke 2015, S. 1007–1016; Patrick Neveling, Flexible Capitalism and Transactional Orders in Colonial and Postcolonial Mauritius. A Post-Occidental View, in: Jens Kjaerulf (Hrsg.), *Flexible Capitalism. Exchange and Ambiguity at Work*, Oxford 2015, S. 207–234, und Patrick Neveling, Export Processing Zones and Global Class Formation, in: James G. Carrier/Don Kalb (Hrsg.), *Anthropologies of Class. Power, Practice and Inequality*, Cambridge 2015, S. 164–182.

²³ Vgl. Benjamin Zachariah/Lutz Raphael/Brigitta Bernet (Hrsg.), *What's Left of Marxism. Historiography and the Possibilities of Thinking with Marxian Themes and Concepts*, Berlin 2020.

²⁴ Vgl. Werner Plumpe, *Das kalte Herz: Kapitalismus. Die Geschichte einer andauernden Revolution*, Berlin 2019; Friedrich Lenger, *Globalen Kapitalismus denken. Historiographie-, theorie- und wissenschaftsgeschichtliche Studien*, Tübingen 2018; Jürgen Kocka, *Geschichte des Kapitalismus*, München 2013, und Thomas Welskopp, *Unternehmen Praxisgeschichte. Historische Perspektiven auf Kapitalismus, Arbeit und Klassengesellschaft*, Tübingen 2014. Vgl. auch den Literaturbericht von Sebastian Voigt, *Kapital und Arbeit in Bewegung. Zu einigen Neuerscheinungen über die Geschichte des Kapitalismus, der Arbeit(-swelt), der Arbeiterbewegung und der Gewerkschaften*, in: *Neue Politische Literatur* 65 (2020), S. 45–76.

²⁵ Vgl. Leonhard/Steinmetz (Hrsg.), *Semantiken*.

spielen, wie dies gern getan wird, wenn es um Machtpositionen und symbolische Geländegewinne in unserem Fach geht. Meines Erachtens handelt es sich um eine notwendige Zielspannung, die dem Gegenstand Arbeitswelten heute eingeschrieben ist.²⁶

Eine zweite Zielspannung scheint mir von mindestens ebenso großer Bedeutung zu sein. Angesichts der Pluralisierung heutiger Arbeitswelten und einer Diffusion der Arbeitssemantiken rücken mögliche thematische Grenzen einer Arbeitsgeschichte in immer weitere Fernen. Jede menschliche Tätigkeit gerät ins Visier einer historischen Anthropologie von Arbeit; die Freude an der Entdeckung atypischer Beschäftigungsweisen wird noch gesteigert durch die Prämierung singularer Originalitätsprodukte im Wettkampf um Ressourcen und Aufmerksamkeit im gegenwärtigen Wissenschaftssystem. Auf der einen Seite entstanden deshalb enzyklopädische Visionen einer Globalgeschichte moderner Arbeitswelten,²⁷ während die Erforschung von lohnabhängiger Beschäftigung zumal in ihrer industriellen Variante kapitalistischer oder sozialistischer Prägung den traditionellen Gegenpol darstellt. Von ihm auszugehen, verspricht sichere Geländegewinne. Denn dort ist auch nach wie vor die größte empirische Forschungsdichte und Expertise vorhanden; viele theoretische und methodische Einsichten resultieren gerade aus der Verdichtung dieser empirischen Forschungsarbeit.

Auch hier besteht eine strategische Zielspannung zwischen der Weiterführung etablierter Forschungsfragen und der Exploration neuer Themenfelder. Es spricht nichts dagegen, unser historisches Wissen über die Tätigkeit von Maklern, Handlungsreisenden oder Musikern zu erweitern und klassischen Studien zu den Arbeitswelten von Metallarbeitern auch solche über Näherinnen, Erzieherinnen und Politikerinnen zur Seite zu stellen. Damit vollzieht die Arbeitsgeschichte nur nach, was im Bereich der Arbeitssoziologie und -ethnologie längst passiert ist.²⁸ Aber eine solche Erweiterungsstrategie bedarf der theoretisch-methodischen Reflexion. Auf jeden Fall ist es ratsam, den Fehler der Soziologie zu vermeiden und die Beschäftigung mit Arbeitswelten zu einer fest ummauerten Spezialistendomäne mit Teilfachansprüchen zu entwickeln.

Untersuchungen vergangener Arbeitswelten finden Anknüpfungspunkte in ganz unterschiedlichen Themenfeldern, Sachzusammenhängen und Teildisziplinen. Die Kategorie Arbeit selbst ist ahistorisch-abstrakt und deshalb denkbar ungeeignet für neue disziplinäre Grenzziehungen innerhalb der Geschichtswissenschaft. So kommen wir auch nicht an den Einsichten der historischen Semantik vorbei, dass die Exploration der Deutungshorizonte, in die konkrete Arbeitstätigkeiten und entsprechende Arbeitswelten auf lokaler, regionaler beziehungsweise

²⁶ Vgl. Sebastian Voigt/Heinz Sünker (Hrsg.), Arbeiterbewegung, Nation, Globalisierung. Bestandsaufnahme einer alten Debatte, Weilerswist 2014.

²⁷ Vgl. Karin Hofmeester/Marcel van der Linden (Hrsg.), Handbook The Global History of Work, Berlin 2018; zum Konzept und zur Methode eines solchen Zugangs vgl. Karin Hofmeester/Marcel van der Linden, Introduction, in: Ebenda, S. 1–14.

²⁸ Vgl. Gerd Spittler, Anthropologie der Arbeit. Ein ethnographischer Vergleich, Wiesbaden 2016.

nationaler Ebene eingeordnet werden, den Ausgangspunkt für die thematischen Erweiterungen der Arbeitsgeschichte bilden muss.²⁹ Eine historische Phänomenologie auch nur produktiver Tätigkeiten erweitert zwar den Wissensstand einer künftigen Globalgeschichte – verstanden als Fortsetzung weltgeschichtlicher Syntheseanstrengungen – hat aber nur wenig intellektuelle Ausstrahlungskraft für die Erneuerung historischer Forschungen hiesiger Arbeitswelten in der jüngeren Vergangenheit und in ihren grenzüberschreitenden Vernetzungen und Strukturzusammenhängen.³⁰

III. Zeitgeschichte und Arbeitsgeschichte: organisierte Nähe und erprobte Distanz

Die meisten laufenden Projekte zur Zeitgeschichte der Arbeit widmen sich Arbeitswelten in Deutschland. Die Bezugspunkte zu den großen Themen der Zeitgeschichte sind offensichtlich. Dabei sind freilich die institutionellen und intellektuellen Traditionen zu bedenken, in denen die Geschichte der Arbeit und der Arbeitenden in Deutschland sich entwickelt hat. Als nachrangiger Bestandteil einer primär politisch und politikgeschichtlich definierten Arbeiter(bewegungs)geschichte hat die Geschichte von Arbeitswelten längere Zeit eine Rand- und Schattenexistenz geführt.

Dieses Arbeitsgebiet gehörte wiederum zu dem institutionell streng (partei)politisch eingehegten Bereich der Zeitgeschichte, der nach 1945 in die ideologische Konfrontation des Kalten Kriegs und die Konkurrenz der beiden deutschen Staaten hineingeriet. Vor allem Kommunisten und Sozialdemokraten kämpften erbittert um die Deutungshoheit in diesem Feld. Aus dieser Engführung ist die Arbeiterbewegungsgeschichte erst herausgetreten, als die neue Sozialgeschichte der industriellen Welt die Geschichte der Arbeit zu einer ihrer Hauptarbeitsfelder erklärte. Mit dem Arbeitskreis für moderne Sozialgeschichte und Werner Conzes Leitidee, dass die industrielle Welt eine methodische und theoretische Herausforderung der besonderen Art für die Geschichtswissenschaft darstelle, sowie der daran anknüpfenden Gesellschaftsgeschichte Bielefelder Prägung sind zwei wichtige methodische, theoretische und interpretatorische Rahmungen genannt, ohne die wir die Aufbrüche von heute nicht verstehen.³¹ In beiden Fällen verband sich ein

²⁹ Vgl. die empirischen Studien in Leonhard/Steinmetz (Hrsg.), *Semantiken*.

³⁰ Dies ist offensichtlich für andere Weltregionen anders. Nur so ist es zu erklären, dass der *Mainstream* einer „Global Labour History“ enzyklopädische Ambitionen mit problemorientierter Analytik zu versöhnen sucht; vgl. Stefano Bellucci/Andreas Eckert (Hrsg.), *General Labour History of Africa. Workers, Employers and Governments 20th–21st Centuries*, Woodbridge 2019.

³¹ Ergebnisbilanzen dieser beiden Strömungen auf dem Feld der deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts bieten: Gerhard Schildt, *Die Arbeiterschaft im 19. und 20. Jahrhundert*, München 1996; Günther Schulz, *Die Angestellten seit dem 19. Jahrhundert*, München 2000, und Wolfgang Kaschuba, *Lebenswelt und Kultur der unterbürgerlichen Schichten im 19. und 20. Jahrhundert*, München 1990. Zu den Forschungszusammenhängen vgl. Klaus Tenfelde, *Die Geschichte der Arbeiter zwischen Strukturgeschichte und Alltagsgeschichte*,

politisches Projekt mit einer historischen Problemstellung: Es ging um die Integration der industriellen Arbeitswelten in die politische Ordnung der Nation, es ging um Modernisierungschancen und -risiken, die mit dem Basisprozess der Industrialisierung in Deutschland verbunden waren.³² Der Deindustrialisierungsschub zwischen 1980 und 2000 hat diese klassischen Problemstellungen in den Hintergrund gedrängt. Der Prestigeverlust der Sozialgeschichte innerhalb der Geschichtswissenschaft, aber auch das Ende des Kommunismus und die anhaltende Krise der Sozialdemokratie haben, zusammen mit der Deindustrialisierung, diese Sonderkonjunktur beendet.

Man sollte aber nicht vergessen, dass die Gesellschaftsgeschichte die Zeithorizonte der Zeitgeschichte verschoben hat: Sie arbeitete übergreifende soziale und politische Problemlagen der Zeitspanne zwischen 1880 und 1970/80 heraus und konturierte so eine industriegesellschaftliche Epoche der jüngeren deutschen Nationalgeschichte. Demgegenüber beharrte eine primär auf die politischen und kulturellen Aspekte fokussierte Zeitgeschichte weiterhin auf dem Gewicht der Zäsuren von 1914, 1933, 1945 und dann 1990. In beiden Interpretationsrahmen blieben Themen, denen in der neuen Arbeitsgeschichte große Aufmerksamkeit geschenkt wird, eher randständig.

Sucht man nach Gründen, warum Arbeitsgeschichte und Zeitgeschichte eher in freundlicher Distanz zueinander stehen, sollte man auch nicht den Einfluss unterschätzen, den die zeitgenössischen Gesellschaftsbilder auf die Zeithistoriker und ihre Sicht der Arbeitswelten ausüben. Seit den 1980er Jahren sorgten diese zeitgenössischen Gesellschaftsbilder und die Expertisen der Sozialwissenschaften dafür, dass andere Aspekte der sozialen Wirklichkeit die Aufmerksamkeit der Zeithistorikerinnen und -historiker auf sich zogen: Migration, Bildung und Konsum, kulturelle Identitäten und Individualisierung waren Themen, deren Behandlung nur wenig Berührungspunkte zur Geschichte von Arbeit und Arbeitswelten aufwies. Bei der Verschiebung der Aufmerksamkeit folgte die Zeitgeschichte den soziologischen Trenddeutern der Zeit: „Krise der Arbeitsgesellschaft“, „Erlebnisgesellschaft“, jüngst die „Gesellschaft der Singularitäten“.³³ Im Ergebnis wurde die Relevanz der Arbeitswelten für den gedachten sozialen Raum, in den die Wohnbevölkerung des deutschen Staats nach 1990 hineinprojiziert wird, immer geringer gewertet. Im Ergebnis spielte Arbeit bestenfalls als Erwerbsquelle von Haushalten eine Rolle, denn deren Einkommenshöhe war und ist für milieuprägende Lebensstile von nicht zu leugnender Bedeutung. Medial vermittelte Konsumwelten und generationsspezi-

in: Wolfgang Schieder/Volker Sellin (Hrsg.), Sozialgeschichte in Deutschland. Entwicklungen und Perspektiven im internationalen Zusammenhang, Bd. 4: Soziale Gruppen in der Geschichte, Göttingen 1986, S. 81–107, und Kim Christian Priemel, Heaps of Work. The Ways of Labour History, online: H-Soz-Kult, 23.1.2014; hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/forum/2014-01-001 [25.6.2020].

³² Vgl. Klaus Tenfelde (Hrsg.), Arbeiter im 20. Jahrhundert, Stuttgart 1991.

³³ Vgl. Joachim Matthes (Hrsg.), Krise der Arbeitsgesellschaft. Verhandlungen des 21. Deutschen Soziologentages in Bamberg 1982, Frankfurt a. M. 1983; Gerhard Schulze, Die Erlebnisgesellschaft. Kulturosoziologie der Gegenwart, Frankfurt a. M. 1992, und Andreas Reckwitz, Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne, Berlin 2017.

fisch beziehungsweise bildungsspezifisch geprägte Wertorientierungen wurden als viel wichtiger eingeschätzt. Man darf vermuten, dass diese Deutungen nur Symptome der eingangs geschilderten Umbruchsituation unserer Arbeitswelten sind.

Dieses Wechselspiel von Distanz und Nähe gilt es zu bedenken, wenn man den Stellenwert einer neuen Arbeitsgeschichte für zeithistorische Fragestellungen zu bestimmen sucht. Eine Rückkehr zu einer bloßen Nischenexistenz ist zwar unter den aktuellen Regeln der historiografischen Produktion möglich, aber wünschenswert wäre dies nicht. Man sollte sich vielmehr darum bemühen, die naheliegenden Verbindungen zur Unternehmensgeschichte, zur Gesellschaftsgeschichte, zur Wissensgeschichte, zur Technikgeschichte und – last but not least – zur Demokratiegeschichte zu aktivieren, um die spezifischen Perspektiven zur Geltung zu bringen, die mit dem Interesse an Arbeitswelten verbunden sind. Dies soll im Folgenden anhand der Zeitgeschichte westdeutscher Arbeitswelten im 20. Jahrhundert, und insbesondere in den letzten drei Jahrzehnten „nach dem Boom“³⁴ erläutert werden.

IV. Arbeitsgeschichte als Geschlechtergeschichte

Eine erste Verbindung drängt sich gerade angesichts der aktuellen Dynamiken sofort auf: Die Geschichte moderner Erwerbsarbeit ist nur als Gender- oder Geschlechtergeschichte zu schreiben. Damit wäre eine grundlegende Dimension der Problemgeschichte moderner Arbeitswelten genannt. Sie sind Untersuchungsräume par excellence für die Erscheinungsformen und Auswirkungen geschlechtsspezifischer Arbeitsteilungen und Hierarchien. Die genderhistorische Perspektive macht deutlich, dass Arbeitswelten wichtige Kampfzonen sozialer Anerkennung und Einkommensverteilung waren und bis heute geblieben sind. Der Kampf um Gleichstellung, gegen Lohndiskriminierung und faktische oder rechtliche Zugangsschranken zu Berufen beziehungsweise Arbeitsfeldern gehört in dieses Kapitel; der Wandel der geschlechtsspezifischen Besetzung von Arbeitsfeldern und Berufen öffnet ein weiteres großes Themenfeld. Für die Bundesrepublik und ihre Arbeitsverfassung ist die Geschichte weiblicher Teilzeitarbeit ein besonders aufschlussreiches und für die letzten vier Jahrzehnte noch zu entdeckendes Spezialgebiet.³⁵ Die geschlechterspezifische Verteilung von Sozialrechten beziehungsweise Anwartschaften gehört ebenfalls in diesen weiten Bereich.³⁶

Die Perspektiven der Gendergeschichte auf die Geschichte der Arbeit ergeben sich nicht zuletzt aus den Dynamiken der gegenwärtigen Arbeits- und Geschlech-

³⁴ Vgl. Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael, Nach dem Boom. Neue Einsichten und Erklärungsversuche, in: Doering-Manteuffel/Raphael/Schlemmer (Hrsg.), Vorgeschichte der Gegenwart, S. 9–34.

³⁵ Vgl. Christine von Oertzen, Teilzeitarbeit und die Lust am Zuverdienen. Geschlechterpolitik und gesellschaftlicher Wandel in Westdeutschland 1948–1969, Göttingen 1999.

³⁶ Vgl. Christiane Kuller, Soziale Sicherung von Frauen – ein ungelöstes Strukturproblem im männlichen Wohlfahrtsstaat. Die Bundesrepublik im europäischen Vergleich, in: Archiv für Sozialgeschichte (2007), S. 199–236.

terverhältnisse. Mit Ilse Lenz lässt sich die gegenwärtige Situation am treffendsten als „flexibilisierte Geschlechterordnung“ fassen. Damit ist gemeint, dass sich zum einen die Geschlechterkultur im Umbruch befindet: „Tendenziell wird Geschlecht [...] als Frage variierender persönlicher Lebensentwürfe aufgefasst, die sich allerdings weiterhin an der Geschlechterdifferenz orientieren. Weiblichkeiten oder Männlichkeiten erscheinen als persönlich formbar und gestaltbar“. Dabei hat sich Geschlechtergleichheit erfolgreich

„als rechtliche Norm etabliert. Gleichstellungsinstitutionen sind in Regierung, Verbänden und Unternehmen verbreitet. Im globalisierten Kapitalismus und Postfordismus wurden Arbeitsmarkt und Familien tiefgehend flexibilisiert und pluralisiert. Die Teilhabe von Frauen am Arbeitsmarkt, auch in qualifizierten Berufen, ist rasch angestiegen. Zugleich wurde vor allem die Frauenbeschäftigung zunehmend flexibilisiert und teils prekariert.“³⁷

Dies alles hat dazu geführt, dass die eigene Erwerbstätigkeit für die Mehrheit beider Geschlechter in der Bundesrepublik zur dominanten Lebenserfahrung geworden ist. Dabei ist der Unterschied immer noch erheblich, denn im Zeitfenster von 18 bis 60 Jahren machen, folgt man den Daten des Sozio-oekonomischen Panels, Erwerbsepisoden bei Frauen 56 Prozent aus, bei den Männern sind es 76 Prozent.³⁸ Darin schlägt sich vor allem die unterschiedliche Verteilung zwischen Voll- und Teilzeittätigkeiten beziehungsweise unregelmäßigen Tätigkeiten nieder: Bei den Frauen sind 44 Prozent der Erwerbsarbeitszeiten den Teilzeit- und den unregelmäßigen Tätigkeiten zuzurechnen; bei den Männern machen diese nur sechs Prozent aus. Die Kontinuität dieser markanten Unterschiede und die Dynamiken der Flexibilisierung geschlechtsspezifischer Arbeits- und Aufgabenteilungen stecken die zwei Pole ab, zwischen denen sich eine Zeitgeschichte von Arbeitswelten als Gendergeschichte bewegt.

Zum einen stößt man also auf die Beharrungskraft etablierter Geschlechterordnungen, eine Struktur langer Dauer, die bis in die jüngste Vergangenheit in den Arbeitswelten tiefgreifende Spuren hinterlassen hat. Zum anderen ist daran zu erinnern, dass der wachsende Wohlstand nach 1945 in der (west-)deutschen Gesellschaft die ökonomischen Schranken beseitigt hat, die bis dahin dem bürgerlichen Modell des männlichen Alleinverdieners und damit verbunden einem männlich grundierten Modell von Beruflichkeit und Karriere im Weg standen. Die Übernahme dieses Haushalts- und Familienmodells durch Facharbeiter- und Angestelltenhaushalte in der Zeit des Booms hat bis in die Gegenwart die Geschlechterdifferenzen bei Beschäftigungsstrukturen, nachfolgend aber auch bei Altersrenten und sozialpolitischen Versorgungslagen geprägt. Den männlichen Berufslaufbah-

³⁷ Ilse Lenz, Geschlechterkonflikte um die Geschlechterordnung im Übergang. Zum neuen Antifeminismus, in: Erna Appelt/Brigitte Aulenbacher/Angelika Wetterer (Hrsg.), Gesellschaft. Feministische Krisendiagnosen, Münster 2013, S. 204–226, hier S. 218.

³⁸ Zahlen aus Sozio-oekonomisches Panel 32. Welle 2015; SOEP V32 (40c-p1m). Die aufbereiteten Daten wurden freundlicherweise von Christoph Weischer zur Verfügung gestellt.

nen standen und stehen bis heute weibliche Haushaltslaufbahnen gegenüber. Damit ist gemeint, dass die Berufsverläufe vieler Frauen primär den Zwangslagen und Chancen von Partnerwahl, Heirat und Kindererziehung folgten und Aufstiegschancen und berufliche Karrieren eine viel geringere Rolle als bei ihren Ehemännern spielten. Dies galt bis in die jüngste Vergangenheit quer durch die allermeisten Berufswelten.

Dabei ist daran zu erinnern, dass das bürgerliche Modell des männlichen Alleinernährers in der DDR nicht unbekannt, aber gesellschaftspolitisch verpönt war, so dass dort Frauen in ihrer Mehrzahl kontinuierlich berufstätig waren, ohne dass diese elementare Gleichheit in der Lohnarbeit zu einer Gleichheit der Geschlechter in den beruflichen Hierarchien und in der familiären Haushalts-, Erziehungs- und Betreuungsarbeit geführt hätte.³⁹ Trotz größerer Durchlässigkeit blieben auch in der DDR die Sektoren männlich beziehungsweise weiblich codierter Berufsfelder klar von einander getrennt.

In den bundesrepublikanischen Arbeitswelten nach 1990 sind die unterschiedlichen Modelle der beiden deutschen Geschlechterordnungen zusammengekommen und haben zu einem Nebeneinander ganz unterschiedlicher Tendenzen geführt. Zum einen hat die Wiedervereinigung in Verbindung mit den Prozessen der Deindustrialisierung dazu beigetragen, dass Berufstätigkeit über Einkommens- und Statusgrenzen hinweg für die meisten Frauen zur Gestaltungsnorm der eigenen Lebensführung, aber auch zum biografischen Alltagszwang aufrückte. Damit gewannen in vielen Berufen vor allem des Dienstleistungssektors, von Erziehung und Bildung bis zur medizinischen Versorgung und Pflege, Geschlechtergleichheit und -neutralität der Arbeitswelten immer größere Bedeutung. Faktisch verschoben sich damit die Genderprägungen von Rollenbildern und Karrierewegen in einem wachsenden Teil der Arbeitswelten. Vorreiter dieser Prozesse waren in der historischen Rückschau die Berufsfelder exekutiver Sekretariats- und Verwaltungsarbeit, von Sozialarbeit und Schule. Hier reichen die Anfänge bis ins frühe 20. Jahrhundert zurück.⁴⁰ Ihnen sind in jüngster Zeit seit der Expansion des Bildungssystems und der sich langsam durchsetzenden Geschlechtergleichheit bei Bildungsabschlüssen schließlich auch die Bereiche der akademischen Professionen gefolgt. Der Wandel geschlechtsspezifischer Bewertungen und Prägungen von Berufen und Arbeitswelten gehört zu den Themen, die in besonderem Maße anschlussfähig sind an Problemstellungen gegenwärtiger Umbrüche.

³⁹ Vgl. Jutta Gysi/Dagmar Meyer, Leitbild berufstätige Mutter. DDR-Frauen in Familie, Partnerschaft und Ehe, in: Gisela Helwig/Hildegard Maria Nickel (Hrsg.), Frauen in Deutschland 1945–1992, Bonn 1993, S. 139–165, und Heike Trappe, Emanzipation oder Zwang? Frauen in der DDR zwischen Beruf, Familie und Sozialpolitik, Berlin 1995.

⁴⁰ Vgl. Walter Müller/Angelika Willms/Johann Handl (Hrsg.), Strukturwandel der Frauenarbeit 1880–1980, Frankfurt a. M./New York 1983; Ute Frevert, Frauen-Geschichte zwischen bürgerlicher Verbesserung und neuer Weiblichkeit, Frankfurt a. M. 1986, S. 146–199 und S. 244–313, sowie Gunilla-Friederike Budde (Hrsg.), Frauen arbeiten. Weibliche Erwerbstätigkeit in Ost- und Westdeutschland nach 1945, Göttingen 1997.

Dabei markieren aber weiterhin zwei Tatbestände die Kraft traditioneller Ungleichheit in den geschlechtsspezifischen Arbeitsteilungen der deutschen Gesellschaft: Einerseits blieben die höheren Positionen in der Wirtschaft eine reine Männerdomäne, andererseits reproduzierte sich die geschlechtsspezifische Ungleichheit persönlicher Neigung und sachlichen Interesses für technisch-naturwissenschaftlich geprägte Berufe und Arbeitswelten weitgehend unbeeinflusst von den massiven Veränderungen in der industriell-technischen Produktion und entgegen dem Trend hin zur Chancengleichheit für Mädchen und Jungen in den schulischen Bildungssystemen. Beide geschlechtsspezifischen Grenzziehungen haben den Relevanzverlust und die Schrumpfung dezidiert männlich inszenierter industrieller Arbeitskulturen überlebt. Der Eintritt ins digitale Zeitalter hat tradierte geschlechtsspezifische Kodierungen von Arbeitswelten damit eher bestätigt als konterkariert.

V. Arbeitswelten, Klassenlagen und Ungleichheit

Die vielfältigen Verbindungen zwischen der Geschichte der Geschlechterordnungen und der Geschichte der Arbeitswelten haben bereits deutlich gemacht, dass in der hier vorgetragenen Perspektive Arbeitsgeschichte eine ganz wesentliche Dimension von dem ist, was landläufig als Gesellschaftsgeschichte gilt.⁴¹ Dies gilt auch für die zweite Verknüpfung, die sich für eine Arbeitsgeschichte in national-historischem Rahmen empfiehlt. Die Gestaltung der Arbeitswelten spielt nach wie vor eine entscheidende Rolle nicht nur bei den gesellschaftlichen Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern, sondern auch zwischen den verschiedenen sozio-ökonomischen Berufsgruppen.

Die älteren sozialgeschichtlichen Traditionen sahen Arbeitsgeschichte als eine Art Hilfsdisziplin, um die erfahrungsgeschichtliche Verdichtung von Klassenlagen oder Schichtungsverhältnissen zu plausibilisieren. Darin waren sich konservative wie marxistische Interpreten weitgehend einig. Auf solcher Grundlage ließen sich sozialmoralische Milieus oder andere stabile kollektive Zusammengehörigkeiten konstruieren. Man denke nur an die große gesellschaftshistorische Erklärungskraft der drei sozial- und arbeitsrechtlichen Kategorien Arbeiter – Angestellte – Beamte im Kaiserreich und in der Weimarer Republik. Nun hat die politische Geschichte Deutschlands im weiteren Verlauf des 20. Jahrhunderts solche aus dem 19. Jahrhundert tradierten Gleichsetzungen von sozialrechtlichen mit politisch-kulturellen Lagerungen tiefgreifend gestört. Die Kategorien zur Beschreibung sozialer Ungleichheit und gesellschaftlicher Differenz sind davon maßgeblich beeinflusst worden. Seit den 1930er Jahren wurden die Trennlinien zwischen sozio-ökonomischen Berufsgruppen oder gar übergreifende Klassendiskurse immer mehr in den Hintergrund gedrängt, wenn es um die Selbstbeschreibung der eigenen Gesellschaft ging. Die NS-Diktatur hat alle Mittel der politischen Ikonografie und Spra-

⁴¹ Zum Begriff vgl. Lutz Raphael, *Jenseits von Kohle und Stahl. Eine Gesellschaftsgeschichte Westeuropas nach dem Boom*, Berlin 2019, S. 19–24.

che mobilisiert, um die alten Trennlinien der Weimarer Klassengesellschaft zu überdecken, ohne deren wirtschaftlichen und sozialen Fundamente zu erschüttern. Die politische Inszenierung der „Volksgemeinschaft“ verband die Festigung und Vertiefung sozio-ökonomischer Ungleichheit mit einer wirkungsvollen Rhetorik nationaler Arbeit und klassenübergreifender Gemeinsamkeit. Die deutsche Gesellschaft verstand sich während des Zweiten Weltkriegs viel stärker als zwischen 1914 und 1918 als zunächst triumphierende, dann existentiell bedrohte (Zwangs-)Gemeinschaft. Die wachsende Präsenz von „Fremdarbeitern“ und deren rassistisch abgestufte Zwangsarbeit spielte dabei eine wichtige Rolle.

Die Gesellschaftsbilder der Bundesrepublik Deutschland knüpften nahtlos an diese ambivalenten Erfahrungen der 1930er und 1940er Jahre an und drängten sozio-ökonomische Unterschiede, gar Klassenlagen weiter in den Hintergrund. Überdies neutralisierten politische und soziale Sprachregelungen sowie die amtlichen Kategorien in Westdeutschland Klassenunterschiede oder gar Klassenkonflikte, so gut es ging.⁴² Nicht als realitätstaugliche Sozialstrukturanalyse, sondern als breitenwirksame Gesellschaftsimagination fungierte dann Helmut Schelskys „nivellierte Mittelstandsgesellschaft“ für die in ihren ökonomischen Unterschieden und Hierarchien zusammengerückte westdeutsche Arbeits- und Leistungsgesellschaft der Wiederaufbaujahre.⁴³ Typischerweise vernachlässigt die amtliche Statistik der Bundesrepublik Deutschland bis heute die soziale Dimension der Arbeits- und Berufswelten sträflich, und die sozialwissenschaftlichen oder sozialpolitischen Deutungsmuster vermittelten Gesellschaftsbilder, die den Ungleichheitseffekten, die aus den Arbeitswelten resultierten, nur geringe Aufmerksamkeit schenken.⁴⁴

Im „Arbeiter- und Bauernstaat“ der DDR wiederum waren sich diese beiden Klassen der besonderen ideologischen Wertschätzung sicher. Davon konnten vor allem die Mitglieder der industriellen Arbeiterschaft profitieren, wurde ihre Klasse doch zum politischen und kulturellen Bezugspunkt einer egalisierten Arbeitsgesellschaft. Dennoch bemühte sich auch die DDR-Führung darum, ein Gesellschaftsbild zu vermitteln, das soziale Unterschiede, die aus Hierarchien der gesellschaftlichen Arbeitsteilung resultieren, ebenso verwischte wie diejenigen, die sich aus der Teilhabe an den politischen Herrschaftsstrukturen ergaben. Daher war der amtliche Umfang der „Arbeiterklasse“ weit größer gefasst, als es den damit verbundenen Arbeitswelten und Positionen entsprach. Angesichts der ideologischen „Hofierung“⁴⁵

⁴² Vgl. Paul Nolte, *Die Ordnung der deutschen Gesellschaft. Selbstentwurf und Selbstbeschreibung im 20. Jahrhundert*, München 2000.

⁴³ Vgl. Helmut Schelsky, *Die Bedeutung des Schichtungsbegriffs für die Analyse der gegenwärtigen deutschen Gesellschaft*, in: Ders., *Auf der Suche nach der Wirklichkeit. Gesammelte Aufsätze*, Düsseldorf 1965, S. 331–336, und Nolte, *Ordnung*, S. 330–335.

⁴⁴ Vgl. Louis Chauvel/Franz Schultheis, *Le sens d'une dénégation: l'oubli des classes sociales en Allemagne et en France*, in: *Mouvements* 26/2003, S. 17–26, und Franz Schultheis u. a., *Repräsentationen des sozialen Raums im interkulturellen Vergleich. Zur Kritik der soziologischen Urteilskraft*, in: *Berliner Journal für Soziologie* 6 (1996), S. 43–68.

⁴⁵ Zit. nach Steffen Mau, Lütten Klein. *Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft*, Berlin 2019, S. 51.

und des positiven Bilds dieser Klasse erklärten sich wiederum viele DDR-Bürger gern der „Arbeiterklasse“ zugehörig.⁴⁶ Auch im zweiten deutschen Teilstaat überformte eine übergreifende Gesellschaftsimagination die Wahrnehmung realer Differenzen in Berufs- und Arbeitshierarchien und sorgte in diesem Fall für eine „arbeiterliche Kultur“, die in der allgegenwärtigen Floskel der „Werkstätigen“ ihren schlichtesten Ausdruck fand.⁴⁷

In der jüngsten Vergangenheit hat die Relevanz von Arbeitswelten mit der Ausweitung lohnabhängiger Beschäftigung auf immer größere Teile der Bevölkerung eher zu- als abgenommen. Mit dem wirtschaftlichen Strukturwandel seit den 1980er Jahren, beschleunigt dann im Zuge der Wiedervereinigung, sind neue sozio-ökonomische Berufsgruppen entstanden, gleichzeitig haben sich die prozentualen Anteile der verschiedenen Berufsgruppen und Arbeitsfelder angeglichen. Mit der Deindustrialisierung hat die Großgruppe der Industriearbeiterschaft als zahlenmäßig stärkste Gruppe permanent an Gewicht, dann aber auch an sozial-politischem Einfluss und schließlich an politisch-kultureller Sichtbarkeit verloren. An ihre Stelle ist keine andere sozio-ökonomische Gruppe getreten. Entsprechend diffus sind auch die medialen Wahrnehmungen unserer gesellschaftlichen Wirklichkeit geblieben. Die Erkenntnisgewinne der Arbeitsgeschichte für eine realistische Gesellschaftsgeschichte der deutschen Gesellschaften seit 1918 sind deshalb vielfältig und groß: Sie kann nach den Verbindungen und Konflikten fragen, die zwischen unterschiedlichen Berufsgruppen in den Arbeitswelten entstanden, deren Verbindungen beziehungsweise Vermischung mit sozialer Nähe oder Ferne aufgrund von Wohnquartieren, Partnerwahl und Lebensführung untersuchen und so wichtige Beiträge zur Analyse sozialer Hierarchiebildung und zu den Grenzen und Chancen sozialer Mobilität liefern. Ergebnisse solcher Studien können diskursgeschichtlichen Befunden über mediale Deutungen sozialer Ungleichheit und Differenz zur Seite gestellt werden. Sie können manche Überraschung bereithalten.

VI. Nationale Ordnungsmuster von Arbeit

Gleichzeitig macht die Arbeitsgeschichte im größeren Zusammenhang der Gesellschaftsgeschichte auf ein zentrales Ordnungsmuster aufmerksam, das gern bei der Konstruktion nationalhistorischer Gesellschaftsnarrative vergessen wird: die Existenz oder Nichtexistenz wirkmächtiger nationaler Ordnungsmuster von Arbeit.⁴⁸ Was ist damit gemeint? Seit dem 19. Jahrhundert gehört das Sprechen über Arbeit zum Kernbestand der politisch-sozialen Sprache in Deutschland.⁴⁹ Die verschie-

⁴⁶ Ebenda, S. 50.

⁴⁷ Ebenda, S. 48.

⁴⁸ Vgl. Peter Wagner/Claude Didry/Bénédicte Zimmermann (Hrsg.), Arbeit und Nationalstaat. Frankreich und Deutschland in europäischer Perspektive, Frankfurt a. M. 2000.

⁴⁹ Vgl. Werner Conze, Arbeit, in: Otto Brunner/Werner Conze/Reinhart Koselleck (Hrsg.), Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Bd. 1, Stuttgart 1972, S. 154–215.

denen politischen Ideologien und ihre Mobilisierungssprachen haben sich in Deutschland immer wieder der Wertsemantik von Arbeit bedient, um Anhänger-schaft zu mobilisieren, Inklusionen und Exklusionen zu konstruieren und damit nationale beziehungsweise Klassen- oder gruppenspezifische Solidaritäten zu generieren.⁵⁰ Arbeitsideologien sind in den politischen Sprachen Deutschlands im 20. Jahrhundert omnipräsent, ihre subkutanen oder offenen Verknüpfungen mit spezifischen Arbeitswelten ausgesprochen aufschlussreich. Die historische Semantik von Arbeit ist die erste Dimension dieses Ordnungsmusters. Dazu gehören aber auch die grundlegenden Begriffe und rechtlichen Institutionen, die das Sprechen über Arbeit strukturieren. In Deutschland ist dies etwa die Kategorie des Berufs mit den vielfältigen sozial- und arbeitsrechtlichen Bestimmungen, die sich daran knüpfen; dazu kommt die Dimension sozialer Anerkennung, die gerade auch durch Beruf-sarbeit vermittelt wird. Das individuelle und das kollektive Arbeitsrecht gehören zu den nur allzu häufig in der historischen Forschung marginalisierten Grundlagen dieses nationalen Ordnungsmusters.⁵¹ Dies galt auch noch zu Zeiten der europäischen Integration, die gerade auch auf dem Feld des Arbeitsrechts diese nationalen Prägungen zu verändern begann.

Über die politischen Systemwechsel hinweg hat sich dabei in den Arbeitsordnungen ein starkes Element von Vergemeinschaftung erhalten. Die Ausbreitung lohnabhängiger Beschäftigung war in Deutschland mit der Fortschreibung von Arbeitssemantiken verknüpft, die zum einen den Dienstcharakter dieser Tätigkeiten – auch jenseits des verbeamteten öffentlichen Dienstes – betonten, zum andern aber im industriellen Sektor das gemeinsame Handeln von Kapital und Arbeit bei der Produktion nützlicher Industrie- oder Konsumgüter ins Zentrum rückten. Betriebsgemeinschaft und Gemeinwohlorientierung sind zwei typische Erscheinungsformen dieser spezifisch sozialharmonischen Grundierung von Arbeitssemantiken in Deutschland.⁵² Die Übersetzung klassenantagonistischer Konzepte marxistischer beziehungsweise sozialistischer Herkunft in die Sprache demokratischer Mitbestimmung in der Arbeitswelt ist die zweite, pluralistische Variante dieses Ordnungsmusters.⁵³ Beide Varianten haben vor allem auf betrieblicher Ebene die Wahrnehmung und die Artikulation von Konflikten und Interessen bestimmt und tiefe Spuren in der rechtlichen Ausgestaltung von Arbeitsbeziehungen hinterlassen.

⁵⁰ Vgl. Kiran Klaus Patel, Arbeit als Dienst am Ganzen, Nationalsozialismus und New Deal im Vergleich, in: Leonhard/Steinmetz (Hrsg.), Semantiken, S. 289–308.

⁵¹ Vgl. Joachim Rückert (Hrsg.), Arbeit und Recht seit 1800. Historisch und vergleichend, europäisch und global, Köln/Weimar/Wien 2014, und Britta Rehder, Rechtsprechung als Politik. Der Beitrag des Bundesarbeitsgerichts zur Entwicklung der Arbeitsbeziehungen in Deutschland, Frankfurt a. M. 2011.

⁵² Vgl. Gertraude Krell, Vergemeinschaftende Personalpolitik. Normative Personallehren, Werksgemeinschaft, NS-Betriebsgemeinschaft, betriebliche Partnerschaft, Japan, Unternehmenskultur, München/Mering 1994.

⁵³ Vgl. Werner Milert/Rudolf Tschirbs, Die andere Demokratie. Betriebliche Interessenvertretung in Deutschland 1848 bis 2008, Essen 2012.

Schließlich gehört zu einer solchen Geschichte nationaler Arbeitsordnungen auch das weitere Feld arbeitszentrierter und arbeitsbezogener Sozialpolitik. Mit Thomas H. Marshall kann man für beide deutsche Staaten nach 1945 von einer ausgeprägten Industriebürgerschaft⁵⁴ sprechen, die bereits zu einer Sozialbürgerschaft ausgebaut worden war, als die Deindustrialisierung einsetzte. Seitdem erleben wir einen zähen Kampf zwischen denjenigen, die diese Sozialbürgerschaft beseitigen, und denjenigen, die sie ausbauen und den veränderten Bedingungen unserer Gegenwart anpassen wollen. Aber anders als in vielen anderen Ländern der ersten Welt gehört diese arbeitsbezogene Sozialordnung in den Augen der meisten Wählerinnen und Wähler zu einer der positiven Errungenschaften hiesiger Demokratie.

VII. Die Mikropolitik in Arbeitsorten und Betrieben

Lange schon interessieren sich Arbeitshistorikerinnen und -historiker für den Betrieb, aber trotzdem ist die Verbindung zur Unternehmensgeschichte weiterhin ausbaufähig. De facto hat sich eine Arbeitsteilung etabliert: Die einen nutzen die Unternehmensarchive und beschäftigen sich kritisch oder affirmativ mit Managementstrategien, die anderen gehen in die Gewerkschafts- und Bewegungs- oder Parteienarchive und interessieren sich für Streiks, Arbeitskonflikte und Tarifauseinandersetzungen. Aufgrund eigener Forschungserfahrungen hält der Autor dieser Zeilen diese Arbeitsteilung für bedauerlich. Ihre Folgen konnten nur überwunden werden, weil die Forschungsarchive der Industriesoziologen zahlreiche Sozialdaten bereithalten, die es erlauben, die Mikropolitik der Betriebe genauer zu erforschen und Interviews mit Managern, Betriebsräten oder Mitarbeitern neu zu lesen. Damit kann man dem ambitionierten Forschungsprogramm gerecht werden, das Thomas Welskopp vor geraumer Zeit formuliert hat, nämlich die Mikropolitik in den Betrieben zu erforschen.⁵⁵

Der Betrieb oder besser im Plural vergleichend: Betriebe beziehungsweise Arbeitsstätten als Einheiten für die Untersuchung von Arbeitswelten scheinen mir ein ganz wichtiges Themenfeld für die künftige Forschung. Und dies gleich aus mehreren Gründen. Erstens veränderten sich seit den 1970er Jahren die Organisationsstrukturen von Betrieben erheblich.⁵⁶ Damit verschoben sich die sozialen Bezugspunkte und die politischen Konfliktfelder in diesen Sozialräumen beträchtlich. Auslagerung von Abteilungen, Vermarktlichung der Beziehungen innerhalb eines Unternehmens, aber auch zwischen Belegschaften und Management, Aufkündigung der alten sozialpatriarchalischen Betriebsordnungen in Großunternehmen wie in mittelständischen Betrieben – all dies sind Forschungsbefunde, die

⁵⁴ Zum Begriff „Industrial Citizenship“ vgl. Thomas H. Marshall, *Sociology at the Crossroads. And Other Essays*, London 1963, S. 98.

⁵⁵ Vgl. Welskopp, *Unternehmen Praxisgeschichte*, und Karl Lauschke/Thomas Welskopp (Hrsg.), *Mikropolitik im Unternehmen. Arbeitsbeziehungen und Machtstrukturen in industriellen Großbetrieben des 20. Jahrhunderts*, Essen 1994.

⁵⁶ Vgl. Raphael, *Jenseits von Kohle und Stahl*, S. 355–418.

hellhörig machen sollten: Brach damit, wie dies jüngst Kolleginnen und Kollegen aus der Schweiz formuliert haben, die neue Ära eines global agierenden, in seinen räumlichen und organisatorischen Bindungen vom Betrieb befreiten, flexibleren Kapitalismus an?⁵⁷ Hat es die jüngste Zeitgeschichte der Arbeit also mit dem Ende einer primär betriebszentrierten Arbeitswelt zu tun?

Eigene Forschungsergebnisse stimmen den Autor skeptisch gegenüber dieser These. Denn es existieren in Deutschland (und anderswo) Gegentendenzen hin zu einer Aufwertung betrieblicher Arbeitszusammenhänge, insbesondere von kooperativen und partizipatorischen Betriebsordnungen. Dies geschah vor allem in jenen Bereichen industrieller Produktion oder qualifizierter Dienstleistungsarbeit, bei denen es um flexible Qualitätsproduktion ging. Zu vermuten ist, dass sich solche Gegentendenzen auch in Bereichen von Forschung und Entwicklung oder von Pflege und Gesundheit beobachten lassen. Angesichts der großen Bedeutung, die der Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beziehungsweise Belegschaften zukommt, ist es jedenfalls merkwürdig, wenn die Unternehmensgeschichte ohne Arbeitsgeschichte oder mit einer allein aus den Akten der Unternehmensleitung rekonstruierten Perspektive auskommen will.

Historische Betriebsstudien sind aber auch aus einem anderen Grund immer wichtiger geworden. Die Bundesrepublik Deutschland gehört zu einer kleinen Gruppe von demokratischen Ländern, in denen die Demokratie nicht vor den Werkstoren Halt machte. Die Makrogeschichte der Mitbestimmung, der „anderen Demokratie“, ist bereits geschrieben worden, aber ihre jüngste Problemgeschichte harrt noch der genaueren Analyse.⁵⁸ Bekanntlich hat sich in den privatwirtschaftlichen Arbeitswelten, die auf dem Territorium der ehemaligen DDR entstanden, diese andere Demokratie mit ihren Kernelementen Flächentarifvertrag, gewerkschaftliche Organisation von Belegschaften und handlungsfähigen Betriebsräten nur mühsam und partiell etablieren können.⁵⁹ Dieser Bruch ist gesellschaftsgeschichtlich um so wichtiger, als die Betriebe für die Wirtschafts- und Sozialordnung der DDR eine ganz zentrale Rolle spielten. Die historische Untersuchung der Mikropolitik in den sozialistischen Betrieben ist gerade in vergleichender Perspektive nach wie vor von großem Interesse.

Bleibt der Hinweis, dass Unternehmensgeschichte in Zeiten der Globalisierung konkret auch meint, dass deutsche Unternehmen zunehmend international tätig sind oder in Zeiten des digitalen Finanzmarktkapitalismus Anlageobjekte global agierender Kapitalanleger unterschiedlicher nationaler Herkunft beziehungsweise Verankerung geworden sind. Daraus ergeben sich wiederum vielfältige Fra-

⁵⁷ Vgl. Brigitta Bernet/Jakob Tanner (Hrsg.), *Ausser Betrieb. Metamorphosen der Arbeit in der Schweiz*, Zürich 2015.

⁵⁸ Vgl. Milert/Tschirbs, *Demokratie, und Ingrid Artus u. a. (Hrsg.), Betriebe ohne Betriebsrat. Informelle Interessenvertretung in Unternehmen*, Frankfurt a. M./New York 2006.

⁵⁹ Vgl. Ingrid Artus/Rudi Schmidt/Gabriele Sterkel, *Brüchige Tarifrealität. Der schleichende Bedeutungsverlust tariflicher Normen in der ostdeutschen Industrie*, Berlin 2000, und Ingrid Artus, *Krise des deutschen Tarifsystems. Die Erosion des Flächentarifvertrags in Ost und West*, Wiesbaden 2001.

gestellungen jenseits der klassischen Unternehmensgeschichte, die bislang vor allem nach Anlagestrategien, Kooperationsverhältnissen und politischen Verwicklungen privatwirtschaftlicher Investitionen erfragt hat.

Arbeitsgeschichtlich geht es darum, ob und wie multinationale Unternehmen die betrieblichen Sozialordnungen, Arbeitsteilungen, Machtstrukturen in ihren Filialen und Betrieben weltweit homogenisierend verändert haben, oder ob in ihren Betrieben weiterhin ganz unterschiedliche Arbeitsregime herrschten, die je nach lokalen Machtverhältnissen zwischen Kapital und Arbeit zustande kamen. Die Gewerkschaftsfeindlichkeit von Volkswagen in Brasilien ist bekanntlich das Gegenteil Wolfsburger Harmonielehren, aber neben solchen eklatanten Disparitäten sind natürlich subtilere Abstufungen beziehungsweise Angleichungen zu beobachten. Zu denken ist an die vielfältige Umsetzung der Rezepturen japanischer Automobilkonzerne, die ihren Siegeszug rund um die Welt antraten.⁶⁰ Es wäre unredlich, die Schwierigkeiten solcher grenzüberschreitender Untersuchungen zu beschönigen. Nicht nur für Gewerkschaften war und ist der Weg zu internationalen Konzernbetriebsräten und grenzüberschreitenden Abstimmungen und Kooperationen steinig. Die Geschichte der europäischen Betriebsräte liefert hierzu einiges Anschauungsmaterial.⁶¹ Auch für Forscherinnen und Forscher sind integrative Perspektiven auf Arbeitswelten multinationaler Unternehmen alles andere als einfach; sprachliche, kulturelle und rechtliche Differenzen sind zu beachten und zu meistern.

VIII. Wissensordnungen und Berufswelten

Die Geschichte von Arbeitswelten im 20. Jahrhundert ist aufs Engste verknüpft mit der Geschichte von Wissensordnungen und Bildungssystemen. Angesichts der Interdependenz von technologischen Innovationen und Umbrüchen in der Arbeitswelt ist es eigentlich verwunderlich, dass es sich überhaupt lohnt, auf diese offensichtliche Verknüpfung hinzuweisen. In der Forschungspraxis ist hier jedoch eine erhebliche Lücke entstanden. Dies mag daraus resultieren, dass man vorschnell der Vorstellung eines allgemeinen Arbeitsmarkts folgt, wenn es darum geht, die Zusammenhänge zwischen technologischem Wandel und Arbeitsmärkten auf der Makroebene zu untersuchen. Damit unterschätzt man die Bedeutung von Bildungstiteln und Berufsqualifikationen der Beschäftigten bei der konkreten Um-

⁶⁰ Vgl. Leo Kibler (Hrsg.), *Toyotismus in Europa. Schlanke Produktion und Gruppenarbeit in der deutschen und französischen Automobilindustrie*, Frankfurt a. M./New York 1996, und Michel Freyssenet (Hrsg.), *One Best Way? Trajectories and Industrial Models of the World's Automobile Producers*, Oxford 2004.

⁶¹ Vgl. Wolfgang Streeck, *Industrial Citizenship under Regime Competition. The Case of the European Works Councils*, in: *Journal of European Public Policy* 4 (1997), S. 643–664; Wolfgang Lecher/Hans-Wolfgang Platzer, *Europäische Betriebsräte*, in: Wolfgang Schroeder/Bernhard Weßels (Hrsg.), *Die Gewerkschaften in Politik und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch*, Wiesbaden 2003, S. 588–613, und Michael Whittall/Hermann Kotthoff, *Les comités d'entreprise européens, des zones libres de syndicats*, in: *La Revue de l'Ires* 68/2011, S. 207–236.

setzung von technologischen Innovationen in Produktion, Verwaltung oder Distribution. Beide spielen aber eine enorme Rolle, wenn es um die konkrete Dynamik von Arbeitswelten, also die Verteilung von (neuem) Arbeitswissen angesichts technologischer Innovationen und die konkrete Gestaltung dieser Innovationen in Produktion und Organisation geht.

Gerade die Arbeitswelten in Deutschland sind seit der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts von beruflich definierten Organisationsmodellen und Hierarchien geprägt worden, deren Gewicht bis heute wirksam ist. Gemeint sind die anhaltende Geltung und der kontinuierliche Ausbau des sogenannten dualen Systems beruflicher Ausbildung⁶² sowie die entsprechenden staatlichen Regelungen über Zugangsvoraussetzungen und Besoldungshierarchien im öffentlichen Dienst. In beiden deutschen Staaten hat sich der Erwerb eines Berufs- oder Bildungsdiploms zu einem allgemeinen Eintrittsticket für die meisten Arbeitsplätze entwickelt. Die rechtlich geschützten Berufsordnungen haben im Fall der Bundesrepublik auch die dritte industrielle Revolution überstanden und prägen nach wie vor viele, wenn auch längst nicht alle Arbeitsmärkte. Die sozial stabilisierende Wirkung dieser Berufsordnungen für die Einkommensverteilungen vor allem im mittleren Segment der Einkommenspyramide fällt in der Umbruchphase zwischen 1980 und 2005 auf. Soziale Stabilisierung meint in diesem Fall aber zugleich auch Konservierung von sozialen Abständen und Einengung sozialer Aufstiegschancen. Zu nennen sind an dieser Stelle nur zwei Beispiele für weitreichende gesellschaftspolitische Folgen dieser Berufsordnung: Zum ersten wurden nach dem Zweiten Weltkrieg, beschleunigt seit den 1970er Jahren, die primär von Frauen ausgeübten Tätigkeiten in dieses übergreifende Berufssystem integriert, wenn auch mit markanten Schlechterstellungen und Ausnahmen. Zum zweiten deckte dieses Berufssystem gerade zentrale Bereiche der industriellen Produktion niemals vollständig ab. Vor allem Arbeitsmigrantinnen und -migranten sorgten damals wie heute für den Zustrom unqualifizierter Arbeitskräfte. Die technologischen Umbrüche im Zuge der Deindustrialisierung haben diese Arbeitsplätze zu einem erheblichen Teil verschwinden lassen, parallel schwoll der Anteil der Arbeitsmigranten bei den Arbeitslosen an. Erst in jüngster Zeit sind im Bereich einfacher Dienstleistungen wieder zahlenmäßig große Arbeitswelten jenseits der Berufsordnungen in Deutschland entstanden.

Trotz ihrer offensichtlichen Relevanz ist die Geschichte der Berufsausbildung ein Stiefkind der historischen Bildungsforschung geblieben. Sie ist bis heute noch nicht als Bestandteil eines umfassenderen Forschungsfelds definiert, das provisorisch als Geschichte von Wissensordnungen und deren Wandel bezeichnet werden soll.⁶³ Man denke nur an die komplexe Geschichte von Produktionstechnologien und Berufshierarchien beziehungsweise -monopolen. Vergleichende Untersuchungen zu den technologischen Umbrüchen in der westdeutschen, französi-

⁶² Vgl. Lutz Raphael, Knowledge, Skills, Craft? The Skilled Worker in West German Industry and the Resilience of Vocational Training, 1970–2000, in: German History 37 (2019), S. 359–373.

⁶³ Vgl. ders., Jenseits von Kohle und Stahl, S. 247–294.

schen und britischen Industrie haben vor Augen geführt, wie groß die Spielräume waren und wie unterschiedlich sie genutzt wurden.⁶⁴ Um es aber nochmals und apodiktisch zu formulieren: Es gibt keine kritische Geschichte moderner Arbeitswelten ohne Wissensgeschichte.

Dies gilt nicht zuletzt deshalb, weil Beschäftigte und ihre Arbeitsplätze in Deutschland seit mehr als 100 Jahren Gegenstand wissenschaftlicher Expertise sind und das Wissen von Arbeitswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern, Industrie- und Arbeitssoziologinnen und -soziologen, Arbeitsmedizinerinnen und -medizinerinnen sowie Arbeitspsychologinnen und -psychologen in die konkrete Gestaltung dieser Arbeitsplätze und Arbeitsverhältnisse eingegangen ist.⁶⁵ Eindringtiefe und Gestaltungskraft dieser Expertinnen und Experten differieren enorm und nichts wäre falscher als die Hypothese, all diese Expertise sei gleichermaßen wichtig für die Arbeitswelten gewesen. Man denke nur an die unterschiedlichen Folgen arbeitsmedizinischer oder industriesoziologischer Analysen und Gestaltungsvorschläge in den Großprojekten der „Humanisierung der Arbeitswelt“ in den 1970er und 1980er Jahren.⁶⁶ Immer wieder lohnt es sich, den Spuren dieses Expertenwissens nachzugehen. Vielfach bieten die Archive der entsprechenden Institute und Institutionen und die dort gelagerten Daten, Interviews und Bildmaterialien den Historikerinnen und Historikern einzigartiges Quellenmaterial, dessen historisch-

⁶⁴ Vgl. Hilary Steedman/Geoff Mason/Karin Wagner, *Intermediate Skills in the Workplace. Development, Standards and Supply in Britain, France and Germany*, in: *National Institute Economic Review* 136/1991, S. 60–76; Hilary Steedman/Karin Wagner, *Nationale Ausbildungssysteme und ihr Einfluss auf das betriebliche Ausbildungs- und Rekrutierungsverhalten von Unternehmen. Ein deutsch-britischer Vergleich im IT-Bereich*, in: *Arbeit* 17 (2008), S. 268–282; Geoff Mason/Bart van Ark/Karin Wagner, *Productivity, Product Quality and Workforce Skills. Food Processing in Four European Countries*, in: *National Institute Economic Review* 147/1994, S. 62–83, und Geoff Mason/Karin Wagner, *Restructuring of Automotive Supply-Chains. The Role of Workforce Skills in Germany and Britain*, in: *International Journal of Automotive Technology and Management* 5 (2005), S. 387–410. Für ältere Studien vgl. Burkart Lutz, *Bildungssystem und Beschäftigungsstruktur in Deutschland und Frankreich. Zum Einfluß des Bildungssystems auf die Gestaltung betrieblicher Arbeitskräftestrukturen*, in: Hans-Gerhard Mendius u. a., *Betrieb, Arbeitsmarkt, Qualifikation I. Beiträge zu Rezession und Personalpolitik, Bildungsexpansion und Arbeitsteilung, Humanisierung und Qualifizierung, Reproduktion und Qualifikation*, Frankfurt a. M. 1976, S. 83–151, und Marc Maurice/François Sellier/Jean-Jacques Silvestre, *Politique d'éducation et organisation industrielle en France et en Allemagne. Essai d'analyse sociétale*, Paris 1982.

⁶⁵ Vgl. Ruth Rosenberger, *Experten für Humankapital. Die Entdeckung des Personalmanagements in der Bundesrepublik Deutschland*, München 2008.

⁶⁶ Vgl. Lutz von Rosenstiel/Max Weinkamm (Hrsg.), *Humanisierung der Arbeitswelt – Vergessene Verpflichtung? Eine kritische Bestandsaufnahme anlässlich einer Fachtagung des Kolping-Bildungswerkes*, 2., durchgesehene Aufl., Stuttgart 1980; Willi Pöhler/Gerd Peter, *Erfahrungen mit dem Humanisierungsprogramm. Von den Möglichkeiten und Grenzen einer sozial orientierten Technologiepolitik*, Köln 1982; Nina Kleinöder/Stefan Müller/Karsten Uhl (Hrsg.), *„Humanisierung der Arbeit“*. Aufbrüche und Konflikte in der rationalisierten Arbeitswelt des 20. Jahrhunderts, Bielefeld 2019, und Gerhard Ernst, *Von der Humanisierung zu Arbeitsgestaltung und Dienstleistungen. 40 Jahre Arbeitsforschung*, 2009; www.ifz-muenchen.de/pdf/ernst_2009_40_jahre_arbeitsforschung.pdf [22.9.2020].

kritische Aufarbeitung sie erst noch erlernen müssen und dessen Sicherung für die historische Forschung noch in zarten Anfängen steckt.

IX. Fazit: Zeitgeschichte der Arbeit als Problemgeschichte

Die neue Arbeitsgeschichte hält keine neuen Großerzählungen für die deutsche Zeitgeschichte bereit. Ihre Bedeutung liegt meines Erachtens ganz woanders: Sie wirkt als Korrektiv gegenüber allen Versuchungen, die Geschichte unseres politischen Gemeinwesens und seiner gesellschaftlichen Bedingungen allein aus dem Horizont medialer Selbstthematizierungen und dem Zusammenspiel von Netzwerken, Strömen und Bewegungen zu deuten. Sie ist mit vier großen Problemfeldern verknüpft, denen eine kritische Zeitgeschichte nicht ausweichen darf: Erstens muss sie die Frage stellen, wie Arbeitswelten soziale Ungleichheiten in unserer Demokratie erzeugen oder abbauen. Entstehen in ihnen Zonen der Unfreiheit und der Furcht, wie dies jüngst Jan-Werner Müller für Arbeitsverhältnisse in den USA gefragt hat?⁶⁷ Sind sie Achillesferse oder Rückgrat demokratischer Beziehungsgleichheit? Die Frage nach dem Zusammenleben von Kapitalismus, Demokratie und Nation ist weiterhin aktuell, der Wandel der Arbeitswelten schafft eine Vielzahl neuer politischer, sozialer und kultureller Problemlagen. Aber aktuelle nationalhistorische Narrative haben solchen Fragen noch keinen festen Platz in ihrem Argumentationsgang zugewiesen. Hier besteht also noch Klärungsbedarf.

Zweitens muss eine kritische Arbeitsgeschichte der Frage nachgehen, ob und wie Arbeitswelten Orte sozialer Anerkennung und Inklusion sind. Wer sich für Arbeitsverhältnisse und Arbeitsplätze interessiert, hält an der Annahme fest, dass dieser Bereich unserer sozialen Existenz für Prozesse von Inklusion und Exklusion in Vergangenheit und Gegenwart von besonderer Bedeutung ist. Gegen die im Augenblick sehr populäre Debatte um eine rein ökonomisch definierte und politökonomisch relevante Ungleichheit von Einkommen und Vermögen ist daran zu erinnern, dass diese genuin soziale Dimension von Arbeit nicht vergessen werden darf. Drittens muss eine kritische Arbeitsgeschichte dafür sorgen, dass die so wichtige Perspektive der Wissensgeschichte rückgebunden wird an konkrete Fragen beruflicher Bildung und Weiterbildung, arbeitsbezogener Qualifikationen und an den Wandel gesellschaftlicher Verteilung von Wissen und Kompetenzen. Und viertens muss sie nach den strukturellen Zusammenhängen zwischen hiesigen und fremden Arbeitswelten in Zeiten wachsender Verflechtungen und sich verändernder internationaler Arbeitsteilungen eines globalen Kapitalismus fragen. Alle vier Perspektiven machen Arbeitsgeschichte zu einer *histoire-problème* par excellence und sorgen für Relevanz. Mit öffentlichem Interesse an ihren Ergebnissen darf sie ganz gelassen rechnen.

⁶⁷ Vgl. Jan-Werner Müller, *Furcht und Freiheit. Für einen anderen Liberalismus*, Berlin 2019, S. 101.

Die Geschichte der Jüdinnen und Juden Italiens in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts verschwindet häufig hinter dem namenlosen Grauen des Holocaust, für das Auschwitz als emblematische Chiffre steht. In Italien, so ein noch immer weit verbreitetes Narrativ, sei die Emanzipation der jüdischen Bevölkerung im Zuge des *Risorgimento* geradezu vorbildlich gelungen, und auch später sei der Antisemitismus in Politik und Gesellschaft ein Randphänomen geblieben. Um so erklärungsbedürftiger erscheint in diesem Licht die faschistische Rassengesetzgebung von 1938. Ruth Nattermann kann am Beispiel jüdischer Aktivistinnen in der italienischen Frauenbewegung zeigen, dass es im Zeitalter der Weltkriege auch bemerkenswerte Schattenseiten der jüdischen Geschichte auf der Apennin-Halbinsel gab, dass blinde Flecken der Emanzipation bestehen blieben und dass Anfeindungen oder Marginalisierungsbestrebungen tiefere historische Wurzeln hatten, als lange Zeit gedacht.

Ruth Nattermann

Emanzipatorischer Aufbruch und antisemitische Verfolgung

Jüdinnen in der italienischen Frauenbewegung 1914 bis 1945

I. Licht und Schatten

Im April 1938 wandte sich Adelchi Serena, damals Vizesekretär des *Partito Nazionale Fascista* (PNF), mit einem warnenden Hinweis auf die bedeutendste Organisation der frühen italienischen Frauenbewegung an das italienische Innenministerium: „In der Vergangenheit hat die [*Unione Femminile Nazionale*, UFN] sozialistische Tendenzen gehabt, heute wird sie von einer israelitischen Vorsitzenden geleitet, die kein Mitglied der faschistischen Partei ist. [...] Man sollte die Gelegenheit wahrnehmen und die Aktivitäten der betreffenden Organisation suspendieren.“¹

Das Schreiben bildete den Auftakt der Schließung aller Sektionen der seit Ende des 19. Jahrhunderts von Jüdinnen entscheidend geprägten UFN. Nach der Verabschiedung der faschistischen Rassengesetze vom November 1938 stand auch der Zentrale in Mailand das definitive Ende bevor. Der hohe Anteil jüdischer Mitglieder der UFN war den faschistischen Behörden seit langem ein Dorn im Auge. Am 31. Januar 1939 wurde die Organisation aufgrund eines Dekrets der Mailänder

¹ Archivio Centrale dello Stato (künftig: ACS), Ministero dell'Interno, Direzione Generale della Pubblica Sicurezza (künftig: DGPS), Divisione Affari generali e riservati, Fondo Associazioni (1912–1947), busta 30, fasc. 345: UFN, Adelchi Serena, Partito Nazionale Fascista, an Ministero dell'Interno, 23.4.1938. Es handelt sich hier um einen Hinweis auf die piemontesische Sektion der UFN, deren Vorsitzende die Turinerin Elisa Treves war. Dieses Zitat und alle folgenden Quellenzitate wurden von der Verfasserin aus dem Italienischen ins Deutsche übersetzt.

Präfektur aufgelöst. Das Vermögen der UFN wurde konfisziert, ihr Haus gewaltsam geräumt.²

Tatsächlich betraf die Repression von jüdischen Einrichtungen oder Institutionen durch die faschistische Diktatur insbesondere die Frauenbewegung. Gruppierungen und Organisationen, die sich nicht dem Regime anpassten, hatten keine Zukunft; jüdische Protagonistinnen wurden ausgegrenzt, vertrieben, deportiert. Die langjährige Vorsitzende der UFN, Nina Rignano Sullam (1871–1945), verbrachte die letzten Jahre ihres Lebens versteckt und unter falschem Namen in verschiedenen kleinen Ortschaften Norditaliens; die erste italienische Agrarwissenschaftlerin Aurelia Jozs (1869–1944) wurde mit 75 Jahren nach Auschwitz deportiert und dort unmittelbar nach ihrer Ankunft umgebracht. Ihre Schicksale sind nur zwei Beispiele für die vielen gewaltsam beendeten oder durch Vertreibung und Exil unwiderruflich veränderten Lebenswege italienisch-jüdischer Feministinnen.³

Nach dem Zusammenbruch der faschistischen Diktatur blieb die große Mehrheit der betroffenen Aktivistinnen aus dem öffentlichen Bewusstsein ausgelöscht. Noch heute sind viele ihrer Namen und Schriften selbst in Italien wenig bekannt. Die ausgebliebene Erinnerung ist nicht zuletzt ein Zeichen der nach dem Zweiten Weltkrieg über Jahrzehnte hinweg verdrängten italienischen Mitverantwortung für Rassengesetzgebung und Judenverfolgung, die sich auch in der Geschichtsschreibung niederschlug. Der ebenso bedeutende wie umstrittene Historiker Renzo De Felice beschrieb in seinem Werk über die Geschichte der Juden im faschistischen Italien Anfang der 1960er Jahre die Integration der jüdischen Minderheit in die italienische Nation als problemlos und harmonisch und betonte, es habe seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts keine „jüdische Frage“ mehr in Italien gegeben. Antisemitismus sei bis 1938 unter Italienern nicht vorhanden gewesen.⁴ De

² Archivio Unione Femminile Nazionale Milano (künftig: Archivio UFN), busta 1, fasc. 5, Decreto del prefetto di Milano riguardo allo scioglimento dell'UFN, 31.1.1939. Zur Geschichte der 1899 gegründeten UFN vgl. Annarita Buttafuoco, *Solidarietà, Emancipazionismo, Cooperazione*. Dall'Associazione Generale delle Operaie all'Unione Femminile Nazionale, in: Fabio Fabri (Hrsg.), *L'Audacia insolente. La cooperazione femminile 1886–1986*, Vicenza 1986, S. 79–110; Stefania Bartoloni (Hrsg.), *Attraversando il tempo. Centoventi anni dell'Unione femminile nazionale (1899–2019)*, Rom 2019, und Graziella Gaballo, *Il Nostro Dove. L'Unione femminile tra impegno sociale, guerra e fascismo (1899–1939)*, Novi Ligure 2015.

³ Zur Sozialarbeiterin Nina Rignano Sullam, Tochter des langjährigen Vorsitzenden der Mailänder jüdischen Gemeinde Giuseppe Sullam, vgl. Annarita Buttafuoco, *Nina Rignano Sullam. Una Filantropa Politica*, in: *Il Risorgimento 2* (1989), S. 143–159. Die Unterlagen zu Aurelia Jozs im Centro di Documentazione Ebraica Contemporanea Milano (künftig: CDEC Milano), cartella Vicissitudini dei singoli, N. 434, Class. 1.2: Jozs, Aurelia (Anno 1993, settembre 7 – 1995).

⁴ Vgl. Renzo De Felice, *Storia degli ebrei sotto il fascismo*, Turin 1961. Noch 1987 behauptete der einflussreiche Historiker in einem Interview, Italien habe „außerhalb des Schattenkegels des Holocaust“ gestanden; *Intervista di Giuliano Ferrara a Renzo De Felice*, in: Jader Jacobelli (Hrsg.), *Il fascismo e gli storici oggi*, Rom/Bari 1988, S. 3–6, hier S. 6. Dagegen belegen die Studien von Enzo Collotti (*Il Fascismo e gli ebrei. Le leggi razziali in Italia*, Rom/Bari 2004) und Michele Sarfatti (*The Jews in Mussolini's Italy. From Equality to Persecution*, Madison 2006; seit 2014 gibt es auch eine deutschsprachige Ausgabe: „Die Juden im faschistischen Italien. Geschichte, Identität, Verfolgung“) die weit zurückreichende Vorgeschichte und eigen-

Felices Studie hatte entscheidenden Anteil an der Persistenz dieser Deutung, welche die Historiografie nicht nur in Italien lange Zeit geprägt hat und noch heute Wirkung zeigt. Erst in den letzten Jahren haben Historikerinnen und Historiker begonnen, das traditionelle Narrativ einer auf allen Ebenen gelungenen Integration der jüdischen Minderheit in die Gesellschaft des liberalen Italien verstärkt zu hinterfragen.⁵

Was die kleine jüdische Minderheit im italienischen Einheitsstaat angeht, so erscheinen ihre Erfahrungen tatsächlich auf den ersten Blick äußerst positiv. In keinem europäischen Land finden sich so viele Juden in staatlichen Ämtern und bekleideten sogar Ministerposten; selbst im italienischen Heer konnten sie bis in die höchsten Ränge aufsteigen. Doch wie verhielt es sich mit den Frauen? Auch nach der gesetzlichen Judenemanzipation, die 1848 im Königreich Sardinien-Piemont erfolgte, 1861 auf Gesamtitalien und 1870 auf Rom ausgeweitet wurde, waren Jüdinnen noch immer keine gleichberechtigten Staatsbürgerinnen. Der emanzipatorische Anspruch, der sich zuvor auf die Situation der jüdischen Gemeinschaft bezogen hatte, blieb für ihre weiblichen Mitglieder nach wie vor unerfüllt und verlor nicht an Aktualität.⁶

Im Zentrum dieses Beitrags steht die These, dass sich das traditionelle Narrativ der gelungenen Eingliederung der jüdischen Minderheit in die italienische Gesellschaft und des scheinbar jähen Endes dieser „Erfolgsgeschichte“ im Jahr 1938 vor allem deshalb dauerhaft halten konnte, weil die keineswegs geradlinigen Emanzipationswege jüdischer Frauen kaum Beachtung fanden. Auf der Grundlage erstmals erschlossener unveröffentlichter Egodokumente, zeitgenössischer Zeitschriften und gedruckter Memoiren, unpublizierten Schrifttums aus den Archiven jüdischer Institutionen und Organisationen sowie der Überlieferung von Polizei und anderen Behörden stellt der Aufsatz die wechselvollen Erfahrungen italienisch-jüdischer Feministinnen zwischen emanzipatorischem Aufbruch und antisemitischer Verfolgung in den Mittelpunkt. Den zeitlichen Schwerpunkt bilden die

ständige Entwicklung des Antisemitismus in Italien. Vgl. zudem die Standardwerke von David Bidussa (*Il mito del bravo italiano*, Mailand 1994) und Filippo Focardi (*Falsche Freunde? Italiens Geschichtspolitik und die Frage der Mitschuld am Zweiten Weltkrieg*, Paderborn 2015). Vgl. auch die Untersuchung von Valeria Galimi, *Sotto gli occhi di tutti. La società italiana e le persecuzioni contro gli ebrei*, Mailand 2018.

⁵ Vgl. Martin Baumeister, „Ebrei fortunati?“ Juden in Italien zwischen Risorgimento und Faschismus, in: Petra Terhoeven (Hrsg.), *Italien, Blicke. Neue Perspektiven der italienischen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts*, Göttingen 2010, S. 43–60; Ulrich Wyrwa, *Gesellschaftliche Konfliktfelder und die Entstehung des Antisemitismus. Das Deutsche Kaiserreich und das Liberale Italien im Vergleich*, Berlin 2015; ders., *Der Antisemitismus und die Gesellschaft des Liberalen Italien 1861–1915*, in: Gudrun Jäger/Liana Novelli-Glaab (Hrsg.), ... denn in Italien haben sich die Dinge anders abgespielt. *Judentum und Antisemitismus im modernen Italien*, Berlin 2007, S. 87–106, und Elizabeth Schächter, *The Jews of Italy, 1848–1915. Between Tradition and Transformation*, London/Portland 2011.

⁶ Zum jüdischen Emanzipationsprozess in Italien vgl. Gadi Luzzatto Voghera, *Il prezzo dell'egualianza. Il dibattito sull'emancipazione degli ebrei in Italia (1781–1848)*, Mailand 1998. Zum innerjüdischen Diskurs über die Stellung jüdischer Frauen im italienischen Nationalstaat vgl. Monica Miniati, *Le „emancipate“. Le donne ebrae in Italia nel XIX e XX secolo*, Rom 2003.

Jahre vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis 1945. Dabei gilt es vor allem, die um 1914 zunehmenden Spannungen des Emanzipationsprozesses zwischen Partizipation, Abgrenzung und antijüdischer Anfeindung herauszuarbeiten sowie die Marginalisierung, Entrechtung und Verfolgung während der faschistischen Diktatur dezidiert aus dem Blickwinkel jüdischer Frauen zu betrachten. Dabei wird deutlich, dass die für ganz Europa charakteristische doppelte Außenseiterposition jüdischer Frauen auch im häufig idealisierten italienischen Fall zu finden war. Der Faschismus erstickte den emanzipatorischen Aufbruch italienischer Jüdinnen im Keim, so dass ihre Emanzipation als Frauen und Jüdinnen unvollkommen blieb.

Emanzipation betrifft in diesem Zusammenhang sowohl jüdische als auch weibliche Gleichberechtigung. Der komplexe Begriff beinhaltet Gleichstellung im engeren rechtlichen wie politischen Sinne und wird darüber hinaus mit langfristigen Akkulturations- und Verbürgerlichungsprozessen assoziiert. Während sich erstere an konkreten, genau datierbaren Ereignissen ablesen lässt, handelt es sich bei Akkulturation und Verbürgerlichung um ungleichmäßig ablaufende Entwicklungen längerer Dauer, die mit sozialer Integration in unmittelbarer Beziehung stehen.⁷ Aufgrund der Tatsache, dass jüdische Männer im Zuge der italienischen Einigung die rechtliche Gleichstellung erlangt hatten und sich am politischen wie kulturellen Aufbau der jungen Nation aktiv beteiligen konnten, verlief ihre gesellschaftliche Eingliederung geradliniger als die Integration jüdischer Frauen.⁸ Jüdischen (wie nichtjüdischen) Frauen wurde schon aufgrund ihres Geschlechts die Emanzipation vorenthalten.

Die Forderung nach Frauenrechten erhielt seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts für die gebildete jüdisch-feministische Minderheit eine zentrale Bedeutung. Bezeichnenderweise waren Jüdinnen in der frühen italienischen Frauenbewegung – wie in den ersten europäischen Frauenbewegungen generell – überproportional stark vertreten.⁹ Analog zur jüdischen Gleichheitsforderung ging es auch beim weiblichen Emanzipationsanspruch um staatsbürgerliche Gleichheit und politische Partizipation, zusätzlich jedoch wurde hier die Loslö-

⁷ Vgl. Martin Baumeister/Philipp Lenhard/Ruth Nattermann, Introduction, in: Martin Baumeister/Philipp Lenhard/Ruth Nattermann (Hrsg.), *Rethinking the Age of Emancipation. Comparative and Transnational Perspectives on Gender, Family, and Religion in Italy and Germany, 1800–1918*, New York/Oxford 2020, S. 1–31, hier S. 6 f. Zum Zusammenhang zwischen den Emanzipationsforderungen von Juden und Frauen vgl. für Deutschland Angelika Schaser/Stefanie Schüler-Springorum (Hrsg.), *Liberalismus und Emanzipation. In- und Exklusionsprozesse im Kaiserreich und in der Weimarer Republik*, Stuttgart 2010.

⁸ Zu den Unterschieden in den Emanzipations- und Integrationsprozessen jüdischer Männer und Frauen vgl. Paula E. Hyman, *Gender and Assimilation in Modern Jewish History. The Roles and Representation of Women*, Seattle/London 1995, S. 18 f.

⁹ Vgl. Liana Novelli-Glaab, *Zwischen Tradition und Moderne. Jüdinnen in Italien um 1900*, in: Jäger/Novelli-Glaab (Hrsg.), *Judentum und Antisemitismus*, S. 107–128, hier S. 110, und Stefanie Schüler-Springorum, *Geschlecht und Differenz*, Paderborn 2014, S. 97. Zu den ersten Frauenbewegungen in Europa vgl. Sylvia Paetschek/Bianka Pietrow-Ennker (Hrsg.), *Women's Emancipation Movements in the Nineteenth Century*, Stanford 2004, und Angelika Schaser/Sylvia Schraut/Petra Steymans-Kurz (Hrsg.), *Erinnern, vergessen, umdeuten? Europäische Frauenbewegungen im 19. und 20. Jahrhundert*, Frankfurt a. M./New York 2019.

sung von einer traditionellen gesellschaftlichen Integration angestrebt, die von gesetzlich festgeschriebenen patriarchalischen Familienkonstellationen abhing.¹⁰ Das zeitgenössische Konzept von Frauenemanzipation implizierte somit den Kampf für weibliche Selbstbestimmung und die Verbesserung der rechtlichen, sozialen, kulturellen und politischen Stellung von Frauen.¹¹ Trotz dieser gemeinsamen ideologischen Grundlagen waren jedoch feministische Vereinigungen nicht frei von Judenfeindschaft, wie entgegen dem überkommenen Narrativ auch die Untersuchung des italienischen Kontexts verdeutlicht.¹²

Der erste Teil des Beitrags handelt vom jüdischen Selbstverständnis der Protagonistinnen und von der in die Vorkriegszeit zurückreichenden problematischen Beziehung zwischen jüdischen und katholischen Akteurinnen. Hier liegen die Ursachen für die Entwicklung antisemitischer Tendenzen in der italienischen Frauenbewegung, die mit dem Ersten Weltkrieg aggressiven Charakter annahm und sich während der faschistischen Diktatur zusehends radikalisierte. Der zweite Teil konzentriert sich auf die Erfahrungen und Erinnerungen ausgewählter italienisch-jüdischer Aktivistinnen im Ersten Weltkrieg und in der unmittelbaren Nachkriegszeit. Diese Phase bildet einen Wendepunkt in der ideologischen Selbstverortung der Protagonistinnen und der politischen Ausrichtung der italienischen Frauenbewegung, die einen starken Rechtsruck vollzog. Die Etappen der Ausgrenzung und Verfolgung italienischer Jüdinnen während der faschistischen Herrschaft bilden den Schwerpunkt des dritten Teils. Erläutert werden zunächst die fortschreitende Marginalisierung jüdischer Feministinnen seit den 1920er Jahren und die 1927 erfolgte Gründung des ersten jüdischen Frauenbunds (*Associazione Donne Ebrae d'Italia*, ADEI) in Italien, dessen antifaschistische, feministische und zionistische Ursprünge mit der faschistischen Diktatur in direktem Zusammenhang stehen. Dabei gilt es, die Entrechtung und Verfolgung anhand der gewaltsamen Auflösung der UFN 1938, der polizeilichen Beschattung der ADEI Anfang der 1940er Jahre und der Schicksale prominenter jüdischer Frauen nach dem Sturz Mussolinis im Sommer 1943 zu untersuchen. Die Langzeitperspektive ver-

¹⁰ In Italien war die rechtliche Oberaufsicht des Ehemanns über die Ehefrau („*autorizzazione maritale*“) im Bürgerlichen Gesetzbuch von 1865 verankert; ihre Ursprünge reichten bis zum Code Napoleon von 1804 zurück; vgl. Karen Offen, *European Feminisms 1700–1950. A Political History*, Stanford 2000, S. 121, und Perry Willson, *Women in Twentieth-Century Italy*, Basingstoke/New York 2010, S. 57.

¹¹ Vgl. Sylvia Paetschek/Bianka Pietrow-Ennker, Introduction. Concepts and Issues, in: Paetschek/Pietrow-Ennker (Hrsg.), *Women's Emancipation Movements*, S. 3–10, hier S. 6, und Offen, *European Feminisms*, S. 112 f. Zu den häufig auch negativ konnotierten zeitgenössischen Emanzipations-Diskursen im Hinblick auf Frauen vgl. Anne-Laure Briatte, *Denomination Matters. Strategies of Self-Designation of the German Women's Movement*, in: Baumeister/Lenhard/Nattermann (Hrsg.), *Rethinking the Age of Emancipation*, S. 219–240, hier S. 219–223.

¹² Für den deutschsprachigen Raum vgl. Charlotte Kohn-Ley/Ilse Korotin (Hrsg.), *Der feministische „Sündenfall“? Antisemitische Vorurteile in der Frauenbewegung*, Wien 1994; Mechtild Bereswill/Leonie Wagner (Hrsg.), *Bürgerliche Frauenbewegung und Antisemitismus*, Tübingen 1998, und Heidemarie Wawrzyn, *Antisemitism in the German Women's Movement 1865–1933*, Norderstedt 2011.

deutlicht die folgenschweren Veränderungen, Beschränkungen und Zerstörungen der Handlungsräume italienischer Jüdinnen zwischen emanzipatorischem Aufbruch und antisemitischer Verfolgung.

II. Konfliktreiche Vorkriegszeit: Jüdisches Gruppenbewusstsein und antisemitische Polemik in der Frauenbewegung

Obwohl die Beteiligung von Jüdinnen in der italienischen Frauenbewegung als relevanter Aspekt der Modernisierung und Säkularisierung des italienischen Judentums zu verstehen ist, wäre es verfehlt, diesen Vorgang mit der Auflösung einer partikulären jüdischen Identität gleichzusetzen. Das Bewusstsein, Teil einer Familie zu sein, die ihre Wurzeln im Judentum hatte, kann als wichtigste Komponente eines säkularen jüdischen Selbstverständnisses gelten, das für die mehrheitlich nicht-religiösen jüdischen Akteurinnen der italienischen Frauenbewegung charakteristisch war. Tatsächlich existierte im liberalen Italien kein jüdischer Frauenbund wie in Deutschland.¹³ In der kleinen jüdischen Gemeinschaft Italiens, deren Anteil an der Gesamtbevölkerung seit Mitte des 19. Jahrhunderts stets nur 0,1 Prozent betrug, bildeten italienisch-jüdische Feministinnen vielmehr eine Minderheit in der Minderheit.

Die Herausbildung feministischer Positionen und eine aktive Beteiligung in der überkonfessionellen Frauenbewegung erforderten soziale Sicherheit und weltliche Bildung. Gleichzeitig spiegelt die Selbstverortung der Akteurinnen die ausgeprägte Beweglichkeit und Prozesshaftigkeit jüdischer Identitäten wider, die für das europäische Judentum nach der rechtlichen Gleichstellung generell charakteristisch wurde.¹⁴ Italienisch-jüdische Frauenrechtlerinnen definierten sich vorwiegend über säkulare jüdische Familienidentitäten, die auf Ideen einer Herkunftsgemeinschaft, ethischen Traditionen und Formen des kommunikativen Gedächtnisses basierten. Ein allgemein verbindendes Element der hier in Rede stehenden Akteurinnen ist ihre bewusste und kontinuierliche Einbindung in weit gespannte, häufig transnationale jüdische Familien- und Freundschaftsnetzwerke. Die vielfältigen kulturellen Einflüsse aus dem deutschsprachigen, französischen, spanischen und osteuropäischen Kontext sowie die weitreichenden Beziehungen vor allem nach Großbritannien, in die USA und nach Palästina förderten trans-

¹³ Zum 1904 in Berlin gegründeten jüdischen Frauenbund vgl. Marion A. Kaplan, *Die jüdische Frauenbewegung in Deutschland. Organisationen und Ziele des Jüdischen Frauenbundes 1904–1938*, Hamburg 1981, und Monika Richarz, *Frauen in Familie und Öffentlichkeit*, in: Steven M. Lowenstein u. a. (Hrsg.), *Deutsch-jüdische Geschichte in der Neuzeit*, Bd. 3: *Umstrittene Integration 1871–1918*, München 2000, S. 69–100, hier S. 94–98.

¹⁴ Im liberalen Italien erhielt die Verbindung zwischen nationalpatriotischen und ethnisch-rassistischen Diskursen als Ausdruck jüdischer Differenz erhebliche Relevanz; vgl. Carlotta Ferrara degli Uberti, *Fare gli ebrei italiani. Autorappresentazioni di una minoranza (1861–1918)*, Bologna 2011, S. 142. Zum deutschen und französischen Kontext vgl. Philipp Lenhard, *Volk oder Religion? Die Entstehung moderner jüdischer Ethnizität in Frankreich und Deutschland 1782–1848*, Göttingen 2014, hier S. 28 f.

nationale Vernetzungsprozesse in und außerhalb der zeitgenössischen Frauenbewegung und unterstreichen zugleich die charakteristische europäische wie globalgeschichtliche Dimension der italienisch-jüdischen Geschichte.¹⁵

Die unterschiedlichen Nuancen jüdischer Familienidentitäten gehen aus Selbstzeugnissen deutlich hervor. Bei der Schriftstellerin Amelia Rosselli (1870–1954),¹⁶ Mutter der späteren Widerstandskämpfer Carlo Rosselli (1899–1937) und Nello Rosselli (1900–1937), überdauerte ein charakteristisches jüdisches Selbstverständnis im Sinne ethischer Wertvorstellungen, das sie bewusst an ihre Söhne weitergab.¹⁷ Die Schriftstellerin Laura Orvieto (1876–1953)¹⁸ wiederum, eine enge Freundin Rossellis, pflegte das jüdische Familiengedächtnis und die Erinnerung an die Vorfahren in ihren autobiografischen und literarischen Texten,¹⁹ während in den Schriften der Töchter des Anthropologen Cesare Lombroso, Paola Lombroso (1871–1954) und Gina Lombroso (1872–1944), Ideen einer jüdischen Herkunftsgemeinschaft mit zum Teil auch biologistischen Zügen eine zentrale Rolle einnahmen.²⁰ Das familiär konnotierte Selbstverständnis italienisch-jüdischer Feministinnen wurde fundamental für die Schaffung eines jüdischen Gruppenbewusstseins, das auch in der überkonfessionellen Frauenbewegung lebendig blieb. Konflikte mit katholischen Aktivistinnen waren damit vorgezeichnet.

Um die Jahrhundertwende etablierten sich die wichtigsten weltlichen Frauenorganisationen des liberalen Italien. 1899 wurde die sozialistisch orientierte UFN in Mailand gegründet, 1903 entstand der liberale *Consiglio Nazionale delle Donne Ita-*

¹⁵ Zu der ethnischen Vielfalt und kulturellen Heterogenität der italienisch-jüdischen Minderheit, die mehrheitlich sephardische, aber auch bedeutende aschkenasische Ursprünge hatte, vgl. Tullia Catalan, Juden und Judentum in Italien von 1848 bis 1918, in: Jäger/Novelli-Glaab (Hrsg.), Judentum und Antisemitismus, S. 71–128, hier S. 74 f. Zur europäischen Dimension der jüdischen Geschichte generell vgl. Dan Diner, Geschichte der Juden – Paradigma einer europäischen Historie, in: Gerald Stourzh (Hrsg.), Annäherungen an eine europäische Geschichtsschreibung, Wien 2002, S. 85–103.

¹⁶ Vgl. Giovanna Amato, Una donna nella storia. Vita e letteratura di Amelia Pincherle Rosselli. Tragico tempo, chiaro il dovere, Florenz 2012 (= Quaderni del Circolo Rosselli 1/2012); Dolara Vieri (Hrsg.), Amelia Pincherle Rosselli. Per Giorgio Spini, Florenz 2006 (= Quaderni del Circolo Rosselli 3/2006), und Marina Calloni, Introduzione, in: Amelia Rosselli, Memorie, hrsg. von Marina Calloni, Bologna 2001, S. 7–30. Zum antifaschistischen Engagement Amelia Rossellis und ihrer Söhne vgl. Caroline Moorehead, Una famiglia pericolosa. La storia vera della famiglia Rosselli e della sua opposizione al fascismo di Mussolini, Rom 2017.

¹⁷ Vgl. Rosselli, Memorie, S. 128.

¹⁸ Vgl. die Ausgabe der „Antologia Vieusseux“ aus dem Jahr 2012: Laura Orvieto. La voglia di raccontare le „Storie del Mondo“, und Ruth Nattermann, The Italian-Jewish Writer Laura Orvieto (1876–1955) between Intellectual Independence and Social Exclusion, in: Quest. Issues in Contemporary Jewish History 8/2015; www.quest-cdecjournal.it/focus.php?id=368 [8.7.2020].

¹⁹ Vgl. Laura Orvieto, Storia di Angiolo e Laura, hrsg. von Caterina Del Vivo, Florenz 2001, hier S. 4–13, und Laura Orvieto, Leo e Lia. Storia di due bambini italiani con una governante inglese, Florenz 2011, hier die Erzählung „Il re è ebreo?“, S. 69–72.

²⁰ Vgl. insbesondere die Beschreibungen der jüdischen Vorfahren in: Gina Lombroso Ferrero, Cesare Lombroso. Storia della vita e delle opere, Bologna 1921, und Paola Lombroso/Gina Lombroso, Cesare Lombroso. Appunti sulla vita. Le opere, Turin 1906.

liane (CNDI) in Rom.²¹ Gleichzeitig verschärften sich die Spannungen zwischen jüdischen beziehungsweise jüdisch-laizistischen und katholischen Akteurinnen. Die für den italienischen Kontext zentrale Verbindung zwischen katholischem Anti-Judaismus und Anti-Laizismus erwies sich in der italienischen Frauenbewegung als besonders explosiv, da Jüdinnen in den weltlichen Institutionen zahlreich und oft in Führungspositionen vertreten waren. Bereits seit der nationalen Einigung hatten sich Jüdinnen entschieden für die konzeptionelle Entwicklung und transnationale Orientierung der italienischen Frauenbewegung eingesetzt. Der generell hohe Bildungsgrad und das weitgehend bürgerliche Profil italienisch-jüdischer Frauen kamen einem gesellschaftspolitischen Engagement grundsätzlich entgegen.²² Ihrer auffallend starken Beteiligung an der Frauenbewegung lag vor allem die Intention zugrunde, die ihnen weiterhin vorenthaltene Emanzipation als Frauen und Jüdinnen einzufordern.

Ein bedeutendes Beispiel hierfür ist der gewichtige Anteil jüdischer Autorinnen in der betont laizistisch und transnational ausgerichteten Frauenrechtszeitschrift *La Donna*, welche die Mazzinianerin Gualberta Alaide Beccari 1868 in Padua gründete. Der feministische Aufbruch in Italien war seit den 1870er Jahren maßgeblich von der deutsch-italienisch-jüdischen Akademikerin Paolina Schiff (1841–1926) durch die organisatorische Entwicklung und transnationale Vernetzung der italienischen Frauenbewegung im Kontext der europäischen Friedensbewegung vorangetrieben worden. Schiffs erfolgreich umgesetzte Initiative staatlicher Mutterschaftskassen avancierte Anfang des 20. Jahrhunderts zum Vorbild ähnlicher Projekte in Europa. Auch der herausragende Einsatz der italienischen Frauenbewegung im Kampf gegen den internationalen Frauen- und Mädchenhandel ging seit Ende des 19. Jahrhunderts in erheblicher Weise von jüdischen Akteurinnen aus.²³

Der Gegensatz zur katholischen Mehrheitskultur vertiefte sich vor allem durch Aktivitäten in der Sphäre von Erziehung und Unterricht. Italienische Jüdinnen hatten schon seit den 1860er Jahren eine bedeutende Rolle bei der Etablierung weltlicher Einrichtungen und reformpädagogischer Methoden, insbesondere der Fröbel-Kindergärten, im Erziehungsbereich übernommen, den trotz des laizistischen Staatsverständnisses der jungen italienischen Nation weiterhin die katholische Kirche dominierte. Jüdische Feministinnen betätigten sich in der großen Mehrheit unter dem Vorzeichen des Laizismus, der zumindest in den ersten Jahrzehnten nach der italienischen Staatsgründung vorwiegend von liberalen bürgerli-

²¹ Zur Geschichte des CNDI vgl. Fiorenza Taricone, *L'Associazionismo femminile in Italia dall'Unità al Fascismo*, Mailand 1996, S. 21–50, und Beatrice Pisa, *Cittadine d'Europa. Integrazione europea e associazioni femminili italiane*, Mailand 2003.

²² Vgl. Sergio Della Pergola, *La popolazione ebraica in Italia nel contesto ebraico globale*, in: Corrado Vivanti (Hrsg.), *Storia d'Italia. Annali*, Bd. 11: *Gli ebrei in Italia*, Teil 1: *Dal medioevo all'età dei ghetti*, Turin 1996, S. 897–939.

²³ Zur transnationalen Entwicklung der italienischen Frauenbewegung und der bedeutenden Rolle ihrer jüdischen Protagonistinnen vgl. Ruth Nattermann, *Unrecognized Transnationalism. A Counter History of the Early Italian Women's Movement*, in: Schaser/Schraut/Steymans-Kurz (Hrsg.), *Europäische Frauenbewegungen*, S. 338–360.

chen Männern vertreten wurde. Sie bewegten sich somit außerhalb des „bipolaren Geschlechtermodells“.²⁴

Mit Beginn des 20. Jahrhundert verloren Laizismus und Antiklerikalismus aufgrund des generationellen Wandels im italienischen Bürgertum allmählich ihren Rückhalt. Der Katholizismus gewann sichtlich an gesamtgesellschaftlichem Einfluss.²⁵ Auch in der Frauenbewegung verschärften sich die Konfliktlinien. Zum Eklat zwischen Katholikinnen und Anhängerinnen des laizistischen Lagers, darunter Amelia Rosselli, Laura Orvieto und zahlreiche weitere jüdische Akteurinnen, kam es 1908 anlässlich des nationalen Frauenkongresses in Rom. Im Rahmen der Debatte um die Stellung des katholischen Religionsunterrichts in italienischen Schulen entzündete sich eine heftige Auseinandersetzung, die letztlich Ausdruck der erstarkenden katholischen Mehrheitskultur und der sich zeitgleich zuspitzen den ideologischen Gegensätze in der Frauenbewegung war.²⁶ Als abgestimmt wurde, stellten sich die anwesenden Jüdinnen geschlossen hinter die Mailänder Sozialistin Linda Malnati (1855–1921), die für die Abschaffung des Religionsunterrichts eintrat. Die Entscheidung fiel schließlich zugunsten ihres Antrags.²⁷ Sie entfachte heftige Reaktionen in katholischen Kreisen, die auch in der zeitgenössischen Presse nachweisbar sind. Antilaizistische Vorurteile verbanden sich nun zunehmend mit antijüdischer und antifeministischer Polemik.²⁸ Die organisierten Katholikinnen grenzten sich in der Folgezeit entschieden von den nichtkonfessionellen Frauenvereinigungen ab. In den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg vertieften sich die

²⁴ Vgl. Manuel Borutta, La „natura“ del nemico. Rappresentazioni del cattolicesimo nell'anticlericalismo dell'Italia liberale, in: Andrea Ciampani/Lutz Klinkhammer (Hrsg.), *La storiografia tedesca sul Risorgimento italiano. Temi e prospettive*, Atti del Convegno Internazionale, Roma 1–3 marzo 2001, Rom 2002, S. 117–136, hier S. 135 (Beiheft zur *Rassegna storica del Risorgimento* 83 – 2001). Zum Engagement jüdischer Akteurinnen für die Verweltlichung und Reformierung des Erziehungsbereichs vgl. Ruth Nattermann, *Antisemitische Strömungen im Movimento Femminile Italiano (1869–1916). Vorurteile, Konflikte und Reaktionen zwischen katholischem Anti-Laizismus und Anti-Judaismus*, in: *Quellen und Forschungen aus italienischen Archiven und Bibliotheken* 96 (2016), S. 365–388, hier S. 372 f.

²⁵ Vgl. Oliver Janz, *Konflikt, Koexistenz und Symbiose. Nationale und religiöse Symbolik in Italien vom Risorgimento bis zum Faschismus*, in: Heinz-Gerhard Haupt/Dieter Langewiesche (Hrsg.), *Nation und Religion in Europa. Mehrkonfessionelle Gesellschaften im 19. und 20. Jahrhundert*, Frankfurt a. M. 2004, S. 231–252, hier S. 242 f., und Marco Meriggi, *Soziale Klassen, Institutionen und Nationalisierung im liberalen Italien*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 26 (2000), S. 201–218, hier S. 213.

²⁶ Zu den zeitgenössischen Debatten um den Religionsunterricht vgl. Giorgio Chiosso, *Die Schulfrage in Italien. Volksschulbildung*, in: Rudolf Lill/Francesco Traniello (Hrsg.), *Der Kulturkampf in Italien und in den deutschsprachigen Ländern*, Berlin 1993, S. 257–298, hier S. 266 f. und S. 296–298.

²⁷ Vgl. den Kongressbericht *Atti del I Congresso Nazionale delle Donne Italiane*, Rom 1912. Zum Kongress vgl. Gabriele Boukrif, „Der Schritt über den Rubikon“. Eine vergleichende Untersuchung zur deutschen und italienischen Frauenrechtsbewegung (1861–1919), *Münster* 2006, S. 201–203; Liviana Gazzetta, *Orizzonti nuovi. Storia del primo femminismo in Italia (1865–1925)*, Rom 2018, S. 151–154, und Willson, *Women*, S. 36 f.

²⁸ Vgl. die als Reaktion auf den Kongress erschienene Schmähschrift der „Civiltà Cattolica“ vom 6.6.1908: „Il Primo Congresso delle Donne Italiane“ (Antonio Pavissich).

bereits bestehenden Gräben. So wies die *Unione fra le Donne Cattoliche d'Italia* (UDCI) verschiedene Verständigungsversuche des laizistischen CNDI demonstrativ zurück. Vor allem förderte sie in ihren Schriften die zusehends offensichtlichere Konvergenz zwischen antilaizistischen und antijüdischen Haltungen, die im Ersten Weltkrieg in eine aggressive antisemitische Polemik münden sollte.²⁹

III. Italienische Jüdinnen und der Erste Weltkrieg

Während der Vorkriegszeit nahmen nicht nur in der katholischen Frauenvereinigung antisemitische Vorurteile zu. Der Krieg gegen Libyen 1911 und der generelle Vormarsch eines aggressiven Nationalismus ließen vermehrt antisemitische Töne in Teilen der italienischen Gesellschaft laut werden.³⁰ Ähnlich wie bereits im Zuge der nationalen Einigung wurden Juden nun wieder verstärkt als „Anderer“ und „Fremde“ stigmatisiert.³¹ Die zentrale Aussage der zeitgenössischen antisemitischen Sprache zahlreicher europäischer Länder, die Juden gehörten nicht zur Nation, fand auch Eingang in den italienischen Wahlkampf von 1913, als Katholiken erstmals in der nationalen politischen Arena erschienen. Das Sprachrohr der organisierten Katholikinnen wiederum propagierte in den Vorkriegsjahren das traditionelle antisemitische Vorurteil vom jüdisch-freimaurerischen Komplott. Katholische Akteurinnen erwiesen sich hier weitaus aggressiver als männliche italienische Nationalisten, die zur selben Zeit in ihrer groß angelegten Pressekampagne gegen Freimaurer die Verknüpfung von Judentum und Freimaurerei weitgehend vermieden.³²

Einen Höhepunkt erreichte diese Entwicklung zwei Jahre nach Beginn des Ersten Weltkriegs, als die prominente katholische Aktivistin Elena da Persico (1869–1948) in einer öffentlichen Rede in Genua italienische Frauen vor der Gefahr einer universellen „jüdisch-freimaurerischen Verschwörung“ warnte.³³ Sie orientierte sich bewusst am gesamteuropäischen antisemitischen Diskurs, der seit Kriegs-

²⁹ Zu dieser Entwicklung vgl. Nattermann, *Antisemitische Strömungen*, S. 381–384.

³⁰ Vgl. Tullia Catalan, *Le reazioni dell'ebraismo italiano all'antisemitismo europeo (1880–1914)*, in: Catherine Brice/Giovanni Miccoli (Hrsg.), *Les racines chrétiennes de l'antisemitisme politique (Fin XIXe–XXe Siècle)*, Rom 2003, S. 137–162, hier S. 141–147, und Schächter, *Jews*, S. 133–136.

³¹ Zum Zusammenhang zwischen Antisemitismus und Nationalismus im Diskurs der „Civiltà Cattolica“ während des 19. Jahrhunderts vgl. David Lebovitch Dahl, *The Antisemitism of the Italian Catholics and Nationalism. „The Jew“ and „the Honest Italy“ in the Rhetoric of La Civiltà Cattolica during the Risorgimento*, in: *Modern Italy* 17 (2012), S. 1–14.

³² Vgl. Nattermann, *Antisemitische Strömungen*, S. 382 f., und Wyrwa, *Gesellschaftliche Konfliktfelder*, S. 118–121.

³³ Die gebürtige Veroneserin leitete viele Jahre lang in Mailand die katholische Frauenzeitschrift „Azione Muliebre“, schrieb Romane und war journalistisch tätig. Sie gehörte zu den führenden Vertreterinnen der katholischen Frauenorganisation UDCI; vgl. Liviana Gazzetta, Elena da Persico, Verona 2005. Zu ihrer antisemitisch-antifeministischen Aktion vgl. Ruth Nattermann, *Die Konstruktion des „gefährlichen Anderen“. Antifeministischer Antisemitismus in den Schriften der italienischen Aktivistin Elena da Persico (1869–1948)*, in: *Antisemitismus, Antifeminismus. Ausgrenzungsstrategien im 19. und 20. Jahrhundert*, hrsg. vom Frauen & Geschichte Baden-Württemberg e. V., Roßdorf 2019, S. 85–104.

beginn vor allem in katholischen Frauenkreisen des italienischen Bürgertums und der Aristokratie an Einfluss gewonnen hatte. Ihr Text vom Februar 1916, der unter dem Titel „Mode und weiblicher Charakter“ erschien und auf großen Beifall in katholischen Kreisen stieß, war gespickt mit antisemitischen Äußerungen.³⁴ Vor dem Hintergrund des Kriegs ermahnte die Gräfin ihr Publikum zu Sparsamkeit und Anspruchslosigkeit und betonte die absolute Notwendigkeit eines gemeinsamen Eintretens gegen den angeblich drohenden Verfall der Sitten. Elena da Persico sah eine immense Gefahr in der Versuchung katholischer Frauen durch modische und in ihren Augen unmoralische Kleidung, die in der Hauptsache Juden herstellen würden. Jüdisch-freimaurerische Sekten hätten bereits die Literatur und das Theater in der Hand und würden nun auch die Mode monopolisieren. Die jüdisch-freimaurerische Verschwörung könnte mithilfe dieser Kontrolle letztlich die „Verheidnisierung“ des gesamten gesellschaftlichen Lebens erreichen.³⁵ Unter Bezugnahme auf den französischen Kontext, der für die Rezeption antisemitischen Denkens in Italien generell große Bedeutung hatte, konstatierte die Journalistin:

„Seit 1885 hat Édouard Drumont in seinem Buch ‚La France juive‘ auf diese Gefahr hingewiesen: Die Schneider und Schneiderinnen – schrieb er – sind beinahe alle jüdischen Ursprungs [...] und er wettete gegen die Inkohärenz christlicher Frauen, welche diese Mode begünstigten, die zu einer Ent-Christianisierung der Sitten und den Untergang der Moral führt. [...] Wir haben gesehen, dass sich die Vorhersagen Drumonts bewahrheitet haben [...], wir erleben, wie ausgerechnet in einem Jahrhundert des ‚Feminismus‘ Millionen von Frauen dem Befehl eines Mannes gehorchen: dem jüdischen freimaurerischen Schneider der französischen Hauptstadt.“³⁶

Elena da Persicos Vortrag zeichnet wohl für den am stärksten antisemitisch geprägten Text einer italienischen Autorin für die vorfaschistische Ära verantwortlich. In ihrem Bezug auf den französischen Schriftsteller Édouard Drumont (1844–1917) offenbart sich ein säkularer Antisemitismus, der sich vom mehrheitlich antijüdisch-antilaizistischen Charakter des bisherigen Diskurses katholischer Frauen abhob. Bei da Persico ging es im Kern um antisemitische Topoi wie parasitäres „Finanzjudentum“, jüdische Weltverschwörung und wirtschaftliche Ausbeutung. Der „jüdische freimaurerische Schneider“ von Paris wurde zum Inbegriff des korrupten, machtbesessenen und lüsternen Juden, der die tugendhaften katholischen Italienerinnen ins moralische Verderben führen wollte.³⁷ Die Abhandlung der prominenten Journalistin stieß bei den organisierten italienischen Katholikinnen auf großen Widerhall. Im Rahmen der landesweiten „Kampagne gegen die antichristliche Mode“, die auch auf päpstliche Anweisung hin seit 1920 von den katho-

³⁴ Vgl. Elena da Persico, *Moda e carattere femminile*, Turin 1925.

³⁵ Vgl. ebenda, S. 7.

³⁶ Ebenda, S. 6 f.

³⁷ Vgl. ebenda, S. 7.

lischen Frauenorganisationen gestartet wurde und große Bedeutung im katholischen Milieu gewann, bildete da Persicos Text von 1916 einen zentralen Bezugspunkt.³⁸ Die Kampagne diente der Propagierung christlicher Reinheit und Tugend, aber gleichzeitig zur Verbreitung des Konzepts einer ausschließlich über den Katholizismus zu definierenden italienisch-nationalen Identität.³⁹ Doch bereits während des Ersten Weltkriegs zielte die antisemitische Polemik da Persicos auf die Schaffung eines jüdischen Feindbilds, um den Mythos der wahren, katholischen Nation zu unterstreichen, die es im Krieg mit allen Mitteln zu stärken und zu verteidigen galt.

Bezeichnenderweise holte nur wenige Monate nach der antisemitischen Rede da Persicos die jüdische Schriftstellerin Anna Errera (1870–1940) in der lombardischen Zeitschrift *Per il nostro Soldato* („Für unseren Soldaten“) zum rhetorischen Gegenschlag aus. Die gebürtige Triestinerin stammte aus einer venezianischen Familie überzeugter Mazzinianer antiklerikaler wie anti-habsburgischer Tendenz. Ende des 19. Jahrhunderts war Errera von Venedig nach Mailand gezogen, wo sie sich neben ihrer Arbeit als Pädagogin und Schriftstellerin für die UFN engagierte.⁴⁰ Die schrille antisemitische Polemik der prominenten UDCl-Aktivistin da Persico verlangte nach einer energischen Gegenreaktion. Bei Erreras Text „Die antike Flamme“ vom November 1916 handelte es sich um einen Essay über das italienische *Risorgimento*, den Inbegriff anti-kirchlicher Kräfte, aber auch der grundsätzlichen Auflehnung gegen Fremdherrschaft. Italien befand sich seit eineinhalb Jahren auf Seiten der Entente im Krieg gegen die Mittelmächte. Unter explizitem Bezug auf Mazzini, Symbolfigur der nationalen Einigung und säkulares Idealbild der frühen italienischen Frauenbewegung, sprach Errera mit Emphase vom Geist der italienischen „Wiedererstehung“: „Und wieder ist es die Stimme Mazzinis, der verlangt, aus dem Herzen alles zu tilgen, was nicht ideal ist; der verlangt, Italien unabhängig, frei und einig zu machen [...]. Und wieder ist es die kühne Weisheit Cavour's, wieder die Faszination Garibaldi's, die unsere Jugend zum Krieg aufruft.“⁴¹

Der flammende Appell war Ausdruck der charakteristischen Interpretation des sogenannten Großen Kriegs als Vervollkommnung des *Risorgimento* und gerechtem Befreiungskrieg für die endgültige Unabhängigkeit, Freiheit und Einheit Italiens. In ihrer Vorstellung von einer angeblich notwendigen Erfüllung der nationalen Einigung ebenso wie in der Forderung nach einer Neuordnung Europas beriefen sich italienische Interventionistinnen und Interventionisten bevorzugt auf das

³⁸ Vgl. Gazzetta, Elena da Persico, S. 114–117.

³⁹ Dazu die Unterlagen im Istituto per la storia dell'Azione cattolica e del movimento cattolico in Italia (Isacem) Paolo VI, Rom, Fondo UDCl, busta 45, fasc. 4, „Campagna contro la moda anticristiana, in seguito all'appello del papa“.

⁴⁰ Das ausgeprägte Interesse der Familie Errera für Mazzini inspirierte die Schriftstellerin sogar zu einer Biografie: Anna Errera, *Vita di Mazzini*, Mailand 1932. Zu Leben und Werk Anna Erreras vgl. Achille Norsa, *Tre donne che hanno onorato l'Ebraismo italiano. Le sorelle Errera*, in: *Rassegna mensile di Israel* 41 (1975), S. 42–55.

⁴¹ *Per il nostro soldato* vom 19.11.1916 (Bulletin, Jahrgang 2, Heft 24): „L'Antica Fiamma“.

Konzept Mazzinis von Nationalismus als Emanzipations- und Partizipationsversprechen. Die exklusiven und aggressiven Elemente dieses Konzepts wurden dabei weitgehend ignoriert.⁴² Für jüdische Protagonistinnen wie Anna Errera erhielt der Rekurs auf das *Risorgimento* zusätzliche Bedeutung: Er wurde zum Ausdruck der patriotischen Begeisterung, die der Erste Weltkrieg bei der jüdischen Minderheit in Italien insgesamt ausgelöst hatte. Für sie stellte der Konflikt eine herausragende Gelegenheit dar, den Beweis ihrer nationalen Solidarität und Dankbarkeit gegenüber dem italienischen Vaterland und dem italienischen Königshaus für die einst gewährte Judenemanzipation anzutreten.⁴³ Auch konnten sie sich auf diese Weise dem Mythos der katholischen Nation zur Wehr setzen, der von da Persico und den organisierten Katholikinnen mithilfe antilaizistischer und antisemitischer Feindbilder propagiert wurde.

Der „Große Krieg“ bedeutete in vielen Fällen eine Intensivierung italienisch-jüdischer Familienidentitäten aufgrund des Wiederauflebens von Erinnerungen an das Engagement der Väter und Verwandten für die italienische Einheit und die damit verbundene Judenemanzipation. Die gefährliche Faszination, die Interventionismus und Irredentismus im Ersten Weltkrieg auf die große Mehrheit italienisch-jüdischer Protagonistinnen ausübten, ging somit auf die Vergangenheit ihrer Familien und die fortwährende Identifizierung mit den Idealen des *Risorgimento* zurück. Anna Erreras zeitgenössischer Essay „Die antike Flamme“ spiegelt diese Tendenz beispielhaft wider.⁴⁴

Auch aus der Rückschau wurde der Erste Weltkrieg von jüdischen Akteurinnen als zentrale persönliche und politische Erfahrung geschildert. Amelia Rosselli und Laura Orvieto widmeten dem Krieg wesentliche Teile ihrer Memoiren, aus denen noch heute die einschneidende Bedeutung des Konflikts im Leben der beiden Frauen spricht.⁴⁵ Sie bilden einen charakteristischen Bestandteil der jüdischen Erinnerung an den „Großen Krieg“ in Italien, die von den verheerenden Erfah-

⁴² Vgl. Simon Levis Sullam, *L’Apostolo a Brandelli. L’eredità di Mazzini tra Risorgimento e Fascismo*, Rom/Bari 2010, S. 56–58, und Giovanni Belardelli, *Mazzini*, Bologna 2010, S. 242.

⁴³ Vgl. Mario Toscano, *Gli ebrei italiani e la prima guerra mondiale (1915–1918). Tra crisi religiosa e fremiti patriottici*, in: *Italia Judaica. Gli ebrei nell’Italia unita 1870–1945*, Rom 1993, S. 285–302, hier S. 285, S. 289 f. und S. 292.

⁴⁴ Zur diskursiven Verbindung zwischen „Risorgimento“ und dem Ersten Weltkrieg in den Schriften italienisch-jüdischer Protagonistinnen vgl. Ruth Nattermann, *The Female Side of War. The Experience and Memory of the Great War in Italian-Jewish Women’s Ego-Documents*, in: Edward Madigan/Gideon Reuveni (Hrsg.), *The Jewish Experience of the First World War*, Basingstoke/New York 2018, S. 233–254, hier S. 241.

⁴⁵ Zu den in Italien wie in Europa insgesamt noch wenig erforschten Erinnerungen von Frauen an den Ersten Weltkrieg vgl. Christa Hämmerle, „Mentally broken, physically a wreck ...“. *Violence in War Accounts of Nurses in Austro-Hungarian Service*, in: Dies./Oswald Überegger/Birgitta Bader Zaar (Hrsg.), *Gender and the First World War*, Basingstoke/New York 2014, S. 89–107; Alison S. Fell, *Remembering French and British First World War Heroines*, in: Ebenda, S. 108–126, und Nattermann, *Female Side of War*, in: Madigan/Reuveni (Hrsg.), *Jewish Experience*, S. 233–254. Zu den Erinnerungen männlicher Akteure vgl. Jay Winter, *Remembering War. The Great War Between Memory and History in the Twentieth Century*, New Haven/London 2006, S. 62–76.

rungen des Zweiten Weltkriegs und der Shoah weitgehend überlagert oder zerstört wurde.⁴⁶ Rossellis Memoiren entstanden zwischen 1932 und dem Ende der 1940er Jahre; den Hauptteil verfasste sie zwischen 1938 und 1944 im schweizerischen und amerikanischen Exil, nach der Ermordung ihrer Söhne durch faschistische Schergen.⁴⁷ Orvieto wiederum schrieb ihre Autobiografie hauptsächlich in den Jahren 1938/39, zuletzt abseits ihrer Wahlheimat Florenz, in Cortina d'Ampezzo, wohin sie sich zusammen mit ihrem Mann Angiolo 1939 zurückgezogen hatte.⁴⁸ Die Bitterkeit und das Gefühl der Isolation angesichts der wenige Monate zuvor verabschiedeten Rassengesetze sind in ihren Aufzeichnungen deutlich spürbar. Der tragische Unterton beider Autorinnen offenbart die nachträgliche Erkenntnis des anfangs weitgehend unterschätzten Grauens des „Großen Kriegs“, der ihnen Jahre zuvor als die Vollendung des *Risorgimento* erschienen war. Amelia Rosselli widmete ihrem Sohn Aldo, gefallen mit nur 20 Jahren im März 1916 in Carnia, fast ein ganzes Kapitel ihrer Memoiren.⁴⁹

Bei Laura Orvieto wiederum fanden die zu Beginn des Ersten Weltkriegs verstärkt sichtbaren antisemitischen Tendenzen unter katholischen Aktivistinnen keinen Eingang in ihre Erinnerungen, obwohl sie die Entwicklung selbst aus nächster Nähe miterlebt hatte. Stattdessen idealisierte sie die jüdisch-nichtjüdischen Beziehungen der Kriegszeit. Vor dem Hintergrund der faschistischen Verfolgung erschien der globale Konflikt in ihrer Autobiografie nochmals als Zeitalter einer starken, solidarischen Nation, in der Juden wie Nichtjuden in Eintracht für die Sache Italiens eingetreten waren: „[W]ir glaubten damals an den bedingungslosen Kampf für die Unabhängigkeit Italiens, damit der Feind für immer aus italienischem Gebiet verjagt würde [...]. Dies glaubten wir damals, dies wollten wir damals, alle vereint, wir Italiener, ohne rassische Benachteiligung und Unterschied, in einer gemeinsamen Liebe und einem gemeinsamen Glauben.“⁵⁰

Antisemitische Anfeindung und zunehmende existentielle Not führten während des Faschismus bei Laura Orvieto und vielen anderen italienisch-jüdischen Akteurinnen und Akteuren zur trügerischen Erinnerung an den Ersten Weltkrieg als Periode einer vollkommenen nationalen Gemeinschaft.⁵¹ Angesichts ihrer Ex-

⁴⁶ Zum nachhaltigen Vergessen der jüdischen Erfahrung und Erinnerung an den Ersten Weltkrieg auch in Österreich vgl. Petra Ernst, Der Erste Weltkrieg in deutschsprachig-jüdischer Literatur und Publizistik in Österreich, in: Siegfried Matzl u. a. (Hrsg.), Krieg – Erinnerung – Geschichtswissenschaft, Wien/Köln/Weimar 2009, S. 47–72, hier S. 62–68.

⁴⁷ Zur Entstehungsgeschichte der Memoiren vgl. Calloni, Introduzione, in: Rosselli, Memorie, S. 16 f.

⁴⁸ Vgl. Caterina Del Vivo, Introduzione, in: Orvieto, Storia di Angiolo e Laura, S. VII–XI, hier S. VII.

⁴⁹ Es handelt sich um den zweiten Teil der Memoiren „A Firenze“, der in weiten Teilen von Aldo und seinem Tod handelt; vgl. Rosselli, Memorie, S. 107–174. Zum Tod Aldo Rossellis vgl. Leo Valiani, Introduzione, in: I Rosselli. Epistolario familiare di Carlo, Nello, Amelia Rosselli. 1914–1937, hrsg. von Zeffiro Ciuffoletti, Mailand 1997, S. VII–XXVII, hier S. X.

⁵⁰ Orvieto, Storia di Angiolo e Laura, S. 119.

⁵¹ Vgl. Nattermann, Female Side of War, in: Madigan/Reuveni (Hrsg.), Jewish Experience, S. 251–253.

klusion aus der italienischen Gesellschaft wandten sie sich der Vergangenheit zu und verfuhrten dabei notwendigerweise selektiv. Die Rekonstruktion des Geschehenen basierte auf den Sinnbedürfnissen der Gegenwart. In den betreffenden Erinnerungen nahm der Erste Weltkrieg so den Nimbus einer weit zurückliegenden Ära an, in der Antisemitismus unter Italienern scheinbar nicht existiert hatte.

IV. Zwischen Krieg und Faschismus

Die wenigen Jahre zwischen dem Ende des Ersten Weltkriegs und der faschistischen Machtübernahme waren eine Zeit politischer und persönlicher Scheidewege. Wie Amelia Rosselli und die Schwestern Lombroso führte auch die Mehrheit jüdischer Feministinnen aus dem Kreise der UFN nach 1918 ihr Engagement für Frauenrechte im linken politischen Spektrum fort. Generell verstärkten sich jedoch rechte politische Strömungen in der italienischen Frauenbewegung. Die erstarkende faschistische Bewegung zog bald auch einzelne jüdische Protagonistinnen in ihren Bann.⁵² Zu einer Zeit, in der dieses Thema im italienischen Parlament wie in ganz Europa lebhaft diskutiert wurde, forderten auch die *Fasci di Combattimento* in ihrem offiziellen Programm vom Juni 1919 das aktive und passive Frauenwahlrecht. Was den Arbeitsmarkt anging, so ermöglichte die Verabschiedung der *Legge Sacchi* im Juli 1919 Frauen die Ausübung vieler Berufe und schaffte mit der *autorizzazione maritale* die administrativen Befugnisse des Ehemanns über die Ehefrau ab.⁵³ Die primäre Intention der italienischen wie der europäischen Frauenbewegungen überhaupt, das Wahlrecht, wurde in Italien jedoch nicht erreicht. Die neue faschistische Bewegung hielt freilich an dieser Forderung fest und versuchte dadurch, ihre politische Attraktivität für potenzielle Anhängerinnen zu steigern. Der Erfolg des impliziten politischen Emanzipationsversprechens ließ nicht lange auf sich warten.

Im März 1920 gründete Elisa Majer Rizzioli (1880–1930),⁵⁴ eine ehemalige Kriegskrankenschwester jüdischer Herkunft, in Monza die erste faschistische Frauenorganisation, die *Fasci Femminili*, die bald auch in anderen Städten vor allem Nord- und Mittelitaliens entstanden. Wie bei den männlichen Faschisten der ersten Stunde befanden sich auch in den frühen faschistischen Frauengruppen sowohl Aktivistinnen, die sich vom Faschismus eine radikale Veränderung Italiens

⁵² Zur Annäherung nicht weniger italienischer Juden an den Faschismus vgl. Michele Sarfatti, Italy's Fascist Jews. Insights on an Unusual Scenario, in: *Quest. Issues in Contemporary Jewish History* 11/2017; www.quest-cdecjournal.it/index.php?issue=11 [28.7.2020].

⁵³ Vgl. Helga Dittrich-Johansen, Le „militi dell'idea“. Storia delle organizzazioni femminili del Partito Nazionale Fascista, Florenz 2002, S. 31 f., und Victoria de Grazia, Le donne nel regime fascista, Venedig 1992, S. 55. Für die Vorbereitung der „Legge Sacchi“ machte sich v. a. die UFN stark. Dazu die Unterlagen im Archivio UFN, busta 8, fasc. 55.

⁵⁴ Vgl. Dittrich-Johansen, Militi dell'idea, S. 35–38, S. 51–54, und S. 63–68. Vgl. zudem die von Giulia Galeotti verfasste Kurzbiografie „Mayer [sic!], Elisa“ in: *Dizionario Biografico degli Italiani* 72 (2008); [www.treccani.it/enciclopedia/elisa-mayer_\(Dizionario-Biografico\)/](http://www.treccani.it/enciclopedia/elisa-mayer_(Dizionario-Biografico)/) [8.7.2020], und den Eintrag von Rachele Farina in: *Dizionario biografico delle donne lombarde. 1568–1968*, hrsg. von Rachele Farina, Mailand 1995, S. 668 f.

erhofften, als auch Vertreterinnen der traditionellen konservativen Eliten. Sie sahen im Faschismus hauptsächlich ein willkommenes Mittel im Kampf gegen Sozialismus und Kommunismus. Viele der ersten Faschistinnen brachten Erfahrungen aus dem Vereinsleben mit, insbesondere aus Wohlfahrtsorganisationen. Wie Mussolinis prominente jüdische Geliebte Margherita Sarfatti (1880–1961)⁵⁵ und Elisa Majer Rizzioli stammten die meisten aus der wohlhabenden, gebildeten Mittelschicht oder waren aristokratischer Herkunft. Einige von ihnen hatten sich schon früh für die faschistische Bewegung zu interessieren begonnen und empfanden sich vor allem als Erlöserinnen der besetzten italienischen Gebiete.⁵⁶ Der gefeierte Dichter und Kriegsveteran Gabriele D’Annunzio hatte im September 1919 die Macht in Fiume übernommen, nachdem Soldaten in Julisch-Venetien gemeutert und mit der stillschweigenden Zustimmung der verantwortlichen Offiziere die dalmatische Stadt besetzt hatten.⁵⁷

Die leidenschaftliche Irredentistin Majer Rizzioli, die sowohl im Krieg gegen Libyen 1911 als auch während des „Großen Kriegs“ als Rotkreuzschwester tätig gewesen war, schloss sich im September 1919 D’Annunzios „Marsch auf Fiume“ an. Irredentistische Grundhaltungen führten bei ihr zu einem militanten Faschismus. Die erste Auflage ihrer Kriegserinnerungen erschien 1919 unter dem Titel „Fratelli e sorelle. Libro di guerra 915–18“ (Brüder und Schwestern. Buch des Kriegs 1915–1918) in Mailand. Majer Rizziolis hier artikuliert Überzeugung, dass die politische (liberale) Klasse Italien angeblich in die totale Demütigung führen wollte, stellte eine deutliche Anspielung auf das Bild vom „verstümmelten Sieg“ dar, das sich nach dem Friedensschluss und dem ausgebliebenen Gewinn Dalmatiens in breiten bürgerlich-nationalistischen Kreisen des Lands verfestigte.⁵⁸ Mit der Gründung der *Associazione pro Fiume* im Jahr 1919, deren Leitung sie übernahm, verhalf sie D’Annunzio zu einer wichtigen politischen und finanziellen Lobby. 1920 begegnete Majer Rizzioli erstmals Mussolini in Mailand. Das persönliche Gespräch bestärkte die Aktivistin in ihrer ideologischen Entwicklung: Sie zog in die lombardische Metropole, trat den *Fasci di Combattimento* bei und begann, für Mussolinis Zeitung *Il Popolo d’Italia* zu schreiben.⁵⁹

⁵⁵ Unter den zahlreichen Arbeiten zu Margherita Sarfatti vgl. Stefania Bartoloni, Margherita Sarfatti. Una intellettuale tra Nazione e Fascismo, in: Maria Teresa Mori u. a. (Hrsg.), *Di generazione in generazione. Le Italiane dall’Unità a Oggi*, Rom 2014, S. 207–220; Simona Urso, Margherita Sarfatti. Dal mito del Dux al mito americano, Venedig 2003, und Karin Wieland, *Die Geliebte des Duce. Das Leben der Margherita Sarfatti und die Erfindung des Faschismus*, München 2004.

⁵⁶ Zur Entstehung der „Fasci Femminili“ vgl. Dittrich-Johansen, *Militi dell’idea*, S. 37 f.; Perry Willson, *Italy*, in: Kevin Passmore (Hrsg.), *Women, Gender and Fascism in Europe, 1919–45*, Manchester 2003, S. 11–32, und de Grazia, *Donne*, S. 55–62.

⁵⁷ Vgl. Brunello Mantelli, *Kurze Geschichte des italienischen Faschismus*, Berlin 2008, S. 37–41, und Wolfgang Schieder, *Der italienische Faschismus 1919–1945*, München 2010, S. 21 f.

⁵⁸ Vgl. Elisa Majer Rizzioli, *Fratelli e sorelle. Libro di guerra 915–18*, Mailand 1919, und Mario Isnenghi, *Scenari dell’io nei racconti sociali della Grande Guerra*, in: Stefania Bartoloni (Hrsg.), *La Grande Guerra delle italiane. Mobilitazioni, diritti, trasformazioni*, Rom 2016, S. 273–294, hier S. 280 und S. 285.

⁵⁹ Vgl. de Grazia, *Donne*, S. 58–60.

Die Gründung der *Fasci Femminili* im März 1920 fügt sich insofern nahtlos in Majer Rizziolis ausgeprägten politischen Aktivismus dieser Jahre ein. Im Oktober 1922 nahm die Faschistin der ersten Stunde als Krankenschwester am „Marsch auf Rom“ teil, wofür sie später von Mussolini ausgezeichnet wurde. Majer Rizzoli blieb gleichzeitig eine moderate Feministin, die auch einen größeren Einfluss von Frauen in der faschistischen Partei anstrebte. Im Unterschied zu Margherita Sarfatti geriet Majer Rizzoli jedoch bereits während der Frühzeit des Faschismus mehr und mehr ins politische Abseits. Von Mussolini wurde sie nach ihrem erfolgreichen Einsatz für die faschistische Partei, vor allem als Inspektorin der faschistischen Frauengruppen, bald ignoriert. Die von ihr Ende 1924 gegründete Zeitschrift *Rassegna femminile italiana* löste der Parteisekretär Roberto Farinacci im Januar 1926 kurzerhand auf. Majer Rizzoli war nicht das einzige Opfer der antifeministischen Politik des Faschismus. Insbesondere seit Mitte der 1920er Jahre wurden mehrere Ortsgruppen-Funktionärinnen, die sich gegen die Marginalisierung von Frauen im PNF wandten und für einen faschistischen Feminismus eintraten, von der Parteiführung gezielt ausgegrenzt. Sobald die Partei Frauen wie die Gründerin der *Fasci Femminili* zur Herstellung eines breiten gesellschaftlichen Konsenses nicht mehr benötigte, wurden sie wieder zu Randfiguren degradiert.⁶⁰ Der Ausgrenzung der zunächst erfolgreichen und von Mussolini selbst zeitweise geförderten jüdischen Aktivistin Majer Rizzoli durch die faschistische Führung lagen Mitte der 1920er Jahre daher in erster Linie antifeministische Motive zugrunde. Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, dass sich diese Tendenzen bereits damals mit einem latenten Antisemitismus in der Partei verbanden, der sich in den kommenden Jahren intensivieren sollte.⁶¹

V. Demütigung und Marginalisierung: Unter faschistischer Herrschaft

Mit dem Weg vom Irredentismus zum Faschismus, vom Dienst als freiwillige Kriegskrankenschwester und der Teilnahme am Marsch auf Fiume bis zur Gründung der *Fasci Femminili* stellt Majer Rizzoli ein Extrembeispiel für die nahezu bedingungslose Annäherung einer jüdischen Aktivistin an den Faschismus dar. Die auffällige ideologische Radikalisierung von Majer Rizzoli und ihren Gesinnungsgenossinnen unterscheidet sich deutlich von der entgegengesetzten Entwicklung vieler anderer jüdischer Zeitgenossinnen, beispielsweise Amelia Rosselli oder den Schwestern Lombroso. Dies soll nicht bedeuten, dass sich jüdische Frauenrechtlerinnen vom Faschismus unmittelbar abgrenzten. Selbst die UFN arbeitete

⁶⁰ Vgl. Novelli-Glaab, Zwischen Tradition und Moderne, in: Jäger/Novelli-Glaab (Hrsg.), Judentum und Antisemitismus, S. 125. Zu antifeministischen Haltungen im PNF und der Ausgrenzung von Majer Rizzoli vgl. Willson, Women, S. 84, und de Grazia, Donne, S. 60–62 sowie S. 66 f. Zum Antifeminismus Mussolinis vgl. Patrizia Dogliani, Il fascismo degli italiani. Una storia sociale, Turin 2008, S. 120.

⁶¹ Der Soziologe Robert Michels bemerkte bereits 1924, dass im Faschismus eine starke antisemitische Strömung existiere; vgl. Giorgio Fabre, Mussolini razzista. Dal socialismo al fascismo – La formazione di un antisemita, Mailand 2005, S. 444.

in den 1920er und noch zu Beginn der 1930er Jahre auf dem Feld der Wohlfahrt mit faschistischen Institutionen zusammen. Im Gegensatz zum CNDI jedoch blieb die UFN dem Regime gegenüber kritisch eingestellt, was insbesondere seit Mitte der 1920er Jahre zu diversen Konflikten mit der faschistischen Regierung führen sollte.⁶²

Der CNDI dagegen empfing den Faschismus mit offenen Armen und passte sich nach Mussolinis Machtübernahme bereitwillig dem Regime an.⁶³ Nur wenige Tage nach dem „Marsch auf Rom“ im Oktober 1922 sandte die Vorsitzende der nationalen Frauenvereinigung, Gräfin Gabriella Spalletti Rasponi (1853–1931), ein Telegramm an Mussolini. Mit Emphase bekundete sie, dass „in dieser heiligen Stunde italienischer Erneuerung der *Consiglio Nazionale delle Donne Italiane* vertrauensvoll der großen Zukunft unseres Italien applaudiert“.⁶⁴ Der ideologische Kurs der nationalen Frauenorganisation, deren philo-faschistische Tendenzen bereits seit Ende des Ersten Weltkriegs deutlich zugenommen hatten, wurde damit bestätigt. Von der Ernennung Mussolinis zum Regierungschef durch König Vittorio Emanuele III. versprachen sich die führenden Kreise des CNDI in erster Linie die Gewährung des nach wie vor ausstehenden Frauenwahlrechts. Mussolini, der stark auf die Unterstützung von Frauen bei der Etablierung des faschistischen Regimes zählte, nährte zunächst aus opportunistischen Gründen diese Hoffnungen, ließ jedoch seine Versprechungen in den folgenden Jahren fallen.⁶⁵

Bereits seit 1923 erfolgte im CNDI der Versuch, gezielt Mitglieder aus der Organisation herauszudrängen, die nicht mehr der angestrebten politischen Ausrichtung entsprachen. Die einst charakteristische Laizität der Frauenvereinigung hatte aufgrund der Rekrutierung philo-faschistischer, katholischer Aristokratinnen und des Ausscheidens linksliberaler und sozialistischer Mitglieder, darunter nicht wenige Jüdinnen, zu Beginn der 1920er Jahre erheblich an Bedeutung verloren.⁶⁶ Diese Entwicklung verlief parallel zur 1922 begonnenen Annäherung zwischen Faschismus und katholischer Kirche. Der ideologische Gegensatz zu den organisierten Katholikinnen wurde in diesem Zusammenhang zusehends schwächer.

⁶² Vgl. Concetta Brigadeci, *Forme di resistenza al fascismo. L'Unione Femminile Nazionale*, Mailand 2001, S. 4–6.

⁶³ Vgl. Taricone, *Associazionismo*, S. 82–87.

⁶⁴ ACS, Archivio CNDI, busta 5: Corrispondenza della Federazione femminile toscana con la Presidenza del Consiglio nazionale e con altri e documentazione relativa a congressi, manifestazioni, lettere di nomina e di dimissioni, distintivi a spilla del Congresso di Firenze del 1926 (1908–1934), fasc.: Corrispondenza CNDI, Sezione Firenze 1922. Zu Mussolinis „Marsch auf Rom“ und der faschistischen Machtübernahme vgl. Giulia Albanese, *Mussolinis Marsch auf Rom. Die Kapitulation des liberalen Staates vor dem Faschismus*, Paderborn 2015, hier S. 95–135, und Wolfgang Schieder, *Benito Mussolini*, München 2014, S. 39–46.

⁶⁵ Vgl. de Grazia, *Donne*, S. 63.

⁶⁶ Die betreffenden Austrittsschreiben u. a. von Laura Orvieto und Amelia Rosselli finden sich im ACS, Archivio CNDI, busta 5: Corrispondenza della Federazione femminile toscana con la Presidenza del Consiglio nazionale e con altri e documentazione relativa a congressi, manifestazioni, lettere di nomina e di dimissioni, distintivi a spilla del Congresso di Firenze del 1926 (1908–1934), fasc.: Corrispondenza CNDI, Sezione Firenze 1922.

Einen besonders eklatanten Fall stellt der Ausschluss der langjährigen jüdischen Aktivistin Nina Sierra im Sommer 1924 dar. Die in Florenz ansässige, dem Sozialismus nahestehende Schriftstellerin gehörte der *Federazione Toscana* des CNDI an und war gleichzeitig ein langjähriges Mitglied der UFN. Sie schrieb seit Beginn des Jahrhunderts für die Frauenbewegungspresse; 1903 war ihr umfassender Vortrag über die politischen und sozialen Forderungen des zeitgenössischen Feminismus im Sprachrohr der UFN erschienen.⁶⁷

Die Aktion gegen die politisch unerwünschte Protagonistin begann im Juni 1924, bemerkenswerterweise zu einer Zeit, in der Mussolinis Herrschaft bereits deutlich gefestigt war. Nach den manipulierten Wahlen vom April 1924 besaß die faschistische Regierung im Parlament eine überragende Mehrheit, die Monarchie stand hinter Mussolini, die katholische Kirche war auf dem besten Weg, sich mit dem Faschismus zu arrangieren. Am 10. Juni 1924 ermordeten faschistische Schergen den Sozialistenführer Giacomo Matteotti (1885–1924), der Ende Mai die faschistische Regierung offen der verbrecherischen Gewalt bezichtigt und die Annullierung der Wahlen gefordert hatte.⁶⁸ In diesem Kontext spitzten sich auch im CNDI die antisozialistischen Tendenzen zu. Als langjährige Aktivistin der UFN bildete Nina Sierra offenbar eine besonders geeignete Zielscheibe für entsprechende Attacken. In einem knappen, anonymen Schreiben vom Juni 1924 wurde Sierra vorgeworfen, sich nicht genügend zu engagieren und zu wenig mit den Zielen der Organisation zu identifizieren. Aus diesem Grund solle sie ihr Amt niederlegen. Unterzeichnet war der maschinengeschriebene Brief lediglich von „einer Gruppe zahlreicher Mitglieder“.⁶⁹ Höchstwahrscheinlich handelte es sich in der Hauptsache um Vertreterinnen der mittlerweile den gesamten CNDI dominierenden Gruppe philo-faschistischer, katholischer Aristokratinnen.⁷⁰ Dagegen distanzierte sich die liberal gesonnene, langjährige Vorsitzende der toskanischen Sektion, Elena French Cini, unverzüglich von dem Vorfall und drückte in einem Brief an Nina Sierra ihr Bedauern darüber aus. Diese antwortete mit unüberhörbarer Verbitterung:

„Jeder denkt mit dem Gehirn, das er besitzt, und jene Damen erachten lediglich diejenige Arbeit als nützlich, die sie selbst tun. Sie sind nicht fähig dazu, die Relevanz der Propaganda des geschriebenen und gesprochenen Worts zu begreifen. Ich erinnere mich daran, wie vor vielen Jahren Signora Majno auf Kosten der Unione Femminile mehrere tausend [Exemplare] meines Vortrags über den Fe-

⁶⁷ Archivio UFN, cartella 65, fasc. 3, Pubblicazioni 1901–1905. Vgl. auch Nina Sierra, *Femminismo*, Conferenza tenuta il 14 aprile 1903 alla Università Popolare di Alessandria d’Egitto, pubblicata a cura del Periodico „Unione Femminile“, Mailand 1903.

⁶⁸ Vgl. Schieder, *Faschismus*, S. 38–40, und Mantelli, *Geschichte*, S. 67–69.

⁶⁹ ACS, Archivio CNDI, busta 5, Lettere da Roma e Documenti vari 1924: „Documenti relativi all’incidente Circolare anonima“, Consiglio Nazionale Donne Italiane, giugno 1924, a Nina Sierra, undatiert.

⁷⁰ Der Hinweis von Nerina Traxler, in den 1930er Jahren Vorsitzende der florentinischen Sektion, an Signora Buonaventura, in: ACS, Archivio CNDI, busta 5, Lettere da Roma e Documenti vari 1924: Documenti relativi all’incidente Circolare anonima, 24.6.1924.

minismus in Mailand drucken ließ, ihn überall verteilte und sagte, sie halte ihn für eine wertvolle Propaganda. Ebenso nützlich könnte mein letzter Vortrag über den Frauen- und Mädchenhandel sein, wenn da nicht die heutigen Umstände wären, die seine Verbreitung verhindern. Da Sie es bedauern würden, wenn ich meinen Austritt erklärte, werde ich dies nicht tun, sondern einfach mein Mandat verfallen lassen und mich auch von der Federazione zurückziehen, ohne Skandale, um nicht das Spiel jener Damen mitzuspielen.“⁷¹

Sierras Anspielung auf „die heutigen Umstände“ war offensichtlich als Kritik am ideologischen Kurs des CNDI und gleichzeitig an der von Mussolini betriebenen Einschränkung der Meinungsfreiheit zu verstehen, die durch die Abschaffung der Pressefreiheit im Juli 1924 weiter reduziert wurde.⁷² Der Rücktritt der Schriftstellerin, auf den die anonyme Kampagne abgezielt hatte, war nicht mehr aufzuhalten. Am 3. Juli 1924 erklärte die Akteurin, sie stelle sich aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr zur Wahl; im Oktober 1925 gab sie offiziell ihr Ausscheiden bekannt.⁷³

Das Ereignis gibt einen deutlichen Hinweis auf die bereits fortgeschrittene faschistische Durchdringung des CNDI, gegen die noch verbliebene demokratische Kräfte machtlos waren. Insbesondere linksliberale und sozialistische Tendenzen wurden konsequent ausgeschaltet. Der Aktion gegen die dem Sozialismus nahestehende Feministin Nina Sierra lagen in erster Linie politische Motive zugrunde, die im Zusammenhang mit der Verfolgung von Regimegegnern nach der Ermordung Matteottis besondere Brisanz erhielten. Gleichzeitig ist nicht ausgeschlossen, dass in der „anonymen Gruppe“ auch antijüdische Einstellungen vorhanden waren, die in der weltlichen Jüdin Nina Sierra eine Bedrohung für die ideologische Orientierung der Organisation sahen.

Die Anpassung der großen nationalen Frauenvereinigung an das faschistische Regime und das Schwenden ihres laizistischen Ideals wirkten sich auf die Handlungsspielräume von Feministinnen jüdischer Herkunft generell negativ aus, da sie sich seit Jahrzehnten mehrheitlich unter dem Vorzeichen des Laizismus in der Frauenbewegung engagiert hatten. Die Ausgrenzung weltlicher, insbesondere antifaschistischer Protagonistinnen war damit vorgezeichnet. Gina Lombroso ging 1930 mit ihrem Ehemann, dem Historiker und Antifaschisten Guglielmo Ferrero (1871–1942), ins Genfer Exil.⁷⁴ Amelia Rosselli fand sich bereits vor der Ermordung ihrer Söhne Carlo und Nello aufgrund ihrer regimekritischen Haltung zusehends existentiell bedroht. Zusammen mit ihren Schwiegertöchtern Marion Cave (1896–1949), Maria Todesco (1905–1998) und ihren Enkelkindern floh sie

⁷¹ ACS, Archivio CNDI, busta 5, Lettere da Roma e Documenti vari 1924: Documenti relativi all'incidente Circolare anonima, Nina Sierra an Elena French Cini, 22.6.1924.

⁷² Zu den Verordnungen zur Abschaffung der Pressefreiheit vgl. Mantelli, Geschichte, S. 71.

⁷³ ACS, Archivio CNDI, busta 5, Lettere da Roma e Documenti vari 1925, Sierra an French Cini, 3.7.1924, und ACS, Archivio CNDI, busta 5, Lettere da Roma e Documenti vari 1924: Documenti relativi all'incidente Circolare anonima, Sierra an French Cini, 29.10.1925.

⁷⁴ Vgl. Delfina Dolza, Essere figlie di Lombroso. Due donne intellettuali tra '800 e '900, Mailand 1990, S. 159–164.

1937 zunächst in die Schweiz, ging von da aus nach England und schließlich in die USA.⁷⁵

VI. Antifaschismus, Feminismus, Zionismus: die Entstehung des jüdischen Frauenbunds

Angesichts der faschistischen Einkreisung gewann die innerjüdische Sphäre auch für nicht-religiöse Jüdinnen seit Mitte der 1920er Jahre an Bedeutung. Sie wurde zu einem Fluchtraum in einer feindlich gesinnten Umwelt. Die Entstehung des ersten jüdischen Frauenbunds in Italien im Jahr 1927, der ADEI,⁷⁶ war das Ergebnis zweier parallel ablaufender Entwicklungen: Zum einen führte die fortschreitende faschistische Unterwanderung der noch bestehenden Frauenvereinigungen zur Marginalisierung von politisch linksstehenden Akteurinnen wie Nina Sierra. Ihre Handlungsspielräume wurden kleiner, der Kampf für politische Gleichberechtigung entwickelte sich zu einem aussichtslosen Unterfangen. Auch die Annäherung des einst dezidiert laizistischen CNDI an die dominierende katholische Kultur des faschistischen Italien erschwerte nun die lange Zeit eher unproblematische Integration jüdischer Mitglieder in die große nationale Frauenorganisation.

Gleichzeitig entfalteten jüdische Kulturzirkel und zionistische Gruppierungen insbesondere zwischen 1923 und 1928 eine intensive Aktivität in Italien, die auch unter jüdisch-weltlichen Akteurinnen ein verstärktes Interesse am Judentum und an zionistischen Ideen entfachten. Vor allem der jüdische Jugendkongress von Livorno im November 1924 bewirkte einen beachtenswerten Aufschwung des italienischen Zionismus, der sich von seiner vorwiegend philanthropischen Tendenz zu lösen begann. Verantwortlich für diese veränderte Form der jüdischen Selbstreflexion war nicht zuletzt die Dominanz des Katholizismus in der Gesellschaft und die fortschreitende Annäherung zwischen Faschismus und katholischer Kirche.⁷⁷ Die Diskussionen des jüdischen Jugendkongresses spiegelten jedoch nicht nur die un-

⁷⁵ Vgl. Marina Calloni, *Amelia tra Italia, Europa e Stati Uniti (1927–1954)*, in: Rosselli, *Memorie*, S. 230–272. Zur Exilerfahrung von Amelia, Marion und Maria vgl. Ruth Nattermann, *Realtà cambiate. Le donne Rosselli tra esilio e ritorno a Firenze*, in: Patrizia Guarnieri (Hrsg.), *L'emigrazione intellettuale dall'Italia fascista. Studenti e studiosi ebrei dell'Università di Firenze in fuga all'estero*, Florenz 2019, S. 119–134. Zur anhaltenden Freundschaft der Familien Lombroso und Rosselli während des Exils vgl. Marina Calloni/Lorella Cedroni, *Presentazione. Due famiglie in esilio*, in: *Politica e affetti familiari. Lettere di Amelia, Carlo e Nello Rosselli a Guglielmo, Leo e Nina Ferrero e Gina Lombroso Ferrero (1917–1943)*, hrsg. von Marina Calloni/Lorella Cedroni, Mailand 1997, S. 21–27.

⁷⁶ Unter den wenigen vorliegenden Beiträgen zur ADEI vgl. Sara Follacchio, *Associazionismo femminile e nation building. Il contributo dell'Associazione Donne Ebreo d'Italia*, in: *Chronica Mundi* 12 (2017), S. 99–125, und Monica Miniati, „Non dimenticare“. Il ruolo formativo e culturale dell'Adei (Associazione donne ebreo d'Italia), dal dopoguerra a oggi, in: Anna Maria Piusi (Hrsg.), *Presto apprendere, tardi dimenticare. L'educazione ebraica nell'Italia contemporanea*, Mailand 1998, S. 167–169.

⁷⁷ Zur Entwicklung und zu den ideologischen Strömungen des italienischen Zionismus vgl. David Bidussa, *Il sionismo italiano nel primo quarto del Novecento. Una „rivolta“ culturale?*, in: *Bailamme* 5/6 (1989), S. 168–244 und *Bailamme* 7 (1990), S. 95–172. Zur Relevanz des Ka-

terschiedlichen Tendenzen des zeitgenössischen Zionismus wider, sondern wurden aufgrund der Präsenz von Amelia Rossellis Sohn Nello auch zum zentralen Anhaltspunkt eines jüdischen Antifaschismus. Anknüpfend an die säkulare und dennoch jüdisch-bewusste Erziehung durch seine Mutter Amelia betonte der Historiker die für ihn mit dem Judentum untrennbar verbundenen ethischen Werte von Gerechtigkeit, Freiheit und sozialer Verantwortung, die zu einem gesellschaftspolitischen Engagement im Hier und Jetzt – konkret zum Widerstand gegen die faschistische Diktatur – verpflichteten.⁷⁸

Die Sozialarbeiterin Berta Cammeo Bernstein (1866–1928), Gründerin des jüdischen Frauenbunds, stand bezeichnenderweise an der Schnittstelle beider Entwicklungen: der zunehmenden Marginalisierung und Verfolgung linker beziehungsweise antifaschistischer Aktivistinnen und Aktivisten sowie der Revitalisierung jüdisch-religiöser und jüdisch-zionistischer Identitäten. Die gebürtige Florentinerin, die nach der Heirat mit dem Textilunternehmer Arturo Bernstein nach Mailand gezogen war und dort begonnen hatte, sich für die UFN und deren *Asilo Mariuccia*, einem Heim für prostitutionsgefährdete Mädchen, sowie das Komitee gegen den Frauen- und Mädchenhandel zu engagieren, hatte verhältnismäßig spät Zugang zum Judentum und zum Zionismus gefunden.⁷⁹

Die Entstehung der ersten jüdischen Frauenorganisation Italiens ist mit Berta Cammeo Bernsteins Biografie untrennbar verbunden. Sie gehörte zum inneren Kreis der langjährigen UFN-Vorsitzenden Ersilia Majno (1859–1933), deren Salon bis in die 1920er Jahre hinein bedeutende Protagonistinnen und Protagonisten des italienischen Sozialismus wie Filippo Turati und Anna Kuliscioff frequentierten.⁸⁰ Sowohl die dem Faschismus entgegenstehende politische Orientierung als auch die Nähe zum praktischen Feminismus der UFN im Sinne von Sozialarbeit, Bildungsprojekten und Hilfe zur Selbsthilfe gesellschaftlich benachteiligter Frauen waren wegweisend für Cammeo Bernstein. Dasselbe galt für ihre Töchter Elda

tholizismus für die nationale Identität im faschistischen Italien vgl. Christopher Duggan, *Fascist Voices. An Intimate History of Mussolini's Italy*, Oxford 2013, S. 312.

⁷⁸ Zur Rede Nello Rossellis in Livorno vgl. Bruno Di Porto, *Il problema ebraico in Nello Rosselli, in: Giustizia e Libertà nella lotta antifascista e nella storia d'Italia. Attualità dei fratelli Rosselli a quaranta anni dal loro sacrificio. Atti del congresso internazionale organizzato a Firenze il 10–12 giugno 1977*, hrsg. vom Istituto Storico della Resistenza in Toscana, Florenz 1978, S. 491–499, und Giovanni Belardelli, *Nello Rosselli. Uno storico antifascista*, Florenz 1982, S. 44–48.

⁷⁹ Vgl. Gabriella Falco Ravenna, *Berta Bernstein Cammeo e gli Albori dell'ADEI*, in: *Dalla nascita ai giorni nostri. Breve storia della Federazione italiana della Wizo*, hrsg. von der Associazione donne ebreiche d'Italia, Mailand 1971, S. 15–19. Vgl. auch die Erinnerungen des Mediziners Aldo Ascarelli, eines Enkels von Cammeo Bernstein: *Il più vivo dei miei figli*, in: Angelo Pezzana (Hrsg.), *Quest'anno a Gerusalemme. Gli ebrei italiani in Israele*, Florenz 2008, S. 31–40.

⁸⁰ Vgl. Gigliola Lopez, *Ricordo di Marta Navarra*, in: *Rassegna mensile di Israel* 41 (1975), S. 417–429, hier S. 418, und Fiorenza Taricone, *La FILDIS e l'associazionismo femminile*, in: Marina Addis Saba (Hrsg.), *La corporazione delle donne. Ricerche e studi sui modelli femminili nel ventennio fascista*, Florenz 1988, S. 127–169, hier S. 142. Zur Feministin Ersilia Majno vgl. Cinzia Demi, *Ersilia Bronzini Majno. Immaginario biografico di un'italiana tra ruolo pubblico e privato*, Bologna 2013, und Galbano, *Dovere*, S. 22–39.

Bernstein Majno und Marta Bernstein Navarra, die ebenfalls an führender Stelle in der Vereinigung jüdischer Frauen tätig wurden. Die Ursprünge der ADEI lagen zweifellos in der charakteristischen Verbindung von Antifaschismus, Feminismus und Zionismus, die sich Mitte der 1920er Jahre um Berta Cammeo Bernstein in Mailand herausbildete.⁸¹

Seit Herbst 1925 begann sie, potenzielle Mitglieder zu kontaktieren und erste Treffen in ihrem Haus zu organisieren. Mithilfe der damals 28-jährigen Zionistin Gabriella Falco Ravenna (1897–1983), deren Vater Felice Ravenna zu jener Zeit Vize-Präsident des *Consorzio delle Comunità israelitiche italiane* war, baute Cammeo Bernstein allmählich den inneren Kreis der ADEI auf.⁸² Die Ausarbeitung der Satzung übernahm Gabriella Falco Ravennas Ehemann, der prominente Jurist Mario Falco (1884–1943). Materielle Unterstützung, Sozialarbeit sowie Bildungs- und Erziehungsprojekte in Italien wie in Palästina sollten die Grundpfeiler der Aktivitäten bilden. Am 23. Mai 1927 erfolgte die offizielle Gründungsversammlung in Mailand.⁸³

In einer Zeit, in der regimekritische Aktivistinnen aus dem CNDI herausgedrängt wurden und Mussolini jede Art von Verband per Gesetz unter polizeiliche Kontrolle gestellt hatte,⁸⁴ war die Neugründung einer von der faschistischen Partei und den *Fasci Femminili* unabhängigen Frauenorganisation durchaus bemerkenswert. Das Unterfangen gelang deshalb, weil Berta Cammeo Bernstein bewusst den philanthropischen Charakter der neuen Vereinigung unterstrich, ohne politische Ansprüche zu formulieren. Nicht von ungefähr traten zahlreiche Anhängerinnen der UFN im Laufe der Zeit der jüdischen Frauenvereinigung bei, da sie ihnen bis in die 1930er Jahre hinein eine relativ geschützte Sphäre für die Umsetzung sozialer Projekte und intellektuellen Austausch bot, ohne einen offenen Konflikt mit den faschistischen Behörden und der politischen Polizei heraufzubeschwören.⁸⁵ Eine explizit jüdische, philanthropische Institution wie die ADEI entzog sich weitgehend dem Vorwurf, Teil der „jüdisch-freimaurerischen Verschwörung“ zu sein, der bereits vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs immer wieder gegen die säkulare Frauenbewegung erhoben worden war.

⁸¹ Die feministischen Wurzeln der Organisation werden bis heute weitgehend ignoriert; vgl. Arturo Marzano, *Figure femminili del sionismo italiano*, in: *Donne nella storia degli ebrei d'Italia. Atti del IX Convegno Internazionale Italia Judaica*, Lucca, 6–9 giugno 2005, bearb. von Michele Luzzati/Cristina Galasso, Florenz 2007, S. 447–466, hier S. 447 f.

⁸² Vgl. Falco Ravenna, Berta Bernstein Cammeo, in: *Nascita*, S. 17.

⁸³ Das Protokoll der Gründungssitzung in: CDEC Milano, Fondo ADEI, Cartella V.77.AS/V.82. AS 1927–1936, *Assemblee generali. Associazione delle donne ebreo d'Italia, L'Assemblea costitutiva dell'Adei*, 23.5.1927.

⁸⁴ Vgl. Alberto Aquarone, *L'organizzazione dello Stato totalitario*, Turin 2003, S. 68–70 und S. 393 f.

⁸⁵ Die Mitgliederlisten der ADEI seit 1928/29 in: CDEC Milano, Fondo ADEI, fasc. 1928–1950. Nennenswert sind neben der Gründerin Cammeo Bernstein beispielsweise die Schriftstellerin und Pädagogin Anna Errera sowie Anna Levi Minzi, geb. Marx (1895–1952). Sie verfügte über gute Kontakte zur organisierten zionistischen Bewegung und vertrat 1929 die ADEI beim zionistischen Weltkongress in Zürich.

Wenn auch die zionistische Ausrichtung der Organisation vor dem Hintergrund faschistischer Polemik und Repression so weit wie möglich verschleiert wurde, war unter den Gründerinnen der ADEI, insbesondere in der bedeutenden Mailänder Gruppe, zweifellos ein zionistisches Selbstverständnis vorhanden. Die Tatsache, dass die Vereinigung zwischen 1927 und 1937 in ganz Italien einen rasanten Mitgliederanstieg zu verzeichnen hatte – von 117 auf 1.334 Frauen, die in 23 lokalen Sektionen organisiert waren –,⁸⁶ hatte jedoch in erster Linie mit der immer offensichtlicheren gesellschaftlichen Marginalisierung jüdischer Frauen in Mussolinis Italien zu tun. Aufgrund der Lateranverträge von 1929 wurde der Katholizismus zur einzigen geltenden Religion des italienischen Staats erklärt. Das Judentum fiel unter die sogenannten geduldeten Kulte.⁸⁷ Das Prinzip der Laizität, das für das ausgeprägte Engagement jüdischer Feministinnen in den weltlichen Organisationen der italienischen Frauenbewegung seit der Jahrhundertwende wegweisend gewesen war, existierte nicht mehr.

Die lokalen Gruppen der ADEI entfernten sich häufig weit von den Idealen der Mailänder Pionierinnen. 1935 wurde die ADEI der Union der jüdischen Gemeinden Italiens eingegliedert. In den 1930er Jahren waren die Zentrale wie die örtlichen Sektionen darauf bedacht, gute Beziehungen zum faschistischen Regime zu pflegen, wobei sich in den Reihen der ADEI auch Frauen fanden, die Sympathien für den Faschismus hegten.⁸⁸ Erst 1938 schlug die Situation um. Der jüdische Frauenbund konnte seinen Mitgliedern, ob faschistischer oder antifaschistischer Tendenz, keinen Fluchtraum mehr bieten. Nicht wenige Mitglieder wählten die konkrete zionistische Option und wanderten nach Palästina aus.

VII. Die gewaltsame Auflösung der *Unione Femminile Nazionale*

Mit den Rassengesetzen wurden 1938 aus allen noch verbliebenen Institutionen der italienischen Frauenbewegung die letzten jüdischen Mitglieder vertrieben. Auch das Florentiner Lyceum, eine internationale, 1908 nach englischem Vorbild entstandene kulturelle Organisation für Frauen, forderte alle seine jüdischen Mitarbeiterinnen, darunter Laura Orvieto, zum Verlassen der Vereinigung auf.⁸⁹

Der im Klima von Emanzipation und Laizismus von jüdischen Frauen mitgegründeten und maßgeblich geformten Mailänder UFN stand nun das definitive

⁸⁶ Die Mitgliederlisten im CDEC Milano, Fondo Comunità Ebraica di Milano, busta 2, fasc. 4: ADEI, Elenco delle Socie (Trieste) dell'anno 1933–1934. Vgl. zudem die Angaben bei Iael Nidam-Orvieto, Associazione Donne Ebree d'Italia (ADEI); jwa.org/encyclopedia/article/associazione-donne-ebree-ditalia-adei [27.7.2020].

⁸⁷ Vgl. Collotti, *Fascismo*, S. 13 f.

⁸⁸ Während des Äthiopienkriegs wurde auf einer Vorstandssitzung der ADEI im März 1936 beispielsweise emphatisch von der „leidenschaftlichen Anteilnahme der jüdischen italienischen Frauen an den erhabenen Ereignissen der historischen Stunde, die das Vaterland durchlebt“, gesprochen; CDEC Milano, Fondo ADEI, Cartella V.77.AS/V.82.AS 1927–1936, *Assemblee generali: L'Assemblea Generale dell'ADEI*, 31.3.1936.

⁸⁹ Vgl. Mirka Sandiford, *Il Lyceum di Firenze ai tempi di Amelia*, in: Vieri (Hrsg.), *Amelia Pincherle Rosselli*, S. 39–47, hier S. 46, und Orvieto, *Storia di Angiolo e Laura*, S. 126 f.

Ende bevor. Zu lange hatte aus faschistischer Sicht die sozialistisch orientierte, von jüdischen Aktivistinnen maßgeblich beeinflusste UFN unter dem Deckmantel der Wohlfahrt ihre Existenz im faschistischen Staat retten können. Erschwerend kam hinzu, dass sich im Vorstand kein einziges Mitglied des PNF befand. Der entscheidende Schritt zur Auflösung der Organisation ging bezeichnenderweise von der Parteiführung aus. Anfang Dezember 1938 wandte sich der Vize-Sekretär Adelchi Serena an das Innenministerium mit dem Hinweis, dass die „UFN Mailand weiterhin Aktivitäten durchführt, die eine Einmischung und einen Anachronismus vor allem auf dem Gebiet der von den Fasci Femminili koordinierten Wohlfahrt für junge Arbeiterinnen darstellen“. Man solle daher die notwendigen Maßnahmen ergreifen, um sie aufzulösen.⁹⁰ So wurde binnen weniger Wochen der bedeutendsten Organisation der frühen italienischen Frauenbewegung ein jähes, gewaltsames Ende bereitet: Am 14. Dezember 1938 ordnete das Innenministerium an, die UFN zu schließen. Daraufhin erließ die Mailänder Präfektur am 31. Januar 1939 ein Dekret, dem zufolge die Zentrale der UFN aufgelöst und ihr Vermögen zu konfiszieren sei.⁹¹ Die Liquidierung der Organisation wurde vom zuständigen Notar Edoardo Messere in einem mehr als 70 Seiten umfassenden Bericht an die Mailänder Präfektur penibel dokumentiert.⁹²

Nina Rignano Sullam, die sich bereits im Sommer 1938 gegen den Willen ihrer Kolleginnen aus der UFN zurückgezogen hatte, um deren Existenz nicht zu gefährden, hielt sich zum Zeitpunkt der Räumung allein in Ligurien auf. Sie erfuhr durch eine Mailänder Bekannte von dem desaströsen Vorfall.⁹³ Ihre Trauer über das Ende der UFN, den Inbegriff ihres Ideals von Frauenemanzipation und sozialer Gerechtigkeit, geht aus einem Brief hervor, den sie im Februar 1939 an ihre Weggefährtin Maria Giovanardi sandte. Zwischen den Zeilen findet sich Kritik am Vorgehen der faschistischen Behörden; diese hätten die humanitären Werte der Frauenvereinigung missachtet, derer sich Rignano Sullam in einem letzten kämpferischen Ausruf zu vergewissern suchte:

„Da ist der große Schmerz über [...] die Gleichgültigkeit, vielleicht das Unverständnis gegenüber vielen Anstrengungen, großem Enthusiasmus [...] Glauben an Ideale, die wohl missverstanden worden sind [...]. In jedem Fall, liebe [Maria], wie schön und gut ist es gewesen, mutig bis zum letzten Moment die Arbeit fortzusetzen und in vorderster Linie zu sterben!“⁹⁴

⁹⁰ ACS, Ministero dell'Interno, DGPS, Divisione Affari Generali e Riservati, Fondo Associazioni (1912–1947), busta 30, fasc. 345: UFN, Adelchi Serena, PNF Direttorio Nazionale, an Ministero dell'Interno, 7.12.1938.

⁹¹ Archivio UFN, busta 1, fasc. 5, Decreto del prefetto di Milano riguardo allo scioglimento dell'UFN, 31.1.1939.

⁹² ACS, DGPS, Divisione Affari Generali e Riservati, Fondo Associazioni (1912–1947), busta 30, fasc. 345: UFN, Relazione del liquidatore della Unione Femminile Nazionale, Dott. Edoardo Messere, Milano, per il Prefetto di Milano.

⁹³ Zum Rücktritt Nina Rignano Sullams ihr Schreiben an den Vorstand: Archivio UFN, busta 1, fasc. 3: Atti originali e documentazione fondamentale (1905–1946), 4.7.1938.

⁹⁴ Archivio UFN, busta 1, fasc. 5, Nina Rignano Sullam an Maria Giovanardi, 23.2.1939.

Die Mitgründerin und wichtigste Protagonistin der UFN kehrte bis zu ihrem Tod 1945 nicht mehr dauerhaft nach Mailand zurück. Die Rassengesetze hatten sie nicht nur aus der italienischen Gesellschaft hinausgedrängt, sondern auch die Institution und Netzwerke zerstört, die ihr Leben maßgeblich bestimmt hatten. Bei der Räumung des Hauses wurden etliche Objekte, Register und Aufzeichnungen vernichtet. Nach Abschluss der Liquidierung bemächtigte sich der örtliche *Fascio* des Gebäudes, um es als Nachtasyl und Arbeitsamt zu nutzen. Alle noch verbliebenen Aktivitäten der UFN, insbesondere im Bereich der Unterstützung von Arbeiterinnen, wurden gestoppt.⁹⁵

VIII. Auf Leben und Tod

Nach dem gewaltsamen Ende der UFN in Mailand war die ADEI die einzige Organisation in Italien, die jüdischen Frauen noch offenstand. Spätestens seit Beginn der 1940er Jahre war jedoch auch der jüdische Frauenbund in seiner Existenz zunehmend gefährdet. Angesichts von Weltkrieg und Holocaust verschärfte auch die faschistische Regierung ihre judenfeindlichen Maßnahmen. Seit Juni 1940 wurden italienische Juden, die als Gefahr für das Regime galten, sowie ausländische Juden, deren Heimatländer eine antijüdische Politik verfolgten, interniert.⁹⁶ Im Mai 1942, wenige Monate nach der berüchtigten Wannsee-Konferenz, wurden bestimmte Gruppen italienischer Juden zum Arbeitseinsatz für die Kriegswirtschaft gezwungen. Nur ein Jahr später entstanden regelrechte Internierungs- und Arbeitslager für italienische Juden, die bislang verschont geblieben waren.⁹⁷

Der jüdische Frauenbund, der sich bisher als eher unpolitischer Verband verstanden und Konflikte mit der faschistischen Regierung bewusst vermieden hatte, entwickelte in diesem Kontext antifaschistische Tendenzen. Höchstwahrscheinlich verbreiteten sich gegen Ende 1942 aufgrund des engen Kontakts ihrer Mitglieder zu ausländischen jüdischen Internierten Nachrichten über die Judenvernichtung in Osteuropa auch in der ADEI.⁹⁸ Die römische Sektion der ADEI fiel den Behörden im Frühjahr 1941 negativ auf. Am 23. Mai teilte die politische Polizei unter Bezug auf eine „vertrauliche Quelle“ dem Innenministerium mit, dass die Frauenvereinigung

⁹⁵ Vgl. die schriftliche Zeugenaussage von Ersilia Majnos Sohn Edoardo Majno, Ehemann von Berta Cammeo Bernsteins Tochter Elda, in: Gaballo, *Dovere*, S. 369.

⁹⁶ Zur Internierungspolitik seit 1940 vgl. Carlo Spartaco Capogreco, *I campi del duce. L'internamento civile nell'Italia fascista (1940–1943)*, Turin 2004, und Klaus Voigt, *Il rifugio precario. Gli esuli in Italia dal 1933 al 1945*, Bd. 2, Florenz 1996, S. 1–22. Unter dem Titel „Zuflucht auf Widerruf. Exil in Italien 1933–1945“ ist die zweibändige Ausgabe von Voigt 1993 zuerst in deutscher Sprache erschienen.

⁹⁷ Vgl. Collotti, *Fascismo*, S. 112–117, und Michele Sarfatti, *La Shoah in Italia. La persecuzione degli ebrei sotto il fascismo*, Turin 2005, S. 51.

⁹⁸ Belegt ist, dass unter den Lagerinsassen von Ferramonti die Existenz von Vernichtungslagern spätestens seit Ende 1942 bekannt war; vgl. Sarfatti, *Jews in Mussolini's Italy*, S. 167.

„heimlich Propaganda für den Zionismus macht, die bekannte Bewegung antinationalistischer, antifaschistischer und ausgesprochen internationalistischer Politik zum Wiederaufbau Palästinas und eines jüdischen Staats unter englischer Souveränität [...]. [Die Vereinigung] hält Vorträge über die zionistische Politik, die in offenem Widerspruch zu den Richtlinien des Regimes stehen. Hinzugefügt sei, dass die Vereinigung ein Hilfskomitee für ausländische Juden betreibt, die die Regierung in politische Verbannung und in Konzentrationslager gebracht hat.“⁹⁹

Die seit langem in faschistischen Kreisen kursierenden, von Mussolini selbst geförderten Vorurteile gegen den Zionismus hatten mit dem Kriegsgegner Großbritannien sowie der gleichzeitigen Radikalisierung der faschistischen Judenpolitik zusätzlichen Rückhalt bekommen. Als zionistische und daher aus Sicht des Faschismus gefährliche Vereinigung geriet so auch die ADEI einmal mehr ins Blickfeld der Behörden. Zumindest der römischen Sektion war es seit Sommer 1941 nahezu unmöglich, unbeobachtete Zusammenkünfte zu organisieren.¹⁰⁰

Trotz antisemitischer Anfeindung und intensiver polizeilicher Beobachtung arbeitete die ADEI noch über zwei Jahre lang, unterstützte im Rahmen der verbliebenen Möglichkeiten mittellose jüdische Familien und organisierte Weiterbildungskurse für Frauen, die sich kurz vor der Auswanderung befanden.¹⁰¹ Die deutsche Besetzung Italiens im Sommer 1943 und die Entstehung der Republik von Salò jedoch bereiteten der jüdischen Frauenvereinigung ein gewaltsames Ende. Seit dem 8. September mussten auch die Juden in Italien um ihr Leben fürchten.¹⁰² Wie alle Juden, die sich nicht in den von den Alliierten befreiten Gebieten Süditaliens befanden, begannen auch die Mitglieder der ADEI, zusammen mit ihren Familien, um das Überleben zu kämpfen.¹⁰³

Die oft tragischen Schicksale jüdischer Feministinnen sind Teil der Geschichte der Shoah in Italien. Während Berta Cammeo Bernsteins Tochter Marta die Flucht

⁹⁹ ACS, Ministero dell'Interno, DGPS, Divisione Affari Generali e Riservati, Fondo Associazioni (1912–1947), busta 4, fasc. 37: ADEI, Capo Divisione Polizia Politica an Ministero dell'Interno, 23.5.1941.

¹⁰⁰ Im Juli 1941 etwa wurden detaillierte Informationen über die ADEI, ihre römische Sektion und deren Vorsitzende Emma Fano eingeholt; ACS, Ministero dell'Interno, DGPS, Divisione Affari Generali e Riservati, Fondo Associazioni (1912–1947), busta 4, fasc. 37: ADEI, Questura di Roma an Ministero degli Affari Esteri, 23.7.1941.

¹⁰¹ Vgl. Nidam Orvieto, ADEI, S. 4.

¹⁰² Vgl. dazu Sarfatti, *Jews in Mussolini's Italy*, S. 178–211; ders., *Shoah*, S. 98–123, und Collotti, *Fascismo*, S. 126–150. Zur deutschen Besetzung Italiens und der Republik von Salò vgl. Lutz Klinkhammer, *Zwischen Bündnis und Besatzung. Das nationalsozialistische Deutschland und die Republik von Salò 1943–1945*, Tübingen 1993.

¹⁰³ Zu den Deportationen und zur Vernichtung der italienischen Juden vgl. Liliana Picciotto, *Il libro della memoria. Gli ebrei deportati dall'Italia (1943–1945)*, Mailand 1991, S. 877–903; Marie-Anne Matard-Bonucci, *L'Italie fasciste e la persécution des Juifs*, Paris 2007, S. 402–430; Marcello Flores u. a. (Hrsg.), *Storia della Shoah in Italia. Vicende, memorie, rappresentazioni*, Bd. 1: *Le premesse, le persecuzioni, lo sterminio*, Turin 2010, und Simon Levis Sulam, *I carnefici italiani. Scene dal genocidio degli ebrei, 1943–1945*, Mailand 2016.

in die Schweiz gelang¹⁰⁴ und die letzte Vorsitzende des jüdischen Frauenbunds, Gabriella Falco Ravenna, bei einem befreundeten Juristen in Rom Zuflucht fand,¹⁰⁵ wurde eine der Pionierinnen der ADEI, die mittlerweile 68-jährige Philologin Augusta Jarach, im Februar 1944 nach Auschwitz deportiert und sofort nach ihrer Ankunft umgebracht.¹⁰⁶ Flucht, Untergrund und Deportation bestimmten auch die Schicksale der letzten jüdischen Mitglieder der Mailänder UFN und des Florentiner Lyceums. Nina Rignano Sullam, die ihre italienische Heimat nicht hatte verlassen wollen, starb einsam 1945. Die Antifaschistin Gina Lombroso verstarb 1944 im Genfer Exil, ohne Italien jemals wiedergesehen zu haben.¹⁰⁷

IX. Unvollkommene Emanzipation

Die wechselvolle Geschichte italienisch-jüdischer Protagonistinnen im Zeitalter der Weltkriege stellt sich als die Geschichte einer unvollkommenen Emanzipation dar. Obwohl der Einfluss jüdischer Akteurinnen auf die konzeptionelle wie institutionelle Entwicklung und transnationale Vernetzung der frühen italienischen Frauenbewegung wegweisend und nachhaltig war, verlief ihre gesellschaftliche Integration keineswegs unproblematisch. Die Erfahrungen, Erinnerungen und Diskurse italienisch-jüdischer Feministinnen zwischen emanzipatorischem Aufbruch und antisemitischer Verfolgung spiegeln beispielhaft die Ambitionen, Errungenschaften und Rückschläge jüdischer Frauen im Engagement für die italienische Nation wider. Die Judenemanzipation des 19. Jahrhunderts hatte ihnen im Gegensatz zu jüdischen Männern nicht die erhoffte staatsbürgerliche Gleichstellung gebracht, doch konnte ihr Engagement für die Emanzipation von Frauen weitreichende Erfolge für deren soziale, kulturelle und juristische Situation verzeichnen. Reformen des Bildungssystems, die Professionalisierung von Sozialarbeit sowie die Verbesserung der rechtlichen Lage arbeitender Frauen und Mütter gingen vielfach auf Initiativen jüdischer Protagonistinnen zurück. Der Zugang von Frauen zu (fast) allen Berufen und die Abschaffung der ehelichen Bedrängung durch die *Legge Sacchi* von 1919 bildeten einen Meilenstein auf dem Weg zu weiblicher Selbstbestimmung und zur Befreiung von patriarchalischen Familienstrukturen. Das Wahlrecht jedoch blieb den Italienerinnen nach dem Ende des Ersten Weltkriegs

¹⁰⁴ Vgl. Ada Perugia/Marta Navarra, Una grande educatrice, in: Il Portavoce. Rassegna Adei-Wizo 6 (1985), S. 6, sowie Lopez, Ricordo, S. 419 f. und S. 428. Vgl. zudem das Interview mit Marta Bernstein Navarras Sohn Dario Navarra in den Zeiteugengesprächen des CDEC Milano; digital-library.cdec.it/cdec-web/audiovideo/detail/IT-CDEC-AV0001-000171/dario-navarra.html [8.7.2020].

¹⁰⁵ Vgl. den Bericht von Gabriella Falco Ravenna für Yad Vashem: www.yadvashem.org/education/other-languages/italian/educational-materials/testimonies.html [8.7.2020], und Paolo Ravenna, La famiglia Ravenna 1943–1945. Notizie e documenti su Margherita, Bianca, Gino, Alba, Renzo e Lina Ravenna dall'8 settembre 1943 alla fine della seconda guerra mondiale, Ferrara 2001.

¹⁰⁶ Vgl. Picciotto, Libro della memoria, S. 356 f.

¹⁰⁷ Paola Lombroso war 1943 ebenfalls in die Schweiz geflohen, wo sie mit Gina das letzte Jahr ihres Lebens verbrachte; vgl. Dolza, Essere figlie di Lombroso, S. 109.

versagt. Jüdische Feministinnen beteiligten sich bis weit ins 20. Jahrhundert hinein an dem fortwährenden Kampf für die politische Partizipation von Frauen in Italien.

Gleichzeitig war die Geschichte italienischer Jüdinnen von sozialer wie kultureller Marginalisierung und antisemitischer Anfeindung geprägt, die sich während des Ersten Weltkriegs verstärkte und seit Beginn der faschistischen Herrschaft kontinuierlich radikalisierte. Im Gegensatz zur politischen Kultur des liberalen Italien, in der Antisemitismus keine bedeutende Rolle spielte, boten die von der katholischen Kirche und den organisierten Katholikinnen dominierten Sittendiskurse sowie Sphären wie Erziehung und Schulwesen durchaus Anhaltspunkte für die Verbreitung antijüdischen Gedankenguts. Nach der Machtübernahme Mussolinis begann sich die Judenfeindschaft in der italienischen Politik und Gesellschaft qualitativ und quantitativ zu verändern.

Dass die faschistische Rassengesetzgebung nicht das jähe, unvorhergesehene Ende einer idyllischen Integration, sondern den Kulminationspunkt einer langfristigen Entwicklung bildete, lässt sich am Beispiel der Geschichte jüdischer Akteurinnen in ihren Beziehungen zur nichtjüdischen italienischen Mehrheitsgesellschaft eindrücklich demonstrieren. Regimekonforme Frauenvereinigungen marginalisierten jüdische Frauen bereits seit den 1920er Jahren, während Jüdinnen sich 1927 in der zionistischen und in ihren Mailänder Ursprüngen dezidiert antifaschistischen ADEI eine vorerst geschützte Sphäre schufen. Ihr Engagement in der zunehmend faschisierten Frauenbewegung wurde parallel zur fortschreitenden Annäherung zwischen Faschismus und katholischer Kirche problematisch; es endete im Zuge der Rassengesetze mit der Vertreibung aller noch verbliebenen Jüdinnen aus den weltlichen Frauenorganisationen und der zeitgleichen Auflösung der UFN. Zahlreiche jüdische Akteurinnen emigrierten, gingen nach 1943 in den Untergrund oder wurden deportiert.

Laura Orvieto und Paola Lombroso gehören zu den wenigen überlebenden italienisch-jüdischen Feministinnen, die in der Nachkriegszeit ihr soziales und kulturelles Engagement wieder aufnahmen. Auch ihre Freundschaft mit Amelia Rosselli, die 1946 aus dem amerikanischen Exil nach Florenz zurückkehrte, konnte den Abgrund der Shoah überbrücken. Die vormals weitgespannten nationalen wie transnationalen Netzwerke der Akteurinnen jedoch waren durch Faschismus, Krieg und Völkermord unwiderruflich zerrissen. Die jüdischen Protagonistinnen der italienischen Frauenbewegung gerieten nach 1945 weitgehend in Vergessenheit. Ihre Errungenschaften wie pädagogische Innovation, gesellschaftliche Reform und moderne Sozialarbeit blieben in der Frauenbewegung dennoch lebendig. Sie bildeten das kulturelle Erbe der Pionierinnen, die die Emanzipation als Frauen und Jüdinnen zu Lebzeiten nicht hatten erfahren dürfen.

■ Sorin Radu zeichnet am Beispiel der Parteischule in Timișoara die Rekrutierung von kommunistischen Funktionseleiten in Rumänien auf der unteren und mittleren Ebene nach. Ende der 1940er und Anfang der 1950er Jahre verfügte kaum ein Schüler über höhere Schulbildung; sie waren in der Regel junge Erwachsene und von Beruf Arbeiter oder arme Bauern. Der Besuch der Schule war mit der Aussicht auf sozialen Aufstieg verbunden. Die meisten Absolventen avancierten zu Kadern in den Partei- und Massenorganisationen oder waren in der lokalen und regionalen Verwaltung tätig. In den 1960er Jahren erfolgte ein Professionalisierungsschub, der sich auch in den Lehrinhalten niederschlug. Sorin Radu begreift die Parteischulen als totale Institutionen, die die Schüler durch Indoktrination und Disziplinierung zu strammen Parteisoldaten erzogen, ihnen aber auch zahlreiche Privilegien verschafften. ■

Sorin Radu

Der Aufbau des Sozialismus

Kaderschulen und Parteibürokratie in Rumänien – die regionale Parteischule in Timișoara 1948 bis 1973

I. Themenstellung, Untersuchungsgegenstand, Forschungsüberblick

Der vorliegende Aufsatz versteht sich als Beitrag zur politischen Sozialgeschichte kommunistischer Diktaturen.¹ Das diesem Ansatz entsprechende methodische Instrumentarium eignet sich besonders zur Analyse der politischen Bildung in kommunistischen Kaderschmieden, aus denen die Nomenklatur und die Parteiaktivisten hervorgingen. Zu erwarten sind detailliertere Erkenntnisse sowohl über die Funktionsweise des rumänischen Kommunismus als auch über das enge Wechselverhältnis zwischen Staat und Gesellschaft. Darüber hinaus eröffnen sich Einblicke in Parteiapparat und Parteiverwaltung; zugleich bietet sich die Möglichkeit, die internen Mechanismen der Einheitspartei besser zu verstehen. Eine detaillierte Geschichte des rumänischen Kommunismus setzt die Untersuchung der politisch-ideologischen Erziehung im Rahmen des Parteischulungssystems in Rumänien voraus – eine Untersuchung, die hier als Bottom-Up-Analyse am Beispiel der regionalen Parteischule der im Westen Rumäniens gelegenen Stadt Timișoara zwischen 1948 und 1973 durchgeführt wird.

¹ Vgl. Ivan Szelenyi, An Outline of the Social History of Socialism or an Auto-Critique of an Auto-Critique, in: Research in Social Stratification and Mobility 19 (2002), S. 41–67. – Der vorliegende Aufsatz wurde gefördert durch ein Stipendium der „Lucian Blaga“ University of Sibiu (LBUS-IRG-2017-03). Großer Dank gebührt Mathias Beer, der maßgeblich an der Veröffentlichung des Beitrags in deutscher Sprache beteiligt war.

Die Forschung in Rumänien, in anderen osteuropäischen Staaten, aber auch im westlichen Ausland richtete bislang ihren Fokus vor allem auf die zentralen Machteliten in den kommunistischen Parteien. Sie blendete hingegen die Funktionäre in der zweiten Reihe aus und fragte auch nicht, in welchen Anstalten sie erzogen wurden. Zwar ist über die zentrale Nomenklatur der Rumänischen Kommunistischen Partei (RKP)² sowie über die Biografien der kommunistischen Parteiführer und intellektuellen Stichwortgeber bereits viel bekannt, Parteiapparat und Verwaltungsbürokratie³ auf der lokalen und regionalen Ebene der Partei gerieten jedoch nur zufällig in den Blick der Forschung; an systematischen Studien zum Thema Elitenbildung im Parteiapparat mangelt es also. Das liegt nicht nur daran, dass der Zugang zu den Archiven der Parteischulen lange Zeit kaum möglich war, sondern ist auch dem Umstand geschuldet, dass die ideologische Erziehung nicht als relevanter Faktor galt, um die Anatomie der kommunistischen Partei und die Aktivitäten ihrer Nomenklaturkader besser zu verstehen. Der vorliegende Aufsatz ist einem Ansatz verpflichtet, der quantitative und qualitative Methoden verbindet, und soll dazu beitragen, diese Lücke durch die exemplarische Untersuchung eines ausgewählten „Laboratoriums“ der Parteibürokratie zu schließen.

Die Kaderschulung und die ideologische Erziehung des Parteienwachstums spielten für den Aufbau- und Legitimationsprozess der kommunistischen Regime in Osteuropa nach dem Zweiten Weltkrieg eine zentrale Rolle. Der in den USA lebende rumänische Politologe Vladimir Tismăneanu bezeichnete sie als „Bollwerk des stalinistischen Denkens“ und als „bevorzugtes Instrument zur ideologischen Reproduktion des kommunistischen Systems“.⁴ Da die Mitgliederzahlen in der kommunistischen Partei und in den von ihr kontrollierten Organisationen nach dem Staatsstreich von 1944 sprunghaft stiegen, war es notwendig, in Rumänien ein Netzwerk von Ausbildungsstätten für Parteiaktivisten zu schaffen. Exakte Zahlen liegen nicht vor, aber allein 1947 wurden 700.000 Anträge auf Mitgliedschaft in der kommunistischen Partei gestellt, denen ohne genaue Prüfung stattgegeben wurde.

² Die RKP hat im Laufe ihrer Geschichte mehrfach den Namen gewechselt. Gegründet wurde sie 1921 als Sozialistisch-Kommunistische Partei; seit 1922 agierte sie – zumeist verboten – als Kommunistische Partei Rumäniens (KPR). Seit Februar 1948 firmierte sie als Rumänische Arbeiterpartei, seit 1965 schließlich als Rumänische Kommunistische Partei.

³ Zur Begrifflichkeit vgl. Stéphane Courtois (Hrsg.), *Das Handbuch des Kommunismus. Geschichte, Ideen, Köpfe*, München/Zürich 2010, S. 231–238; E. Arfon Rees, *Bureaucracy*, in: Silvio Pons/Robert Service (Hrsg.), *A Dictionary of 20th-Century Communism*, Princeton/Oxford 2010, S. 79–82; Yves Cohen, *La co-construction de la personne et de la bureaucratie. Aspects de la subjectivité de Staline et des cadres soviétiques (années 30)*, in: Brigitte Studer/Heiko Haumann (Hrsg.), *Stalinistische Subjekte. Individuum und System in der Sowjetunion und der Komintern, 1929–1953*, Zürich 2006, S. 175–196, und Andras Hegedus, *Marxist Theories of Leadership and Bureaucracy. A Marxist Approach*, in: R. Barry Farrell (Hrsg.), *Leadership in East European Communism, 1945–1970*, New Brunswick/London 2011, S. 28–55.

⁴ Vladimir Tismăneanu, *Arheologia terorii*, Bukarest ²1996, S. 132. Dieses und die folgenden Zitate wurden aus dem Rumänischen übersetzt. Längere Zitate finden sich im rumänischen Original bei den Zusatzangeboten von VfZ-Online in der Rubrik „Beilagen“: www.ifz-muenchen.de/vierteljahrshefte/zusatzangebote/beilagen/.

Angesichts der Tatsache, dass die Partei nach der Machtübernahme 1948 imstande sein musste, Rumänien nach dem sowjetischen Modell umzuformen, galt es, die neue, aus unterschiedlichsten sozialen Schichten zusammengesetzte, mit dem Kommunismus weder in Theorie noch Praxis vertraute Masse der Mitglieder zu organisieren und zu disziplinieren. Nach sowjetischem Vorbild wurden Parteischulen gegründet, in denen der Nachwuchs für Führungspositionen in der Partei, in den Massenorganisationen oder in der Verwaltung ausgebildet wurde. Zugleich dienten diese Schulen als Stätten ideologischer Indoktrination, „um das ideologische Niveau der Parteimitglieder anzuheben“, und so eine Art sozialistischen „Staatsadel“ heranzuziehen.⁵ Diese Parteischulen waren besondere Bildungseinrichtungen, die gleichermaßen als (partei)politische Ausbildungsstätten, als allgemeinbildende Volksschulen und als Eliteschulen fungierten.⁶

Angesichts ihrer Bedeutung ist es überraschend, dass bis heute keine monografischen Studien zu den Parteischulen vorliegen, denen das sowjetische Modell mehr oder weniger oktroyiert wurde. Das verwundert umso mehr, als die Rekonstruktion ihrer Geschichte ein wichtiger Schritt zum Verständnis der Mechanismen politischer Sozialisation ist, mit denen sich gleich mehrere Generationen von Funktionseleiten in den kommunistischen Staaten konfrontiert sahen.⁷ Die Parteischulen waren totale Institutionen,⁸ die der ideologischen Kontrolle verschiedener Bereiche von Wirtschaft und Gesellschaft dienten. Sie ermöglichten zugleich Teilen der Bevölkerung, insbesondere der unteren Mittelschicht, einen sozialen Aufstieg, der ihnen vor der kommunistischen Machtübernahme versperrt war. Als Bildungsinstitutionen stellten sie die Reproduktion der marxistisch-leninistischen Ideologie sicher. Sie unterbanden oder begrenzten den Zugang zu kritischen Texten, deren Studium einer eingeschränkten Zahl eigener Experten und Zensoren vorbehalten blieb.

Obwohl die historischen Wurzeln der Parteischulen bis auf Karl Marx zurückgeführt werden können, sind die „Lenin-Schulen“ originäre Institutionen, in deren Geschichte sich drei lange Entwicklungsphasen deutlich unterscheiden lassen: Die erste Phase, die mit der Oktoberrevolution von 1917 begann, die zweite, die mit der Gründung der Sowjetunion und der Kommunistischen Internationale einsetzte, und schließlich die dritte, in der diese Schulen nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs auch außerhalb der Sowjetunion Verbreitung fanden.⁹ Die leninistischen Parteischulen leisteten einen Beitrag zur Ausbildung der kommunistischen Parteielite in der Sowjetunion und der führenden Kader der sogenannten Bruder-

⁵ Mihai Dinu Gheorghiu, *Intellectualii în câmpul puterii. Morfologii și traiectorii sociale*, Iași 2007, S. 15.

⁶ Vgl. ebenda, S. 70–72.

⁷ Vgl. Viktor Karady, *Problèmes historiques des élites cultivées de l'autre Europe*, in: Mihai Dinu Gheorghiu (Hrsg.), *La mobilité des élites. Reconversions et circulation internationale*, Iași 2012, S. 13–58; das gilt auch für Länder wie Jugoslawien, China oder Kuba, die diesen Weg freiwillig wählten.

⁸ Vgl. Erving Goffman, *Asyle. Über die soziale Situation psychiatrischer Patienten und anderer Insassen*, Frankfurt a. M. 1973, und – übertragen auf Rumänien – Gheorghiu, *Intellectualii*.

⁹ Vgl. ebenda, S. 73 f.

parteien. Sie wurden in den Ländern, die das sowjetische Modell übernommen hatten, zum Vorbild für den Aufbau analoger Strukturen.

Eine historische Längsschnittuntersuchung von Strukturen, Personen und Erfahrungen ist eine Herausforderung: erstens, angesichts des breiten Spektrums der Schulungsinhalte; zweitens, wegen des ausgedehnten Netzwerks von Parteischulen, das von der Hauptstadt bis tief in die Provinz reichte; und drittens mit Blick auf die Fülle von Archiv- und Oral-History-Quellen verschiedenster Provenienz, die zur Verfügung stehen. Es scheint daher sinnvoll, den Fokus zunächst auf die regionalen Parteischulen zu richten, denen wichtige Funktionen zukamen: Sie sollten Nachwuchsaktivisten politisch-ideologisch unterweisen, qualifizierte Fachkräfte für Parteiapparat und staatliche Verwaltung heranziehen sowie eine Auslese für weiterführende Parteischulen treffen.

Die regionale Parteischule in Timișoara steht im Mittelpunkt dieses Aufsatzes, der sich des Instrumentariums der *Microhistory* bedient,¹⁰ um an einem ausgewählten Beispiel das Kaderschulungssystem der kommunistischen Partei in seinen wichtigsten Dimensionen zu beschreiben und so Innenansichten der „Laboratorien“ eines totalitären Systems zu gewinnen. Die regionale Parteischule in Timișoara war für die Ausbildung von Aktivisten aus den Kreisen Alba, Arad, Caraș-Severin, Gorj, Hunedoara, Mehedinți, Olt und Timiș zuständig, wobei sich sowohl im Lehrkörper als auch in der Schülerschaft die ethnische Vielfalt der Region widerspiegelt. Der Untersuchungszeitraum reicht von der Gründung 1948 bis zum April 1973, als die bis dahin dem Zentralkomitee der Partei unterstellte regionale Parteischule in den Verantwortungsbereich der Akademie Ștefan Gheorghiu – einer 1947 in Bukarest gegründeten Akademie für politische Bildung – überging. Dieser Übergang markiert mit Blick auf Akteure und Lehrinhalte eine deutliche Zäsur.

Der vorliegende Aufsatz fußt auf bislang unbekanntem Quellenmaterial aus der Zweigstelle des Rumänischen Nationalarchivs im Kreis Timiș; die Akten der regionalen Parteischule Timișoara enthalten unter anderem: Namensverzeichnisse der Schülerschaft, Personalakten, Lebensläufe von Schülerinnen und Schülern, Beurteilungen der Schulabgängerinnen und Schulabgänger, politisch-administrative Korrespondenzen mit verschiedenen zentralstaatlichen, regionalen und lokalen Stellen, Schriftgut der kommunistischen Partei sowie schulinterne Dokumente über Verwaltung, Organisation, Finanzen, Lehrveranstaltungen und Prüfungen.

Timișoara, oder auf Deutsch: Temeswar, war einst Mittelpunkt des Temescher Banats und bis zum Ende des Ersten Weltkriegs Teil der Habsburgermonarchie. Die Stadt liegt nahe der Grenze zu Serbien und Ungarn an den Ufern der Bega. Die heutige Hauptstadt des Kreises Timiș ist mit einer Bevölkerung von 300.000 noch immer die drittgrößte Stadt Rumäniens und ein wichtiges Industrie-, Handels-, Dienstleistungs- und Finanzzentrum mit einer bedeutenden Universität. Das multikulturelle Timișoara war über Jahrhunderte von der friedlichen Koexistenz verschiedener Bevölkerungsgruppen geprägt, deren Zusammensetzung sich

¹⁰ Vgl. Karl Appuhn, *Microhistory*, in: Peter N. Stearns (Hrsg.), *Encyclopedia of European Social History. From 1350 to 2000*, Bd. 1, New York 2001, S. 105–112, hier S. 112.

durch politische Umwälzungen freilich immer wieder änderte. Am Ende des Ersten Weltkriegs stellten die Deutschen den größten Teil der Bevölkerung, gefolgt von Ungarn, Rumänen, Juden und Serben. Nach und nach änderten sich die Mehrheitsverhältnisse zugunsten der Rumänen. Bei der Volkszählung 1941 waren von den 125.052 Einwohnern 46.466 Rumänen, 37.611 Deutsche (sogenannte Banater Schwaben), 24.891 Ungarn, und 16.084 (vor allem Serben und Juden) gehörten anderen ethnischen Gruppen an.¹¹

Das änderte sich ab 1944 mit der Flucht eines Teils der deutschen Bevölkerung und der Verschleppung von Rumäniendeutschen zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion im folgenden Jahr grundlegend. Die Volkszählung von 1956 ergab eine Gesamtbevölkerung von 142.257 Einwohnern, davon 75.855 Rumänen, 24.326 Deutsche, 29.968 Ungarn, 3.065 Serben, 6.700 Juden, 122 Roma, 280 Bulgaren, 56 Ukrainer und 1.885 Angehörige anderer Volksgruppen. Die deutsche Bevölkerung sollte in der Folgezeit aufgrund einer Jahrzehnte dauernden Kettenmigration in die Bundesrepublik kontinuierlich zurückgehen.

Dass der rumänische Bevölkerungsanteil wuchs, lässt sich nicht nur mit steigenden Geburtenraten erklären. Dazu trugen auch die Umsiedlungen bei, welche die kommunistische Führung veranlasst hatte. Die Jahre zwischen 1944 und 1958 waren zudem von einer massiven Präsenz sowjetischer Truppen in der Stadt geprägt, die tiefgreifende ökonomische, soziale und psychologische Auswirkungen hatte.¹² Doch es gelang nie ganz, Timișoara und das Banat mit seinem bunten Gemisch aus Volks- und Religionszugehörigkeiten unter rumänischen Vorzeichen zu homogenisieren. Bis heute ist der Stadt die deutsche Prägung aus der Habsburgerzeit anzusehen, auch wenn die deutsche Minderheit mittlerweile zu einer kleinen Gruppe geschrumpft ist. Nach 1945 unternahm die kommunistische Partei besondere Anstrengungen, die verschiedenen Bevölkerungsgruppen unter ihrem Dach zu integrieren und vor allem den Zuzug von Rumänen, insbesondere aus der Moldau, aus Oltenien und Muntenien, zu fördern. Die Gründung der regionalen Kaderschulen der Partei in Timișoara, Oradea, Cluj-Napoca und Brașov ist nicht zuletzt auf das Bestreben der kommunistischen Partei zurückzuführen, die Bevölkerungsstruktur in der jeweiligen Region zu verändern. Im Vordergrund stand allerdings das Interesse am Aufbau einer Parteibürokratie und an der ideologiekonformen Ausbildung von Parteifunktionären.

Die ideologische Schulung der kommunistischen Führungselite rückte bereits im ersten Jahrzehnt des Kalten Kriegs in den Blick der westlichen Forschung. Auch wenn die Ergebnisse schon aufgrund des fehlenden Quellenzugangs über-

¹¹ Vgl. hierzu und zum Folgenden Varga E. Árpád, *Temes megye településeinek etnika (anyanyelvi/nemzetiségi) adatai 1880–1992*, S. 1 f.; www.kia.hu/konyvtar/erdely/erdstat/tmetn.pdf [23.10.2020].

¹² Vgl. Nicolae Ilieșiu, *Timișoara. Monografie istorică, Timișoara 1943*; Mihai Opreș, *Timișoara. Mică monografie urbanistică*, Bukarest 1987; Else von Schuster, *Ein Rundgang durch Timișoara*, Bukarest 1996; Ioan Munteanu/Rodica Munteanu, *Timișoara. Monografie*, Timișoara 2002, und Dan N. Buruleanu/Florin Medeleț, *Timișoara. Povestea orașelor sale*, Timișoara 2006.

schaubar blieben, so lassen sich doch einige der Befunde zur Nomenklatur und zur Elitenbildung in kommunistischen Parteien mit gewissen Einschränkungen auch auf Rumänien übertragen.¹³ Einige Studien bieten zudem Analysemodelle, die sich auch für den vorliegenden Beitrag fruchtbar machen lassen.¹⁴ Rumänien wird jedoch zumeist nur am Rande behandelt. Monografische Studien fehlen. Erst in jüngster Zeit sind einige Aufsätze erschienen, darunter Untersuchungen zur Geschichte verschiedener Parteischulen wie der 1948 in Bukarest gegründeten Hochschule für Sozialwissenschaften A. A. Jdanov oder der Parteihochschule und späteren Akademie Ștefan Gheorghiu.¹⁵

¹³ Dazu gehören insbesondere Studien zur Ideologisierung des Bildungssystems, zur Herausbildung einer neuen Elite sowie zur Rolle der Intelligenz in den Ostblockstaaten; vgl. Milovan Djilas, *Die neue Klasse. Eine Analyse des kommunistischen Systems*, München 1957; Richard Pipes (Hrsg.), *Die Russische Intelligentsia*, Stuttgart 1962; Michael Voslenski, *La Nomenklatura. Les Privilégies en URSS*, Paris 1980; Boris Kagarlitsky, *Les intellectuels et l'Etat soviétique de 1917 à nos jours*, Paris 1993; Frédérique Mantoni, *Intellectuels communistes. Essai sur l'obéissance politique*, Paris 2005, und Donald Broday/Monique de Saint Martin/Mikael Palme, *Les élites. Formation, reconversion, internationalisation*, Paris/Stockholm 2003.

¹⁴ Vgl. Joachim Schultz, *Der Funktionär in der Einheitspartei. Kaderpolitik und Bürokratisierung in der SED*, Stuttgart/Düsseldorf 1956; Ellen Propper Mickiewicz, *Soviet Political Schools. The Communist Party Adult Instruction System*, New Haven/London 1967; Antonin Kratochvil, *Die Kommunistische Hochschulpolitik in der Tschechoslowakei. Geschichte und Analyse der Entwicklung bis zur Gegenwart*, München 1968; Rudolf Schwarzenbach, *Die Kaderpolitik der SED in der Staatsverwaltung. Ein Beitrag zur Entwicklung des Verhältnisses von Partei und Staat in der DDR (1945–1975)*, Köln 1976; Eberhard Schneider, *Kaderpolitik in der sowjetischen Führung. Eine sozialstatistische Untersuchung des Elitenwechsels von Breschnew zu Gorbatschow*, Köln 1989; ders., *Die politische Funktionseelite der DDR. Eine empirische Studie zur SED-Nomenklatura*, Opladen 1994; Przemysław Wójcik (Hrsg.), *Elity władzy w Polsce a struktura społeczna w latach 1956–1981*, Warschau 1994; Thomas Henry Rigby, *Political Elites in the USSR. Central Leaders and Local Cadres from Lenin to Gorbachev*, Aldershot 1990; Sheila Fitzpatrick, *The Cultural Front. Power and Culture in Revolutionary Russia*, New York 1992; John Francis Connelly, *Creating the Socialist Elite. Communist Higher Education Policies in the Czech Lands, East Germany and Poland 1945–1954*, Cambridge 1994; Tekla Kluttig, *Partei-schulung und Kaderauslese in der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands 1946–1961*, Berlin 1997; Larry E. Holmes, *Stalin's School. Moscow's Model School No. 25, 1931–1937*, Pittsburgh 1999; Evan Mawdsley/Stephen White, *The Soviet Elite from Lenin to Gorbachev. The Central Committee and Its Members, 1917–1991*, Oxford 2000; James W. Heinzen, *Inventing a Soviet Countryside. State Power and the Transformation of Rural Russia, 1917–1929*, Pittsburgh 2004; Lothar Mertens, *Rote Denkfabrik? Die Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED*, Münster 2004; Olev Liivik/Raili Nugin Enn Tarvel, *Eestimaa Kommunistliku Partei kohalikud organisatsioonid 1940–1991*, Tallinn 2005; Bartosz Cichocki/Krzysztof Józwiak, *Najważniejsze są kadry Centralna Szkoła Partyjna PPR/PZP*, Warschau 2006; Olev Liivik, *Eestimaa Kommunistliku Partei Keskkomitee aparaat 1945–1953*, Tartu 2006; Alexei Yurchak, *Everything Was Forever Until It Was No More. The Last Soviet Generation*, New York 2006; Brigitte Studer/Berthold Unfried, *Der stalinistische Parteikader. Identitätsstiftende Praktiken und Diskurse in der Sowjetunion der dreißiger Jahre*, Köln/Weimar/Wien 2001; Igal Halfin, *Terror in My Soul. Communist Autobiographies on Trial*, Cambridge/London 2003, und ders., *Red Autobiographies. Initiating the Bolshevik Self*, Seattle 2011.

¹⁵ Vgl. Narcis Popescu, *Propagandă și satelizare. Școala Superioară de Științe Sociale „A. A. Jdanov“, 1948–1958*, in: *Arhivele Totalitarismului* 8 (2000), S. 34–46; Mihăiță Lupu, *Funcțio-*

Einen Überblick über die wichtigsten Bildungseinrichtungen der Partei bietet die „Enzyklopädie des kommunistischen Regimes“.¹⁶ Vor allem in Arbeiten über die Nomenklaturkader finden sich auch Ausführungen über die ideologische Schulung. Zu einem besseren Verständnis der kommunistischen Nomenklatur und der Funktion der Kaderabteilungen der kommunistischen Partei haben zudem Nicoleta Ionescu-Gură,¹⁷ Raluca Grosescu¹⁸ und Adrian Muraru¹⁹ beigetragen. Bogdan Ivașcu²⁰ behandelte die Rolle der Parteischulen für die Elitenbildung auf regionaler Ebene immerhin kurz. Einem vergleichenden Ansatz ist die soziologische Studie von Mihai Dinu Gheorghiu²¹ verpflichtet. Auf breiter theoretischer Grundlage untersuchte er vergleichend im Kontext der Volksdemokratien des Ostblocks die Rolle der Intellektuellen in der DDR und im kommunistischen Rumänien.

II. Die Organisation der Parteischulung in Rumänien und die regionale Parteischule in Timișoara

Die KPR errichtete das System der Parteischulung seit 1945 nach sowjetischem Vorbild, unterstützt von sowjetischen Beratern und mit rumänischen Kadern, die Parteischulen in der UdSSR besucht hatten. Nach und nach entstand so ein Netz von Parteischulen zur Kaderausbildung für Regierungsbehörden und regionalen Parteiorganisationen. In der Folgezeit baute die KPR die Parteischulen und -Lehrgänge – diese konnten drei, sechs oder 12 Monate dauern – weiter aus. Es entstand ein Netz von Parteischulen, das die Höhere Parteischule, die zentrale staatliche Kaderschule, die zentrale Journalistenschule, die zentrale Schule mit ungarischer Unterrichtssprache, die zentrale Schule für Aktivistinnen, die zentrale Schule für

narea Academiei „Ștefan Gheorghiu“ sau ce putem recupera în folosul mobilității elitelor actuale din România, in: Anuarul Institutului de Investigare a Crimelor Comunismului în România 2 (2007), S. 265–277; Gabriel Asandului, Party Studies in Communist Romania. The Superior School of Social Sciences Andrei Aleksandrovici Zhdanov (1948–1958), in: Anuarul Institutului de Istorie „George Barițiu“ din Cluj-Napoca 52 (2013), S. 145–164, und ders., Învățământul de partid în România comunistă. De la Universitatea muncitorească la Școala Superioară de partid „Ștefan Gheorghiu“ (1945–1966), in: Anuarul Institutului de Istorie „A. D. Xenopol“ 49 (2012), S. 189–204.

¹⁶ Vgl. Academia „Ștefan Gheorghiu“ (S. 34–43) und Școala superioară de științe sociale „A. A. Jdanov“ (S. 570–573), in: Dan Cătănuș (Hrsg.), România 1945–1989. Enciclopedia regimului comunist. Instituții de partid, de stat, obștești și cooperatiste, Bukarest 2012, und Gabriel Asandului, Școlile de cadre ale PCR din teritoriu în primii ani postbelici (1945–1948), in: Sorin Radu (Hrsg.), Învățământul de partid și școlile de cadre în România comunistă. National and Regional Context, Iași 2014, S. 47–72.

¹⁷ Vgl. Nicoleta Ionescu-Gură, Nomenclatura Comitetului Central al Partidului Muncitoresc Român, Bukarest 2006.

¹⁸ Vgl. Raluca Grosescu, Fizionomia nomenclaturii, in: Anuarul Institutului de Investigare a Crimelor Comunismului în România 1 (2006), S. 109–140.

¹⁹ Vgl. Andrei Muraru, Secția de Cadre a Comitetului Județean Iași al PCR (1945–1948), in: Anuarul Institutului de Investigare a Crimelor Comunismului în România 3 (2008), S. 81–118.

²⁰ Vgl. Bogdan Ivașcu, Nașterea unei noi elite. Transilvania (1945–1953), Arad 2008.

²¹ Vgl. Gheorghiu, Intelectualii.

junge Aktivisten sowie 21 regionale Kaderschulen umfasste.²² Der gegenwärtige Forschungsstand erlaubt es noch nicht, ein Organigramm dieses Geflechts von Parteischulen zu erstellen.

Seit 1949 wurde das Parteischulungssystem landesweit einheitlich strukturiert; der Unterricht begann an allen Schulen am 15. September und endete am 15. Juli des folgenden Jahrs.²³ Das System sah drei Stufen mit unterschiedlichen Anforderungen vor, wobei die beiden unteren Stufen in den Verantwortungsbereich der regionalen Parteikomitees fielen. Auf der untersten Stufe – oft in Abendklassen zur Fortbildung für Parteimitglieder aus dem ländlichen Raum – standen Veranstaltungen zur aktuellen Politik oder zur Geschichte der kommunistischen Partei in der Sowjetunion auf dem Lehrplan. Auf der mittleren Ebene wurden Kurse mit drei- oder sechsmonatigen Schulungen sowie zweijährige Lehrgänge angeboten. Die höheren Kaderschmieden unterrichteten die Grundlagen des Marxismus-Leninismus. Dafür stand das Angebot der Universitäten in Bukarest, Cluj, Iași, Timișoara oder Târgu Mureș (in ungarischer Sprache) zur Verfügung. Hinzu kamen die Abendkurse an den Marxismus-Leninismus-Schulen in Galați, Ploiești, Craiova, Constanța, Brașov, Arad, Oradea, Baia Mare, Sibiu, Deva, Buzău, Târgoviște und jene der Höheren Parteischule Ștefan Gheorghiu sowie die Höhere Schule für Sozialwissenschaften A. A. Jdanov. Das Studium der Parteikader, die künftig im Staatsapparat und in den Massenorganisationen Verantwortung tragen sollten, dauerte zunächst nur ein Jahr; über 80 Prozent der Studierenden waren Arbeiter. 1951 wurde die Dauer des Studiums auf zwei Jahre, 1953 auf drei Jahre verlängert.²⁴

Die regionalen Parteischulen, die im Mittelpunkt des Aufsatzes stehen, entstanden 1948 als Ergebnis der Reorganisation der regionalen und Kreisschulen. Die RKP verband das mit einer von ihr als notwendig erachteten strukturellen Neuausrichtung des Ausbildungsprogramms. Wie einem Bericht aus dem Jahr 1948 zu entnehmen ist, gab es seinerzeit landesweit bereits 34 regionale Parteischulen,²⁵ die bis 1956 direkt der Organisationsabteilung des Zentralkomitees (ZK) der kommunistischen Partei unterstanden; danach fungierte die Propaganda-Abteilung des ZK als koordinierende Instanz.²⁶ Die Schule in Timișoara wurde im Februar

²² Vgl. Asandului, *Învățământul de partid în România comunistă*, S. 189–192, und ders., *Școlile de cadre ale PCR din teritoriu în primii ani postbelici*, in: Radu (Hrsg.), *Învățământul*, S. 47–72.

²³ Vgl. Ionescu-Gură, *Nomenclatura*, S. 102.

²⁴ Vgl. Lupu, *Funcționarea Academiei*; Ionescu-Gură, *Nomenclatura*, S. 102–113, und Asandului, *Party Studies in Communist Romania*.

²⁵ Vgl. Gheorghe Gheorghiu-Dej, *Raport politic general făcut la Congresul Partidului Muncitoresc Român din 21–23 Februarie 1948*, Bukarest 1948, S. 38. Ursprünglich dauerten die Lehrgänge an den regionalen Parteischulen drei Monate, 1949 wurden sie auf sechs Monate, 1953 schließlich auf ein Jahr ausgedehnt. Das Schulungssystem der RKP wurde wiederholt reorganisiert; 1989 gab es noch zehn regionale Parteischulen in Bacău, Bukarest, Brașov, Cluj, Craiova, Constanța, Galați, Iași, Oradea und Timișoara. Vgl. dazu Asandului, *Școlile de cadre ale PCR din teritoriu în primii ani postbelici*, in: Radu (Hrsg.), *Învățământul*, S. 69.

²⁶ *Serviciul Județean Timișoara al Arhivelor Naționale ale României* (Kreisdepartment Timișoara der Rumänischen Nationalarchive; künftig: SJTANR), *Fond Școala Interjudețeană de Partid Timișoara* (Bestand Kreisübergreifende Parteischule Timișoara), file 149, f. 6.

1948 unter der Aufsicht des für die Region Timiș zuständigen Komitees der kommunistischen Partei gegründet und firmierte zunächst als „regionale Kadernschule mit einer Ausbildungsdauer von drei Monaten“ beziehungsweise als „Dreimonatige regionale Parteischule“. 1949 wurde sie in eine „Sechsmontatige regionale Parteischule“ und schließlich 1952 in die „Einjährige Parteischule Timișoara“ umgewandelt. Im Februar 1971 kam schließlich der Namenszusatz regional hinzu.

Ursprünglich war die Schule für die Ausbildung von Parteikadern aus den Kreisen Timiș, Caraș und Severin zuständig, aber schon kurz nach der Gründung erweiterte sich ihr Einzugsgebiet auf die Kreise Arad und Hunedoara. Später gehörte auch die weiterführende Schulung von leitenden Funktionären in Massenorganisationen sowie von höheren Angestellten in Wirtschaft und Staat zu ihren Aufgaben.²⁷ Die Verantwortung für die Rekrutierung der Kader und den späteren Einsatz der Absolventen oblag in der Regel den jeweiligen Regionalkomitees der kommunistischen Partei.²⁸

Bis 1952 war die personelle Besetzung ziemlich dünn; es gab einen Schulleiter, seinen Stellvertreter, einige Dozenten und Lehrer sowie externe Mitarbeiter, die als Lehrkräfte vom Parteikomitee in Timiș zur Unterstützung zugewiesen wurden.²⁹ Mit der Aufwertung zur „Einjährigen Parteischule“ im September 1952 wurde die Organisation auf ein breiteres Fundament gestellt: Nun gab es einen Schulrat oder Pädagogischen Rat, dem neben dem Schulleiter³⁰ und seinen beiden Stellvertretern die wichtigsten Mitglieder des Lehrkörpers angehörten. Im Schuljahr 1953/54 waren neben den insgesamt 20 Dozenten auch Lehrkräfte für Rumänisch, Russisch und Geografie an der Schule tätig. Im Rahmen der landesweiten Reorganisation der regionalen Parteischulen wurde das Personal 1955 noch einmal aufgestockt: An der Spitze standen ein Schulleiter und seine zwei Stellvertreter, hinzu kamen Abteilungen mit Dozenten und Lehrern für Grundlagen des Marxismus-Leninismus, für den Parteaufbau, für Geschichte, Geografie und Wirtschaftswissenschaft. Zwei Lehrkräfte für rumänische Sprache und Literatur sowie für Russisch vervollständigten den Lehrkörper.³¹

Der große Bedarf an geschulten Parteikadern veranlasste die zuständigen Stellen, parallel zu den einjährigen Lehrgängen auch Kurse von erheblich kürzerer

²⁷ Vgl. den Beschluss des Zentralkomitees (ZK) der RKP vom Februar 1971 betreffend die Verbesserung der Ausbildung von Parteikadern, Staatsbeamten und in Volksorganisationen in Hinblick auf die Durchführung von ökonomischen, sozialen und rechtlichen Aktivitäten zur Verbesserung der Berufsausbildung von Fabrikarbeitern.

²⁸ SJTANR, Fond Școala Interjudețeană de Partid Timișoara, file 149, f. 5.

²⁹ SJTANR, Fond Școala Interjudețeană de Partid Timișoara, file 149, f. 14.

³⁰ Die Schulleiter der regionalen Parteischule Timișoara im Untersuchungszeitraum: Elias Alexandru Ciont (1948), Vasile Scorțea (1948), Irma Fischhoff (1949–1953), Ioan Hubert (1954–1955), Ștefan Blănaru (1955–1957) und Martin Coca (1967–1979); SJTANR, Fond Școala Interjudețeană de Partid Timișoara, file 149, f. 30.

³¹ SJTANR, Fond Școala Interjudețeană de Partid Timișoara, file 149, f. 15 f. Später änderte sich die Struktur der Fachschaften: Parteibildung, Philosophie und Soziologie, Volkswirtschaftslehre und Wirtschaftspolitik der RKP, Geschichte und internationale Beziehungen; SJTANR, Fond Școala Interjudețeană de Partid Timișoara, file 149, f. 28 f.

Dauer anzubieten. Später wurden auf Wunsch der Kaderabteilung der Partei in Timișoara auch Kader aus den Kreisen Oltenien, Crișana und Maramureș geschult; zudem fanden einige landesweite Kurse für Funktionäre der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und der Landwirtschaftlichen Staatsfarmen, Journalisten der lokalen Parteipresse, Gewerkschaftsaktivisten und Leitungskader in Industriebetrieben statt.³²

Bis heute erinnern sich viele Absolventinnen und Absolventen der regionalen und insbesondere der höheren Parteischulen gerne an ihre dort verbrachte Zeit zurück und berichten von einem sehr guten Unterricht ebenso wie von der angenehmen Unterbringung an diesen Einrichtungen. Das lag nicht zuletzt daran, dass Einrichtungen wie die Hochschule für Sozialwissenschaften, die spätere Akademie Ștefan Gheorghiu, über eine erheblich bessere Infrastruktur und Logistik verfügten als herkömmliche Hochschulen und Universitäten in Rumänien. Ähnliches gilt im regionalen Kontext für die Parteischule in Timișoara, anfänglich am Bulevardul Politehnicii Nr. 2 gelegen. Das Gebäude verfügte über ein Klassenzimmer für etwa 50 Schüler, zwei Seminarräume, drei Büros für Schulleitung und Lehrkräfte sowie Schlafsäle. Zwischen 1949 und 1957 befand sich die Schule dann in der Straße Petru Gheorghe Nr. 1, mit einer kurzen Unterbrechung im Schuljahr 1952/53 wegen notwendiger Renovierungsarbeiten. Bis 1989 war die Schule schließlich sehr komfortabel in der Pestalozzistraße Nr. 14³³ untergebracht; hier gab es Klassen- und Studierzimmer, Büros für Schulleitung, Verwaltung und Lehrkräfte, Schlafräume sowie eine Mensa. Im Sommer 1973 kam noch ein neues Studentenheim mit 100 Zimmern für rund 300 Studierende hinzu.³⁴ Zum Campus gehörten außerdem ein Park und ein Obstgarten.³⁵

Für die freie Zeit nach dem Unterricht, der die Gründungsgeschichte der Partei, jene des Bolschewismus und später die Theorien des Staatsführers Nicolae Ceaușescu (1918–1989) zum Gegenstand hatte, standen den Studierenden in der Schule eigens dafür vorgesehene Räume zur Verfügung, darunter ein Kino, ein Clubraum und eine Kegelbahn. Zur Infrastruktur der Schule gehörten auch eine Dunkelkammer, Labore sowie moderne Lehr- und Lernmittel. Von besonderer Bedeutung war die Bibliothek, die in den 1970er Jahren etwa 90.000 Bücher sowie zahlreiche Zeitschriften und Zeitungen umfasste.³⁶

Die Schule bot also eine Rundumversorgung einschließlich Freizeitangeboten aller Art, zwängte die Studierenden aber in ein militärisch anmutendes Korsett aus Unterricht, Selbststudium und kontrollierter Freizeit. Parteindoktrination und

³² SJTANR, Fond Școala Interjudețeană de Partid Timișoara, file 149, f. 5.

³³ In diesem Gebäude hatte bis 1918 das ungarische Gymnasium residiert; 1919 wurde es zum rumänischen Gymnasium umfunktioniert, 1957 dann zur Parteischule. 1990 kam darin wieder ein Gymnasium unter, das nach dem französischen Journalisten Jean Louis Calderon benannt ist, der in der rumänischen Revolution 1989 ums Leben kam. Im ehemaligen Wohnheim der Parteischule sind heute Radio- und Fernsehsender untergebracht.

³⁴ SJTANR, Fond Școala Interjudețeană de Partid Timișoara, file 149, f. 37–40.

³⁵ SJTANR, Fond Școala Interjudețeană de Partid Timișoara, file 149, f. 41 f.

³⁶ SJTANR, Fond Școala Interjudețeană de Partid Timișoara, file 149, f. 45–47.

-schulung, Komfort, optimale Lernbedingungen, ein Sozialleben unter Aufsicht, freie Kost und Logis sowie die Möglichkeit, mit Erlaubnis der Schulleitung in die Ferien zu fahren – Privilegien und Zwänge waren untrennbar miteinander verbunden. Damit erfüllte die Kaderschule alle Bedingungen einer totalen Institution. Die Studierenden waren einem Propagandafeuerwerk ausgesetzt und konnten nach ihrem Abschluss auf eine ansprechende Karriere hoffen – eine Karriere unter Aufsicht und Kontrolle durch die kommunistische Partei.

III. Die Schülerschaft

In den ersten Jahren war die Schülerschaft noch relativ heterogen, wenn auch die weit überwiegende Mehrheit aus der Arbeiterschaft oder dem bäuerlichen Milieu stammte und über eine eher spärliche Schulbildung verfügte.³⁷ Im Laufe der Zeit konnten jedoch immer mehr Schüler einen höheren Abschluss vorweisen, oder sie hatten sogar die Universität besucht: Es handelte sich um Ingenieure und Techniker, Ökonomen oder Lehrkräfte verschiedenster Fachrichtungen, „die in verantwortliche Positionen“ in Partei und Staat sowie in „Leitungsfunktionen der Massenorganisationen befördert wurden“.³⁸

Anfänglich kam die überwältigende Mehrheit der rekrutierten Kader aus der lokalen Parteibürokratie, deren Personalbedarf in kurzer Zeit sprunghaft anstieg. Gegen Ende der 1960er Jahre veränderte sich die Zusammensetzung der Schülerschaft, im ZK-Jargon wurden nun in Timișoara vor allem Kader für „Führungspositionen in den Organen und Organisationen der Partei, in Massenorganisationen, Unternehmen, Industrie- und Landwirtschaftsbetrieben“³⁹ ausgebildet. Bei den Schülern handelte es sich dementsprechend in der Regel um Funktionäre der lokalen Partei- und Staatsorgane sowie der Massenorganisationen, um Parteisekretäre in den sozialistischen Industrie- und Landwirtschaftsbetrieben, Vorsitzende der Ausschüsse der Gewerkschaften in Industrieunternehmen, Redakteure der lokalen Parteipresse, Vorsitzende und Parteisekretäre von Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, Parteisekretäre in staatlichen Agrarbetrieben oder in Stellen für die Mechanisierung der Landwirtschaft, Sekretäre von kommunalen Parteikomitees und Bürgermeister, stellvertretende Sekretäre der kommunalen Parteikomitees, Leiter von Gemeindezentren und Kulturhäusern, Parteikader und um Kader von Massenorganisationen.

³⁷ Beim Eintritt in die Schule wurde für jede Schülerin und jeden Schüler ein mit einem Lichtbild versehenes Formular angelegt, auf dem folgende Angaben verzeichnet waren: Persönliches, Bildungs- und Familienstand, bereits abgelegte Parteischulungen, Position in der Partei. Abschließend wurden auf diesen Formularen auch die Noten und Beurteilungen vermerkt. Dazu die Formulare für die Schüler des einjährigen Ausbildungsgangs 1957/58: SJTANR, Fond Școala Interjudețeană de Partid Timișoara, file 14; sowie die Formulare der Klasse des sechsmonatigen Lehrgangs, Serie Landwirtschaft, 1957/58: SJTANR, Fond Școala Interjudețeană de Partid Timișoara, file 15.

³⁸ SJTANR, Fond Școala Interjudețeană de Partid Timișoara, file 149, f. 7.

³⁹ SJTANR, Fond Școala Interjudețeană de Partid Timișoara, file 149, f. 12.

Die Sozialwissenschaftlerin Raluca Grosescu stellte fest, dass die Funktionsfähigkeit der Diktatur sowjetischen Typs nicht allein auf blankem Terror beruhte, sondern „auch auf einem komplexen System der Elitenrekrutierung und -förderung, das ausschließlich am Kriterium politischer Konformität ausgerichtet war und insofern die permanente Kontrolle der Einheitspartei über die Gesamtheit der Entscheidungsprozesse in den kommunistischen Gesellschaften sicherstellte“.⁴⁰ Die Eliten, die zum Nomenklaturkader zählten, genossen allerlei Vorteile und Privilegien, die eine dauerhafte, enge Parteibindung bedingten. Diese Erklärung mag auch den Wunsch zahlreicher Arbeiter, Angestellter, Bauern und anderer abhängig Beschäftigter erklären, die Parteischulen zu besuchen. Das neue politische System gab den Parteimitgliedern aus ärmlicheren Verhältnissen jedenfalls das verführerische Versprechen, mit der Errichtung des Kommunismus sei auch die Aussicht auf den eigenen sozialen Aufstieg verbunden.⁴¹

Die Ausbildungskapazitäten wuchsen schrittweise, die Lehrpläne änderten sich mehrfach entsprechend den ideologischen Metamorphosen, die das kommunistische Regime in Rumänien durchlief. Im Jahr 1948 absolvierten insgesamt 93 Schüler aus drei Kreisen (Timiș, Caraș und Severin) drei aufeinanderfolgende dreimonatige Kurse, im Jahr 1973 waren es bereits 418 Kader aus acht Kreisen (Alba, Arad, Caraș-Severin, Gorj, Hunedoara, Mehedinți, Olt und Timiș), die die Lehrgänge oder Fortbildungskurse an der Schule abschlossen. Zwischen 1948 bis 1973 absolvierten rund 6.950 Kader die verschiedenen Lehrgänge der regionalen Parteischule. 82 Prozent davon waren Rumänen und 18 Prozent gehörten den nationalen Minderheiten an. Das Geschlechterverhältnis war eindeutig: 90 Prozent Männer und nur zehn Prozent Frauen.⁴²

Die Schülerschaft verteilte sich auf folgende Lehrgänge: 1.406 Kader besuchten Dreimonatskurse, 1.699 Kader Sechsmonatskurse und 2.305 Kader Einjahreskurse. Die einjährigen Lehrgänge fanden, wenn man von den Jahren 1968 bis 1970 absieht, im gesamten Untersuchungszeitraum statt, und zwar parallel zu den drei- und sechsmonatigen Kursen. Zwischen 1967 und 1973 wurde die Ausbildung der Parteikader durch die Einführung kürzerer Schulungs- und Fortbildungskurse mit einer Dauer von zehn, 14, 20, 30, 45 oder 60 Tagen intensiviert und diversifiziert. Diese Kurse wurden von 1.535 Kadern besucht.⁴³ Warum die Zahl der Kader aus der Wirtschaft in den Intensivkursen insbesondere in den Jahren 1969/70 so stark wuchs, lässt sich bislang noch nicht aus den Akten erklären. Aber man darf wohl davon ausgehen, dass die Partei auf diesem Wege sicherstellen wollte, dass die Wirtschaftsfachleute in höheren Leitungspositionen durch den Besuch der Parteischule an die Partei gebunden wurden.

⁴⁰ Grosescu, *Fizionomia nomenclaturii*, S. 110.

⁴¹ Vgl. ebenda, S. 113 f.

⁴² SJTANR, Fond Școala Interjudețeană de Partid Timișoara, file 149, f. 6 f.

⁴³ SJTANR, Fond Școala Interjudețeană de Partid Timișoara, file 149, f. 9–12. Der derzeitige Kenntnisstand lässt noch keine genauen Angaben über die Sozialstruktur der fast 6.950 Schüler zu.

Ein Blick auf das Schuljahr 1949/50 liefert genauere Angaben über die Schülerschaft zum Zeitpunkt ihres Eintritts in die regionale Parteischule. In diesem Schuljahr wurden 130 Schüler rekrutiert, die in zwei Gruppen unterrichtet wurden: Gruppe X zwischen dem 20. September 1949 und dem 23. Februar 1950 (64 Schüler) und Gruppe XI vom 3. März bis zum 5. August 1950 (66 Schüler).⁴⁴ Die regionale Verteilung der Schülerschaft sah folgendermaßen aus: Arad – 22, Caraş – 26, Hunedoara – 39, Severin – zehn, Timiș – 33. Bezüglich der Sozialstruktur ergeben sich folgende Zahlen: Arbeiter – 68, Halbproletariat – vier, Beschäftigte in der Landwirtschaft – vier, arme Bauern – 45, mittlere Bauern – drei, Kleinbürgertum – sechs. Die Altersschichtung zeigt folgendes Bild: 20 bis 25 Jahre – 30, 26 bis 30 Jahre – 62, 31 bis 35 Jahre – 22, 36 bis 39 Jahre – 16. Was die Nationalität angeht, bekannten sich 97 Schüler zur rumänischen, 19 zur ungarischen, vier zur serbischen, zwei zur russischen, zwei zur polnischen und je einer zur ruthenischen, zur bulgarischen, zur slowakischen und zur deutschen; zwei gaben an, Juden zu sein. Nach dem Familienstand waren 101 Schüler verheiratet und 28 ledig; einer hatte eine Scheidung hinter sich. Von den 130 Mitgliedern der Gruppen X und IX waren 116 Männer und nur 14 Frauen. Ein Schüler gehörte bereits seit 1940 der Partei an, drei waren 1944 beigetreten, 64 1945, 30 1946 und 32 1947.

Die Frage nach Bildungsniveau und Ausbildungsstand der Schülerschaft bei Eintritt in die Parteischule Timișoara ergibt folgendes Bild: 16 Schüler hatten vier Jahre die Volksschule besucht beziehungsweise im Anschluss daran eine zwei- bis dreijährige Ausbildung absolviert; 26 waren fünf bis sechs Jahre in die Volksschule gegangen beziehungsweise hatten anschließend eine zwei- bis dreijährige Ausbildung abgeschlossen; 62 hatten immerhin sieben Jahre die Volksschule besucht beziehungsweise nach der Volksschule eine zwei- bis dreijährige Ausbildung absolviert; sechs Schüler hatten neben ihrer Lehre auch eine Berufsschule besucht. 15 konnten neben sieben Jahren Volksschule auch zwei bis vier Schuljahre auf einer anderen Schule vorweisen und darüber hinaus zuweilen sogar noch eine zwei- bis dreijährige Ausbildung; zwei hatten eine weiterführende Schule besucht, einer der Schüler ein Wirtschaftsgymnasium. Zu Abitur und zwei Jahren Studium hatte es nur ein Schüler gebracht, aber auch nur einer gab an, erst nach dem Staatsstreich am 23. August 1944, der die schrittweise Machtübernahme durch die Kommunisten einleitete, Lesen und Schreiben gelernt zu haben.

Was Parteischulungen oder Lehrgänge angeht, so hatten 43 Mitglieder der Gruppen X und XI bei Eintritt in die Parteischule Timișoara keine Kurse absolviert, 31 dagegen hatten schon drei Monate eine Parteischule besucht, zwei acht Wochen, sechs sechs Wochen und sechs vier Wochen. 14 hatten Abendklassen für Leitungskader hinter sich, elf drei Wochen an einer Bauern-Parteischule; je ein Schüler konnte auf eine Parteischulung für Bereichssekretäre, auf den Be-

⁴⁴ Diese Angaben sind handschriftlichen Vermerken entnommen. Der Eintrag: „empfohlene Arbeit“ wurde aus der Gruppe XI des Jahrgangs 1950 entfernt; SJTANR, Fond Școala Interjudețeană de Partid Timișoara, file 1, f. 1–8.

such einer besonderen Parteischule beziehungsweise auf sechs Wochen an der Parteihochschule Ștefan Gheorghiu verweisen. 14 hatten wenigstens zwei Wochen Parteischule für Agitatoren hinter sich oder machten keine näheren Angaben.

Das Zwischenfazit, das sich aus diesen Daten ziehen lässt, liegt auf der Hand: Alle 130 Schüler konnten ihren sozialen Status verbessern. Mit dem Eintritt in die kommunistische Partei eröffnete sich ihnen die realistische Aussicht auf einen Aufstieg in Positionen, die ihnen ohne die kommunistische Machtübernahme verschlossen geblieben wären, da ihnen die Ausbildung dafür fehlte. Soweit bekannt, hatten die Schüler ursprünglich folgende Berufe ausgeübt:⁴⁵ Mechaniker (sechs), Dreher (elf), Schlosser (28), Drechsler (einer), Zimmermann (vier), Buchbinder (einer), Maler (einer), Kesselflicker (vier), Ofenmacher (einer), Drucker (zwei), Angestellte im öffentlichen Dienst (sechs), Bäcker (einer), Textilarbeiter (zwei), Schweißer (vier), Elektriker (drei), Holzfacharbeiter (einer), Friseur (einer), Metzger (zwei), Pflüger/Landarbeiter/Bauer (neun), Nieter (einer), Bergmann (13), Monteur bei der staatlichen Eisenbahngesellschaft (sechs), Metallarbeiter/Schmelzer (sechs), Schneider (zwei), Schreiner (einer), „Arbeiter“ (einer), Maurer (einer), ungelerner Arbeiter (neun).

Zum Zeitpunkt des Eintritts in die Parteischule waren die Schüler in folgenden Berufen tätig: Ausbilder auf Kreisebene (21), Ausbilder auf Bezirksebene (vier), Leiter der Bezirksorganisations-Propaganda (einer), Mitglied der Basisorganisation (einer), Kaderaktivist für die Bezirksorganisation (drei), Sekretär der Basisorganisation (drei), Sekretär der Bezirksorganisation (sieben), Sekretär für die Kreisorganisation Landarbeiter-Front (zwei), Kaderschulen-Aktivist (zwei), Vorsitzender der Gewerkschaftskommission (einer), Organisationsleiter auf Kreis-, Stadt-, Bezirks-, Gemeinde-, Ortsverbands-Ebene (17), Assistenzlehrer an der dreimonatigen Parteischule (einer), Gewerkschaftssekretär (vier), Ortsverbandssekretär (acht), Kaderoffizier auf der Kreis-, Stadt-, Bezirks-, Gemeinde-, Ortsverbands-Ebene (24), Pressesprecher auf Kreisebene (einer), Organisationsleiter der Landarbeiter-Front (zwei), stellvertretender Sekretär, ohne nähere Angaben, auf Kreis- und Bezirksebene (6), Kulturoffizier auf Kreisebene (zwei), Leiter/Mitglied der Propagandaabteilung auf Kreis-, Stadt-, Stadtteil-, Bezirksebene (17), Instrukteur an der Kaderschule (einer). Ohne Parteiamt war nur einer der Schüler.⁴⁶

Wegen der heterogenen Bevölkerungsstruktur im Banat achtete die Partei bei der Rekrutierung der Schüler und Lehrkräfte darauf, Angehörige der ungarischen, deutschen und serbischen Minderheit zu berücksichtigen. Offenbar bestand ein größerer Bedarf an der politischen Schulung solcher Kader, denn 1956/57 wurde eine größere Gruppe serbischer Schüler (27) und 1957/58 eine weitere rumänisch-serbische Gruppe (104) aufgenommen.⁴⁷ Dabei ist die Tatsache bemerkenswert, dass die Schüler der regionalen Parteischule anfangs hauptsächlich aus den siebenbürgischen Landesteilen (Banat, Crișana und Ardeal) ka-

⁴⁵ SJTANR, Fond Școala Interjudețeană de Partid Timișoara, file 1, f. 1–8.

⁴⁶ In einem Fall findet sich der Vermerk „vom Markt genommen“.

⁴⁷ SJTANR, Fond Școala Interjudețeană de Partid Timișoara, file 15, f. 54–57 und f. 66 f.

men, während in den folgenden Jahren der Anteil der Schüler aus der Kleinen Walachei (Oltenien) wuchs, die vor allem aus Olt, Mehedinți und Gorj stammten. Dieser Befund unterstreicht, dass das Parteischulungssystem nicht nur zur sozialen, sondern auch zur interregionalen Mobilität und zum Austausch zwischen Stadt und Land beitrug.

In Hinblick auf die soziale Zugehörigkeit der Schüler ergibt sich dagegen ein einheitliches Bild: Beinahe alle entstammten der Arbeiter- und Bauernschaft. Den Arbeitern werden hier auch Personen aus der Kategorie „Halbproletariat“ zugerechnet, denn es handelte sich vermutlich um ehemalige, in die Stadt abgewanderte Bauern, die nun ohne zusätzliche Berufsqualifikation in Fabriken arbeiteten. Analog wurden die Landarbeiter den Bauern zugeschlagen, wobei es sich um Tagelöhner gehandelt haben dürfte. Als Kleinbürger firmierten vermutlich Besitzer kleiner Handwerksbetriebe und Einzelhandelsgeschäfte, die keine Mitarbeiter beschäftigten, um nicht als „Blutsauger“ zu gelten.

Die Sozialstruktur der Schülerschaft an der regionalen Parteischule spiegelt das ideologische Grundprinzip wider, das den Aufbau der sozialistischen Gesellschaft in Rumänien prägte: der Klassenkampf und die Beseitigung der Ausbeuterklasse durch die Arbeiter- und Bauernschaft unter Führung der kommunistischen Partei. Die bislang vorliegenden Daten zeigen, dass sich die Sozialstruktur der Schüler in der Folgezeit, insbesondere nach der Stärkung der Partei unter Parteichef Gheorghe Gheorghiu-Dej (1901–1965) Ende der 1950er Jahre, veränderte. Nun wurden vor allem Personen mit einem mittleren oder höheren Schulabschluss in die Parteischulen aufgenommen. Diese Tendenz setzte sich 1965 mit der Machtübernahme Nicolae Ceaușescus allgemein durch.

Die Zusammensetzung der Schülerschaft im ersten Jahr der Parteischule 1949/50 zeigt das Bestreben der Partei, junge und bevorzugt verheiratete Parteikader im Alter von 20 bis 39 Jahren zu schulen. In der überwiegenden Mehrheit handelte es sich dabei um Männer – nur selten Frauen – mit einem sehr niedrigen Schulabschluss, die nicht immer über vier bis sieben Jahre Volksschule hinausgekommen waren. Schüler mit höherer Bildung waren die Ausnahme, und einen Universitätsabschluss konnte nur einer vorweisen. Dennoch erhielten die Schüler durch verschiedene Lehrgänge und Parteischulen ein Mindestmaß an Kenntnissen vermittelt. Nur rund ein Drittel der im Schuljahr 1949/50 registrierten Schüler hatte zuvor keine Parteischulung durchlaufen, alle anderen hatten dagegen zumindest bereits einen Parteilehrgang absolviert. Eine weitere wichtige Beobachtung betrifft den Zeitpunkt, zu dem die Schüler in die kommunistische Partei eingetreten sind. Mit einer Ausnahme schlossen sich alle Schüler erst den Kommunisten an, nachdem Rumänien in den sowjetischen Einflussbereich geraten war; dass dies nicht nur aus Überzeugung, sondern auch aus Opportunismus und in der Hoffnung auf sozialen Aufstieg geschah, ist eine naheliegende Vermutung. Dazu passt auch der Befund, dass die Schülerschaft vor allem aus Männern bestand; der Frauenanteil lag 1949/50 lediglich bei knapp elf Prozent. Dieses Missverhältnis verweist zum einen darauf, dass die Partei damals noch keine eigene Politik für Frauen verfolgte und dass diese in Rumänien – unter ihnen war Analphabetismus weitverbreitet – zu einem großen Teil vom öffentlichen Leben ausgeschlossen waren. Das änderte

sich in den Folgejahren nach und nach. Mit der Zeit verstärkte die Partei ihre Bemühungen um die Integration von Frauen.

Ein Blick auf die ethnische Zusammensetzung zeigt, dass knapp drei Viertel der 130 Schüler der Jahre 1949 und 1950 rumänischer Herkunft waren; die übrigen verteilten sich auf die verschiedenen ethnischen Minderheiten, wobei die ungarische mit knapp 15 Prozent am stärksten vertreten war. Dass es nur einen einzigen deutschen Schüler gab, ist nicht überraschend. Das lag zum einen daran, dass die Erwachsenen der deutschen Bevölkerung zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion deportiert worden waren. Zum anderen und noch wichtiger: Die deutsche Minderheit war unter dem Vorwurf, während des Kriegs Anhänger des Nationalsozialismus gewesen zu sein, weitgehend entrechtet. Erst mit der neuen Verfassung von 1952 wurde die deutsche Bevölkerung rehabilitiert. Die Partei nahm zumindest in Timișoara Rücksicht auf Schüler, die ethnischen Minderheiten entstammten. Das zeigt sich auch daran, dass der Anteil der Lehrkräfte, die zu nationalen Minderheiten zählten, mit mehr als 26 Prozent verhältnismäßig hoch war. Wenn man bedenkt, dass 1948 etwa 15 Prozent der Gesamtbevölkerung in Rumänien ethnischen Minderheiten angehörte, die in den zentralen Leitungsorganen der kommunistischen Partei angemessen repräsentiert sein sollten, wird verständlich, dass die Partei auf Rekrutierung und Kaderschulung unter den Minderheiten besonderen Wert legte. Dieses Thema ist aber noch weitgehend unerforscht, so dass auch über die Beziehungen zwischen den verschiedenen Volksgruppen an den Parteischulen keine Erkenntnisse vorliegen. Angesichts der unsicheren Datenlage lassen sich gegenwärtig auch keine gesicherten Aussagen darüber treffen, ob und inwieweit die Parteischulen ein politisches Instrument der kommunistischen Partei zur Assimilation nationaler Minderheiten waren, auch wenn die Vermutung naheliegt.

In den Augen der Partei hatte der ideale Schüler eine Reihe von Eigenschaften und Fähigkeiten mitzubringen: Er sollte aufgeweckt und beweglich sein, seine Kameraden begeistern und anspornen, gute Noten erzielen oder zumindest sein Bestes geben, den Vorgaben der Partei folgen und seinen unbedingten Glauben an sie unter Beweis stellen. Außerhalb des Unterrichts sollte er sich engagieren, an Sport- und Kulturveranstaltungen teilnehmen, den Anordnungen der Schulleitung nachkommen sowie Begeisterung und Leidenschaft zeigen, wann immer die Partei seine Dienste in Anspruch nahm. In den 1940er und 1950er Jahren waren die wichtigsten Kriterien für eine Rekrutierung die Herkunft aus der Arbeiter- oder Bauernschaft – wer aus der Familie eines Großbauern oder Besitzbürgers stammte, hatte in der Regel einen schweren Stand – und eine politische Biografie ohne belastende Episoden wie die Mitgliedschaft bei den Faschisten von der „Eisernen Garde“ oder bei anderen alten Parteien. Auch ehemalige Anhänger von Carol II., von 1930 bis 1940 König Rumäniens, und des rumänischen Staatsführers von 1940 bis 1944, Ion Antonescu, waren nicht gerne gesehen.

In den 1960er Jahren bemühte sich die Partei um Kader mit höherem Bildungsgrad; dies zeigt sich etwa daran, dass nun viele von ihnen mit Hochschulabschluss an die Parteischulen entsandt wurden. Auch die Zulassungsvoraussetzungen wurden anspruchsvoller, so mussten die Kandidaten etwa zwischen 1958 und 1966 für den einjährigen Lehrgang Aufnahmeprüfungen in Rumänisch sowie

Innen- und Außenpolitik ablegen.⁴⁸ Bei den kürzeren Lehrgängen gab es während des gesamten Untersuchungszeitraums keine entsprechenden Zulassungsbarrieren.

In diesem Zusammenhang ist auch ein Blick auf die Werbematerialien von Interesse, mit denen die Partei den Besuch einer Kaderschule attraktiv zu machen versuchte. Der folgende Auszug ist einer Kurzgeschichte aus der offiziellen Propagandazeitung der kommunistischen Partei *Scântea* (Der Funke) vom Juli 1948 entnommen, die den sinnträchtigen Titel trug: „Andrei Buda geht an die Kaderschule“, womit die Kaderschule in Timișoara gemeint war. Der Beitrag gibt Aufschluss über die Strategie der Kaderrekrutierung sowie über die Gefühle der Menschen, die sich mit großen Herausforderungen konfrontiert sahen, aber damit zugleich die Chance erhielten, vom einfachen Arbeiter zum Parteifunktionär aufzusteigen:

„Andrei gähnte. Dabei sperrte er seinen Mund so weit auf, dass seine Augen sich zu kleinen Schlitzern verengten. Dann zog er den Ärmel seines Mantels über die Stirn. Er war schläfrig. Das sanfte Surren der Maschinen brachte ihn noch mehr zum Gähnen. Plötzlich ging die Hintertür auf und ein gedrungener Mann mit schmalen dunklen Augen und dicken Augenbrauen trat in die Halle. Es war Oancea, der Kaderoffizier. ‚Ich grüße Dich, Genosse Buda! Wie geht’s?‘ ‚Ich grüße Dich‘, sagte Andrei. ‚Was führt Dich zu uns?‘ Andrei war weder besonders groß noch breitschultrig gewachsen. Er war 25 Jahre alt, sah aber jünger aus. Oancea betrachtete den jungen Dreher mit seinen immer freundlichen Augen. ‚Nun, ich bin gekommen, um Dir etwas mitzuteilen. Das Sektionsbüro hat Deine Parteiarbeit diskutiert und schätzt sie. Nun wurden wir aufgefordert, Empfehlungen auszusprechen für die mittlere Kaderschule in Timișoara. Wir meinen, dass Du geeignet bist, die Schule zu besuchen. Möchtest Du das?‘

Andrei wurde angst und bange. Er konnte nicht antworten. Er ließ seinen Kopf noch tiefer sinken. Er in die Kaderschule? ‚Andrei, so eine Schule ist eine große Sache‘, fügte Oancea hinzu. ‚Hab keine Angst davor, Andrei! Du bist ein guter Arbeiter und die Partei liegt Dir am Herzen. Aber Du brauchst Schulung, um noch besser zu werden. Auch ich habe diese Schule besucht. Es ist, als werde man eingeseift und kräftig gebürstet. Das stärkt Dein Rückgrat und bringt Klarheit in Deinen Kopf. Das wirst Du schon selbst sehen, wenn Du in zwei Monaten zurück bist. Du wirst uns nicht enttäuschen, Buda!‘ Andrei hob die Stirn und blickte zu Oanca auf. Ihre Blicke trafen sich, und Andrei begann zu lächeln. Er starrte den gedrungenen und breiten Körper Oanceas an. Viele Gedanken gingen ihm dabei durch den Kopf. Soll er die Schule besuchen? Aber Schule ist hart, und er kennt sich nur mit der Drehbank aus. Zwei Monate? Wer erledigt die täglichen Aufgaben zuhause? Die Arbeit in der Werkstatt? Victoria, das Kind? Die Mühsal?

⁴⁸ SJTANR, Fond Școala Interjudețeană de Partid Timișoara, file 149, f. 50.

Andrei entscheidet sich, zu gehen. Er fühlte sein Herz pochen. Er stieg langsam, Stufe für Stufe die Treppe hinauf, klopfte an die Tür und trat ein. Es waren viele Menschen im Raum, so dass er warten musste. Ein großer junger Mann stellte ihm einige Fragen über seine Arbeit, sein Zuhause und seine Familie, dann führte er ihn in den Schlafraum. Andrei setzte sich aufs Bett und stützte den Kopf in die Hände. Er saß dort eine Zeit lang, dann ging er zum Fenster. In der Ferne konnte man eine fremde Stadt sehen, mit geraden breiten Straßenzügen, Straßenbahnen und vielen verschiedenen Menschen.⁴⁹

Mit der Zulassung zur Kaderschule waren ein Parteistipendium und das Recht verbunden, den Arbeitsplatz am Fließband zu verlassen. Die Schüler des Jahreslehrgangs 1953 etwa erhielten ein Stipendium in Höhe des Lohns, den sie in der Produktion verdient hätten (berechnet auf Grundlage des Durchschnittseinkommens der letzten drei Monate, jedoch mindestens 650 Lei). Darüber hinaus erhielten die Schüler 200 Lei monatlich für durch den Schulbesuch entstehende Extrakosten. Schüler aus kollektivierten Bauernhaushalten erhielten ein Stipendium in Höhe von 300 Lei monatlich sowie freie Kost und Logis in der Schule.⁵⁰ Diese Bestimmungen galten auch in den Folgejahren: 1957 betrug das niedrigste Stipendium für die einmonatigen Lehrgänge 828,33 Lei, eine Summe, die nicht unterschritten werden durfte. Für kürzere Lehrgänge von weniger als 30 Tagen wurde das Stipendium proportional reduziert.⁵¹ Schülern eines sechsmonatigen Lehrgangs stand ein monatliches Stipendium in Höhe von 600 Lei zu, und Schülern des Jahreslehrgangs 1.200 Lei (davon 247 Lei für die Unterbringung in der Schule).⁵² Die Schüler hatten zusätzlich dazu das Recht auf kostenlose Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel sowie auf ein zusätzliches Tagegeld, wenn sie zu Diensten außerhalb der Schule herangezogen wurden. Im Vergleich zum Mindestlohn in Rumänien, der 1953 166 Lei, bis zum 1. Mai 1957 220 Lei und danach 350 Lei betrug, war das eine durchaus beachtliche Summe. In den Jahren darauf wurde das Stipendium erhöht und lag weiterhin beträchtlich über dem Mindestlohn.⁵³

Das Bestreben, einen „starken Gemeinschaftssinn unter der Schülerschaft auszubilden und zu entwickeln“, war stets präsent. Es galt, „Kameradschaftsbeziehungen“ herzustellen, „um einander bei den Studien zu helfen und insbesondere diejenigen zu unterstützen und zu ermutigen, die Schwierigkeiten beim Lernen hatten“. Es ist offensichtlich, dass all dies auf „die Stärkung der Parteidisziplin“ und „die Schaffung eines gesunden Arbeitsumfelds in den Kollektiven sowie die Entwicklung des Verantwortungsbewusstseins eines jeden Studenten“ ausgerichtet war.⁵⁴ Schüler, die sich nicht an die Verhaltensregeln hielten, sich desinteressiert

⁴⁹ Scânteia vom 5.7.1948: „Andrei Buda geht an die Kaderschule“.

⁵⁰ SJTANR, Fond Școala Interjudețeană de Partid Timișoara, file 2, f. 13 f.

⁵¹ SJTANR, Fond Școala Interjudețeană de Partid Timișoara, file 8, f. 176–178.

⁵² SJTANR, Fond Școala Interjudețeană de Partid Timișoara, file 8, f. 190 f.

⁵³ Die Information zum Jahr 1967, in: SJTANR, Fond Școala Interjudețeană de Partid Timișoara, file 17, f. 3–7.

⁵⁴ SJTANR, Fond Școala Interjudețeană de Partid Timișoara, file 149, f. 101 f.

am Unterricht zeigten, faul waren oder in einer anderen Weise negativ auffielen, wurden nicht nur von der Schulleitung bestraft, sondern auch durch einen Aushang am Schwarzen Brett oder eine Veröffentlichung in den von der Partei genehmigten satirischen Schülerzeitungen wie *Ghimpele* (Der Dorn) oder *Urzica* (Die Brennnessel) bloßgestellt und öffentlich angeprangert.⁵⁵ Auch Lehrkräfte waren nicht davor gefeit, in diesen Satiremagazinen der Lächerlichkeit preisgegeben zu werden.⁵⁶

Am Ende eines Lehrgangs beziehungsweise der gesamten Ausbildung erhielt jeder Schüler eine schriftliche Beurteilung durch den Schulleiter, den Klassenlehrer und den Sekretär der Parteioorganisation der Schule. Das Dokument wurde in die persönliche Parteiakte aufgenommen und entschied über die weitere Karriere des Absolventen, da es mit der Empfehlung verbunden war, eine konkrete Funktion in der Partei zu übernehmen. Diese Beurteilungen waren sprachlich standardisiert und enthielten Angaben über die Lehrinhalte, Hinweise auf das Verhalten des Schülers sowie seine Einstellung zur Partei.⁵⁷ Gelegentlich finden sich auch Informationen zum Privatleben, wenn sie für die Partei von Interesse waren. Als Beispiel sei hier das Zeugnis für den „Genossen Blaj Ioan“ vom 12. Juli 1959 herausgegriffen, ein armer Bauer aus Lugoj im Kreis Timiș, der den Jahreslehrgang an der regionalen Parteischule in Timișoara absolviert hatte:

„Er war ein ausdauernd hart arbeitender Schüler, er hatte gute Noten. Er ist klug und begabt. Er beteiligte sich aktiv an den Seminaren und war sehr bemüht, den Lernstoff zu beherrschen. Er brachte ein angemessenes Verhalten und die richtige Haltung gegenüber dem Kollektiv zum Ausdruck. Während des Lehrgangs belastete ihn ein persönliches Problem bezüglich seiner Hochzeit. Die Kameradin, mit der er verlobt ist, ist eine Parteikandidatin. Dennoch legten ihm einige Vertreter der UTM [Uniunea Tineretului Muncitoresc – Union der Arbeiterjugend] und Aktivisten der Partei nahe, sie nicht zu heiraten, weil ihr Vater ein Angehöriger der Legionärsbewegung war, weswegen man sie nach der Parteiüberprüfung, die nach einer Inspektion 1949 erfolgte, nicht in die Partei aufgenommen hat. Genosse Blaj ist mit diesem Ratschlag nicht einverstanden, er hat sich noch nicht endgültig entschieden und denkt viel darüber nach, wie er das Problem lösen soll. Er nahm aktiv an den Parteiversammlungen und an den Hauptversammlungen teil und sprach Mängel in der Versorgung an. Er war demütig und begrüßte Kritik, die ihm gegenüber geäußert wurde. Er wurde von seinen arbeitenden Kameraden geachtet. Er ist ruhig und hält sich etwas vom Kollektiv fern. Er ist ernsthaft und kompetent, wir schlagen deshalb vor, dass er als UTM-Kreissekretär arbeiten sollte.“⁵⁸

⁵⁵ SJTANR, Fond Școala Interjudețeană de Partid Timișoara, file 149, f. 102 f.

⁵⁶ Dazu auch die Akte „Evidența Urzica, 1959/1960“, die über 100 Seiten an Zeichnungen, Bildern, Karikaturen etc. enthält; SJTANR, Fond Școala Interjudețeană de Partid Timișoara, file 32.

⁵⁷ Für den Jahrgang 1956/57: SJTANR, Fond Școala Interjudețeană de Partid Timișoara, file 7; für den Jahrgang 1958/59: SJTANR, Fond Școala Interjudețeană de Partid Timișoara, file 22.

⁵⁸ SJTANR, Fond Școala Interjudețeană de Partid Timișoara, file 22, f. 7.

IV. Der Lehrkörper

Zwischen 1948 und 1953 verfügten unter den Lehrern der regionalen Parteischule in Timișoara nur die Vertreter der Fächer Rumänisch, Russisch und Geografie über einen Universitätsabschluss oder eine höhere Schulbildung. Ende der 1960er Jahre begann die Partei, verstärkt auf die Professionalisierung der politischen Eliten Wert zu legen. Mit Blick auf die soziale und berufliche Zusammensetzung der Parteikader in den Kadernschulen und Parteibüros ging das Exekutivkomitee der kommunistischen Partei 1964 von einem Arbeiter- und Bauernanteil von 70,25 Prozent aus; demnach verfügten lediglich 29,75 Prozent über einen höheren Schul- oder Universitätsabschluss. Ein Jahr später betrug das Verhältnis 58,19 zu 41,81 Prozent.⁵⁹ 1965 hatten ganze 90,78 Prozent der Kader im Apparat des Zentralkomitees, der Regional-, Kreiskomitees und der Parteischulen eine der Ausbildungsformen an einer Höheren Parteischule durchlaufen.⁶⁰

Diese Tendenz zur höheren Bildung ist auch an der Parteischule Timișoara deutlich zu erkennen, wo Lehrkräfte beschäftigt wurden, die entweder an einem Fernstudiengang teilgenommen oder eine Parteihochschule besucht hatten. 1973 hatten bereits alle Mitglieder des Lehrkörpers ein Hochschulstudium absolviert – entweder an einer staatlichen Fakultät mit Fernstudium oder an der Akademie Ștefan Gheorghiu. Sie hatten folgende Fächer studiert: Wirtschaftswissenschaften (zehn), Ingenieurwissenschaften und Geschichte (je vier) sowie Philosophie, Naturwissenschaften, Mathematik, Pädagogik und Psychologie; zwei Lehrer hatten einen Abschluss in zwei Fächern. Von den 24 Lehrern – 13 waren fest angestellt, elf freie Mitarbeiter – erlangten 13 ihre Abschlüsse an einer Universität mit Fernstudiengängen erst nachdem sie ihre Lehrtätigkeit an der Schule aufgenommen hatten.⁶¹ Zwischen 1948 und 1973 wurden an der regionalen Parteischule Timișoara insgesamt 102 Lehrer und 23 Lehrerinnen angestellt; davon waren 92 Rumäninnen und Rumänen, 33 Angehörige der „mitwohnenden Nationalitäten“.⁶² Obwohl Arbeiter und Bauern weiterhin die Rekrutierungsbasis für Parteischulen waren und eine langjährige Parteizugehörigkeit wichtig blieb, ist nicht zu übersehen, dass man an den Schulen zunehmend dazu überging, Kader aus den Parteimitgliedern mit mittlerer und höherer Schul- oder Universitätsbildung heranzuziehen und zu fördern.

Die Lehrkräfte mussten die Filter des Parteiapparats durchlaufen haben, um an der Parteischule lehren zu können. Ihr Bildungsweg war dem der Schüler nicht ganz unähnlich, das heißt auch sie wurden regelmäßig an den höheren Parteischulen fortgebildet. Sie unterstanden ständiger Beobachtung – sowohl vonseiten der schulinternen Parteiorganisation als auch durch den Geheimdienst *Securitate*–,

⁵⁹ Vgl. Grosescu, *Fizionomia nomenclaturii*, S. 118 (Bericht über die Veränderungen der Kader in der Nomenklatur der Parteiorgane im Jahr 1965).

⁶⁰ Bericht über die Veränderungen der Kader in der Nomenklatur der Parteiorgane im Jahr 1965; vgl. Grosescu, *Fizionomia nomenclaturii*, S. 121.

⁶¹ SJTANR, Fond Școala Interjudețeană de Partid Timișoara, file 149, f. 87.

⁶² SJTANR, Fond Școala Interjudețeană de Partid Timișoara, file 149, f. 32–36.

und hatten fortwährend ihre Loyalität unter Beweis zu stellen. Die Propagandadokumente der regionalen Kaderschule Timișoara lobten die „allgemeine Lernatmosphäre“ im Sinne einer kontinuierlichen „Selbstschulung“ und hoben hervor, dass „das Interesse am Studium der Parteiverlautbarungen, insbesondere der Dokumente des 9. und 10. Parteikongresses“ der kommunistischen Partei, „der nationalen Parteikonferenzen und der Reden des Genossen Nicolae Ceaușescu eine zentrale Bedeutung einnahm“. ⁶³ Selbstredend handelt es sich hier um Propaganda. Die Realität dürfte anders ausgesehen haben, denn es ist nur schwer vorstellbar, dass es Genossen gab, die neben den Unterrichtsverpflichtungen und den zahlreichen Parteiaktivitäten auch noch Zeit hatten und Lust verspürten, sich eingehend mit den abgegriffenen Floskeln des offiziellen politischen Diskurses zu befassen, der ohnehin über alle Kommunikationskanäle verbreitet wurde. Auch bei den regelmäßigen Diskussionsveranstaltungen über alle Arten von „theoretischen und praktischen Problemen des Aufbaus des Sozialismus in unserem Land sowie über Themen der Innen- und Außenpolitik der Partei und des Staats“ dürfte es sich um Pflichttermine gehandelt haben, bei denen sich jeder an die vorgegebenen Propagandaformeln hielt. ⁶⁴

Die wachsenden Schülerzahlen, die Diversifizierung der Schulungsprogramme sowie die immer komplexeren Unterrichtsmaterialien und Lehrinhalte hatten einen erhöhten Bedarf an Lehrkräften zur Folge. Dieser veranlasste die Leitung der regionalen Parteischule, auch auf externe Mitarbeiter zurückzugreifen, weil das Personal der Schule nicht ausreichte, um alle Anforderungen zu erfüllen. Für den Einsatz externer Mitarbeiter sprach überdies der Propagandaslogan von der Verbindung der theoretischen Schulung mit der Praxis, also den realen Problemen in den Parteiorganisationen. Wie viele externe Lehrkräfte zwischen 1948 und 1973 eingesetzt wurden, lässt sich auf der Basis der vorliegenden Quellen nicht genau ermitteln. ⁶⁵ Viele dieser Mitarbeiter kamen von Parteiorganisationen, die auch Schüler nach Timișoara entsandten. Dabei handelte sich aber nicht nur um Parteiaktivisten, sondern auch um Universitätsprofessoren, Gymnasiallehrer, Betriebsleiter und Institutsdirektoren, Physiker, Ingenieure, Forscher oder Staatsanwälte. ⁶⁶

Die Gehälter der Lehrkräfte an der regionalen Parteischule waren ebenso großzügig bemessen wie die Stipendien der Schüler. Im Oktober 1956 legte der Sekretär des Zentralkomitees der kommunistischen Partei folgende Gehälter fest: Lehrgänge von sechs Monaten: Leiter 1.550–1.650 Lei, Abteilungsleiter 1.200–1.300 Lei, Lehrkräfte 1.050–1.200 Lei; Jahreslehrgänge: Leiter 1.619–1.738 Lei, stellvertretender Leiter 1.470–1.619 Lei, Abteilungsleiter 1.291–1.470 Lei, Dozent 1.172–1.291 Lei, Lehrkräfte und Lehrer für rumänische Sprache 1.113–1.172 Lei. ⁶⁷ Da-

⁶³ SJTANR, Fond Școala Interjudețeană de Partid Timișoara, file 149, f. 88.

⁶⁴ Ebenda.

⁶⁵ SJTANR, Fond Școala Interjudețeană de Partid Timișoara, file 149, f. 54.

⁶⁶ SJTANR, Fond Școala Interjudețeană de Partid Timișoara, file 149, f. 55–58.

⁶⁷ SJTANR, Fond Școala Interjudețeană de Partid Timișoara, file 8, f. 263, und SJTANR, Fond Școala Interjudețeană de Partid Timișoara, file 16, f. 70.

gegen betrug der Mindestlohn in Rumänien 1956 ganze 220 Lei.⁶⁸ Zu dem guten Einkommen kamen noch andere Privilegien wie der bevorzugte Zugang zu Heilbädern. Die Attraktivität des zugewiesenen Erholungsorts entsprach dem Status der Kader und ihrer Position in der Parteiorganisation.⁶⁹

V. Lehrplan und schulische Aktivitäten

Die Analyse der Curricula ist aus zwei Gründen eine besondere Herausforderung: Zum einen war das Kursprogramm der regionalen Parteischulen ausgesprochen heterogen, zum anderen änderten sich aber auch die politischen Rahmenbedingungen und ideologischen Vorgaben zwischen 1948 und 1973 wiederholt. Es muss nicht eigens betont werden, dass sich die ideologischen Raster Stalinisierung, Entstalinisierung, Entsojjetisierung und nationaler Kommunismus auf die Bildungspläne und -programme auswirkten. Das ging selbstverständlich auch am Lehrpersonal nicht spurlos vorüber, dem es nicht leichtfiel, die schnellen Politikwechsel mitzumachen, die Partei und die Gesellschaft vollziehen mussten.

Ende der 1940er und Anfang der 1950er Jahre waren die Ziele der Parteischulen klar definiert: Es ging um „die solide Ausbildung von Kadern“, denen die Aufgabe zukam, die praktischen Probleme zu lösen, die vom „Aufbau des Sozialismus in unserem Land“ verursacht wurden.⁷⁰ Die Unterrichtsthemen lauteten entsprechend: Probleme beim Aufbau des Sozialismus in Rumänien, Marxismus-Leninismus, Geschichte der kommunistischen Partei, Politische Ökonomie, Weltpolitik.⁷¹

Der Unterricht unterlag strenger Kontrolle. Die Inhalte waren im Vorhinein einem Studienkreis oder dem Schulleiter zur Prüfung vorzulegen. Ergänzend zu den Unterrichtsstunden trat das Selbststudium, wobei die Schüler eine ausgesuchte Lektüreliste abzuarbeiten hatten. Von besonderer Bedeutung im Lehrplan waren die Seminare, die zu gewährleisten hatten, dass der Erziehungsprozess auch im vorgesehenen Rahmen verlief und kein Spielraum für individuelle Interpretationen blieb. In diesen Seminaren wurde das in Unterricht und Selbststudium Erlernete überprüft. Zudem ging es darum einzuüben, wie man den Parteistandpunkt öffentlich vertrat und das neue Wissen in Diskussionen einsetzte. Die Lehrgänge und Kurse endeten mit zwei Sitzungen, in denen die Defizite und Lernfortschritte jedes Einzelnen besprochen und analysiert wurden. Zur Ausbildung der Schüler gehörte auch das in Arbeitsgruppen organisierte Studium der Presse in einer eigens dafür anberaumten „Lesestunde“. Sie galt als „wertvolle Unterstützung für die Studenten bei der Aneignung von Wissen über die aktuelle Politik“. Die Zeitungslektüre fand entweder morgens noch vor Beginn des Unterrichts oder nachmittags

⁶⁸ Vgl. Salariu minim pe economie 1949–2016; www.manuconsulting.ro/salariu-minim-pe-economie-1949-2015/ [13.2.2018].

⁶⁹ SJTANR, Fond Școala Interjudețeană de Partid Timișoara, file 8, f. 3.

⁷⁰ Arhivele Naționale ale României (Zentrales Historisches Nationalarchiv Bukarest), Arhiva CC al PCR (Archiv des Zentralkomitees der Rumänischen Kommunistischen Partei), Fond Frontul Plugarilor (Front der Pflüger), file 100, f. 14.

⁷¹ Ebenda, file 103, f. 171.

nach Schulschluss statt, je nachdem wann die lokalen Blätter eintrafen. Die wichtigsten „gelesenen und verarbeiteten Zeitungen“ waren *Scânteia* (Der Funke), *Lupta de clasă* (Der Klassenkampf) und *Pentru Pace Trainică Pentru Democrație Populară* (Für dauerhaften Frieden für Volksdemokratie), das offizielle Organ des internationalen Kommunistischen Informationsbüros.⁷²

Die Inhalte änderten sich Ende der 1960er Jahre, als sich die Erkenntnis durchsetzte, dass Unterrichtsmethoden und Lehrpläne der staatlichen allgemeinbildenden Schulen für Kinder und Jugendliche nicht unbedingt geeignet waren für die Ausbildung von Erwachsenen an Parteischulen. Die vom Zentralkomitee der kommunistischen Partei verbindlich festgelegten pädagogischen Methoden und Bildungsinhalte an den Parteischulen unterlagen nun dem Hauptziel der

„gründlichen und vielseitigen Aneignung der Innen- und Außenpolitik der Partei, der Probleme des sozialistischen Aufbaus in unserem Land und der Prozesse in der heutigen Welt; Ausbildung von Partei- und Staatskadern, die in der Lage sind, die Parteipolitik entschieden und kreativ in die Praxis umzusetzen, sowie der Herausbildung und Fortentwicklung von für einen Aktivisten unverzichtbaren Einstellungen und Fertigkeiten“.⁷³

Das Lehrangebot der Kaderschulen war vielfältig und umfasste Themen oder Fächer wie Politische Ökonomie und Wirtschaftspolitik, Probleme des dialektischen und historischen Materialismus, Geschichte Rumäniens und der kommunistischen Partei, Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung, grundlegende Probleme der Innen- und Außenpolitik, Rumänisch, Russisch, Grundlagen der Geografie, Landwirtschaft und Tierzucht, Technik und Industrie sowie Theorie und Praxis des Pressewesens.

In den Jahren des „Taufweters“ zwischen 1964 und 1971 unternahm die Partei Anstrengungen zu einer gemäßigten Modernisierung des Lehrplans und berücksichtigte nun auch Fächer wie Soziologie oder Philosophie im Unterricht, die zuvor als „reaktionär“, „westlich“ oder „bürgerlich“ verunglimpft worden waren.⁷⁴ In das Unterrichtsfach Politische Ökonomie und Wirtschaftspolitik der kommunistischen Partei fanden nun Themen Eingang wie „Arbeit und Ergonomie“, „Informationssysteme“ und „Entscheidungstheorie“. Auch der Parteijargon schien sich der modernen Wissenschaftssprache zu öffnen. Begriffe wie „Horizontenerweiterung“ oder „Wissenschaftlichkeit in Form und Inhalt“ wurden nun häufig verwendet.⁷⁵

⁷² Vgl. Sorin Radu, *Structuri ale propagandei procomuniste din România în anii 1945–1953. Școlile de cadre ale Frontului Plugarilor*, in: Ders. (Hrsg.), *Învățământul de partid și școlile de cadre în România comunistă*, S. 105–143, hier S. 125–127.

⁷³ SJTANR, *Fond Școala Interjudețeană de Partid Timișoara*, file 149, f. 49.

⁷⁴ Cătălin Zamfir u. a., *Sociologia românească: 1900–2010. O istorie socială*, Cluj-Napoca 2015, S. 65–68.

⁷⁵ SJTANR, *Fond Școala Interjudețeană de Partid Timișoara*, file 149, f. 51.

Ende der 1960er Jahre war die Tendenz zur Professionalisierung der politischen Schulung nicht mehr zu übersehen. Das lag nicht zuletzt daran, dass die Partei den Standpunkt vertrat, an den regionalen Parteischulen werde Bildung „universitären Charakters“ vermittelt.⁷⁶ Das spiegelt sich in den Unterrichtsmethoden wider: Vorlesungen, Debatten, Einsatz audiovisuellen Lehrmaterials, Vorträge und ihre Präsentation. Hervorzuheben ist auch, dass immer mehr Wert auf Qualitätssicherung gelegt wurde. Nach Abschluss jedes Moduls erhielten die Studierenden ein Formular, in dem sie unter anderem zur Qualität des Lehrstoffs, zu den Lehrmethoden und den Lernmitteln befragt wurden; zudem sollten sie angeben, für wie wichtig sie das vermittelte Wissen hielten.⁷⁷

Damit verbunden war das geradezu obsessive Bestreben, Theorie und Praxis zu verbinden. Während zunächst als Praxis noch gelegentliche Besuche bei verschiedenen Parteiorganisationen zum Zweck des Erfahrungsaustauschs durchgingen, wurden die Elemente mit Praxisbezug später zusehends erweitert und systematisiert. Um ein Beispiel zu nennen: Von 1953 bis 1965 waren zwei aufeinanderfolgende Wochen des einjährigen Lehrgangs der praktischen Ausbildung vorbehalten. „Während dieser Zeit wurden die Schüler gruppenweise Landkreisen und landwirtschaftlichen Betrieben zugewiesen, um die Parteiorganisationen dort bei der Erledigung der jeweils anliegenden Aufgaben zu unterstützen. Jede Gruppe wurde dabei von einem Lehrer betreut.“⁷⁸ Ab dem Schuljahr 1965/66 bestand der Praxisteil des Lehrgangs aus der Entsendung der Schüler in Betriebe in Timișoara, wo sie in die Aktivitäten der Partei, der Gewerkschaften und des kommunistischen Jugendverbands eingebunden wurden. Die Schüler der regionalen Kaderschule „hatten immer in Beziehung zum Leben und zu den Aktivitäten der Parteiorganisationen zu sein und in Debatten auf ihre während der Praktika in den Betrieben gesammelten Kenntnisse und Vorbilder zu verweisen“. Besuche in Industrie-, Agrarbetrieben sowie in Kultureinrichtungen „spielten eine wichtige Rolle bei der Verbindung von Theorie und Praxis und erweiterten den Erfahrungsschatz der Studenten“.⁷⁹

Die Praktika beziehungsweise Werkstudentenprogramme der Kaderschule in Timișoara, bei denen die Schüler in andere Kreise und Regionen delegiert wurden, dienten auch Propagandazwecken und fanden in der Lokalpresse Beachtung. Ein Beispiel ist der längere Besuch einer Schülergruppe aus Timișoara im April 1972 im Kreis Gorj. Die *Gazeta Gorjului*, das Organ des Parteikomitees in diesem Kreis, veröffentlichte anlässlich des Besuchs einen ausführlichen Artikel unter der Überschrift „Besucher in Gorj. Die Schüler der Parteischule Timișoara“. Die erste Begegnung mit den Schülern habe in der Ortschaft Motru „mit dem Genossen Constantin Drăgoescu“ stattgefunden. Als Mitglied des ZK der kommunistischen

⁷⁶ SJTANR, Fond Școala Interjudețeană de Partid Timișoara, file 149, f. 52.

⁷⁷ Die hier herausgegriffenen Beispiele stammen aus den vom zweiten Schülerjahrgang ausgefüllten Fragebögen; SJTANR, Fond Școala Interjudețeană de Partid Timișoara, file 135, Serie I Propaganda, 20.11.–2.12.1972.

⁷⁸ SJTANR, Fond Școala Interjudețeană de Partid Timișoara, file 149, f. 63.

⁷⁹ SJTANR, Fond Școala Interjudețeană de Partid Timișoara, file 149, f. 63 f.

Partei und Sekretär des Parteikomitees vor Ort habe dieser einen Vortrag „über die Gegenwart und Zukunft des Kreises Gorj“ gehalten.

„Bei dieser Gelegenheit präsentierte der Genosse Tănase Lolescu, Sekretär des Stadtpartei-Komitees von Motru, ausschnittsweise die Geschichte der Bergbaustadt, danach besuchte man gemeinsam das Bergwerk von Lupoia. Des Weiteren besuchte eine Gruppe der Schüler [...] die Werkstätten der Handwerkskooperative ‚Arta Casnică‘ [Die häusliche Kunst] in Tismana [...]. In Arcani trafen die Besucher mit lokalen Vertretern der Partei- und Staatsorgane zu einem Meinungsaustausch über Methoden und Formen der Kultur- und Bildungsarbeit auf Gemeindeebene zusammen, der jüngst auch auf der Ebene der Kommune stattfand. Nach dem Besuch des Brâncuși-Denkmal in T[âr]g[u] Jiu und der Baustelle des Kraftwerks von Rovinari trafen sich die Gäste mit einem Teil der Mitglieder des Büros des Parteikomitees des Kreises. Zum Schluss des Erfahrungsaustauschs nahmen die Gäste an einigen vom städtischen Gemeindezentrum von T[âr]g[u] Jiu veranstalteten kulturellen Aktivitäten teil.“⁸⁰

Der Beitrag endete mit Interviews, in denen die Schüler „Eindrücke ihres Besuchs“ schilderten.

Die Praktika konnten sehr verschiedene Formen annehmen, da die Schüler in die lokalen oder regionalen Organisationen entsandt wurden, um diese bei laufenden Arbeiten zu unterstützen. Wahlkampagnen gehörten ebenso dazu wie Propagandaaktionen zur Kollektivierung der Landwirtschaft oder Initiativen zur Mobilisierung und politischen Organisation der Jugend. Wie sich die Schüler dabei schlugen, lässt sich den Beurteilungen entnehmen, die die Leiter der lokalen Organisationen nach Beendigung des Praktikums an die Schulleitung schickten. So hieß es beispielsweise über die Schülerin Alexandra Rezeanu, die vom 27. Januar bis zum 4. März 1958 in der Gemeinde Traian im Kreis Caracal „zur praktischen Arbeit“ eingesetzt war:

„Genossin Rezeanu Alexandra [...] versuchte, das in der Schule erworbene Wissen [...] zu teilen. In Hinblick auf die Arbeit für die Wahlkampagne der FDP [Frontul Democrației Populare – Die Front der Volksdemokratie] nutzte die Genossin die Partei- und Massenorganisationen für alle organisatorischen und politischen Maßnahmen und half so tatsächlich dem Exekutivkomitee des lokalen Volksrats; dadurch war die FDP-Wahlkampagne bezogen auf die Verbreitung der Parteipropaganda bei den Arbeitern erfolgreich, [sodass] die Wahl der Abgeordneten in die Volksräte unter den besten Umständen und entsprechend den erhaltenen Anweisungen erfolgt. Genossin Rezeanu Alexandra unterstützte den Lehrkörper der Gemeinde, indem sie eine Gruppe von Kunstlehrern bildete [...], und sie versuchte, die Arbeit mit den Pionieren in der Gemeinde Traian effektiv zu unterstützen, indem sie dem Pionierlehrer beibrachte, wie er in Zukunft zu arbei-

⁸⁰ Gazeta Gorjulului vom 6.4.1972. Vgl. auch die Zeitung „Flamura“ (Die Flamme) vom 8.2.1973.

ten hatte. Während der gesamten Zeit begegnete Genossin Rezeanu Alexandra allen, mit denen sie zusammenarbeitete, mit Respekt und erwies sich als ein gutes, aufrichtiges und fleißiges Element.⁸¹

Doch das Leben in der regionalen Parteischule in Timișoara hatte auch weniger nüchterne Seiten, denn die Schüler sollten nicht nur einen umfassenden Überblick über die institutionellen Strukturen des totalitären Staats erhalten, sondern auch die Gelegenheit, zahlreiche soziale Kontakte zu knüpfen. Der Schulalltag wurde also ergänzt um Besuche in den Büros der Pionierorganisationen und des kommunistischen Jugendverbands, an deren Aktivitäten die Schülerschaft teilnahm; auch Übungen von Polizei und Grenztruppen wohnte sie bei. Abends am Lagerfeuer konnten sich die Schüler bei Gedichtrezitationen, gemeinsamem Singen, Rätseln und anderen Spielen erholen. In Zusammenarbeit mit den Frauenorganisationen der Stadt und einem Modehaus wurden auch „Symposien über die Kleiderordnung zu verschiedenen Anlässen“ organisiert.⁸²

Weil es der Partei darauf ankam, die Schüler vielseitig zu bilden, rundeten sportliche und kulturelle Aktivitäten die Lehrinhalte ab, zu denen regelmäßige Opern- und Theaterbesuche oder Kinoabende gehörten.⁸³ Zugleich brachten die von der Schulleitung organisierten Kunstbrigaden, Chöre und Tanzgruppen aber auch ihre eigenen Programme regelmäßig in der Schule zur Aufführung. Man zog dafür Dirigenten und Tanzlehrer von außen heran und veranstaltete sogar Wettbewerbe, bei denen die Kunstbrigaden gegeneinander antraten. Die Schüler sollten auf keinen Fall unbeschäftigt bleiben und Zeit zur eigenen Verfügung haben. Diesem Zweck dienten auch Sportwettkämpfe, zu denen „erholsame Gymnastik“ ebenso gehörte wie Schach-, Volleyball-, Handball-, Kegel- und Tischtennisturniere. 1958 erhielt die Schule eine eigene Sporthalle.⁸⁴

Viele Freizeitaktivitäten in der Schule hatten propagandistischen Charakter. 1958 wurden thematische Wettbewerbe eingeführt, bei denen es um „die Errungenschaften des Regimes“, die „Helden der Arbeiterklasse“ oder die „Reichtümer und Schönheiten“ Rumäniens“ ging. Anlässlich der ausgeschriebenen Wettbewerbe zur Landes- und Parteigeschichte zum 40., 45. und 50. Gründungsjubiläums der kommunistischen Partei erhielten die Sieger Auszeichnungen in Form von Preisen und Urkunden. Solche Wettbewerbe gab es auch zum 20. und 25. Geburtstag der rumänischen Republik. Die Schüler erhielten Gelegenheit, ehemaligen kommunistischen Widerstandskämpfern zu begegnen und so gleichsam mit der „lebendigen Geschichte“ der Partei in Kontakt zu treten.⁸⁵ Das Jahr 1958 markierte außerdem den Beginn von Kampagnen für die „patriotische Arbeit“, in denen die

⁸¹ SJTANR, Fond Școala Interjudețeană de Partid Timișoara, file 23, f. 34. Die Archive in Timișoara verfügen über Hunderte, wenn nicht gar Tausende ähnlicher Dokumente; für das Jahr 1958 SJTANR, Fond Școala Interjudețeană de Partid Timișoara, file 23.

⁸² SJTANR, Fond Școala Interjudețeană de Partid Timișoara, file 149, f. 73.

⁸³ SJTANR, Fond Școala Interjudețeană de Partid Timișoara, file 149, f. 82.

⁸⁴ SJTANR, Fond Școala Interjudețeană de Partid Timișoara, file 149, f. 82 f.

⁸⁵ SJTANR, Fond Școala Interjudețeană de Partid Timișoara, file 149, f. 84.

Kaderschüler aufgerufen wurden, sich an Aktionen zur Verschönerung des Schulhofs sowie am Bau von Sportplätzen und Erweiterungsgebäuden oder anderen Projekten zu beteiligen.⁸⁶

VI. Zur Biografie der Schulabgänger

Der bisherige Forschungsstand erlaubt es nicht, verlässliche Aussagen über den weiteren Werdegang der Absolventen zu machen. Es ist aber davon auszugehen, dass sie zumeist zu den Parteiorganisationen zurückkehrten, die sie entsandt hatten, und dort in höhere Positionen einrückten. Diese Hypothese stützt sich auf Dokumente, in denen die Schulleitung nach Abschluss eines Lehrgangs oder KurSES Empfehlungen für die weitere Verwendung der Schüler gab. Eine vorläufige Auswertung dieser Unterlagen legt nahe, dass die Schule den sozialen Aufstieg förderte, indem sie manche Absolventen zum Studium an der Akademie Ștefan Gheorghiu oder anderen Parteihochschulen vorschlug und sie dabei unterstützte, in höhere politische Ämter oder Verwaltungsstellen zu gelangen.

Immerhin lässt sich am Beispiel der 130 Schüler, die 1949/50 die regionale Parteischule in Timișoara besucht hatten, ein Schlaglicht auf den späteren beruflichen Werdegang der Absolventen werfen. Die Schulleitung empfahl sie am Ende der Schulzeit unter anderem für folgende Positionen: Parteinstrukteur, Funktionär oder Aktivist in der Propagandaabteilung, Kreis- oder Bezirkssekretär, Organisationsleiter im Kreis- oder Bezirksbüro. Von den 130 Schülern bekam nur einer keine Empfehlung – wegen schlechter Noten. Mit einigen wenigen Ausnahmen erhielten alle Schüler nach Abschluss der Ausbildung an der Parteischule in Timișoara die Empfehlung für eine höhere Position, als sie sie bei Eintritt in die Schule innehatten. Dieser Befund stützt die Hypothese, dass die Schule das berufliche Fortkommen in Staat und Verwaltung ermöglichte.⁸⁷

Aufschlussreich sind in diesem Zusammenhang Notizen eines Lehrers aus Timișoara für ein Buch über die Parteischule, denen einige interessante Informationen zum Thema zu entnehmen sind. Demnach hatte um 1973 eine signifikante Anzahl von Absolventen der regionalen Parteischule „verantwortliche Positionen in den zentralen und lokalen Organen von Partei und Staat, in den Massenorganisationen und Gemeindevorrichtungen, im Apparat und in anderen Bereichen des ökonomischen, politischen und gesellschaftlichen Lebens des Landes inne“. Dazu gehörten etwa Ilie Verdeț (1925–2001), Mitglied des ständigen Präsidiums des ZK der kommunistischen Partei und erster Vizepräsident des Ministerrats der Sozialistischen Republik Rumänien, Teodor Haș, Botschafter in der Tschechoslowakei, oder Trifon Darie, Sekretär des Kreiskomitees Timiș der kommunistischen Partei, sowie Viorel Popescu, Dozent an der Akademie Ștefan Gheorghiu.⁸⁸ Allerdings räumte sogar die Schulleitung ein, dass nicht alle Absolventen zur Zufriedenheit

⁸⁶ SJTANR, Fond Școala Interjudețeană de Partid Timișoara, file 149, f. 85.

⁸⁷ SJTANR, Fond Școala Interjudețeană de Partid Timișoara, file 1, f. 1–4.

⁸⁸ SJTANR, Fond Școala Interjudețeană de Partid Timișoara, file 149, f. 13.

der Partei geschult werden konnten. Zahlreiche Schüler waren den Aufgaben kaum gewachsen und scheiterten an den Prüfungen.⁸⁹

VII. Schlussfolgerungen

Am Beispiel der regionalen Parteischule von Timișoara lässt sich zeigen, welche Möglichkeiten und Anknüpfungspunkte für weitere Studien die Erforschung des von der kommunistischen Partei geschaffenen Apparats basisnaher Bildungseinrichtungen zur Rekrutierung- und Schulung des Parteinachwuchses bietet. Man hält gleichsam eine Sonde in der Hand, um in das Universum des Parteiapparats und der Parteibürokratie einzudringen und die internen Mechanismen des Einparteienstaats besser zu verstehen. Die Parteischule wird dabei als totale Institution verstanden, die den Schülern mit umfassenden politischen, sozialen und kulturellen Angeboten eine neue Welt erschloss. Sie erzeugte soziale Netzwerke, ohne die sich die funktionalen Beziehungen auf der lokalen und regionalen Ebene kaum verstehen lassen. Schulen wie die Parteischule in Timișoara spielten eine bedeutende Rolle für den Aufbau einer Kaderreserve, aus der zunächst die Lehrer für die Parteihochschulen und später die Mitglieder der zentralen Nomenklatur rekrutiert werden konnten.

Die vorliegende Fallstudie legt auch die internen Mechanismen des Schulungsapparats und die Funktionsweise der Kaderausbildung offen. Als einzige regionale Schule im Banat war sie verantwortlich für die Schulung einer großen Zahl von Kadern auf der Ebene der lokalen und regionalen Organisationen der kommunistischen Partei. Die Schüler kamen zunächst überwiegend aus niedrigen sozialen Schichten und brachten kaum Bildung mit; für sie war der Besuch der Parteischule ein erfolversprechender Weg, um in der Gesellschaft aufzusteigen. Nach der Konsolidierung des Regimes stellte die Partei höhere Ansprüche an ihre Nachwuchskräfte; auch ethnische Minderheiten wurden nun stärker berücksichtigt. Zudem nahm der Anteil der Frauen an der Schülerschaft kontinuierlich zu. Was Infrastruktur und Logistik betrifft, war die Parteischule von Timișoara im Vergleich zum öffentlichen Schulwesen weit überdurchschnittlich ausgestattet; auch das Veranstaltungsangebot machte die Schule attraktiv, zumal es mit bestimmten Privilegien verbunden war, hier aufgenommen zu werden. In den ersten Jahren war es nicht leicht, geeignetes Lehrpersonal zu finden; insbesondere nach 1960 achtete man aber zunehmend auf Professionalität und stellte auch viele Lehrer ein, die keine Parteischule durchlaufen hatten. Die Schule war zugleich ein Instrument ideologischer Ausrichtung und Homogenisierung als auch ein Vehikel gesellschaftlichen Aufstiegs, der wiederum zur Umgestaltung der Sozialstruktur im kommunistischen Regime beitrug. Die Fallstudie bietet keine endgültigen Ergebnisse, vermag aber, bestimmte Tendenzen herauszuarbeiten.

Viele Fragen, denen im vorliegenden Beitrag nicht nachgegangen werden konnte, sollten in künftigen Forschungsprojekten vertieft werden. Dazu gehört et-

⁸⁹ SJTANR, Fond Școala Interjudețeană de Partid Timișoara, file 149, f. 14.

wa der Einfluss der ideologischen Umwälzungen in Rumänien Ende der 1940er beziehungsweise Ende der 1950er Jahre auf die Parteischulung im Allgemeinen und die regionale Parteischule in Timișoara im Besonderen. Auch die Säuberungen von 1948, durch die die Anzahl der Parteimitglieder halbiert wurde, die Stalinisierung Rumäniens sowie die Entstalinisierung und Entsovjeterisierung des Lands nach 1958 werfen komplexe Fragen auf, die der Untersuchung harren. Nicht weniger bedeutsam ist auch die Frage, wie sich die von Nicolae Ceaușescu propagierten Thesen zum nationalen Kommunismus auf die Ausbildung an den Parteischulen ausgewirkt haben. Einen gewinnbringenden Zugang für das Verständnis dieser Ausbildungsstätten im kommunistischen Regime bieten ferner Selbstzeugnisse der Schülerinnen und Schüler sowie Lehrerinnen und Lehrer an der Parteischule in Timișoara, die auch Aufschluss darüber geben können, mit welchen Praktiken und Techniken es der kommunistischen Partei gelang, die Kader zu gehorsamen und unterwürfigen Befehlsempfängern zu erziehen. Schließlich bedarf es vergleichender Untersuchungen der regionalen Parteischulen, um Gemeinsamkeiten und Spezifika dieser als totale Institutionen zu charakterisierenden Schulen herauszuarbeiten.

Übersetzungen von Radu Buiucă und Anne Vonderstein.

2017 löste Götz Aly eine Debatte aus, als er auf einer Konferenz anlässlich des 10. Todestags von Raul Hilberg dem Institut für Zeitgeschichte (IfZ) den Vorwurf machte, es habe gleich zweimal eine deutsche Übersetzung des Standardwerks „The Destruction of the European Jews“ hintertrieben. Durch den Fund neuer Dokumente bereichert René Schlott die seither geführte Diskussion um eine neue Facette. Als 1979 der Verlag Darmstädter Blätter eine deutsche Übersetzung erwog, äußerte sich Ino Arndt, wissenschaftliche Mitarbeiterin am IfZ, unter Verweis auf die hohen Übersetzungskosten skeptisch. Auch wusste sie, trotz der Bitten des Verlegers, Günther Schwarz, keinen Gutachter zu benennen, schrieb aber kurze Zeit später selbst ein Gutachten für den Verlag C.H.Beck, das negativ ausfiel und wesentlich dazu beitrug, dass der Verlag von einer deutschen Übersetzung Abstand nahm.

René Schlott

Ablehnung und Anerkennung

Raul Hilberg und das Institut für Zeitgeschichte

I. Debatte und offene Fragen

Die Publikationsgeschichte von Raul Hilbergs 1961 in den USA erstmals veröffentlichtem Werk „The Destruction of the European Jews“ hat vor wenigen Jahren Aufsehen erregt, als zwei Gutachten entdeckt und veröffentlicht wurden, in denen Angestellte des Instituts für Zeitgeschichte (IfZ) von dessen Übersetzung ins Deutsche abrieten. Heute zählt Hilbergs Buch, in dem der Autor den Judenmord erstmals als einen bürokratischen, arbeitsteiligen und komplexen Prozess beschrieb, in den alle Teile der deutschen Gesellschaft vom evangelischen Pfarrhaus über die Wirtschaft und die Wehrmacht bis hin zu den Berliner Ministerien involviert waren, bei mancher Kritik im Detail unbestritten zu den „Meilensteinen“ der Holocaust-Forschung,¹ ja zu den „Klassikern der Zeitgeschichte“.²

¹ Dan Michman, Die Historiographie der Shoah aus jüdischer Sicht. Konzeptualisierungen, Terminologie, Anschauungen, Grundfragen, Hamburg 2002, S. 20. – Ich danke Isabel Pantenburg vom Archiv und Alexandra Marohn von der Bibliothek des IfZ, Elena Ratner vom Verlagsarchiv Droemer Knauer, besonders aber Viktor-Emanuel zu Sachsen vom Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung für seine Unterstützung bei den Archivrecherchen für diesen Aufsatz sowie meinem ehemaligen Kollegen Christian Mentel für wichtige Hinweise zu Ino Arndt und ihrem Nachlass.

² Nicolas Berg, „Phantasie der Bürokratie“. Raul Hilbergs Pionierstudie zur Vernichtung der europäischen Juden, in: Jürgen Danyel/Jan-Holger Kirsch/Martin Sabrow (Hrsg.), 50 Klassiker der Zeitgeschichte, Göttingen 2007, S. 71–75.

Im Abstand von fast zwei Jahrzehnten, einmal Anfang der 1960er Jahre und einmal 1980, würdigten die Stellungnahmen des IfZ zwar das Werk Hilbergs, gelangten jedoch zu der Auffassung, „aus allgemeinen Erwägungen heraus eine deutsche Übersetzung nicht empfehlen zu sollen“,³ oder stellten fest, dass die „Frage, ob heute [1980] eine deutsche Übersetzung der englischen Originalausgabe von 1961 zu empfehlen wäre [...] mit ‚nein‘ beantwortet werden“ könne.⁴

Die auf der Konferenz „Raul Hilberg und die Holocaust-Historiographie“ im Oktober 2017 in Berlin angestoßene Debatte um das nur fragmentarisch überlieferte erste Gutachten aus dem IfZ und die zweite, im Auftrag des C.H.Beck-Verlags erstellte Stellungnahme hat zu einer Reihe medialer und fachwissenschaftlicher Veröffentlichungen geführt, ohne dass neue Details bekannt geworden sind.⁵ Weder konnten das vollständige erste Gutachten, noch eine Beauftragung durch den Verlag Droemer Knaur dafür aufgefunden werden.

So blieben in der Diskussion Detailfragen offen, denen sich die vorliegende Dokumentation auf der Basis neuer Archivreife unter anderem in den Verlagsarchiven C.H.Beck und Droemer Knaur widmet. Zudem ist im zwischenzeitlich geordneten und geöffneten Nachlass von Ino Arndt, der Autorin des Gutachtens aus dem Jahr 1980, ein Briefwechsel aufgetaucht, in dem sie Ende 1979 dem Verlag Darmstädter Blätter ein eigenes Gutachten abschlug, aber dennoch vor einer Hilberg-Übersetzung warnte. Im Dokumentenanhang zu diesem Beitrag wird dieser Briefwechsel erstmals veröffentlicht und zusammen mit den beiden bereits bekannten Gutachten und weiteren Korrespondenzen zugänglich gemacht, um Forschung und Öffentlichkeit einen vorläufigen Gesamtüberblick über die durchaus ambivalente Beziehungsgeschichte von Raul Hilberg und dem IfZ zu geben – eine Geschichte von Ablehnung und Anerkennung, die mit den nachfolgend kontextualisierten Archivreife um einige Facetten reicher ist.

³ Dok. 1a, S. 105, der vorliegenden Dokumentation.

⁴ Dok. 3a, S. 117, der vorliegenden Dokumentation; Unterstreichungen im Original.

⁵ Zuerst machten Frank Bajohr und Andrea Löw die Tatsache und den Tenor des ersten Gutachtens in aller Kürze öffentlich, nachdem der von mir in Kenntnis gesetzte Walter Pehle sich an Bajohr mit Fragen zum Gutachten gewandt hatte; vgl. Frank Bajohr/Andrea Löw, Tendenzen und Probleme der neueren Holocaust-Forschung. Eine Einführung, in: Frank Bajohr/Andrea Löw (Hrsg.), Der Holocaust. Ergebnisse und neue Fragen der Forschung, Frankfurt a. M. 2015, S. 9–30, hier S. 9 und S. 28, Anm. 2. Beide Gutachten veröffentlichte schließlich Götz Aly, Nur mit Genehmigung des Instituts für Zeitgeschichte, in: Perlentaucher, 18.10.2017; www.perlentaucher.de/essay/goetz-aly-das-institut-fuer-zeitgeschichte-und-die-verzoegerte-deutsche-ausgabe-von-raul-hilberg.html [25.1.2020]. Vgl. auch seinen Beitrag in der „Süddeutschen Zeitung“ vom 17.10.2017: „Die Angst vor der ganzen Wahrheit“; www.sueddeutsche.de/kultur/zeitgeschichte-angst-vor-derwahrheit-1.3712182 [25.1.2020]. In erweiterter Fassung: Götz Aly, Raul Hilberg and the Angst about the „Whole Truth“. A Case Study on the Work of German Zeitgeschichte, in: Yad Vashem Studies 46 (2018), S. 141–171. Eine Liste aller Medienbeiträge zur Debatte um die Veröffentlichung der Gutachten und zur Hilberg-Konferenz findet sich unter: www.zzf-potsdam.de/sites/default/files/medienspiegel_hilberg-konferenz_2017_12_23_rsch.pdf [25.1.2020].

II. Ein unbekannter Briefwechsel

Am 31. Oktober 1979 wandte sich Günther Schwarz, der Verleger des Verlags Darmstädter Blätter, mit einem Brief an Ino Arndt vom Institut für Zeitgeschichte. Er bedankte sich zunächst für die Hinweise, die Arndt ihm vor der Drucklegung eines Buchs von Ludwig Rosenthal⁶ gegeben hatte, und fuhr fort: „Ich bitte mir einen Gutachter für das Buch von Raul Hilberg zu nennen.“⁷

Die Causa Hilberg war bereits zuvor ein Thema zwischen den Korrespondenzpartnern aus Darmstadt und München gewesen, denn Schwarz bedankte sich am Ende des Schreibens bei Arndt vorab für die „uns liebenswürdigerweise in Aussicht gestellten 80 Seiten Ihrer vorliegenden Übersetzung“.⁸ Er berichtete zudem, Hilberg sei mit der Publikation seines Buchs beim Verlag Darmstädter Blätter einverstanden.⁹ Dennoch wollte Schwarz vor einer Übersetzung des Werks (in dem Brief firmierte es bereits unter dem späteren deutschen Titel „Die Vernichtung der europäischen Juden“¹⁰) das Votum der Münchner NS-Experten abwarten. Denn er rechnete ohnehin mit „kleinen Verkaufszahlen einer deutschen Ausgabe“, auch wenn Heinz Höhne wenige Wochen zuvor im *Spiegel* im Zuge der Debatte um die „Holocaust“-Serie¹¹ eine fehlende deutsche Übersetzung beklagt habe.¹²

Deshalb wollte Schwarz nach vermeintlich historischem Vorbild den Verleger des *Spiegel*, Rudolf Augstein, bitten, eine deutsche Ausgabe mit zu finanzieren. Leider lässt sich weder diese Anfrage noch eine Antwort Augsteins in dessen Nachlass finden.¹³ Vielleicht hat Schwarz die Anfrage auch nie gestellt, da er offensichtlich einer Fehlinformation aufgesessen war. Denn anders als von ihm angenommen, hat die *New York Times* die Publikation von Hilbergs Originalwerk nie finanziell unterstützt. Vielmehr war es der Exilant Frank Petschek, der die Erstausgabe von „The Destruction of the European Jews“¹⁴ mit der vorab garantierten Ab-

⁶ Vgl. Ludwig Rosenthal, „Endlösung der Judenfrage“. Massenmord oder „Gaskammerlüge“? Eine Auswertung der Beweisaufnahme im Prozess gegen Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof Nürnberg vom 14. November 1945 bis 1. Oktober 1946, Darmstadt 1979.

⁷ Dok. 2e, S. 114, der vorliegenden Dokumentation; das folgende Zitat ebenda, S. 115.

⁸ Die von Ino Arndt vorgenommene Übersetzung konnte bislang – Stand: Oktober 2020 – nicht im Archiv des Instituts für Zeitgeschichte (künftig: IfZ-Archiv) aufgefunden werden.

⁹ In Hilbergs Nachlass in der Bibliothek der Universität von Vermont findet sich keine Korrespondenz mit Günther Schwarz. Ein Nachlass von Günther Schwarz bzw. ein Verlagsarchiv sind nicht überliefert (laut Mailauskunft des Universitätsarchivs der Technischen Universität Darmstadt vom 21.1.2020).

¹⁰ Vgl. Raul Hilberg, *Die Vernichtung der europäischen Juden. Die Gesamtgeschichte des Holocaust*, Berlin 1982.

¹¹ Vgl. Frank Bösch, *Zeitenwende 1979. Als die Welt von heute begann*, München 2019, hier besonders S. 363–395.

¹² Vgl. *Der Spiegel* vom 8.10.1979: „Selten Skrupel“.

¹³ Mailauskunft der Rudolf Augstein Stiftung (Nachlassverwalterin) unter Verweis auf Recherchen der „Spiegel“-Hausdokumentation vom 8.8.2019.

¹⁴ Vgl. Raul Hilberg, *The Destruction of the European Jews. A Documented Narrative History*, Chicago 1961.

nahme von 100 Exemplaren ermöglichte und diese später an Bibliotheken verschenkte.¹⁵

„Leider gelang es noch nicht, einen Gutachter für das Buch von Hilberg zu finden“, berichtete Arndt am 3. Dezember 1979 nach Darmstadt,¹⁶ obwohl sie selbst nur wenige Wochen später im Auftrag des IfZ ein Hilberg-Gutachten für den Verlag C.H.Beck vorlegte.¹⁷ Bei Schwarz erkundigte sie sich gleichzeitig danach, ob dieser bereits von Augstein gehört habe und damit „die Finanzierung der deutschen Ausgabe“, aber auch die „Honorierung des erbetenen Gutachtens gesichert“ sei.

Schwarz hatte in seinem Brief die Dringlichkeit einer deutschen Übersetzung auch damit begründet, dass Englisch für „viele Geschichtslehrer ein [sic!] unüberwindbare Barriere zum Studium“ des Buchs sei.¹⁸ Wenige Wochen später drehte Arndt das Argument um und riet dem Verlag C.H.Beck von einer Übersetzung von Hilbergs Werk ab, weil sie davon ausging, dass der „grössere [sic!] Teil der potentiellen Leser ausreichende Englischkenntnisse“ haben würde.¹⁹

Den ersten Kontakt in Sachen Hilberg hatte Schwarz am 11. September 1979 zu Arndt aufgenommen, die er damals noch als „Sehr geehrter Herr [sic!] Dr. Arndt“ anschrrieb.²⁰ In diesem Schreiben hatte er seinen konkreten Beweggrund für die Bitte um ein Gutachten des IfZ geäußert. Er wolle vor Beginn der kostenintensiven Übersetzungsarbeiten für Hilbergs Mammutwerk eine feste Abnahmeverpflichtung der Bundes- und Landeszentralen für politische Bildung erreichen, so dass der Absatz einer bestimmten Menge von Büchern und damit die Deckung der Herstellungskosten gesichert seien. Ein die deutsche Übersetzung befürwortendes Gutachten des renommierten Instituts für Zeitgeschichte „dürfte für diese Stellen entscheidend sein“. Beigefügt hatte Schwarz das wenige Tage zuvor versandte Schreiben an die Landeszentralen, in dem er „unter dem Eindruck der Holocaust-Filmvorführungen und der unbefriedigenden anschließenden nächtlichen Diskussionen unter Fachleuten“ eine deutsche Ausgabe von Hilbergs „The Destruction of the European Jews“ ankündigte. Unter mehreren Projekten des Verlags zu diesem Themenfeld sei die Hilberg-Übersetzung das „schwierigste und umfangreichste, aber sicher auch wichtigste Vorhaben“, so Schwarz.²¹

Arndt antwortete – wegen eines Urlaubs – erst gut vier Wochen später und schloss sich der Wortwahl von Schwarz an. Auch sie hielt die Übersetzung für ein

¹⁵ Vgl. René Schlott, Der lange Weg zum Buch. Zur Publikationsgeschichte von Raul Hilbergs „The Destruction of the European Jews“, in: ZeitRäume. Potsdamer Almanach des Zentrums für Zeithistorische Forschung 2015, S. 143–152. Die von Frank Petschek finanzierten Exemplare wurden mit einem Einkleber „Donation Frank and Janina Petschek Foundation“ versehen. Auf der Impressumsseite des Buchs hieß es zudem „A publication sponsored by the Frank and Janina Petschek Foundation“.

¹⁶ Dok. 2f, S. 115, der vorliegenden Dokumentation; die folgenden Zitate ebenda.

¹⁷ Vgl. Dok. 3a, S. 116–118, der vorliegenden Dokumentation.

¹⁸ Dok. 2e, S. 114, der vorliegenden Dokumentation.

¹⁹ Dok. 3a, S. 118, der vorliegenden Dokumentation.

²⁰ Dok. 2a, S. 108, der vorliegenden Dokumentation, das folgende Zitat findet sich ebenda, S. 109.

²¹ Dok. 2b, S. 110, der vorliegenden Dokumentation.

„wichtige[s] Vorhaben“ und bot „eine kleine Hilfe“ an: „vor mehreren Jahren habe ich mich sehr intensiv mit diesem Buch beschäftigt und eine Rohübersetzung einiger Abschnitte (ca. 80 Schreibmaschinenseiten) gemacht. Wenn Sie daran interessiert sind, wo [sic!] würde ich um Ihre Nachricht bitten.“²² Erst in einem weiteren Schreiben vom 25. Oktober 1979 ging Arndt auf Schwarz' Bitte um ein Gutachten ein und bot an, bei der Suche nach einem Gutachter zu helfen, formulierte aber zwei einschränkende Überlegungen: Erstens sei ein solches Gutachten zu honorieren, also mit finanziellem Aufwand für Schwarz verbunden. Dazu kämen dann zweitens die hohen Übersetzungskosten für das Gesamtwerk. Ob diese gerechtfertigt seien, zweifelte Arndt an und gab zu bedenken, „daß die Zeitgeschichtsforschung immerhin seit nunmehr 18 Jahren (das Buch ist 1961 erschienen) ohne eine deutsche Übersetzung ausgekommen ist“.²³ Dieser lapidare Satz kam einer Ablehnung des Vorhabens gleich.

Allerdings kann heute nicht mehr nachvollzogen werden, ob die Einstellung des Übersetzungsvorhabens direkt auf Arndts Einschätzung zurückgeht, da Schwarz in einem Folgebrief darum bat, ihm dennoch einen Gutachter zu empfehlen.²⁴ Mit Schreiben vom 3. Dezember 1979, in dem Arndt bedauerte keinen Gutachter nennen zu können, endete der Schriftwechsel in der Causa Hilberg zwischen dem Darmstädter Verlag und dem Münchner Institut.²⁵ Weitere Briefe in der Sache wurden jedenfalls nicht mehr ausgetauscht beziehungsweise sind nicht mehr erhalten oder bislang aufgefunden worden. Hilberg selbst berichtete in seinen Memoiren nur kurz über die geplante Veröffentlichung: „1979 fragte der kleine Verlag Darmstädter Blätter wegen des Buches an, befand dann aber, die Publikation finanziell nicht bewältigen zu können.“²⁶ Das Argument der „zweifellos mit hohen Kosten verbundene[n] Übersetzung“, das Arndt in ihrem Schreiben anführte,²⁷ tauchte also an dieser Stelle fast wörtlich wieder auf.

Über den Verlag Darmstädter Blätter und seinen Verleger Günther Schwarz ist wenig bekannt. Ein Verlagsarchiv existiert nicht, auch der Verlag selbst hat seine Tätigkeit eingestellt. Im März 1996 erschien ein kurzer Nachruf auf den zwei Monate zuvor verstorbenen Günther Schwarz im *Börsenblatt für den deutschen Buchhandel*.²⁸ Diesem Nachruf und einem Porträt²⁹ aus dem Jahr 1985 im gleichen Blatt ist zu entnehmen, dass Schwarz am 14. Juli 1905 in Berlin-Lichterfelde als Sohn eines Fabrikanten geboren wurde, Nationalökonomie und Russisch in Cambridge stu-

²² Dok. 2c, S. 112, der vorliegenden Dokumentation.

²³ Dok. 2d, S. 113, der vorliegenden Dokumentation.

²⁴ Vgl. Dok. 2e, S. 114 f., der vorliegenden Dokumentation.

²⁵ Vgl. Dok. 2f, S. 115, der vorliegenden Dokumentation.

²⁶ Raul Hilberg, *Unerbetene Erinnerung. Der Weg eines Holocaust-Forschers*, Frankfurt a. M. 1994, S. 148.

²⁷ Dok. 2d, S. 113, der vorliegenden Dokumentation.

²⁸ Vgl. *Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel* 163 (1996), S. 2769. Ein Kurzlebenslauf ist auch im Darmstädter Stadtlexikon zu finden; www.darmstadt-stadtlexikon.de/sch/schwarz-guenther.html [30.9.2020].

²⁹ Vgl. W. Christian Schmitt, *Aufklärer in des Wortes bester Bedeutung*, in: *Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel* 41 (1985), S. 2583 f.

dierte und 1934 nach Darmstadt ging, wo er als Assistent in die Motorenfabrik Friedrich May eintrat, deren Leitung er später übernahm. 1935 heiratete er Helma May, die Tochter des Inhabers der Motorenfabrik. Aus einer Akte des Berlin Document Center geht hervor, dass Schwarz am 1. Oktober 1933 Mitglied der NSDAP in Saarbrücken wurde und zu diesem Zeitpunkt als Syndikus tätig war.³⁰ Nach dem Krieg arbeitete er als Handelsvertreter und besuchte nebenher Vorlesungen an der Universität Darmstadt, unter anderem bei Eugen Kogon. Auf dessen Zureden gründete Schwarz 1956 die Zeitschrift *Darmstädter Blätter – wir lesen für Sie*, für die er ab 1967 im gleichnamigen Verlag verantwortlich zeichnete. Zu der Zeitschrift, die Beiträge aus aller Welt publizierte, die sich dem Geist der Völkerverständigung verpflichtet fühlten, kam bald ein eigenes Buchprogramm hinzu, das neben Titeln zu Sprache, Konfliktforschung, Wirtschaft und Philosophie auch eine eigene Reihe Judaica umfasste, in der vor allem Erinnerungen von Holocaust-Überlebenden erschienen. Schwarz führte den Verlag 40 Jahre lang bis zu seinem Tod am 19. Januar 1996. Vier Jahre zuvor hatte ihm Bundespräsident Richard von Weizsäcker das Bundesverdienstkreuz verliehen.³¹ Im Nachruf kündigte sein Sohn Günther die Fortführung des Verlagsbetriebs an. Doch laut dem Adressbuch für den deutschsprachigen Buchhandel 2007/08 wurde die Verlagstätigkeit 2006 eingestellt.³²

Die Ansprechpartnerin des Verlegers beim IfZ, Ino – eigentlich Ingrid Nora – Arndt (1930–1986), war die Tochter des 1886 geborenen Reichsarchiv- und Ministerialrats in der Kriegswissenschaftlichen Abteilung der Luftwaffe Hans Arndt. Über ihn heißt es in einem am 4. Februar 1939 ausgestellten „Personalnachweis“: „Er tritt jederzeit rückhaltlos für den nationalsozialistischen Staat ein. Sein ausserdienstliches Verhalten ist tadelfrei, er ist im Berliner Gesellschaftsleben eine bekannte Persönlichkeit.“³³ Nach seiner Tätigkeit als Berufsoffizier zwischen 1905 und 1920, wechselte Hans Arndt in das Potsdamer Reichsarchiv, wo er vor allem an dem Werk „Der große Krieg 1914/18“ arbeitete. Als ehemaliger Angehöriger der Luftstreitkräfte und als Experte für die Geschichte des Luftkriegs wurde er 1933 in das Reichsluftfahrtministerium abgeordnet, wo er zum Leiter der Untergruppe Kriegsgeschichte aufstieg. Er starb 1945 in britischer Kriegsgefangenschaft.

³⁰ Bundesarchiv Berlin, Berlin Document Center, R 9361-II/918898, Sachakte Günther Schwarz. Um die Wirksamkeit seiner Parteimitgliedschaft nach dem Umzug von Saarbrücken nach Darmstadt ergab sich Anfang 1937 eine längere Korrespondenz, die im Bundesarchiv überliefert ist.

³¹ Vgl. Darmstädter Echo vom 3.12.1992: „Nie wieder Krieg“. Bundesverdienstkreuz am Bande für Dr. Günther Schwarz“.

³² Vgl. Adressbuch für den deutschsprachigen Buchhandel 2007/08, Bd. 1, Frankfurt a. M. 2007, S. 590.

³³ Hierzu und zum Folgenden: Bundesarchiv-Militärarchiv, PERS 6/137506, Personalakte Hans Arndt. 1977 übergab Ino Arndt Teile des Nachlasses von Hans Arndt an das Bundesarchiv-Militärarchiv, wie aus einem Schreiben des leitenden Archivdirektors Friedrich-Christian Stahl hervorgeht: IfZ-Archiv, ID 131, Mappe 14, Bl. 72, Stahl an Arndt, 23.11.1977. Ein Nachlass von Hans Arndt ist dort jedoch nicht mehr nachweisbar.

Seine Tochter Ino trat gewissermaßen in seine Fußstapfen, als sie sich für den Beruf der Historikerin entschied. 1930 in Potsdam geboren, wohnte sie mit ihrer Familie 1944 für einige Monate in Karlsbad im annektierten Sudetenland, wohin die Abteilung ihres Vaters im August 1943 verlegt worden war, und floh bei Kriegsende mit ihrer Mutter nach Tirol, bevor die beiden nach München übersiedelten, wo Arndt 1948 ihr Abitur ablegte. Nach einer Tätigkeit in einer Verlagsbuchhandlung und einem zweijährigen England-Aufenthalt begann sie, in München Geschichte, Englisch, Deutsch und Philosophie zu studieren. 1953 absolvierte sie einen zweiten Auslandsaufenthalt an der Western Reserve University in Cleveland/Ohio, bevor sie an die Universität Tübingen wechselte.³⁴ 1960 wurde sie dort mit der Arbeit „Die Judenfrage im Licht der evangelischen Sonntagsblätter von 1918–1933“ bei Theodor Eschenburg und Hans Rothfels promoviert.

Am 1. Januar 1963 nahm Ino Arndt ihre Tätigkeit am IfZ auf, wo sie über zwei Jahrzehnte bis zu ihrem frühen Tod am 3. Juni 1986 tätig war.³⁵ In seinem Begleitbrief zu dem Gutachten für den C.H.Beck Verlag bezeichnete Horst Möller, zwischen 1979 und 1982 stellvertretender Institutsdirektor, sie einmal als „unsere auf das Problem der nationalsozialistischen Judenverfolgung spezialisierte Mitarbeiterin“.³⁶ Ein in den *Hefen für den Freundeskreis der Evangelischen Akademie Tutzing* publizierter Nachruf würdigte Arndt als „engagierte Frau [...], die niemals auffiel durch persönliches Geltungsbedürfnis“.³⁷ Entsprechend galt sie am IfZ als stille und fleißige Arbeiterin im Hintergrund, die gerade mit der Abfassung wissenschaftlicher Gutachten aller Art betraut und an verschiedenen Buchprojekten beteiligt war.

III. Das Gutachten für den Verlag C.H.Beck 1980

Bekannter wurde Ino Arndt, die selbst wenig publizierte, als Götz Aly auf der Hilberg-Konferenz in Berlin 2017 und in der Presse das Gutachten öffentlich bekannt machte, in dem Arndt am 31. Januar 1980 dem C.H.Beck Verlag davon abriet, Hilbergs *Opus magnum* übersetzen zu lassen.³⁸ Unklar blieb jedoch, ob der Verlag das Publikationsvorhaben ausschließlich wegen dieses Gutachtens aufgab, ob weitere Stellungnahmen eingeholt wurden oder ob ganz andere Gründe, etwa ökonomischer Art, letztlich ausschlaggebend für die Nichtveröffentlichung waren.³⁹

³⁴ Alle Angaben aus dem ihrer Dissertation beigefügten Lebenslauf aus dem Jahr 1960, die in drei Exemplaren als maschinenschriftliches Manuskript in der Universitätsbibliothek Tübingen verfügbar (UM 8681:1-3) ist.

³⁵ Vgl. die „Personalienverzeichnisse“ der „Wissenschaftlichen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen“, in: Horst Möller/Udo Wengst (Hrsg.), 50 Jahre Institut für Zeitgeschichte. Eine Bilanz, München 1999, S. 545.

³⁶ IfZ-Archiv, ID 131, Mappe 74, Bl. 45, Möller an Dr. Günther Schiwy (Verlag C.H.Beck), 1.2.1980.

³⁷ Edgar Hörich, Abschied von Ino Arndt, in: *Hefte für den Freundeskreis* 60 (1986), S. 114.

³⁸ Vgl. Dok. 3a, S. 116–118, der vorliegenden Dokumentation.

³⁹ Einen solchen Grund nannte Hilberg, *Erinnerung*, S. 148, unter Verweis auf einen Schweizer Literaturagenten der mit dem Verlag C.H.Beck korrespondierte: „Mehr als 600 bis 800 Exemplare kann man davon nicht absetzen.“

Diese Fragen können nun durch ein Schriftstück beantwortet werden, das im Arndt-Nachlass ebenso überliefert ist wie im Beck-Verlagsarchiv.⁴⁰ Demnach erfolgte am 13. Februar 1980 die schriftliche Reaktion aus dem Verlagshaus. Der Brief war direkt an Ino Arndt und nicht an Horst Möller gerichtet, der das Begleit-schreiben zum Gutachten verfasst hatte.⁴¹ Cheflektor Ernst-Peter Wieckenberg bedankte sich bei Arndt für das Gutachten, aus dem der Verlag zwei Schlussfolgerungen zog. Zunächst hieß es kurz und knapp: „Ihr Urteil hat uns dazu veranlaßt, auf eine Übersetzung des Werks zu verzichten.“ Viel ausführlicher ging Wieckenberg dann auf Überlegungen ein, zu denen das Gutachten „auch Anlaß gegeben“ hat. Mit Verweis auf die 1976 veröffentlichte „Einführung in die Geschichte der französischen Revolution“ von Eberhard Schmitt⁴² schlug Wieckenberg Arndt eine neue Publikation vor, und zwar unter ausdrücklicher Bezugnahme auf das zuvor abgelehnte Werk: „Nach allem, was Sie in Ihrem Gutachten zu dem Buch von Hilberg schreiben, scheint es uns nicht unangebracht, ein ähnliches Buch zur Geschichte der Judenverfolgung im Dritten Reich zu planen.“

Wie konkret die Überlegungen des Lektors zu diesem Zeitpunkt schon waren, zeigen die Angaben zum Seitenumfang („120 Druckseiten“), zur Auflagenhöhe („zwischen 3.000 und 4.000 Exemplaren“) und zum Honorar („10 % je Band“). Laut handschriftlicher Notiz auf dem Briefexemplar in ihrem Nachlass nahm Arndt telefonisch Kontakt zu Wieckenberg auf, dankte ihm für das Angebot und bat um Geduld. Zwei Monate später jedoch sagte sie dann aus Zeitgründen ganz ab.⁴³ Wieckenberg schlug daraufhin vor, Arndt solle das Werk gemeinsam mit anderen Kollegen schreiben, um die Arbeit aufzuteilen, und das Buch so doch noch realisieren zu können.⁴⁴

Offenbar blieb der Vorschlag ohne Widerhall. Im Oktober 1981 fragte der Beck-Lektor bei Horst Möller schließlich erneut nach den „Pläne[n] Ihres Instituts, ein Werk über die Vernichtung der Juden zu schaffen“.⁴⁵ Er rekurrierte dabei auf ein „ausführliches Gespräch“ Möllers mit dem Verleger Wolfgang Beck, wobei es sich – nach Horst Möllers Erinnerung – um die Idee handelte, die Ermordung der europäischen Juden durch Schlüsselquellen umfassend zu dokumentieren und durch eine begleitende monografische Studie zu erklären. Zugleich bat er den stellvertretenden Direktor des IfZ um die Begutachtung zweier Bücher von Martin Gilbert, darunter den „Atlas of the Holocaust“. Man wolle prüfen, ob sie bei Beck erscheinen könnten, und zahle für das Gutachten selbstverständlich ein Honorar. Laut handschriftlichen Notizen auf dem Schreiben, sagte Möller lediglich ein Gutachten für

⁴⁰ Vgl. Dok. 3b, S. 118 f., der vorliegenden Dokumentation; die folgenden Zitate ebenda, S. 118. Zur Überlieferung vgl. auch Anm. 160.

⁴¹ IfZ-Archiv, ID 131, Mappe 74, Bl. 45, Möller an Dr. Günther Schiwy (Verlag C.H.Beck), 1.2.1980.

⁴² Vgl. Eberhard Schmitt, Einführung in die Geschichte der Französischen Revolution, München 1976.

⁴³ Verlagsarchiv C.H.Beck, Arndt an Wieckenberg, 2.4.1980.

⁴⁴ Verlagsarchiv C.H.Beck, Wieckenberg an Arndt, 14.4.1980.

⁴⁵ IfZ-Archiv, ID 131, Mappe 74, Bl. 31, Wieckenberg an Möller, 7.10.1981. Hier auch die folgenden Zitate.

den „Atlas“ zu und beauftragte damit erneut Ino Arndt. Der Chef-Lektor ging allerdings noch vor der Begutachtung nicht davon aus, dass „diese beiden Werke auch nur entfernt das zu leisten vermögen, was Ihnen mit dem von Ihrem Institut geplanten Werk vorschwebt“. Arndts nicht überliefertes Gutachten muss auch in diesem Fall wahrscheinlich negativ ausgefallen sein, denn ein Jahr später publizierte nicht Beck, sondern der Rowohlt Verlag eine deutsche Ausgabe von Gilberts „Atlas“.⁴⁶

1983 erschien bei Beck ein von Martin Broszat und Horst Möller herausgegebener Band mit dem Titel „Das Dritte Reich. Herrschaftsstruktur und Geschichte“. Er enthielt Vorträge von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Instituts für Zeitgeschichte, darunter auf den Seiten 209 bis 230 auch einen Beitrag von Ino Arndt, überschrieben mit „Antisemitismus und Judenverfolgung“. Weitere Bücher zur Judenverfolgung veröffentlichte das IfZ im Beck-Verlag nicht, und es ist zu vermuten, dass gerade das institutseigene Vorhaben zu Arndts Ablehnung einer Übersetzung von Hilbergs „The Destruction of the European Jews“ ins Deutsche beigetragen hat. Hilbergs Gesamtdarstellung sollte der geplanten Publikation des IfZ keine Konkurrenz machen. Das gleiche Motiv spielte wahrscheinlich schon bei der ersten Ablehnung einer Hilberg-Übersetzung durch das IfZ in den 1960er Jahren eine Rolle.

IV. Das Gutachten aus den 1960er Jahren

Es sprach einiges dafür, dass der Münchner Verlag Droemer Knauer seinerzeit das ortsansässige Institut mit einer Begutachtung beauftragte und das Publikationsvorhaben infolge der negativen Beurteilung seitens des IfZ aufgegeben wurde. Es fehlte aber an Evidenz und Korrespondenz, die diese direkten Zusammenhänge belegen. In der 2017 erschienenen Verlagschronik von Droemer Knauer findet sich ein ausführlicher Abschnitt über den „Fall Hilberg“, obwohl es um ein Buch geht, das der Verlag gerade nicht herausgebracht hat.⁴⁷ Während der Verfasser der Verlagschronik noch davon ausging, dass es zu diesem Vorgang keine Überlieferung im Archiv von Droemer Knauer gibt, konnten zwischenzeitlich der Verlags- und der Auflösungsvertrag des Münchner Verlagshauses mit Hilbergs US-amerikanischem Verlag Quadrangle Books aufgefunden werden. Daneben existieren vier Vereinbarungen mit den für die Übertragung ins Deutsche beauftragten Übersetzerinnen und Übersetzern.⁴⁸

Der eigentliche Verlagsvertrag ist in einer englischen und deutschen Version überliefert und trägt das Datum vom 17. Juli 1963.⁴⁹ Bemerkenswert ist, dass sich

⁴⁶ Vgl. Martin Gilbert, *Endlösung. Die Vertreibung und Vernichtung der Juden. Ein Atlas*, Reinbek bei Hamburg 1982.

⁴⁷ Vgl. Günther Fetzner, *Droemer Knauer. Die Verlagsgeschichte 1846–2017*, München 2017, S. 345–347.

⁴⁸ In den kommenden Jahren soll das Archiv geordnet werden, so dass gegebenenfalls auch in den Lektorats-Akten noch etwas zum „Fall Hilberg“ auftauchen könnte.

⁴⁹ Verlagsarchiv Droemer Knauer München, Raul Hilberg_The Destruction of the European Jews_1963_Vertrag Deutsch, Raul Hilberg_The Destruction of the European Jews_1963_Vertrag Deutsch_Anhang, Raul Hilberg_The Destruction of the European Jews_1963_Agreement

Droemer Knaur darin verpflichtete „die Übersetzung innerhalb zwei Jahre [sic!] nach Vertragsabschluss zu veröffentlichen“. Das war für ein komplexes Werk von 800 doppelspaltigen Druckseiten ein durchaus ambitioniertes Unterfangen, so dass der Verlag sicher mehrere in Frage kommende Personen ansprach.

Einer der von Droemer Knaur ins Auge gefassten Übersetzer könnte der deutsch-jüdische Publizist Hans Lamm (1913–1985) gewesen sein. Der Soziologe und Remigrant, der bei Hans-Joachim Schoeps mit einer Arbeit „Über die innere und äußere Entwicklung des deutschen Judentums im Dritten Reich“ promoviert wurde, war seinerzeit Abteilungsleiter an der Volkshochschule in München und später – zwischen 1970 und 1985 – Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern. Am 26. August 1963 wandte Lamm sich in einem Brief an die *Wiener Library* in London und bat um Rezensionen des Hilberg-Buchs aus Großbritannien. Seine Anfrage hatte einen konkreten Hintergrund: „Das Buch von Raul HILBERG ‚The Destruction of European Jewry [sic!]‘ soll ich übersetzen, habe jedoch einige Bedenken, da ich mehrere kritische amerikanisch-jüdische Stimmen darüber kenne.“⁵⁰ In der Tat hatte Hilbergs Buch in der US-amerikanischen jüdischen Community wegen seiner Ausführungen zum jüdischen Widerstand und zur Rolle der Judenräte scharfe Kritik und Ablehnung hervorgerufen.⁵¹ Auch der Holocaust-Historiker und Überlebende Joseph Wulf (1912–1974) urteilte seinerzeit skeptisch: „Raul Hilberg ist ein junger talentierter Historiker, der mit wissenschaftlicher Akkuratess die ‚Endlösung der Judenfrage‘ und ihre ganze Maschinerie im Dritten Reich behandelt. Doch wagt er sich auf ein Terrain, das ihm völlig verschlossen ist, indem er Thesen über Ghettos, Judenräte etc. aufstellt, ohne sich dabei *jüdischer Quellen* zu bedienen.“⁵²

Aus London erhielt Lamm laut Antwortschreiben vom 9. September fünf Rezensionen, die jedoch nicht einzeln aufgelistet sind, so dass deren Tenor nicht bekannt ist.⁵³ Lamm jedenfalls scheint sich gegen den Übersetzungsauftrag entschieden zu haben. Nach Aktenlage schloss Droemer Knaur mit vier anderen Übersetzerinnen und Übersetzern im November 1963 und im Januar 1964 Verträge zur Übertragung ins Deutsche. Neben den zwei professionellen Übersetzern Günter Eichel und Liselotte Julius gehörten dazu auch zwei Angehörige des IfZ: Ino Arndt und Hermann Weiß (1932–2015).⁵⁴ In den Vereinbarungen tauchen sie allerdings nur mit ihren Privatadressen auf.

Englisch, Raul Hilberg_The Destruction of the European Jews_1963_Agreement Englisch_Ri-der.

⁵⁰ Archiv der Wiener Library London (künftig: WHL), Korrespondenz Hans Lamm, 3000/9/1/825, Lamm an Ilse R. Wolff, 26.8.1963; Hervorhebung im Original.

⁵¹ Vgl. Maurice Rosenthal, *The Murdered Are Not Guilty!*, in: *Jewish Spectator* 27 (1962), S. 24–27.

⁵² Aussage aus einer nicht veröffentlichten „Spiegel“-Rezension Wulfs zur deutschen Übersetzung von Hannah Arendts Buch „Eichmann in Jerusalem“ aus dem Herbst 1964; zit. nach Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 29.1.2020; Hervorhebungen im Original.

⁵³ Archiv WHL, Korrespondenz Hans Lamm, 3000/9/1/825, Ilse R. Wolff an Lamm, 9.9.1963.

⁵⁴ Vgl. den Nachruf des IfZ: www.ifz-muenchen.de/aktuelles/artikel/datum/2015/10/15/im-gedenken/ [10.10.2020].

Der langjährige stellvertretende Leiter des Institutsarchivs Hermann Weiß, von 1961 bis 1997 am IfZ beschäftigt, war vom Verlag damit beauftragt „eine vollständige Übersetzung und Dokumentation der Zitate“ aus Hilbergs Werk anzufertigen, während der Fließtext zwischen Eichel (Kapitel I bis V, Kapitel VII und Kapitel IX), Julius (Kapitel VIII) und Arndt (Kapitel VI und X bis XII) aufgeteilt war.⁵⁵ Der Abschluss des deutschen Manuskripts war für Mitte Mai 1964 vorgesehen. Wie die Arbeiten verliefen und ob die Übersetzung fristgerecht abgeschlossen werden konnte, ist nicht überliefert. Mit Schreiben vom 26. Juli 1965 jedenfalls löste Droemer Knauer den Verlagsvertrag mit Quadrangle Books mit einem formalen Argument auf, und zwar unter Verweis auf das Verstreichen der für die Veröffentlichung ursprünglich vereinbarten Zweijahresfrist.⁵⁶

Interessant ist aber, dass der zuständige Lektor Fritz Bolle (1908–1982) in einem Brief an Hilberg bereits am 11. Juni 1965 das Ende des Projekts mitteilte und als Grund für die Vertragsauflösung dessen „These von der jüdischen ‚Kollaboration‘“ nannte.⁵⁷ Diese könne „angesichts der besonderen Situation in Deutschland“ auch „antisemitische Konsequenzen“ haben und „einen nicht zu übersehenden Teil der öffentlichen Meinung vergiften“.⁵⁸ Hilberg selbst vermutete, dass vielmehr die „Sorgen um einstige Täter“ eine deutsche Ausgabe seines Buches verhindert hätten.⁵⁹ Götz Aly machte die NS-Vergangenheit von Hilbergs Lektor Bolle als Direktionsassistent einer durch Häftlinge des KZ-Außenlagers Laura angelegten unterirdischen Waffenfabrik mittelbar dafür verantwortlich.⁶⁰ Dagegen vermutete Hans Mommsen (1930–2015) „eine Intervention von jüdischer Seite“ hinter dem ablehnenden IfZ-Gutachten. Mommsen, von April 1961 bis Ende 1962 am IfZ angestellt, ging zudem davon aus, „dass der fehlende Teil der Aufzeichnung der Institutsleitung bewusst vernichtet worden ist, um den Sachverhalt zu kaschieren, dass das Institut sich gegen die Veröffentlichung des Buchs von Hilberg ausgesprochen hat“.⁶¹

Doch trotz der Ablehnung gehörte Hilbergs Buch zu den Referenzwerken, mit denen am Institut gearbeitet wurde. So erwähnte Ino Arndt im Oktober 1964 in einem Brief an das Archiv der Wiedergutmachungskammern des Landgerichts

⁵⁵ Verlagsarchiv Droemer Knauer, Raul Hilberg_The Destruction of the European Jews_1963_Übersetzerin_Arndt, Raul Hilberg_The Destruction of the European Jews_1964_Übersetzer_Weiß, Raul Hilberg_The Destruction of the European Jews_1964_Übersetzer_Eichel, Raul Hilberg_The Destruction of the European Jews_1964_Übersetzerin_Julius.

⁵⁶ Verlagsarchiv Droemer Knauer, Maria Hönigschmied (Droemer Knauer) an Kurt Hellmer (vom Verlag Quadrangle beauftragter Vertreter), 26.7.1965.

⁵⁷ Dok. 1b, S. 107, der vorliegenden Dokumentation; die folgenden Zitate ebenda, S. 108.

⁵⁸ Auch Ino Arndt vermutete in ihrem Gutachten für den Beck-Verlag aus dem Jahr 1980, dass die These von der „Kollaboration“ der Täter und Opfer“ der Grund dafür gewesen sei, dass in den 1960er Jahren eine geplante Übersetzung unterblieb. Sie verwies dabei explizit auf Hannah Arendts vieldiskutiertes Buch „Eichmann in Jerusalem“; vgl. Dok. 3a, S. 116–118, der vorliegenden Dokumentation.

⁵⁹ Hilberg, Erinnerung, S. 141.

⁶⁰ Aly, Raul Hilberg and the Angst, S. 143–145.

⁶¹ In einem maschinenschriftlichen Brief an den Autor vom 25.7.2014.

Berlin die englische Originalausgabe Hilbergs. Daraus geht hervor, dass Arndt das Werk als eine der Übersetzerinnen sehr genau kannte und sich selbst mit dem in den Fußnoten genannten Quellenmaterial vertraut gemacht hatte.⁶² In ihrem Schreiben kündigte sie die Übersendung einer Kopie „des auf Seite 382, Anmerkung 179 in dem Buch von Raul Hilberg“ erwähnten Berichts über „die Verwaltung und Verwendung des Judenvermögens in Luxemburg“ an.

Die Historikerin Arndt verfügte dank eines Anglistikstudiums und zweier mehrjähriger Auslandsaufenthalte in Großbritannien und den USA über die notwendigen Englischkenntnisse, um ein Werk von immerhin fast 800 dichtbedruckten Seiten zu lesen und daraus eine Teilübersetzung anzufertigen. Zudem hatte sie sich bereits in ihrer Doktorarbeit mittelbar mit der Vorgeschichte der NS-Judenverfolgung beschäftigt und war damit auch in fachlicher Hinsicht versiert für die Übersetzungsaufgabe. Wahrscheinlich hatte sich Verlagslektor Fritz Bolle mit der Bitte an das Institut gewandt, ihm in Frage kommende Übersetzer zu nennen, so dass es zu der Zusammenarbeit mit Weiß und Arndt kam. Dafür spricht auch ein Dankesbrief von Thilo Vogelsang, seinerzeit Leiter der IfZ-Bibliothek, an Bolle für die Überlassung eines Exemplars von „The Destruction of the European Jews“ an Ino Arndt vom Juli 1964.⁶³ Bolle und Arndt müssen auch in den folgenden Jahren zusammengearbeitet haben, denn im Arndt-Nachlass findet sich ein dreiseitiger handschriftlicher Brief von Fritz Bolle vom 23. April 1970,⁶⁴ der eher informell gehalten ist und den der Lektor mit dem „Bolle-Männchen“ zeichnete, seiner eigenen karrierenden Unterschrift.⁶⁵

Allerdings werfen die nun im Verlagsarchiv Droemer Knauer aufgefundenen Verträge neue Fragen auf. Warum sollte ein Institut eine Historikerin und einen Archivar für die Übersetzung eines Buchs abstellen, dessen Übertragung ins Deutsche es zuvor abgelehnt hatte? Denn auch wenn Weiß und Arndt als Privatpersonen in den Verträgen genannt sind, mussten sie für die vereinbarten Arbeiten in jedem Fall auf die Ressourcen des Instituts zurückgreifen, etwa auf die Bibliotheks- und Archivbestände. Auch die neuen Archivfunde erlauben es nicht, zweifelsfrei davon auszugehen, dass das Verlagshaus Droemer Knauer, wie bislang angenommen, überhaupt der Auftraggeber des Gutachtens war. Vielleicht handelte es sich um einen ganz anderen Verlag, der eine Stellungnahme des Instituts anforderte. Natürlich ist auch nicht ausgeschlossen, dass sich Droemer Knauer trotz des ablehnenden IfZ-Votums für eine Übersetzung entschieden hat. Auch der Autor – oder die Autorin – des Gutachtens bleibt weiter unbekannt. Es liegt nahe, den damaligen

⁶² IfZ-Archiv, ID 131, Mappe 1, Bl. 60 f., hier Bl. 61, Arndt an Landgerichtsdirektor Schlecht, 20.10.1964.

⁶³ „Für die liebenswürdige Überlassung eines Exemplars von Hilberg, Raul: The destruction [sic!] of the European Jews. London 1961. an das Institut zu Händen von Fräulein Dr. Arndt sage ich Ihnen unseren verbindlichsten Dank.“ IfZ-Archiv, ID 50, Mappe 181, Bl. 152, Thilo Vogelsang an Bolle, 21.7.1964; Hervorhebung im Original. Zuerst bei Aly, Raul Hilberg and the Angst, S. 153, der das Schreiben allerdings anders interpretierte.

⁶⁴ IfZ-Archiv, ID 131, Mappe 1, Bl. 90 f., Bolle an Arndt, 23.4.1970.

⁶⁵ Fetzer, Droemer Knauer, S. 321.

IfZ-Direktor Helmut Krausnick⁶⁶ als Urheber anzunehmen, da das Schriftstück aus seinem Nachlass stammt. Alle diese Befunde haben aber vorläufigen Charakter, da selbstverständlich weitere Schriftstücke zu dem Vorgang im IfZ-Archiv und in anderen Archiven aufgefunden werden könnten.

Was die fehlende Datierung des IfZ-Gutachtens angeht, so geben die darin angesprochenen geplanten oder bereits erschienenen Publikationen wichtige und konkretere Hinweise auf den Entstehungszeitpunkt der Stellungnahme. Auf der zweiten Seite wird etwa eine 1960 von Wolfgang Scheffler herausgegebene Broschüre genannt, der ein größeres Buch folgen sollte, das freilich nie erschien.⁶⁷ Interessant ist auch der Verweis auf „eine populäre Darstellung der Judenverfolgung in Deutschland“, die als Gemeinschaftswerk von IfZ und *Wiener Library* erstellt und unter der Herausgeberschaft der Bundeszentrale für Heimatdienst „Ende dieses Jahres abgeschlossen“ werden sollte.

In der vor wenigen Jahren erschlossenen Hauskorrespondenz der *Wiener Library* ist eine Vielzahl von Dokumenten zu diesem letztlich gescheiterten Gemeinschaftsprojekt überliefert.⁶⁸ Den Hintergrund des Vorhabens bildete offenbar eine geplante vergangenheitspolitische Publikationsoffensive zu Beginn der 1950er Jahre. Auf Initiative des Bundesinnenministeriums und der Bundeszentrale für Heimatdienst war auf einer Arbeitstagung im Frühjahr 1954 beschlossen worden, mehrere Publikationen zu erarbeiten, die sich mit der NS-Zeit sowie mit „Probleme[n] des Antisemitismus und seiner Bekämpfung“ auseinandersetzen sollten. Als eines dieser Buchprojekte war ein „Dokumentationswerk über die Verfolgung der Juden im 3. Reich“ geplant, das in den Akten später kurz als „Dokumentenwerk“ bezeichnet wurde. Angedacht war offenbar eine Quellenedition mit erläuternden Texten. Auch auf Betreiben Alfred Wieners sollte nicht die Verfolgung selbst im Vordergrund stehen; vielmehr sollte die Hilfe, die Deutsche verfolgten Juden gewährt hatten, dargestellt und auf Möglichkeiten einer „Versöhnung“ von Deutschen und deutschen Juden verwiesen werden. Der konzeptionelle Charakter des ganzen Vorhabens entsprach also durchaus dem Zeitgeist.

Das „Dokumentenwerk“ war von Beginn an als Joint Venture von IfZ und *Wiener Library* konzipiert worden, wobei der Direktor des IfZ, Helmut Krausnick, und Alfred Wiener gemeinsam als Herausgeber fungieren sollten. Für die Bearbeitung einzelner Kapitel oder Teilkapitel waren zudem einzelne Sachverständige vorgesehen. Vom inhaltlichen Zuschnitt her war das Projekt anfangs folgendermaßen

⁶⁶ Helmut Krausnick (1905–1990), 1959 bis 1972 Generalsekretär bzw. Direktor des IfZ.

⁶⁷ Vgl. Wolfgang Scheffler, *Die nationalsozialistische Judenpolitik. Unterlagen für den Unterricht in Politik und Zeitgeschichte*, Berlin 1960. Bei dem ein Jahr später veröffentlichten Werk Schefflers „Judenverfolgung im Dritten Reich 1933 bis 1945“ mit einem Umfang von 245 Seiten handelt es sich um „Die nationalsozialistische Judenpolitik“, das zusammen mit einem neu angehängten mehr als 100-seitigen Dokumententeil als Lizenzausgabe bei der Büchergilde Gutenberg erschien.

⁶⁸ Archiv WHL, General, Pre-1963 Correspondence, Correspondence regarding Dokumentenwerk, 3000/9/1/2 to 3000/9/1/24. Der folgende Abschnitt zum Publikationsvorhaben von IfZ und „Wiener Library“ beruht im Wesentlichen auf Hinweisen und Aktenfunden von Torsten Jugl (Wiener Library), dem ich sehr herzlich danke.

angelegt: 1. Die Tatsachen; 2. Die Stellungnahme zu den Tatsachen; 2a) Das Versagen der Vielen; 2b) Bewährung der Wenigen; 2c) Das Bekenntnis zur Schuld; 2d) Stimme der Versöhnung. Später änderte man diesen Aufbau leicht ab, der um 1960 folgende Kontur annahm: 1. Die Judenverfolgung (Krausnick); 2. Das Versagen der Vielen (IfZ und WL); 3. Die Bewährung der Wenigen (IfZ und WL); 4. Der Deutsche Jude (Wiener); 5. Schlusswort (extern). Erste Vorarbeiten begannen bereits 1954, offizielle Verträge wurden dann im Folgejahr unterzeichnet.

Im weiteren Verlauf gerieten die Arbeiten jedoch ziemlich schnell ins Stocken. Verantwortlich hierfür waren jeweils andere terminliche Verpflichtungen, nicht zuletzt aber auch fortgesetzte interne Querelen in und zwischen den beiden Häusern. Immer wieder nannte man neue Abschlusstermine für das Projekt. 1962 wurde verstärkt darauf gedrängt, das Vorhaben bis zum Jahresende fertigzustellen.⁶⁹ Doch nach neun Jahren wurde das Projekt als Ganzes offenbar im Verlauf des Sommers 1963 unvollendet eingestellt, wie einem Schriftwechsel Alfred Wieners mit einer Mitarbeiterin der Bundeszentrale für Heimatdienst zu entnehmen ist.⁷⁰ Diese Angabe erlaubt eine präzisere Datierung des fragmentarischen Hilberg-Gutachtens. Denn wenn die Arbeiten an dem Dokumentenwerk im Sommer 1963 eingestellt worden sind, im Gutachten aber davon die Rede ist, dass das Vorhaben „Ende dieses Jahres abgeschlossen sein wird“, dann dürfte das Schriftstück also nicht auf 1964,⁷¹ sondern eher auf 1962 zu datieren sein, als tatsächlich noch der Abschluss des Projekts für das Jahresende geplant war. Dafür spricht auch die im Gutachten erwähnte Dissertation von Helmut Genschel, die dieser am 18. Juli 1962 in Göttingen verteidigte.⁷² Ein Blick auf die Erwerbungs historie von „The Destruction of the European Jews“ für die Bibliothek des IfZ stützt die Datierung auf 1962, denn um ein Gutachten überhaupt verfassen zu können, musste das Original exemplar vorliegen; die IfZ-Bibliothek hat das Buch im März 1962 angeschafft. Heute liegt die Originalausgabe dort gleich in drei Exemplaren vor, die jeweils ihre eigene Geschichte haben.

⁶⁹ Archiv WHL, General, Pre-1963 Correspondence, Correspondence regarding Dokumentenwerk, with Institut für Zeitgeschichte – Krausnick, Helmut, 3000/9/1/21/86-2, „Betr.: Manuskript ‚Judenverfolgungen‘.“ (Protokollnotiz einer Herausgeberbesprechung vom 2.–5.10.1962 bei der Bundeszentrale in Bonn).

⁷⁰ Archiv WHL, General, Pre-1963 Correspondence, Correspondence regarding Dokumentenwerk – Groneweg, Barbara, 3000/9/1/11/14, Wiener an Groneweg (Bundeszentrale für Heimatdienst), 20.6.1963.

⁷¹ So die von Aly vorgeschlagene Datierung: „doch erlaubt der Inhalt, die Entstehungszeit auf 1964 festzulegen“; Nur mit Genehmigung des Instituts für Zeitgeschichte, in: Perlentaucher, 18.10.2017.

⁷² Das maschinenschriftliche Exemplar der Dissertation aus der Göttinger Universitätsbibliothek ist auf 1962 datiert. Die Druckfassung erschien vier Jahre später: Helmut Genschel, Die Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft im Dritten Reich, Göttingen 1966.

V. Die drei Exemplare von „The Destruction of the European Jews“ (1961) in der Bibliothek des IfZ

Das erste Exemplar wurde am 30. März 1962 (heutige Signatur N 375, vormals 62/43780) angeschafft und stand früher im Lesesaal der Bibliothek (unter der Signatur n 90 Hil). In dieser Ausgabe finden sich Spuren ausgiebiger Lektüre, die eine oder zwei Personen hinterlassen haben.⁷³ Durchweg gibt es neutrale Anstreichungen mit Bleistift, an fünf bis sechs Passagen aber auch mit Kugelschreiber. Der auffälligste Kommentar „Lüge!“ befindet sich auf Seite 623 und bezieht sich auf Gerüchte um die Seifenherstellung aus den Knochen ermordeter Juden. Nur wenige Monate nach dem ersten Exemplar erwarb das IfZ im Oktober 1962 ein weiteres (heutige Signatur N375a, vormals 62/45037). Diese Ausgabe war vermutlich die am meisten genutzte, es scheinen mindestens drei bis vier Personen intensiv damit gearbeitet zu haben, und es gibt nahezu im ganzen Buch Anstreichungen und Kommentare. Besonders häufig werden Angaben in den Fußnoten durchgestrichen und korrigiert oder Querverweise zu anderen Werken vermerkt. Dies geschieht fast durchweg und sehr penibel, oft auch mit Ausrufezeichen.

Interessant ist, dass das dritte Exemplar des „Hilberg“ (heutige Signatur N375b, vormals 79/83167) am 15. Oktober 1979 in der Bibliothek verzeichnet worden ist, also im zeitlichen Umfeld des Gutachtens für den Verlag C.H.Beck und der Gutachtenanfrage von Günther Schwarz. Diese Ausgabe scheint in Teilen ganz gezielt im Hinblick auf eine Übersetzung und weitere Bearbeitung durchgesehen worden zu sein.⁷⁴ Im Inhaltsverzeichnis wurden die bearbeiteten Teile gut sichtbar mit Pfeilen markiert: „Introduction“ (Kapitel I, II, III); „The Destruction Process I“ (Kapitel IV, V); „The Destruction Process II“ (Kapitel VII, IX). Abgesehen von diesen Kapiteln gibt es keinerlei Anmerkungen oder Unterstreichungen im Buch, das augenscheinlich nicht oft benutzt wurde. Die Fußnoten wurden mit einem roten Fineliner vom restlichen Text durch einen Trennstrich abgesetzt, auf Englisch angeführte Zitate wurden durchgestrichen oder auch durch eine mit Bleistift angebrachte Schlangenlinie am Buchrand markiert, sofern sie aus einer deutschen Originalquelle übersetzt worden waren. Ebenso wurden englische Begriffe getilgt, wenn dahinter der deutsche aufgeführt war. Die Anstreichungen erfolgten möglicherweise im Hinblick auf die Notwendigkeit für alle diese Zitate deutsche Originaldokumente heranzuziehen und auf den damit verbundenen Aufwand. Sehr selten gibt es bei komplexeren Begriffen einen Übersetzungsvorschlag. Es lässt sich vermuten, dass dies das Exemplar für Arndts Übersetzung war, die sie nach eigener Auskunft lange vor 1979 („vor mehreren Jahren“⁷⁵) angefertigt hatte. Möglicherweise hatte sie das Exemplar in ihrem Büro und übergab es erst 1979 der Bibliothek. Weil aber gerade die Zitate besonders hervorgehoben worden sind, kann

⁷³ Aly vermutete, dass es sich um die Handschrift Krausnicks handelt; vgl. dazu Nur mit Genehmigung des Instituts für Zeitgeschichte, in: Perlentaucher, 18.10.2017.

⁷⁴ Vgl. Aly, Raul Hilberg and the Angst, S. 154.

⁷⁵ Dok. 2c, S. 112, der vorliegenden Dokumentation.

es sich ebenso gut, um das Exemplar handeln, mit dem Hermann Weiß gearbeitet hat, der – wie erwähnt – vom Verlag Droemer Knaur explizit mit der Recherche der deutschen Originalquellen beauftragt war.

VI. Hilberg in Publikationen und Korrespondenzen des IfZ

In den *Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte* (VfZ) wurde die Doktorarbeit Hilbergs bereits 1953 in einer Rubrik „Dissertationen ‚In Progress‘, 1952–1953, über deutsche Zeitgeschichte“ unter ihrem späteren Titel zusammen mit der Universität aufgeführt, an der sie entstand.⁷⁶ Trotz der ablehnenden Gutachten verwies das IfZ immer wieder positiv auf Hilbergs Opus magnum. 1976 veröffentlichte Ino Arndt zusammen mit dem Berliner Historiker Wolfgang Scheffler in den VfZ einen grundlegenden, den damaligen Forschungsstand zu den Vernichtungslagern zusammenfassenden, Aufsatz.⁷⁷ Darin wird Hilbergs Werk dreimal zitiert, und an einer Stelle verwiesen Arndt und Scheffler explizit auf die „großen Darstellungen von Reitlinger und Hilberg“. In einem Musterbrief „Betr.: Tötung von Menschen durch Gas in Vernichtungslagern und Konzentrationslagern unter der nationalsozialistischen Herrschaft“ hieß es, die deutsche Ausgabe von „The Destruction of the European Jews“, die schließlich 1982 im Berliner Verlag Olle & Wolter erscheinen konnte,⁷⁸ sei ein „wissenschaftlich anerkannte[s] Standardwerk“.⁷⁹

Im März 1989 lud Martin Broszat – seit 1972 Direktor des IfZ – Hilberg persönlich zu einer internationalen Konferenz aus Anlass des Beginns des Zweiten Weltkriegs ein, der sich am 1. September 1989 zum 50. Mal jährte.⁸⁰ Aus dem später erschienenen Tagungsband geht aber hervor, dass Hilberg der Einladung nicht nachgekommen ist.⁸¹ Welche Gründe dazu führten, lässt sich aus Hilbergs Nachlass nicht rekonstruieren.

Im September 1982 verfasste Hilberg ein Referenzschreiben für Uwe Dietrich Adam und unterstützte ihn auf seine Bitte hin bei der – letztlich erfolglosen – Bewerbung als stellvertretender Direktor des IfZ, indem er Adams Tübinger Dissertation „Judenpolitik im Dritten Reich“ (veröffentlicht: Düsseldorf 1972) ausführlich würdigte.⁸² Einleitend ging Hilberg kurz auf seine Beziehung zum IfZ ein: Er sei seit langer Zeit Leser der VfZ und anderer Publikationen des Hauses; er habe

⁷⁶ John L. Snell, Dissertationen zur deutschen Zeitgeschichte an amerikanischen Universitäten 1933–1953, in: VfZ 1 (1953), S. 289–296, hier S. 296.

⁷⁷ Vgl. Ino Arndt/Wolfgang Scheffler, Organisierter Massenmord an Juden in nationalsozialistischen Vernichtungslagern. Ein Beitrag zur Richtigstellung apologetischer Literatur, in: VfZ 24 (1976), S. 105–135.

⁷⁸ Vgl. Anm. 10.

⁷⁹ IfZ-Archiv, ID 51, Mappe 274, Bl. 10–14, hier Bl. 13, Hellmuth Auerbach an G. Hickmann, 9.12.1985.

⁸⁰ IfZ-Archiv, ID 51, Mappe 274, Bl. 57 f., Broszat an Hilberg, 14.3.1989.

⁸¹ Vgl. Norbert Frei/Hermann Kling (Hrsg.), Der nationalsozialistische Krieg, Frankfurt a. M./New York 1990.

⁸² IfZ-Archiv, ID 51, Mappe 274, Bl. 59, Hilberg an IfZ, 23.9.1982.

das Institut auch schon einmal persönlich besucht⁸³ und zwei seiner Direktoren getroffen.

Sieben Jahre zuvor hatte sich Hilberg mit einem Auskunftersuchen an das IfZ gewandt, um Informationen zur Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg und zur „Zentralstelle im Lande Nordrhein-Westfalen für die Bearbeitung von Nationalsozialistischen Massenverbrechen“ zu erhalten.⁸⁴ Wenige Monate vorher hatte er Hermann Weiß vom IfZ-Archiv angeschrieben und im Zusammenhang mit der englischen Edition des Tagebuchs von Adam Czerniakow⁸⁵ um Auskünfte zu Heinz Auerswald, 1941/42 deutscher Kommissar des Warschauer Ghettos, und gegebenenfalls um Weiterleitung von Fragen an Auerswald gebeten. „I am not quite sure whether Auerswald would agree to answer any of our questions, but I am wondering if he would be more cooperative with you“, schrieb Hilberg.⁸⁶ Weiß versprach, während eines bevorstehenden Düsseldorf-Aufenthalts zu versuchen, Auerswald ausfindig zu machen.⁸⁷

Wie ambivalent die Beziehungsgeschichte zwischen dem IfZ und Hilberg war, zeigt auch die Tatsache, dass es gerade zwei Mitarbeiterinnen des Instituts waren, die 1989 quasi in letzter Minute dabei halfen, die Taschenbuchausgabe von „Die Vernichtung der europäischen Juden“ im S. Fischer Verlag zu realisieren, die Hilberg in Deutschland zum Durchbruch verhalf.⁸⁸ Juliane Wetzel, zwischen 1988 und 1991 wissenschaftliche Mitarbeiterin am IfZ, und Angelika Schardt (nach ihrer Heirat Königseder), studentische Hilfskraft von Wolfgang Benz, übernahmen seinerzeit wichtige Redaktionsarbeiten am Manuskript. Dazu gehörten die Erstellung des Registers, vor allem aber von Hilberg gewünschte Aktualisierungen, darunter Übersetzungen von neuen Teilen aus der damals gerade erschienenen französischen Ausgabe ins Deutsche, und umfangreiche Ergänzungen im Fußnotenapparat seines Werks – eine Aufgabe, an der zuvor andere vom S. Fischer Verlag beauftragte Bearbeiter gescheitert waren, falls sie diese nicht gleich wegen der Schwierigkeiten und des Aufwands abgelehnt hatten.⁸⁹

⁸³ 1968 reiste Hilberg zum zweiten Mal seit 1945, als er es als US-Soldat verlassen hatte, wieder nach Deutschland, um verschiedene Archive zu konsultieren, darunter das Bundesarchiv in Koblenz und das IfZ-Archiv (Hilberg, Erinnerung, S. 144). Seine Archivfunde aus dem IfZ flossen später in den von ihm herausgegebenen und kommentierten Quellenband Documents of Destruction. Germany and Jewry 1933–1945, Chicago 1971, ein, darunter eine Auflistung von Deportationszügen aus dem Januar 1943 (S. 106–111).

⁸⁴ IfZ-Archiv, ID 51, Mappe 274, Bl. 61, Hilberg an IfZ, 12.11.1975. Sein Schreiben wurde erst zwei Monate später beantwortet: University of Vermont, Special Collections, Raul Hilberg Papers (künftig: RHP), Box 5, Folder 26, Karla Götz an Hilberg, 26.1.1976.

⁸⁵ Vgl. The Warsaw Diary of Adam Czerniakow. Prelude to Doom, hrsg. von Raul Hilberg/Stanislaw Staron/Josef Kermisz, New York 1979.

⁸⁶ IfZ-Archiv ID 51, Mappe 274, Bl. 63 f., Hilberg an Weiß, 23.6.1975.

⁸⁷ IfZ-Archiv, ID 51, Mappe 274, Bl. 62, Weiß an Hilberg, 10.7.1975.

⁸⁸ Vgl. Raul Hilberg, Die Vernichtung der europäischen Juden, 3 Bde., Frankfurt a. M. 1990.

⁸⁹ Dazu die Korrespondenz im Verlagsarchiv S. Fischer, Ordner: Hilberg, Raul Die Vernichtung der europäischen Juden, und einen Mailwechsel mit Juliane Wetzel und Angelika Königseder vom 20.8.2020.

VII. Fazit

Dreimal sprachen sich Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter des IfZ gegen eine Übersetzung von Raul Hilbergs Hauptwerk ins Deutsche aus. Diese ablehnende Haltung eines Instituts, dessen Gründungszweck gerade in der Aufklärung über die nationalsozialistischen Verbrechen lag, muss uns heute ebenso unverständlich erscheinen wie der Umgang mit den jüdischen Gelehrten Joseph Wulf,⁹⁰ H. G. Adler⁹¹ und Saul Friedländer⁹² oder mit frühen Studien zur Geschichte des Holocaust wie Gerald Reitlingers 1953 erschienenem Buch „Final Solution“.⁹³ Allerdings musste Hilberg nicht nur mit der Ablehnung aus dem IfZ leben; sein Opus magnum blickt im Gegenteil generell auf eine problematische Publikationsgeschichte zurück. Denn Schwierigkeiten hatte Hilberg sowohl in Deutschland, wo neben Droemer Knaur und C.H.Beck andere renommierte Verlag wie Suhrkamp, Rowohlt und S. Fischer eine Veröffentlichung ablehnten, als auch in den USA⁹⁴ und Israel.⁹⁵ Viele Hintergründe dazu, etwa die Rolle Hannah Arendts bei einer Absage von Princeton University Press im Jahr 1959,⁹⁶ hat Hilberg später selbst für seine Autobiografie „Unerbetene Erinnerung“ recherchiert, die sich in weiten Teilen wie eine Publikations- und Rezeptionsgeschichte seines Hauptwerks liest.

⁹⁰ Vgl. Klaus Kempster, Joseph Wulf. Ein Historikerschicksal in Deutschland, Göttingen 2013, hier S. 259–267.

⁹¹ Adler erhielt Ende der 1950er Jahre einen Honorarauftrag des IfZ, der jedoch nach einem Prozess der gegenseitigen Entfremdung und wegen Verzögerungen Mitte der 1960er Jahre aufgelöst wurde. Adlers Manuskript wurde u. a. als zu subjektiv abgelehnt, und das beauftragte Werk erschien schließlich nicht in einer der IfZ-Reihen, sondern 1974 bei Mohr Siebeck in Tübingen unter dem Titel: Der verwaltete Mensch. Studien zur Deportation der Juden aus Deutschland. Vgl. Nicolas Berg, Der Holocaust und die westdeutschen Historiker. Erforschung und Erinnerung, Göttingen 2004, S. 304–311, und die kürzlich publizierte Biografie Adlers von Peter Filkins, H. G. Adler. A Life in Many Worlds, Oxford 2019.

⁹² Der Holocaust-Überlebende Friedländer führte 1987 einen Briefwechsel mit dem damaligen IfZ-Direktor Broszat, „um eine angemessene historiographische Betrachtung der NS-Vergangenheit 40 Jahre nach Kriegsende“; zit. nach Torben Fischer/Matthias N. Lorenz (Hrsg.), Lexikon der „Vergangenheitsbewältigung“ in Deutschland. Debatten- und Diskursgeschichte des Nationalsozialismus nach 1945, 3., überarbeitete und erweiterte Aufl., Bielefeld 2015, S. 256–259, hier S. 256. Im Verlauf des Briefwechsels sprach Broszat von „jüdische[n] Menschen, die auf einer mythischen Form dieses Erinnerens beharren“; Martin Broszat/Saul Friedländer, Um die „Historisierung des Nationalsozialismus“. Ein Briefwechsel, in: VfZ 36 (1988), S. 339–372, hier S. 343.

⁹³ Das Werk erschien trotz einer Ablehnung durch das IfZ in einer deutschen Ausgabe; vgl. Gerald Reitlinger, Die Endlösung. Hitlers Versuch der Ausrottung der Juden Europas 1939–1945, Berlin 1956. Zum Hintergrund: Nicolas Berg, Lesarten des Judenmords, in: Ulrich Herbert (Hrsg.), Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945–1980, Göttingen 2002, S. 91–139, hier S. 107–109.

⁹⁴ Dort dauerte es sechs Jahre von Hilbergs Dissertation 1955 bis zur Veröffentlichung 1961, um einen Verlag zu finden; vgl. Schlott, Weg, S. 143.

⁹⁵ 1958 lehnte Yad Vashem eine Publikation ab. Eine hebräische Ausgabe erschien erst 2012.

⁹⁶ Vgl. Anna Corsten, „Immer wieder, wie ein Gespenst kommt sie zurück.“ Überlegungen zur Konfliktgeschichte von Hannah Arendt und Raul Hilberg, in: René Schlott (Hrsg.), Raul Hilberg und die Holocaust-Historiographie, Göttingen 2019, S. 115–129.

Welche Motive aber lagen den drei negativen Stellungnahmen aus dem IfZ zugrunde? War es die „Angst vor der ganzen Wahrheit“,⁹⁷ die ehrliche Sorge vor einem Missbrauch von Hilbergs Thesen für antisemitische Ressentiments⁹⁸ oder bloßes Konkurrenzdenken? Oder waren es vielmehr persönliche Interessen, nationaler Ständedünkel und/oder das Beharren auf Deutungshoheit, wie Götz Aly vermutete?⁹⁹ Sicher überlagerten sich diese Motive, ein einzelnes ist auf Basis der vorliegenden Quellen nicht auszumachen, jedes aber wirkt mehr oder weniger plausibel.

Festzuhalten bleibt eine nunmehr dreifach dokumentierte Ablehnung einer Übersetzung von Hilbergs Hauptwerk durch Angehörige des IfZ, die es weiter aufzuarbeiten gilt, auch um die Frage zu diskutieren, ob dahinter ein Muster im Umgang mit jüdischen Gelehrten stand. Dagegen spricht wiederum die zweimalige Unterstützung von IfZ-Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bei den Vorbereitungen einer deutschen Publikation von „The Destruction of the European Jews“ in den Jahren 1963 und 1989. Die Rolle des IfZ bei der Übersetzung von Hilbergs Werk ist jedenfalls mit dem Wort Ablehnung allein nicht ausreichend beschrieben. Sie ist weitaus komplexer und auch ambivalenter als bislang angenommen und sollte künftig differenzierter betrachtet werden.

Dass Hilberg aber zu Lebzeiten – und damit ohne Kenntnis der Gutachten – mit dem Institut für Zeitgeschichte seinen Frieden gemacht hatte, geht aus einem Brief vom Oktober 2003 hervor, in dem er die Veröffentlichung der Dissertation von Nicolas Berg¹⁰⁰ („which I have not read as yet“) zum Anlass nahm, um von zwei Begegnungen zu erzählen. Die erste betraf den langjährigen Institutsdirektor Martin Broszat: „I knew Broszat¹⁰¹ personally. If someone had told me then: ‚That man was a party member and had to know that he was‘, it would have changed nothing in my own attitude toward him. Broszat did valuable work after the war.“¹⁰² Die zweite Begegnung betraf Broszats Amtsvorgänger Helmut Krausnick:

„I also met Krausnick, when I came to his institute, unannounced, to do some research in 1968. His secretary immediately ushered me into his office. There he said to me that he wanted to write to me but had not done so. When I asked him why he had not written, he said that he did not think that I would answer him. When I asked: Why not? he said: ‚*Ich habe in meiner Jugend politische Fehler gemacht.*‘ I did not ask what kind of mistakes these were. Much later, at a conference in

⁹⁷ So der Titel einer Rezension zur deutschen Ausgabe von Hilbergs Werk verfasst von Urs Müller-Plantenberg, in: taz vom 26.11.1982: „Immer noch Angst vor der ganzen Wahrheit“.

⁹⁸ Berg, Lesarten, in: Herbert (Hrsg.), Wandlungsprozesse, S. 111, verweist allerdings kritisch darauf, dass die damit verbundene Position, wonach „Ressentiments nicht die Ursache, sondern die Folge von Aufklärung seien“ äußerst fragwürdig ist.

⁹⁹ Die Welt vom 26.10.2017: Interview mit Alan Posener.

¹⁰⁰ Vgl. Berg, Holocaust.

¹⁰¹ Martin Broszat (1926–1989), 1972 bis 1989 Direktor des IfZ. 2003 wurde bekannt, dass er seit 1944 NSDAP-Mitglied war. Zum Gegenstand einer Debatte wurde anschließend, ob Broszat davon wusste und ob er die Mitgliedschaft zeitlebens bewusst verschwieg.

¹⁰² RHP, Box 7, Folder 17, Hilberg an Astrid Eckert, 13.10.2003.

Paris [1982],¹⁰³ I joined Krausnick and Jäckel¹⁰⁴ for lunch. The urbane Jäckel suggested a restaurant and Krausnick pointed for another. ‚Herr Krausnick,‘ I said, ‚Sie kennen sich hier aus.‘ Yes, he said, he had served there in the Abetz embassy.¹⁰⁵

Von den Gutachten des IfZ und ihrer Bedeutung für die Übersetzung seines Werks ins Deutsche hat er jedoch nie erfahren, auch weil die entsprechenden Quellenbestände des IfZ zu diesem Zeitpunkt noch nicht zugänglich waren. Doch 1988 fiel Hilberg im Gespräch mit Alfons Söllner bereits ein Widerspruch auf: Seit den frühen 1950er Jahren seien doch vom IfZ eigene Forschungen angestoßen und zahlreiche „Gutachten für NS-Prozesse und Entschädigungsverfahren erstellt“ worden, deshalb stelle sich doch „erst recht die Frage, wieso mein Buch nicht wenigstens im Laufe der sechziger Jahre übersetzt wurde“.¹⁰⁶ Wie hätte der „Sisyphos Hilberg“,¹⁰⁷ der gerade in den ersten Jahrzehnten seiner wissenschaftlichen Karriere vor allem Ignoranz und Ablehnung erfuhr, an seinem Werk aber stets feshielt und weiterarbeitete, auf die Stellungnahmen aus dem IfZ reagiert? Wahrscheinlich wenig überrascht und voller Lakonie:¹⁰⁸ „Ich habe meine Erfahrungen mit Euch gemacht.“¹⁰⁹

¹⁰³ Vgl. Magnus Brechtken, Raul Hilberg, der Begriff Holocaust und die Konferenzen von San José bis Stuttgart, in: Schlott (Hrsg.), Hilberg, S. 47–70.

¹⁰⁴ Eberhard Jäckel (1929–2017), 1967 bis 1997 Professor für Neuere Geschichte an der Universität Stuttgart.

¹⁰⁵ RHP, Box 7, Folder 17, Hilberg an Astrid Eckert, 13.10.2003; Hervorhebungen im Original. Krausnick, seit 1932 NSDAP-Mitglied, sichtete während des Zweiten Weltkriegs als in die Archivkommission des Auswärtigen Amtes entsandter Mitarbeiter der Zentralstelle für Nachkriegsgeschichte in Paris die Akten des französischen Außenministeriums. Vgl. den biografischen Abriss bei: Wolfgang Benz, Vorrede. Zugleich ein Versuch über Helmut Krausnick, in: Ders. (Hrsg.), Miscellanea. Festschrift für Helmut Krausnick zum 75. Geburtstag, Stuttgart 1980, S. 7–14, hier S. 9. Ino Arndts Beitrag zu der Festschrift „Machtübernahme und Judenboykott in der Sicht evangelischer Sonntagsblätter“, in: Ebenda, S. 15–31, geht auf ihre unveröffentlichte Dissertation aus dem Jahr 1960 zurück.

¹⁰⁶ Raul Hilberg/Alfons Söllner, Das Schweigen zum Sprechen bringen. Über Kontinuität und Diskontinuität in der Holocaustforschung, in: Merkur 42 (1988), S. 535–551, hier S. 540.

¹⁰⁷ Doris L. Bergen, „Vieles bleibt ungesagt“. Frauen in Leben und Werk Raul Hilbergs, in: Schlott (Hrsg.), Hilberg, S. 143–159, hier S. 151.

¹⁰⁸ Vgl. Nicolas Berg, Das Innere der Dokumente. Zur Lakonie von Raul Hilberg, in: Schlott (Hrsg.), Hilberg, S. 161–182.

¹⁰⁹ Raul Hilberg, Auf der Suche nach den Sonderzügen, in: Ders., Anatomie des Holocaust. Essays und Erinnerungen, hrsg. von Walter H. Pehle/René Schlott, Frankfurt a. M. 2016, S. 241–264, hier S. 259.

Dokument 1a¹¹⁰

Raul Hilberg: *The Destruction of the European Jews*, London 1961¹¹¹

Das Buch von Hilberg ist quellenmäßig gut fundiert, in den Details im allgemeinen zuverlässig und bemerkenswert sachlich gehalten. Es ersetzt insofern die mit vielen Fehlern behaftete Darstellung von Reitlinger,¹¹² bringt vor allem das erstmaligen die Gesamtheit der nationalsozialistischen Judenverfolgung in Europa umfassenden Einblick in die einzelnen Maßnahmen und Etappen. Der Schwerpunkt der Darstellung liegt auf der Endlösung, hier wieder auf der Schilderung der technisch-organisatorischen Probleme, der Zuständigkeiten und der zahlenmäßigen Auswirkungen der Vernichtungsmaßnahmen. Für die Gutachtenarbeit des Instituts für Zeitgeschichte hat sich Hilbergs Buch bereits als wertvoll erwiesen, da es in manchen Punkten neue Ergebnisse, vor allem neue Einzelheiten enthält.

Andererseits hat Hilberg nur einen Teil des Quellenmaterials benützt [sic!]. Seine Darstellung beruht auf einer sorgfältigen Auswertung des reichen Dokumentenmaterials der Nürnberger Prozesse und der bisherigen Sekundärliteratur. Die nunmehr zur Verfügung stehenden Aktenbestände, die mindestens als Mikrofilm zugänglich sind, sind unbenützt [sic!] geblieben. Das war möglich, weil Hilberg sich darauf beschränkt hat, die technisch-organisatorische Seite der Judenausrottung zu schildern, nicht dagegen den Zusammenhang, der zwischen ihr und der allgemeinen Politik des nationalsozialistischen Regimes besteht. Daher sind auch die Anfänge der nationalsozialistischen Judenverfolgung und erst recht ihre geistigen Voraussetzungen nur knapp skizziert und ist die Frage, wie sich das Programm der Endlösung durchsetzte, nur am Rande behandelt. Der Zusammenhang zwischen der Judenverfolgung und der Struktur des nationalsozialistischen Herrschaftssystems steht jedoch im Vordergrund der gegenwärtigen Forschung, nachdem die wesentlichsten, wenn auch nicht alle Fakten über die Endlösung dem deutschen Publikum vertraut sind oder doch vertraut sein können. Die Frage, ob eine deutsche Übersetzung von Hilbergs Werk wünschenswert ist, kann nur mit Vorbehalt beantwortet werden. Sie ist insofern zu bejahen, als sich die Arbeit als zuverlässig und informativ erwiesen hat. Gleichwohl glauben wir, aus allgemeinen Erwägungen heraus eine deutsche Übersetzung nicht empfehlen zu sollen. Maßgebend sind hierfür folgende Gesichtspunkte:

¹¹⁰ IfZ-Archiv, ED 419, Bd. 1, Bl. 112 f.; das nur unvollständig überlieferte Dokument findet sich im Nachlass von Helmut Krausnick und ist weder datiert noch gezeichnet.

¹¹¹ In der von Götz Aly veröffentlichten Kopie des Gutachtens befindet sich an dieser Stelle noch ein Stempelabdruck „Weitergabe oder Vervielfältigung nur mit Genehmigung des Instituts für Zeitgeschichte“; vgl. Nur mit Genehmigung des Instituts für Zeitgeschichte, in: Perlentauer, 18.10.2017. Laut Auskunft des IfZ-Archivs war der Stempel vor der Einführung des Wasserzeichens ein normaler Aufdruck, um die Herkunft des Dokuments zu kennzeichnen. Er sollte auf allen Papieren angebracht sein, die als Kopie das Haus verließen, um zu verhindern, dass Archivalien ohne Herkunftsangabe weitergereicht wurden. Auf dem Original ist dieser Stempel nicht angebracht; vgl. die Sammlung der Originaldokumente unter www.ifz-muenchen.de/vierteljahrshefte/zusatzangebote/beilagen/.

¹¹² Vgl. Anm. 93.

1. Es sind in nächster Zeit einige Veröffentlichungen von deutscher Seite zur Frage der Judenverfolgung zu erwarten, deren Veröffentlichung schon deshalb wünschenswert ist, weil sie dem gelegentlich geäußerten und stillschweigend ziemlich häufig gehegten Vorwurf entgegentritt, daß sich die deutsche Zeitgeschichtsforschung um diese Thematik herumgedrückt habe, was nach dem Stand der jetzigen Publikationen nicht ganz unrichtig ist.

Die Bundeszentrale¹¹³ beabsichtigt, eine populäre Darstellung der Judenverfolgung in Deutschland, verfaßt von dem Institut für Zeitgeschichte in Zusammenarbeit mit der Wiener Library, herauszubringen, die Ende dieses Jahres abgeschlossen sein wird.¹¹⁴ Die Dissertation von Helmut Genschel über die wirtschaftliche Ausschaltung der Juden in Deutschland wird gleichfalls in dieser oder jener Form zur Veröffentlichung empfohlen werden.¹¹⁵ Auch der Autor einer bekannten knappen dokumentarischen Darstellung der Judenverfolgung im Dritten Reich, Dr. Wolfgang Scheffler, wird in absehbarer Zeit eine größere Arbeit aus diesem Themenkreis vorlegen.¹¹⁶ Diese Arbeiten sind zwar durchweg nicht so umfassend wie Hilbergs Darstellung, dürften ihr aber durch eine modernere Sehweise, die die politischen Aspekte der Judenverfolgung hervorhebt, überlegen sein.

2. Die notwendige Aufklärung über die Judenverfolgung unter dem Nationalsozialismus, wie sie in Deutschland angestrebt und gegeben worden ist, hat sich in der bisherigen Form wohl weitgehend totgelaufen, da sie mehr mit Abschreckung und bloß dokumentarischer Schilderung arbeitete, weniger hingegen mit dem Bestreben, diese Vorgänge historisch ver-¹¹⁷

¹¹³ Gemeint ist die 1952 zum Zweck politischer Bildung für breite Bevölkerungsschichten gegründete Bundeszentrale für Heimatdienst, seit 1963 Bundeszentrale für politische Bildung.

¹¹⁴ Vgl. dazu S. 97 der vorliegenden Dokumentation.

¹¹⁵ Vgl. dazu S. 98 der vorliegenden Dokumentation.

¹¹⁶ Vgl. dazu S. 97 der vorliegenden Dokumentation.

¹¹⁷ An dieser Stelle endet der erhaltene Teil des Gutachtens.

Dokument 1b¹¹⁸

Lektorat

DROEMERSCHE VERLAGSANSTALT
TH. KNAUR NACHF.

8 München 27 Rauchstraße 9 11.6.1965 – Bo/As

Herrn

Professor Raul Hilberg
The University of Vermont
Dep. of Political Science
Old Mill Building
Burlington, Vermont, USA

Sehr verehrter Herr Professor,

seien Sie vielmals bedankt für Ihren Brief.¹¹⁹ Wenn Sie so lange nichts von uns gehört haben, so liegt das daran, daß wir uns immer wieder mit den Schwierigkeiten einer deutschen Ausgabe Ihres Werkes beschäftigt haben. Die Schwierigkeiten sehen wir dabei nicht in Ihrer dokumentarischen Darstellung des Vernichtungsapparats der Nazis, sondern in Ihrer These von der jüdischen „Kollaboration“.¹²⁰ Nach langen Überlegungen und gründlichen Diskussionen sind wir zu der Überzeugung gelangt, daß eine deutsche Ausgabe Ihres Buches trotz der grauenhaften Details über die Vernichtung der Juden recht gefährliche Folgen haben könnte, dann nämlich, wenn Böswillige – noch dazu in der Maske des Biedermannes – unter Berufung auf Ihr Buch Fragen stellen wie: „Warum haben denn die Juden kollaboriert?“ und „Warum haben sie denn keinen Widerstand geleistet?“ und aus solchen Fragen dann antisemitische Konsequenzen ziehen. Daß es diese Böswilligen gibt, wissen Sie. Daß Sie sehr gefährlich werden können, wissen wir. Eine neonazistische Zeitung wie „Die deutsche Nationalzeitung“¹²¹ könnte da viel Un-

¹¹⁸ Die Abschrift folgt einer Kopie des Briefs aus dem Verlagsarchiv S. Fischer, Ordner: Hilberg, Raul/Die Vernichtung der europäischen Juden. Der Brief war im Februar 2002 auf Nachfrage von Walter Pehle zusammen mit einigen anderen Dokumenten zur Publikationsgeschichte seines Werks von Raul Hilberg an den Verlag übersandt worden. Hintergrund waren Recherchen von Nicolas Berg für seinen Aufsatz Lesarten, in: Herbert (Hrsg.), Wandlungsprozesse, in dem dieser erstmals aus dem Brief zitierte. Hilberg selbst erwähnte den Brief in seiner Autobiografie: Erinnerung, S. 139 f.

¹¹⁹ Das Schreiben von Raul Hilberg ist in seinem Nachlass nicht überliefert.

¹²⁰ Gemeint war Hilbergs Bewertung der Rolle der Judenräte und anderer jüdischer Funktionsträger als „Kollaboration“ mit ihren deutschen Verfolgern. Vgl. Hilberg, Destruction, Ausgabe 1961, S. 666: „The fifth reaction was automatic compliance. Much has been said and much has been written about the Judenräte, the informers, the Jewish police, the Kapos – in short, all those persons who deliberately and as a matter of policy co-operated with the Germans. But these collaborators do not interest us so much as the masses of Jews reacted to every German order by complying with it automatically.“

¹²¹ Es handelt sich um eine in München unter wechselnden Titeln von 1950/51 bis 2019 erschienene rechtsextreme Wochenzeitung.

heil anrichten und einen nicht zu übersehenden Teil der öffentlichen Meinung vergiften.

Aus diesen Gründen haben wir uns entschlossen, die Arbeiten an der Übersetzung Ihres Buches einzustellen und das Werk nicht in unser Programm aufzunehmen. Wir hoffen, sehr verehrter Herr Professor, daß Sie angesichts der besonderen Situation in Deutschland Verständnis für unseren Entschluss haben werden. Mit den besten Wünschen für Ihre weitere Arbeit und freundlichen Grüßen

Ihre
DROEMERSCHE VERLAGSANSTALT
TH. KNAUR NACHF.
Lektorat
(Fritz Bolle)¹²²

Dokument 2a¹²³

Darmstädter Blätter Haubachweg 5, D-6100 Darmstadt

Institut für Zeitgeschichte
Leonrodstrasse 46b
8000 München 19

Verlag Darmstädter Blätter
Schwarz & Co
Telefon (06151) 4 81 96
Postscheckkonto
344 63-604 Frankfurt/Main

Ihr Zeichen	Ihr Schreiben vom	Unser Zeichen	Datum
		Dr Sz/S	11. September 79

betr. Ludwig Rosenthal, „Endlösung der Judenfrage“: Massenmord oder „Gaskammerlüge“?, ca 140 Seiten, ISBN 3-87139-057-7

Sehr geehrter Herr [sic!] Dr. Arndt,
verbindlichen Dank für Ihren Hinweis, dessen Richtigkeit sich herausgestellt hat: es handelt sich um die amerikanische 42bändige Ausgabe des 1. Kriegsverbrecherprozesses in Nürnberg. Wir sind eben dabei, das Buch zum Druck vorzubereiten und überreichen Ihnen die Inhaltsseite und das Vorwort. Der Autor,¹²⁴ der heute nach München gekommen ist und im Bayerischen Hof bis zum 19.9. wohnt, wird

¹²² Im Original trägt das Dokument die Unterschrift von Fritz Bolle.

¹²³ IfZ-Archiv, ID 131, Mappe 13, Bl. 47, trägt den Aufdruck „Kopie angefertigt“ und hat einen Eingangsstempel vom 14.9.1979 mit dem Namenszeichen „Ar.“ für Arndt.

¹²⁴ Ludwig Rosenthal (1896–1988), geboren in Frankfurt a. M., Studium der Rechtswissenschaft, Geschichte und Germanistik in Frankfurt a. M. und München, 1918 Promotion in Würzburg, Richter am Oberlandesgericht Frankfurt a. M., ab 1933 Exil in Amsterdam, 1939 Auswanderung nach Guatemala, das Geburtsland seiner Frau, wo er als Kaufmann tätig war, seit

das Institut aufsuchen. Vielleicht können Sie klären, ob die Dokumentbezeichnungen in der amerikanischen Ausgabe mit den Dokumentbezeichnungen der deutschen Ausgabe identisch sind, was anzunehmen ist. Wenn dies nicht der Fall sein sollte, müßten die amerikanischen und die deutschen Dokumentbezeichnungen in einem Anhang einander gegenübergestellt werden, damit der Leser sie in der deutschen Ausgabe der Prozessakten nachlesen kann. Wir bitten Sie um Ihre Meinung, ob dies Buch notwendig sei.

betr. eine deutsche Ausgabe von Raul Hilberg, *The Destruction of the European Jews*

Der Autor Prof. Hilberg, ist bereit, mir die deutschen Originaltexte der vielen Quellen, die er in seinem Buch zitiert, für eine deutsche Ausgabe in unserem Verlag zur Verfügung zu stellen. Nun liegt die amerikanische kartonnierte [sic!] Ausgabe bei Harper & Row, New York, ISBN 0-06-090660-X, 1979¹²⁵ und die Leinenausgabe bei Octagon vor.¹²⁶ Würden Sie es für wünschenswert halten, wenn trotzdem eine deutsche Übersetzung herauskäme? Prof. Hilberg hat inzwischen Irrtümer und Lücken der amerikanischen Ausgabe und neue Informationen über Ghettos, Transporte und Todeslager berichtigt bzw. hinzugefügt, so daß die deutsche Ausgabe die erste überarbeitete Ausgabe wäre. Dies würde für die kommenden vier Jahre so bleiben, weil während dieser Zeit die amerikanischen Ausgaben unverändert bleiben. Mir scheint der Nutzen einer deutschen Ausgabe vor allem darin zu liegen, daß Geschichtslehrer und Studenten, die nicht ebenso leicht englische wie deutsche Texte lesen, mit einer deutschen Ausgabe besser arbeiten könnten. Ich bitte Sie, in einem Gutachten sich zur Wünschbarkeit einer deutschen Ausgabe zu äussern [sic!]. Ohne feste Abnahmeverpflichtungen der Bundes- und der Landeszentralen für politische Bildung könnten wir die enorme Übersetzungsarbeit und die großen Herstellkosten nicht leisten. Ihr Gutachten dürfte für diese Stellen entscheidend sein. An die Landeszentralen schrieben wir am 6.9. gem. Anlage. Für Ihre Unterstützung sind wir sehr dankbar.

Freundlich grüßend
Dr. Günther Schwarz¹²⁷

Anl.¹²⁸

den 1960er Jahren zahlreiche Aufsätze und Monografien zur Geschichte des Judentums, zu Heinrich Heine und zu seiner eigenen jüdischen Familiengeschichte.

¹²⁵ Vgl. Raul Hilberg, *The Destruction of the European Jews*. With a new postscript by the author, New York 1979.

¹²⁶ Vgl. Raul Hilberg, *The Destruction of the European Jews*. With a new postscript by the author, New York 1978.

¹²⁷ Mit eigenhändiger Unterschrift von Günther Schwarz.

¹²⁸ Dokument 2b.

Dokument 2b¹²⁹

Darmstädter Blätter Haubachweg 5, D-6100 Darmstadt

an alle Landeszentralen
f. pol. Bildung i.d. BRD.¹³⁰Verlag Darmstädter Blätter
Schwarz & Co
Telefon (06151) 4 81 96
Postscheckkonto
344 63-604 Frankfurt/Main

Ihr Zeichen	Ihr Schreiben vom	Unser Zeichen	Datum
		Dr Sz/S	7. September 1979

betr. Ankäufe von Judaica zur Ermöglichung von deren Herausgabe

Sehr geehrte Damen und Herren,
unter dem Eindruck der Holocaust-Filmvorführungen¹³¹ und der unbefriedigenden anschließenden nächtlichen Diskussionen unter Fachleuten¹³² haben wir die Herausgabe mehrerer Judaica in Angriff genommen. Sie sind auf anl. Blatt ausgeführt.¹³³

Das schwierigste und umfangreichste, aber sicher auch wichtigste Vorhaben ist jedoch die deutsche Ausgabe von Raul Hilberg, *The Destruction of the European Jews* nach der amerikanischen Ausgabe bei Harper, 1979, ISBN 0-06-090660-X, 790 Seiten. Der Autor, Prof. Hilberg unterrichtet uns, er sei zur Zeit damit beschäftigt, Irrtümer und Lücken dieser amerikanischen Ausgabe zu beseitigen und neue Informationen über Ghettos, Transporte und Todeslager anzufügen. Am wichtigsten ist jedoch, daß uns die deutschen Originaltexte zur Verfügung gestellt werden, die in den amerikanischen Ausgaben nur in englischer Übersetzung vorliegen und zitiert wurden. Damit erhält die wissenschaftliche Bearbeitung des Themas genaue Unterlagen. Vor allen Dingen stände den deutschen Studenten, die sich darauf vorbereiten, Geschichtslehrer, Soziologen und Politikwissenschaftler zu werden, die Lektüre in deutscher Sprache offen. Die meisten Studenten haben nicht ausreichende Englischkenntnisse für die Lektüre des amerikanischen Originals. Wie

¹²⁹ IfZ-Archiv, ID 131, Mappe 13, Bl. 48.

¹³⁰ Handschriftlicher Vermerk.

¹³¹ Vgl. Susanne Brandt, „Wenig Anschauung“? Die Ausstrahlung des Films „Holocaust“ im westdeutschen Fernsehen (1978/79), in: Christoph Cornelißen/Lutz Klinkhammer/Wolfgang Schwentker (Hrsg.), *Erinnerungskulturen. Deutschland, Italien und Japan seit 1945*, Frankfurt a. M. 2004, S. 257–268.

¹³² Zu den Debatten, die im Anschluss an die Ausstrahlung der Serie am 22., 23., 26. und 27.1.1979 jeweils live übertragen wurden, vgl. Peter Märthesheimer/Ivo Frenzel (Hrsg.), *Im Kreuzfeuer: Der Fernsehfilm „Holocaust“. Eine Nation ist betroffen*, Frankfurt a. M. 1979.

¹³³ IfZ-Archiv, ID 131, Mappe 13, Bl. 49. Aufgeführt sind u. a. geplante Titel von Nahum Goldmann, Hans Lamm und Julius Schloss.

der Autor mitteilt, erhöht sich der Umfang des Buches um rund 10 % und wird 900–1000 Seiten bei der deutschen Ausgabe umfassen.

Wir können das Buch jedoch nur herausgeben, wenn die Deckungsaufgabe durch entsprechende Ankäufe der Institutionen der politischen Bildung abgesichert wird. Deshalb richten wir an Sie die Anfrage, ob Sie bereit sind, für die Universitäten, Hochschulen und öffentlichen Bibliotheken Ihres Landes eine erhebliche Anzahl dieses Werkes zu anzukaufen. Wir sind bereit, Ihnen wissenschaftliche Gutachten, die wir erbeten haben, vorzulegen, sobald sie eingehen.

Bitte prüfen Sie, ob ein Ankauf von Exemplaren des Buches (ca. 200 Seiten) „Endlösung“: Massenmord oder „Gaskammerlüge“? Eine Auswertung der Beweisaufnahme im „Prozeß vor dem Internationalen Militärgerichtshof Nürnberg 14. November 1945–1. Oktober 1946 [“], von Dr. Ludwig Rosenthal, Guatemala, Ihnen möglich ist. (Inhalt siehe anl. Blatt).¹³⁴ Wir stellen Ihnen gern das Vorwort und die Inhaltsseite zur Verfügung, auch Ablichtungen einzelner Kapitel.

Für eine baldige Stellungnahme sind wir Ihnen dankbar.

Freundlich grüßend
Verlag Darmstädter Blätter
Dr. Günther Schwarz

Anlagen

Dokument 2c¹³⁵

– Dr. Ino Arndt –

10.10.79
Ar/Hü¹³⁶

Herrn
Dr. Günther Schwarz
Darmstädter Blätter
Haubachweg 5
6100 Darmstadt

Sehr geehrter Herr Doktor Schwarz,
besten Dank für Ihr Schreiben vom 11.9., das ich nach Rückkehr aus dem Urlaub hier vorfand.

Herr Rosenthal war inzwischen im Institut und hat sein Manuskript abgegeben. Ich hatte bisher nur kurz Gelegenheit hineinzusehen und kann so Ihre Frage nach der Notwendigkeit einer Veröffentlichung noch nicht beantworten. Vermutlich wollen Sie aber auch nicht meine persönliche Meinung, sondern die Meinung

¹³⁴ Ebenda.

¹³⁵ IFZ-Archiv, ID 131, Mappe 13, Bl. 44.

¹³⁶ Es handelt sich um die Sekretärin V. Hübner.

des Instituts hören und deshalb darf ich Ihnen empfehlen, daß Sie eine förmliche Bitte an das Institut um ein Gutachten richten. Analoges gilt für das – meiner Ansicht nach – sehr wichtige Vorhaben einer Übersetzung des Buches von Raul Hilberg.

Da Sie aber, wie Sie schreiben, schon dabei sind, das Manuskript von Herrn Rosenthal für den Druck vorzubereiten, darf ich Ihnen persönlich raten, das Manuskript sorgfältig lektorieren zu lassen. Auf Seite 59 z. B. nennt Herr Rosenthal Wolzek als Vernichtungslager. In keiner mir bekannten wissenschaftlichen Darstellung der Judenverfolgung und -vernichtung wird dieses Lager genannt. Es dürfte sich um einen – wohl auf Höß' Aussage in Nürnberg zurückgehenden – Hörfehler bzw. – wie Adalbert Rückerl in seinem im Deutschen Taschenbuch Verlag erschienenen Buch „NS-Vernichtungslager im Spiegel deutscher Strafprozesse“ (S. 38, Anm. 5) schreibt – um einen Irrtum handeln, d. h. daß Höß mit Wolzek das Vernichtungslager Sobibor gemeint hat.¹³⁷ Hinweisen darf ich ferner auf die Seite 97 des Manuskripts, wo Rosenthal aus der Goebbelschen [sic!] Wochenzeitung „Die Zeit“ zitiert und stattdessen die Zeitung „Das Reich“ meint. Auf Seite 22 unten sollte „hinrichten“ und „Hinrichtungen“ m. E. unbedingt durch „töten“ oder „ermorden“ ersetzt werden.

Schließlich möchte ich sehr empfehlen, für die Wiedergabe der Dokumente aus dem Prozeß die deutsche Ausgabe der Blauen Serie zu benutzen, um den Lesern die originale Aussage bzw. den Originaltext zugänglich zu machen.¹³⁸ Ich bin sicher, dass Sie auch in Darmstadt eine deutsche Ausgabe der Blauen Serie einsehen können.

Die Dokumentennummern in der englischen und deutschen Ausgabe sind, wie Sie ja schon vermutet haben, identisch.

Für die geplante Übersetzung des Hilberg Buches kann ich Ihnen eine kleine Hilfe anbieten: vor mehreren Jahren habe ich mich sehr intensiv mit diesem Buch beschäftigt und eine Rohübersetzung einiger Abschnitte (ca. 80 Schreibmaschinenseiten) gemacht. Wenn Sie daran interessiert sind, wo [sic!] würde ich um Ihre Nachricht bitten.

Mit freundlichen Grüßen

¹³⁷ Vgl. Adalbert Rückerl, *Nationalsozialistische Vernichtungslager im Spiegel deutscher Strafprozesse*. Belzec, Sobibor, Treblinka, Chelmno, München 1977.

¹³⁸ Es handelt sich um eine 42-bändige Prozessniederschrift nebst Dokumenten in deutscher Fassung, die von 1947 bis 1949 unter dem Titel „Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof“ erschien und nach der Farbe ihres Einbands als „Blaue Reihe“ oder „Blaue Serie“ bezeichnet und so von anderen Editionen der Prozessakten (etwa der Grauen oder der Roten Reihe) unterschieden wird.

Dokument 2d¹³⁹

25.10.79

Ar/Hü

Verlag Darmstädter Blätter
z. Hd. v. Herrn Dr. Günther Schwarz
Haubachweg 5
6100 Darmstadt

Sehr geehrter Herr Doktor Schwarz,
bedauerlicherweise ist Ihr Eilbrief vom 11.10. erst am 16.10. bei uns eingegangen, so daß wir Ihnen bis zu jenem Dienstag, 16.10., nicht hätten antworten können.¹⁴⁰ Davon abgesehen, war die Frist, um deren Einhaltung Sie uns gebeten haben, sehr knapp bemessen.

Wir können Ihnen aber nach sorgfältiger Erwägung Ihrer Bitte, auch in der Sache nicht helfen. Die Übernahme von Lektorierungsarbeiten für fremde Verlage gehört nicht zu den Aufgaben des Instituts, dessen wissenschaftliche Mitarbeiter mit den laufenden Forschungs-, Editionsprojekten usw. vollauf ausgelastet sind. Ferner bitten wir zu bedenken, daß wir einem Verlag schwerlich etwas abschlagen können, was wir vorher einem anderen bereits gewährt haben.

Wir wären gern bereit gewesen, im Fall des Manuskripts von Dr. Rosenthal einen Gutachter für Sie zu suchen, der diese Lektorierungsarbeit als privaten Auftrag hätte übernehmen können. Aber auch dies wäre in der Kürze der Zeit nicht möglich gewesen. Bitte teilen Sie uns gelegentlich mit, an welche Adresse wir das Manuskript von Dr. Rosenthal zurücksenden sollen.

Grundsätzlich sind wir auch bereit, Ihnen bei der Suche nach einem Gutachter für das Buch von Raul Hilberg behilflich zu sein, möchten aber vorsorglich darauf hinweisen, daß eine solche Begutachtung zu honorieren ist. Vor einem Entschluß, die zweifellos mit hohen Kosten verbundene Übersetzung vorzunehmen, sollte bedacht werden, daß die Zeitgeschichtsforschung immerhin seit nunmehr 18 Jahren (das Buch ist 1961 erschienen) ohne eine deutsche Übersetzung ausgekommen ist. Mit anderen Worten: wenn auch im Prinzip eine deutsche Ausgabe begrüßenswert wäre, so kann doch davon ausgegangen werden, daß ein großer Teil der Zeitgeschichtsforscher soviel englisch [sic!] kann, um das Buch auch in der Originalsprache sinnvoll zu benutzen.

Mit freundlichen Grüßen

i.A. gez. Dr. I. Arndt
(nach Diktat verreist)

F.d.R.
(V. Hübner, Sekr.[.])¹⁴¹

¹³⁹ IfZ-Archiv, ID 131, Mappe 13, Bl. 41 f.

¹⁴⁰ In dem Brief (IfZ-Archiv, ID 131, Mappe 13, Bl. 43) bat Schwarz bei Arndt um sofortige Mithilfe bei Korrekturen an dem Buch von Ludwig Rosenthal (Anm. 6), das unmittelbar vor der Drucklegung stand.

¹⁴¹ Im Original gezeichnet mit Namenszeichen „V. Hü“.

Dokument 2e¹⁴²

Darmstädter Blätter Haubachweg 5, D-6100 Darmstadt

Institut für Zeitgeschichte
Leonrodstr. 46b
8000 München 19

Verlag Darmstädter Blätter
Schwarz & Co
Telefon (06151) 4 81 96
Postscheckkonto
344 63-604 Frankfurt/Main

Ihr Zeichen	Ihr Schreiben vom	Unser Zeichen	Datum
Ar/Hü	10. & 25.10.79	Dr Sz/S	31. Oktober 79

Sehr verehrte Frau Dr. Arndt,
vielen Dank für ihre wichtigen Hinweise, die ich bei der Drucklegung des Buches von Dr. Ludwig Rosenthal noch berücksichtigen konnte.

Das heute erscheinende Buch liegt hier bei.

Ich bitte mir einen Gutachter für das Buch von Raul Hilberg zu nennen. Der Autor legt großen Wert darauf, daß die deutsche Ausgabe in unserem Verlag erscheint, in dem Bücher von Bertrand Russell, Paul Goodman, Jerome D. Frank, Anatol Rapoport und John Somerville¹⁴³ u. a. erschienen sind. Wahrscheinlich rechnet er nicht mehr damit, daß eine der großen deutschen Buchfabriken ein Interesse an den zu erwartenden kleinen Verkaufszahlen einer deutschen Ausgabe von „Die Vernichtung der europäischen Juden“ haben werden [sic!].

Da Heinz Höhne im SPIEGEL [sic!] auf die Wichtigkeit einer deutschen Ausgabe dieses Werkes hinwies¹⁴⁴ und mit [sic!] gestern Prof. Bergmann, Soziologe an unserer Technischen Hochschule erneut sagte,¹⁴⁵ die englische Sprache sei für viele Geschichtslehrer ein [sic!] unüberwindbare Barriere zum Studium – im Gegensatz zur Zeitgeschichtsforschung – habe ich Herrn Augstein angesprochen, ob er nicht – ebenso wie seinerzeit die NEW YORK TIMES [sic!] – die deutsche Ausgabe finanzieren möchte. Sollte [sic!] wir also diese Hilfe bekommen, dann können wir auch das Gutachten und die Lektorierung der Übersetzung bezahlen. Die

¹⁴² IfZ-Archiv, ID 131, Mappe 13, Bl. 40, trägt den Aufdruck „Kopie angefertigt“ und hat einen Eingangsstempel vom 3.11.1979 mit dem Namenszeichen „Ar.“ für Arndt.

¹⁴³ Bertrand Russell (1872–1970), Philosoph und Mathematiker: Bertrand Russell sagt seine Meinung. Eine Stimme moderner Aufklärung, Darmstadt 1976; Paul Goodman (1911–1972), Autor: Aufwachsen im Widerspruch. Über die Entfremdung der Jugend in der verwalteten Welt, Darmstadt 1971; Jerome D. Frank (1909–2005), Psychologe: Muss Krieg sein? Psychologische Aspekte von Krieg und Frieden, Darmstadt 1969; Anatol Rapoport (1911–2007), Mathematiker und Biologe: Bedeutungslehre. Eine semantische Kritik, Darmstadt 1972; John Somerville (1905–1994), Sozial- und Politikwissenschaftler: Durchbruch zum Frieden. Eine amerikanische Gesellschaftskritik, Darmstadt 1973.

¹⁴⁴ Vgl. Anm. 12.

¹⁴⁵ Joachim Bergmann (1933–2019), 1972 bis 1995 Professor am Institut für Soziologie der TU Darmstadt.

uns liebenswürdigerweise in Aussicht gestellten 80 Seiten Ihrer vorliegenden Übersetzung würden uns dann helfen.

Freundlich grüßend

Verlag Darmstädter Blätter
Schwarz & Co

1 Buch

Dr. Günther Schwarz¹⁴⁶

PS. wenn [sic!] Sie an uns das Manuskript von Dr. Rosenthal schicken, soll es uns recht sein.

Dokument 2f¹⁴⁷

– Dr. Ino Arndt –

3.12.79
Ar/mm

Herrn
Dr. Günther Schwarz
Verlag Darmstädter Blätter
Haubachweg 5
6100 Darmstadt

Sehr geehrter Herr Doktor Schwarz,
für Ihr Schreiben vom 31.10. und die freundliche Überlassung eines Exemplars des Buches von Herrn Rosenthal danke ich Ihnen bestens. Die verspätete Bestätigung bitte ich Sie freundlich zu entschuldigen.

Mit getrennter Post geht – wie verabredet – das Manuskript von Herrn Rosenthal an Sie zurück.

Für das heute erhaltene Exemplar, das Sie im Auftrag von Herrn Rosenthal an meine Kollegen und mich schickten, danke ich ebenfalls; ich werde das eine Exemplar an unsere Bibliothek weitergeben und Herrn Rosenthal ebenfalls schreiben.

Leider gelang es noch nicht, einen Gutachter für das Buch von Hilberg zu finden. Die infrage kommenden Kollegen sind alle zeitlich sehr stark in Anspruch genommen. Ich werde mich aber gern weiter bemühen. Vielleicht haben Sie inzwischen eine Antwort von Herrn Augstein bekommen und können übersehen, ob die Finanzierung der deutschen Ausgabe und damit eine Honorierung des erbeten Gutachtens gesichert ist. Für eine diesbezügliche gelegentliche Nachricht wäre ich dankbar, um auf entsprechende Fragen konkret antworten zu können.

Mit freundlichen Grüßen¹⁴⁸

¹⁴⁶ Im Original mit der eigenhändigen Unterschrift von Günther Schwarz.

¹⁴⁷ IfZ-Archiv, ID 131, Mappe 13, Bl. 38, Arndt an Schwarz, 3.12.1979.

¹⁴⁸ Im Original befindet sich an dieser Stelle das handschriftliche Namenskürzel „Ar.“ von Ino Arndt.

Dokument 3a

Stellungnahme zur Frage einer deutschen Übersetzung von Hilberg¹⁴⁹

„The Destruction of the European Jews“ (Chicago 1961) hat Anfang der sechziger Jahre eine Lücke in der wissenschaftlichen Literatur über die Judenvernichtung gefüllt, sein Erscheinen ist von den auf diesem Gebiet arbeitenden Zeitgeschichtsforschern begrüßt worden. Hilberg bot – im Vergleich zu dem damals wohl bekanntesten Buch zu dem Thema, Gerald Reitlingers „Die Endlösung“ (Berlin 1956, englische Originalausgabe unter dem Titel „The Final Solution“, London 1953) – wichtiges zusätzliches Dokumentenmaterial, insbesondere aus dem Archiv der YIVO¹⁵⁰ in New York und aus dem Federal Records Center in Alexandria, Va. (vgl. Appendix IV, S. 768), er setzte bei der Beschreibung (nicht wie Reitlinger erst 1939) schon 1933 ein und brachte eine informative Einführung in das Gesamtthema (Precedents and Antecedents). „The Destruction...“ war damals – zumindest für englisch sprechende [sic!] Zeithistoriker das Standardwerk zum Thema ns. [sic!] Judenverfolgung.

Kritisch anzumerken wäre vielleicht, dass Hilberg die schon 1955 und 1958 erschienenen grundlegenden Arbeiten über Theresienstadt von H.G. Adler („Theresienstadt. 1941–1945. Das Antlitz einer Zwangsgemeinschaft“ und „Die verheimlichte Wahrheit. Theresienstädter Dokumente“, bei J.C.B. Mohr in Tübingen) für sein Buch nicht herangezogen hat; ferner, dass die Darstellung des Schicksals der Mischlinge und Mischehepartner (S. 273–277) etwas korrekturbedürftig ist.

Gleichwohl wäre eine Übersetzung von „The Destruction...“ bald nach Erscheinen der englischen Originalausgabe zweifellos sinnvoll und – unter politisch-pädagogischem Aspekt – hilfreich gewesen. Dass sie damals – obwohl geplant (ich war mit einer Teilübersetzung beauftragt)¹⁵¹ – unterblieben ist, lag vermutlich daran, dass man von einer deutschen Ausgabe dieses Buches, in dem die sehr kontroverse, von Hannah Arendt nach dem Eichmann-Prozess vertretene These¹⁵² von einer (vereinfachend gesagt) „Kollaboration“ zwischen Tätern und Opfern entwickelt worden war,¹⁵³ ungünstige, womöglich antisemitische Reaktionen in der deut-

¹⁴⁹ IfZ-Archiv, ID 131, Mappe 14, Bl. 46 f.

¹⁵⁰ Akronym für Yidisher visnshafteleker institut (jiddisch) oder Institute for Jewish Research. Das Yivo ist eine 1925 gegründete, zunächst in Vilnius, seit 1940 in New York ansässige Forschungseinrichtung, die sich insbesondere mit der Kulturgeschichte des osteuropäischen Judentums beschäftigt.

¹⁵¹ An dieser Stelle sprach Arndt direkt das gescheiterte Vorhaben der Droemer Knauer-Ausgabe und ihre Beteiligung an diesem Projekt als Übersetzerin an; vgl. S. 94 f. Ein Hinweis auf das erste IfZ-Gutachten fehlt jedoch, möglicherweise hatte Arndt darüber keine Kenntnis.

¹⁵² Ein Sternchen verweist hier im Original auf die am Seitenende handschriftlich notierte Anmerkung: „im wesentlichen unter Berufung auf Hilberg“.

¹⁵³ Hannah Arendt schreibt in ihren Buch „Eichmann in Jerusalem. Bericht von der Banalität des Bösen“, München 1964, S. 153: „Diese Rolle der jüdischen Führer bei der Zerstörung ihres eigenen Volkes ist für die Juden zweifellos das dunkelste Kapitel in der ganz dunklen Geschichte. Wohl sind die Dinge nicht unbekannt gewesen, aber die furchtbaren und erniedrigenden Einzelheiten dieser Arbeit sind erst jetzt in Raul Hilbergs grundlegendem Buch, The Destruction of the European Jews, so zusammengestellt worden, dass sie ein ein-

schen Öffentlichkeit befürchtete.¹⁵⁴ Dies damals sicher verständliche Argument ist seit der Veröffentlichung von Isaiah Trunks grundlegender Arbeit „Judenrat“ (New York 1972) nicht mehr stichhaltig.¹⁵⁵

Die Frage, ob heute eine deutsche Übersetzung der englischen Originalausgabe von 1961¹⁵⁶ zu empfehlen wäre, sollte m. E. – trotz „Holocaust“ – mit „nein“ beantwortet werden. Läge eine überarbeitete englische Neuauflage vor, in der z. B. die Eichmann-Prozessdokumente, die NSG¹⁵⁷-Prozesse der letzten 20 Jahre (vgl. dazu etwa die inzwischen auf 19 Bände angewachsene Sammlung deutscher Strafurteile wegen nationalsozialistischer Tötungsverbrechen 1945–1966, die unter dem Titel „Justiz und NS-Verbrechen“ seit 1968 bei der University Press Amsterdam, Bearbeiter A.L. Rüter-Ehlermann, H.H. Fuchs und C.F. Rüter, erscheint) und die zahlreiche Spezialliteratur berücksichtigt wären, könnte diese Frage bejaht werden.

– Vorsorglich sei auf folgende Schwierigkeit hingewiesen: um wissenschaftlichen Ansprüchen gerecht zu werden, müssten bei Zitaten aus Dokumenten die (in der Mehrzahl) deutschen Originale herangezogen werden, was bei den Nürnberger Dokumenten relativ einfach ist (das Institut hat einen fast vollständigen Satz in Kopie). Bei den inzwischen von den USA an das Bundesarchiv zurückgegebenen Dokumenten wird man nur mit Hilfe einer Konkordanz den jetzigen Fundort feststellen können. –

Eine vorliegende oder in Aussicht gestellte Überarbeitung (letztere wäre aber weder in kurzer Zeit noch ohne Benutzung der einschlägigen Archive zu leisten) einmal angenommen, bliebe dennoch folgendes zu bedenken:

1. die zuletzt erschienene Arbeit zum Thema Judenverfolgung, das sehr umfangreiche Buch von Lucy S. Dawidowicz: „The War against the Jews 1933–1945“ (New York 1975), ist vor kurzem in deutscher Übersetzung bei Kindler (München 1979) herausgekommen,¹⁵⁸

heitliches Bild ergeben.“ Die englische Ausgabe ihrer ursprünglich für das Magazin „The New Yorker“ verfassten Prozessberichte erschien 1963.

¹⁵⁴ Am Ende der Seite befindet sich im Original die handschriftliche Anmerkung: „→Spiegel 1962/20“. Sie nimmt sehr wahrscheinlich Bezug auf einen Artikel in dem genannten Heft des Hamburger Nachrichtenmagazins, der sich mit antisemitischen Vorurteilen in der bundesdeutschen Bevölkerung befasst: Der Spiegel vom 16.5.1962: „Frag mich was“. (Den Hinweis verdanke ich Klaus A. Lankheit.) Der Vermerk zu diesem Artikel scheint nachträglich im IFZ hinzugefügt worden zu sein, da er im Exemplar aus dem Verlagsarchiv C.H.Beck fehlt.

¹⁵⁵ Vgl. Isaiah Trunk, Judenrat. The Jewish Councils in the Eastern Europe under Nazi Occupation, New York 1972. Trunk kam zu dem Befund, dass man nicht von einer Kollaboration der Judenräte sprechen könne. Die Ermordung der Juden wäre auch erfolgt, wenn die Judenräte Widerstand geleistet hätten, der aber ohnehin aussichtslos gewesen sei.

¹⁵⁶ Beide Unterstreichungen im Original.

¹⁵⁷ NSG: Nationalsozialistische Gewaltverbrechen, juristische Fachbezeichnung für die gemeinhin als „NS-Prozesse“ bezeichneten Strafprozesse zu Verbrechen des Nationalsozialismus.

¹⁵⁸ Vgl. Lucy S. Dawidowicz, Der Krieg gegen die Juden: 1933–1945, München 1979. Das Buch war zum Ärger Hilbergs in den USA recht erfolgreich und erschien in zahlreichen Auflagen: Hilberg, Erinnerung, S. 124–126. Hilberg kritisierte, dass Dawidowicz ihre Darstellung nicht auf Originalquellen sondern vor allem auf Sekundärliteratur stützte, ohne dabei zu neuen Erkenntnissen zu gelangen.

2. die grundsätzliche – damals wie heute gültige – Überlegung ist, ob nicht der grössere [sic!] Teil der potentiellen Leser ausreichende Englischkenntnisse hat und [sic!] das Hilberg-Buch ohneweiteres [sic!] in der Originalsprache zu benutzen.

31.1.80¹⁵⁹

Dokument 3b¹⁶⁰

C.H.Beck'sche Verlagsbuchhandlung München

Institut für Zeitgeschichte
z. Hd. von Frau Dr. Ino Arndt
Leonrodstraße 46b
8000 München 19

13. Februar 1980 wg/vO

Sehr verehrte Frau Doktor Arndt,
wir danken Ihnen sehr für das Gutachten zu dem Buch „The Destruction of the European Jews“ von Hilberg. Ihr Urteil hat uns dazu veranlaßt, auf eine Übersetzung des Werks zu verzichten. Es hat aber auch Anlaß gegeben zu den folgenden Überlegungen; ich habe sie Ihnen bereits am Telefon skizziert. Sie sagten mir, das Projekt, das sich aus ihnen ergebe, erscheine Ihnen als nicht uninteressant. Sie würden gerne darüber mit Ihren Kollegen bei einer der nächsten Sitzungen sprechen und mir dann sagen, ob es denkbar sei, daß entweder Sie alleine oder gemeinsam mit Kollegen vom Institut das Buch für uns schrieben.

Wir haben vor einiger Zeit eine Einführung in die Geschichte der Französischen Revolution von Eberhard Schmitt herausgebracht. Ein Exemplar dieses Werks schicke ich Ihnen mit getrennter Post. Der Verlag hat eine Reihe von Verträgen über vergleichbare Werke geschlossen; zumindest eines wird vermutlich im nächsten Jahr erscheinen. Ziel dieser Bände ist es nicht so sehr, ein größeres Publikum direkt mit der Geschichte einer Epoche vertraut zu machen, als vielmehr ihm einen Zugang zu dieser Geschichte zu vermitteln. Die Bände führen ein in Theorien der betreffenden Epoche oder der betreffenden Phänomene, geben einen Überblick über die Forschungslage und über Forschungsprobleme, machen den Leser mit den wichtigsten Forschungsinstitutionen und Hilfsmitteln vertraut usw. Für einige Bände ist auch ein kleiner Dokumentenanhang verabredet. Wir stellen uns vor, daß die Bücher Studienanfängern als Einführung dienen, daß sie Lehrern

¹⁵⁹ An dieser Stelle befindet sich im Original das handschriftliche Kürzel „Ar.“ von Ino Arndt.

¹⁶⁰ IfZ-Archiv, ID 131, Mappe 14, Bl. 43 f., Wieckenberg an Arndt, 13.2.1980, trägt den Aufdruck „Kopie angefertigt“ und hat einen Eingangsstempel vom 14.2.1980 mit dem Namenszeichen „Ar.“ für Arndt. Vielen Dank an Ilse Denningmann vom Verlag C.H.Beck für die Übersendung der Gegenüberlieferung dieses Briefs und des Arndt-Gutachtens vom 31.1.1980 aus den hauseigenen Archivbeständen, das den handschriftlichen Zusatz „Frau Dr. Ino Arndt, Institut für Zeitgeschichte durch Vermittlung von Herrn Dr. Möller“ enthält.

eine rasche Orientierung ermöglichen, daß sie aber auch von historisch interessierten Laien als Hilfsmittel benutzt werden.¹⁶¹

Nach allem, was Sie in Ihrem Gutachten zu dem Buch von Hilberg schreiben, scheint es uns nicht unangebracht, ein ähnliches Buch zur Geschichte der Judenverfolgung im Dritten Reich zu planen. Es sollte nicht allzu umfangreich sein. 120 Druckseiten könnten vermutlich genügen, wenn man nicht allzu viele Dokumente im Anhang abdruckte.

Ich halte es für sinnlos, Ihnen Vorschläge für die Anlage eines solchen Buchs zu machen. Wenn Sie sich den Band von Eberhard Schmitt ansehen, dann wird es Ihnen ein leichtes sein, einen ähnlichen Band für diesen neuen Gegenstand zu konzipieren. Ich würde mich darüber freuen, wenn meine Vorschläge bei Ihnen und bei Ihren Kollegen auf eine prinzipielle Bereitschaft zur Verwirklichung des Projektes stießen.

Mit freundlichen Empfehlungen

Ihr

(Dr. Ernst-Peter Wieckenberg)¹⁶²

C.H.BECK'SCHE VERLAGSBUCHHANDLUNG

Lektorat

P.S. Wir würden an eine Erstauflage zwischen 3.000 und 4.000 Exemplaren denken und könnten eine [sic!] Honorar von 10 % je Band zahlen.

¹⁶¹ An dieser Stelle endet im Original die erste Seite. Auf dieser Seite gibt es im unteren Bereich eine handschriftliche Anmerkung von Arndt: „tel. 15.2. gedankt – [unleserlich] Geduld [unleserlich]“.

¹⁶² An dieser Stelle befindet sich im Original die handschriftliche Signatur von Ernst-Peter Wieckenberg.

Ein Sozialdemokrat im Auswärtigen Amt

Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte zur Bedeutung Hermann Müllers für die Außenpolitik der Weimarer Republik

Vorbemerkungen der VfZ-Redaktion

Im Oktober 2019 wandte sich das Auswärtige Amt mit der Bitte an das Institut für Zeitgeschichte München–Berlin (IfZ), ein Kurzgutachten über Hermann Müller zu erstellen, den ersten Sozialdemokraten, der im Juni 1919 im Koalitionskabinett von Gustav Bauer zum Außenminister berufen wurde und der zweimal – 1920 und 1928 bis 1930 – selbst als Reichskanzler fungierte. Diese Bitte stand im Zusammenhang mit dem 150. Jubiläum des Auswärtigen Amts, dessen Gründungserlass vom 8. Januar 1870 datiert.¹ Im Vorfeld dieses Jubiläums ging es unter anderem darum, Persönlichkeiten nachzuspüren, die nicht mehr – wie etwa Otto von Bismarck oder Gustav Stresemann – im Rampenlicht der öffentlichen Erinnerung stehen, deren Einfluss auf das Auswärtige Amt als Institution sowie auf die deutsche Außenpolitik aber nachhaltig gewesen ist. Zu diesen Persönlichkeiten gehört Hermann Müller, der zudem für die demokratische Tradition deutscher Außenpolitik in der Zwischenkriegszeit steht.

Das Auswärtige Amt war vor allem an zwei Fragen interessiert: Zum einen sollte herausgearbeitet werden, welchen Einfluss Hermann Müller auf die Reorganisation des diplomatischen Diensts in der Gründungsphase der Weimarer Republik hatte; schließlich fiel die Umsetzung der großen Organisationsreform, die mit dem Namen des Direktors der Personalabteilung des Auswärtigen Amts, Edmund Schüler, verbunden ist, auch in seine Amtszeit. Zum anderen galt es zu untersuchen, welche europapolitischen Überlegungen und Konzeptionen der sozialdemokratische Spitzenpolitiker im Schatten der Nachkriegsordnung des Versailler Vertrags verfolgte und wie er zum Multilateralismus stand – als Außenminister und Reichskanzler, aber auch als Vorsitzender der SPD-Reichstagsfraktion.

Das Forschungsteam des IfZ, das für das am 10. Januar 2020 fristgerecht erstattete Gutachten verantwortlich zeichnet, setzte sich wie folgt zusammen: Lars Lehmann, Jörn Retterath, Christoph Johannes Franzen, Magnus Brechtken, Johannes Hürter, Hermann Wentker und Andreas Wirsching.

Im Folgenden findet sich der vollständige Text des Gutachtens, der nicht nur ein wichtiges Aufgabenfeld des IfZ dokumentiert, sondern auch auf Desiderate der Forschung und Ansatzpunkte für neue Untersuchungen zur Geschichte der Weimarer Außenpolitik verweist. Die Publikation hat daher einen doppelten Wert. Abgesehen von Korrekturen und kleineren stilistischen Überarbeitungen blieb

¹ Vgl. dazu die Website zum Jubiläumsjahr „150 Jahre Auswärtiges Amt“; <https://150.diplo.de/150-jahre-de> [20.10.2020].

der Text des Gutachtens unverändert; für die Drucklegung wurden Formalia und Fußnoten grosso modo den Gepflogenheiten der *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* angepasst, ohne alle Eigenheiten der Zitation zu beseitigen.

I. Einleitung

Das vorliegende Gutachten wurde im Auftrag des Auswärtigen Amts angefertigt. Es beschäftigt sich mit der Person Hermann Müllers (1876–1931). Erstens werden darin die Fragen nach Müllers Haltung gegenüber den europäischen Nachbarstaaten, nach seinen Ideen und Konzeptionen für eine multilaterale Politik im Rahmen des Völkerbunds sowie nach seinen Vorstellungen von einer europäischen Versöhnung und Zusammenarbeit nach dem Ersten Weltkrieg gestellt. Hierbei wird auch seine Position zum Versailler Vertrag untersucht. Zweitens wird der Frage nachgegangen, ob – und wenn ja wie – sich die innere Struktur und das verwaltungskulturelle Selbstverständnis des Auswärtigen Amts während Müllers Amtszeit als Außenminister veränderten. Hierbei wird eruiert, in welchem Maße es ihm gelang, dem traditionell aristokratisch-elitär geprägten Ministerium einen republikanischen Geist einzuhauchen.

Als langjähriger Nationalversammlungs- und Reichstagsabgeordneter (1916–1931), SPD-Vorsitzender (1919–1928) und Vorsitzender der SPD-Reichstagsfraktion (1920–1928), zweimaliger Reichskanzler (1920 und 1928–1930) und kurzzeitiger Außenminister (Juni 1919–März/April 1920) gehörte Müller zu den führenden Politikern der Weimarer Republik. Zwar leitete er 1919/20 nur für neun Monate das Auswärtige Amt, gleichwohl beschäftigte er sich auch während seiner sonstigen politischen Karriere immer wieder mit Außenpolitik – so sah er sich als Reichskanzler mit Fragen der internationalen Politik ebenso konfrontiert wie als SPD-Vorstandsmitglied mit denen der transnationalen Zusammenarbeit zwischen den sozialistischen Parteien.

Forschungs- und Quellenlage: Die außenpolitischen Konzeptionen Hermann Müllers und sein Wirken als Außenminister wurden von der historischen Forschung bislang noch nicht umfassend untersucht. Während Rainer Behring, der sich in einem Aufsatz mit Müllers Polenpolitik beschäftigt, ihn als „bedeutendsten sozialdemokratischen Außenpolitiker Weimars und neben und zeitlich vor Gustav Stresemann wichtigsten parlamentarischen Außenpolitiker der Republik überhaupt“² bezeichnet, wird Müller in einschlägigen Studien zur Außenpolitik der Weimarer Republik zumeist nur am Rande behandelt.³ Auch seine Biografen, Peter Reichel

² Rainer Behring, Hermann Müller und Polen. Zum Problem des außenpolitischen Revisionismus der deutschen Sozialdemokratie in der Weimarer Republik, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 55 (2015), S. 299–320, hier S. 301. Die darin von Behring angekündigte „umfassendere [...] Studie über Hermann Müller und die Weimarer Außenpolitik“ (S. 301, Anm. 13) steht noch aus.

³ Vgl. Klaus Hildebrand, *Das vergangene Reich. Deutsche Außenpolitik von Bismarck bis Hitler 1871–1945*, München 2008; Gottfried Niedhart, *Die Außenpolitik der Weimarer Republik*, München 2013; Ragna Boden, *Die Weimarer Nationalversammlung und die deutsche Außen-*

und Andrea Hoffend, gehen Müllers außenpolitischen Überlegungen und Handlungen kaum nach.⁴ Neben den genannten Werken wurde für das vorliegende Gutachten insbesondere die Literatur zur Geschichte des Auswärtigen Amtes⁵ sowie zur transnationalen Zusammenarbeit der sozialistischen Parteien in der Zwischenkriegszeit⁶ ausgewertet.

Zudem wurden publizierte Quellen – Editionen sowie zeitgenössisch gedruckte Dokumente – untersucht. Hierzu zählen die sozialdemokratischen Periodika *Vorwärts*,⁷ *Die Neue Zeit*⁸ und *Die Gesellschaft*,⁹ die Stenografischen Berichte der Verhandlungen der Nationalversammlung und des Reichstags,¹⁰ die Protokolle des SPD-Parteiausschusses,¹¹ der SPD-Reichstagsfraktion¹² und der SPD-Partei-

politik. Waffenstillstand, Friedensverhandlungen und internationale Beziehungen in den Debatten von Februar bis August 1919, Frankfurt a. M. u. a. 2000; Stefan Feucht, Die Haltung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zur Außenpolitik während der Weimarer Republik (1918–1933), Frankfurt a. M. u. a. 1998; Peter Grupp, Deutsche Außenpolitik im Schatten von Versailles 1918–1920. Zur Politik des Auswärtigen Amtes vom Ende des Ersten Weltkriegs und der Novemberrevolution bis zum Inkrafttreten des Versailler Vertrags, Paderborn 1988; Peter Krüger, Die Außenpolitik der Republik von Weimar, Darmstadt 1985; Ludwig Zimmermann, Deutsche Außenpolitik in der Ära der Weimarer Republik, Göttingen/Berlin/Frankfurt a. M. 1958, und Heinrich Euler, Die Außenpolitik der Weimarer Republik 1918/1923. Vom Waffenstillstand bis zum Ruhrkonflikt, Aschaffenburg 1957. Einen Überblick über den Stand der Historiografie zum Auswärtigen Amt bietet (Stand: 1999) Wolfgang Elz, Die Weimarer Republik und ihre Außenpolitik. Ein Forschungs- und Literaturbericht, in: Historisches Jahrbuch 119 (1999), S. 307–375.

⁴ Vgl. Peter Reichel, Der tragische Kanzler. Hermann Müller und die SPD in der Weimarer Republik, München 2018, und Andrea Hoffend, „Mut zur Verantwortung“ – Hermann Müller. Parteivorsitzender und Reichskanzler aus Mannheim, Mannheim 2001. Auch Müllers Memoiren beschäftigen sich nicht weiter mit entsprechenden Fragen vgl. Hermann Müller-Franken, Die November-Revolution. Erinnerungen, Berlin 1928.

⁵ Vgl. Eckart Conze, Das Auswärtige Amt. Vom Kaiserreich bis zur Gegenwart, München 2013; Kurt Doß, Das deutsche Auswärtige Amt im Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik. Die Schülersche Reform, Düsseldorf 1977, und 100 Jahre Auswärtiges Amt 1870–1970, hrsg. vom Auswärtigen Amt, Bonn 1970.

⁶ Vgl. Matthias Bauer, Die transnationale Zusammenarbeit sozialistischer Parteien in der Zwischenkriegszeit. Eine Analyse der außenpolitischen Kooperations- und Vernetzungsprozesse am Beispiel von SPD, SFIO und Labour Party, Düsseldorf 2018.

⁷ Online verfügbar über Friedrich-Ebert-Stiftung: Historische Presse der deutschen Sozialdemokratie online; fes.imageware.de/fes/web/ [13.12.2019].

⁸ Online verfügbar über Friedrich-Ebert-Stiftung: Die Neue Zeit. Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie. Online-Edition der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung; library.fes.de/nz/index.html [13.12.2019].

⁹ Online verfügbar über Friedrich-Ebert-Stiftung: Die Gesellschaft. Internationale Revue für Sozialismus und Politik. Online-Edition der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung; library.fes.de/gesellschaft/ [13.12.2019].

¹⁰ Online verfügbar: Verhandlungen des Deutschen Reichstags; www.reichstagsprotokolle.de/ [13.12.2019].

¹¹ Vgl. Protokolle der Sitzungen des Parteiausschusses der SPD 1912 bis 1921, hrsg. von Dieter Dowe, Bd. 2, Berlin/Bonn 1980.

¹² Vgl. Die Reichstagsfraktion der deutschen Sozialdemokratie 1898 bis 1918, bearb. von Erich Matthias/Eberhard Pikart, 2 Teile, Düsseldorf 1966, und Die SPD-Fraktion in der Nationalversammlung 1919–1920, bearb. von Heinrich Potthoff/Hermann Weber, Düsseldorf 1986.

tage¹³ sowie die Editionen „Akten zur deutschen auswärtigen Politik“ (ADAP)¹⁴ und „Akten der Reichskanzlei“.¹⁵ Ferner wurden die Editionen „Die II. Internationale 1918/1919“,¹⁶ „Außenpolitische Dokumente der Republik Österreich“¹⁷ und „Französische Diplomatenberichte aus Deutschland 1920“¹⁸ sowie die Dokumente aus der Zeit der Weimarer Republik in der Edition „Nationalsozialismus, Holocaust, Widerstand und Exil 1933–1945“¹⁹ herangezogen.

Des Weiteren wurden die im Bundesarchiv Berlin und im Archiv der sozialen Demokratie Bonn aufbewahrten Teilnachlässe Hermann Müllers sowie Akten zu seiner Zeit als Außenminister aus dem Politischen Archiv des Auswärtigen Amts in Berlin herangezogen. Die stichprobenartige Recherche in den im Bayerischen Hauptstaatsarchiv München überlieferten Akten der bayerischen Gesandtschaft in Berlin brachte hingegen keine Treffer.²⁰

Im Bundesarchiv in Berlin liegt ein Teil des Nachlasses von Hermann Müller mit einem zeitlichen Schwerpunkt auf den Jahren 1910 bis 1931. Die Dokumente umfassen damit auch seine Zeit als Reichsaußenminister, als Abgeordneter der Nationalversammlung und des Reichstags sowie als Reichskanzler der Weimarer Republik. Die ausgewerteten Akten spiegeln lediglich einen kleinen Ausschnitt

¹³ Vgl. Adolf Braun (Hrsg.), Programmmentwurf der Sozialdemokratischen Partei. Ein Kommentar, Stuttgart/Berlin 1921, und Sozialdemokratischer Parteitag 1925 in Heidelberg. Protokoll mit dem Bericht der Frauenversammlung, Berlin 1925.

¹⁴ Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945 (künftig: ADAP), Serie A: 1918–1925, Bd. 2: 7. Mai bis 31. Dezember 1919, bearb. von Peter Grupp, Göttingen 1984; ADAP, Serie A: 1918–1925, Bd. 3: 1. Januar bis 30. September 1920, bearb. von Peter Grupp/Christoph Stamm, Göttingen 1985, und ADAP, Serie B: 1925–1933, Bd. 10: 1. September bis 31. Dezember 1928, bearb. von Peter Grupp u. a., Göttingen 1977.

¹⁵ Akten der Reichskanzlei (künftig: AdR). Weimarer Republik. Das Kabinett Bauer, bearb. von Anton Golecki, Boppard 1980; AdR. Weimarer Republik. Das Kabinett Müller I, bearb. von Martin Vogt, Boppard 1971, und AdR. Weimarer Republik. Das Kabinett Müller II, bearb. von Martin Vogt, 2. Bde., Boppard 1970.

¹⁶ Vgl. Die II. Internationale 1918/1919. Protokolle, Memoranden, Berichte und Korrespondenzen, hrsg., eingeleitet und kommentiert von Gerhard A. Ritter, 2 Bde., Berlin/Bonn 1980.

¹⁷ Vgl. Außenpolitische Dokumente der Republik Österreich 1918–1938 (künftig: AdÖ), Bd. 2: Im Schatten von Saint-Germain. 15. März 1919 bis 10. September 1919, hrsg. von Klaus Koch/Walter Rauscher/Arnold Suppan, Wien/München 1994; AdÖ, Bd. 3: Österreich im System der Nachfolgestaaten. 11. September 1919 bis 10. Juni 1921, hrsg. von Klaus Koch/Walter Rauscher/Arnold Suppan, Wien/München 1996, und AdÖ, Bd. 6: Jahre der Souveränität. 16. Juni 1926 bis 11. Februar 1930, hrsg. von Klaus Koch/Walter Rauscher/Arnold Suppan, Wien/München 2004.

¹⁸ Vgl. Documents diplomatiques français sur l'Allemagne 1920/Französische Diplomatenberichte aus Deutschland 1920, hrsg. von Stefan Martens, unter Mitarbeit von Martina Kessel, 2 Bde., Bonn/Berlin 1992/93.

¹⁹ Insbesondere die Tagebücher von Joseph Goebbels, in: Nationalsozialismus, Holocaust, Widerstand und Exil 1933–1945. München 2006, Online-Datenbank, De Gruyter; db.saur.de/DGO/welcome.jsf [13.12.2019], und auch die jeweilige Printausgabe: Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I: Aufzeichnungen 1923–1941, Bd. 1/3: Juni 1928–November 1929, bearb. von Anne Munding, München 2004, und Bd. 2/1: Dezember 1929–Mai 1931, bearb. von Anne Munding, München 2005.

²⁰ Bayerisches Hauptstaatsarchiv München, Bayerische Gesandtschaft in Berlin, 1096–1098.

seines politischen Wirkens und beinhalten Korrespondenzen²¹ sowie Manuskripte von Reden und Artikeln,²² die für das vorliegende Gutachten herangezogen wurden.

Das Archiv der sozialen Demokratie in Bonn beherbergt den anderen Teilnachlass Hermann Müllers für die Zeit seiner zweiten Reichskanzlerschaft (1928–1930). Dieser enthält zahlreiche Korrespondenzen, einzelne Vermerke, handgeschriebene und oftmals kryptisch bleibende Gedächtnisnotizen sowie meist maschinell verfasste und handschriftlich mit Anmerkungen versehene Manuskripte von Reden und Aufsätzen. Die Archivalien sind systematisch erschlossen und in dem dazugehörigen Findbuch detailliert erfasst.²³ Die meist aus dem tagespolitischen Geschäft hervorgegangenen Dokumente gehen auf mehrere außenpolitische Themen dieser Jahre ein wie etwa auf Müllers Besuch beim Völkerbund im September 1928,²⁴ auf das deutsch-polnische Liquidationsabkommen vom 31. Oktober 1929²⁵ sowie auf die Verhandlungen zu Reparationsfragen im Allgemeinen und zum sogenannten Young-Plan²⁶ im Besonderen.

Das Politische Archiv des Auswärtigen Amtes enthält Tausende Akten aus der Amtszeit Müllers, weshalb für das vorliegende Gutachten nur einzelne Sondierungen zur Ergänzung der in den ADAP edierten Dokumente möglich waren. Generell zeigt sich in den Akten, dass der Minister nur selten mit Marginalien oder anderen Vermerken in den Geschäftsgang eingriff. Auch fehlen weitgehend Ministervorlagen programmatischer Natur. Bezeichnenderweise gehören zu den inhaltsreichsten Dokumenten an Journalisten gerichtete Schreiben mit Hintergrundinformationen.²⁷

Struktur des Gutachtens: Das Kurzgutachten gliedert sich in drei Teile: In einem ersten Hauptkapitel werden außenpolitische Grundideen Müllers ab 1918 und ihr

²¹ Hierzu gehören Briefe an Philipp Scheidemann (Bundesarchiv Berlin, künftig: BArchB, N 2200/25), Rudolf Breitscheid (BArchB, N 2200/2) und Wilhelm Ellenbogen (BArchB, N 2200/1).

²² Hermann Müller: Kommen die Vereinigten Staaten von Europa? (Maschinenschriftliches Manuskript, o. D., vermutlich Januar 1931), BArchB, N 2200/151.

²³ Vgl. Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.), Nachlass Hermann Müller. Findbuch, Bonn–Bad Godesberg 2006.

²⁴ Erinnerung an die Völkerbundtagung 1928 in Genf (Schreiben an Oberst Boetticher, 9.9.1929), Archiv der sozialen Demokratie Bonn (künftig: AdsD), NL Müller, 1/HMAG00035, Dok. 52; Hermann Müller an Ulrich Rauscher, Berlin, 21.8.1928, AdsD, NL Müller, 1/HMAG00030, Dok. 62, und Hermann Müller an Ulrich Rauscher, 28.8.1928, AdsD, NL Müller, 1/HMAG00030, Dok. 63.

²⁵ Dazu u. a. die Briefe zwischen Hermann Müller und Ulrich Rauscher von 1928 und 1929, AdsD, NL Müller, 1/HMAG00030, Dok. 67, 70, 74, 80.

²⁶ Telegramm des Reichskanzlers an Owen Young, 8.6.1929, AdsD, NL Müller, 1/HMAG00029, Dok. 57, und Der Reichskanzler über das Volksbegehren. Bericht über die Rede Müllers auf dem Gautag der Sozialdemokratie Ober-, Mittel- und Unterfrankens, 18.10.1929, AdsD, NL Müller, 1/HMAG00012, Dok. 120.

²⁷ Beispiele dafür sind Müllers Schreiben an die Redaktion der „Frankfurter Zeitung“ vom 9.9.1919 (Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Berlin, künftig: PA AA, RZ 201, 21801; auch veröffentlicht in: ADAP, Serie A, Bd. 2, Dok. 169), und an Paul Rohrbach vom 14.1.1920 (PA AA, RZ 201, 20307; auch veröffentlicht in: ADAP, Serie A, Bd. 3, Dok. 11).

Wandel im Laufe der 1920er Jahre diskutiert. In einem zweiten Abschnitt erfolgt ein genauere Blick auf seine neunmonatige Amtszeit als Außenminister und auf sein Wirken im und aus dem Auswärtigen Amt. Dabei wird punktuell auch seine unmittelbar anschließende erste Reichskanzlerschaft berücksichtigt. In einem dritten Teil wird Müllers außenpolitische Rolle während seiner zweiten Reichskanzlerschaft näher untersucht, in der er zeitweise auch die Aufgaben des Außenministers übernahm.

II. Müllers außenpolitische Grundpositionen

Hermann Müllers Denken und Handeln war in der Zeit ab 1918 schwerpunktmäßig von den im Folgenden näher dargelegten außenpolitischen Grundpositionen geprägt. Wie die Ausführungen zeigen, waren diese zumeist eng miteinander verwoben und lassen sich daher kaum trennscharf voneinander abgrenzen.

Völkerbund und multilaterale Zusammenarbeit: Ein besonderes außenpolitisches Augenmerk legte Hermann Müller auf den Völkerbund.²⁸ Dabei ist zu konstatieren, dass sich sein Verhältnis zum Völkerbund im Laufe der Zeit änderte. Am Ende des Ersten Weltkriegs befürwortete er zwar die vom Internationalen Sozialistenkongress in Bern im Februar 1919 geforderte Gründung einer „Gesellschaft der Nationen“, in der freie Völker als gleichberechtigte Mitglieder nebeneinander auf Basis eines allgemeingültigen internationalen Rechts agieren sollten.²⁹ Zur „Verhinderung künftiger Kriege zwischen Kulturvölkern“³⁰ hatte Müller auch schon im Juli 1918 – und damit noch während des Ersten Weltkriegs – öffentlich an die Forderung der internationalen Sozialisten zur Errichtung eines Völkerbunds mit „obligatorische[n] Schiedsgerichte[n] zur Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten“³¹ erinnert. In diesem erblickte er eine Möglichkeit „zur Rettung der Menschheit vor künftigen Kriegsgreueln“.³²

Den Völkerbund, wie er am 10. Januar 1920 in Genf seine Arbeit aufnahm, lehnte er dagegen ausdrücklich ab. So äußerte er am 23. Juni 1919 in der Nationalversammlung von Weimar, dass die geplante Institution ein „Bund der Kabinette, und zwar der Kriegskabinette“, sei und „unsere völkerrechtlichen Ideen in keiner Weise“ umsetze.³³ Für Müller war der Genfer Völkerbund durch den „Versailler

²⁸ Nach Angaben von Ragna Boden war Müller – wie andere demokratische Politiker auch – Mitglied in der 1918 von Matthias Erzberger gegründeten „Deutschen Liga für Völkerbund“; vgl. Boden, Weimarer Nationalversammlung, S. 102.

²⁹ Vgl. Vorwärts vom 6.2.1919: „Die Internationale über den Völkerbund“ (Hermann Molkenbuhr u. a.), und vom 19.7.1923, Morgenausgabe: „Sollen wir in den Völkerbund?“ (Hermann Müller-Franken).

³⁰ Die Neue Zeit vom 5.7.1918: „Die Kriegszieldenkschrift der Ententesozialisten und der geplante Völkerbund“ (Hermann Müller).

³¹ Ebenda.

³² Ebenda.

³³ Zit. nach Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Stenographische Berichte, Bd. 328, 64. Sitzung, 23.7.1919, S. 1853.

Vertrag ins Leben gerufen³⁴ worden und damit ein Produkt der Pariser Staatenordnung, die die Einteilung der Welt in Sieger und Besiegte fortschrieb. Damit hatte sich aus seiner Sicht das bewahrheitet, was er bereits im Juli 1918 befürchtet hatte: Der zu gründende Völkerbund war zu einem Instrument der Entente-Staaten geworden.³⁵ Auf dem SPD-Parteitag 1925 erklärte Müller, dass der Völkerbund eine Institution sei, die „über den Krieg hinaus die Politik der Sieger“ weiter verfechte.³⁶ Die Tatsache, dass es Deutschland und Sowjetrußland (zunächst) nicht zugestanden wurde, Mitglieder des Völkerbunds zu werden, war für Müller Ausdruck davon, dass die von ihm favorisierte Idee einer freien und gleichen Nationengesellschaft durch den Völkerbund nicht realisiert worden war.³⁷ Dementsprechend bezeichnete er diesen auch als „Völkerbundsrumph“. ³⁸

Für Müller stand der Genfer Völkerbund im Zeichen des eigentlich überwunden geglaubten „Zeitalter[s] der Geheimdiplomatie“³⁹ und im Gegensatz zu den 14 Punkten Woodrow Wilsons. In einem Beitrag für den *Vorwärts* schrieb er am 9. Juli 1923, dass „zu Paris in der geheimdiplomatischen Dunkelkammer von den vier sogenannten starken Männern“ die „Wilsonsche Idee des Völkerbundes [...] verhunzt“ worden sei.⁴⁰ Nach Müllers Überzeugung hätte der Völkerbund eine Institution werden müssen, in der „die Länder durch ihre Parlamente vertreten“ sein sollten.⁴¹ Müller plädierte damit für eine Parlamentarisierung der multilateralen Staatenbeziehungen. In einem Kommentar zum Programmentwurf der SPD schrieb er 1921, dass der Völkerbund „zurzeit nichts als eine Allianz der siegreichen alliierten und assoziierten Regierungen zur ferneren Niederhaltung der im Kriege unterlegenen Nationen [sei]. Die Völker, auch die der siegreichen Länder, haben in diesem Völkerbund nichts zu sagen.“⁴² Und weiter führte er aus:

„Das oberste Organ eines wahren Völkerbundes darf nicht aus Delegierten der wechselnden Regierungen der einzelnen angeschlossenen Länder bestehen, sondern sein Rat muß zu einem Weltparlament werden, in das die Delegierten der einzelnen Länder je nach der Stärke der politischen Parteien zu entsenden sind.“

³⁴ Sozialdemokratischer Parteitag 1925 in Heidelberg, S. 256.

³⁵ Vgl. Die Neue Zeit vom 5.7.1918: „Die Kriegszielenkschrift der Ententesozialisten und der geplante Völkerbund“.

³⁶ Sozialdemokratischer Parteitag 1925 in Heidelberg, S. 256.

³⁷ Vgl. Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Stenographische Berichte, Bd. 328, 64. Sitzung, 23.7.1919, S. 1853.

³⁸ Müller an den Geschäftsträger in Wien, Prinz zu Stolberg-Wernigerode, 27.8.1919, in: ADAP, Serie A, Bd. 2, Dok. 133, S. 233, Anm. 3.

³⁹ Zit. nach Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Stenographische Berichte, Bd. 328, 64. Sitzung, 23.7.1919, S. 1853.

⁴⁰ Vorwärts vom 19.7.1923: „Sollen wir in den Völkerbund?“

⁴¹ Ebenda.

⁴² Hermann Müller-Franken, Völkerbeziehungen und Internationale, in: Braun (Hrsg.), Programmentwurf, S. 75–83, hier S. 79.

Nur so wird der Völkerbund den politischen Willen der einzelnen Völker widerspiegeln.⁴³

Trotz seiner Kritik an Entstehung und Aufbau des bestehenden Völkerbunds entwickelte Müller zunehmend einen pragmatischen Umgang mit der Organisation. So warb er 1923 im *Vorwärts* und 1924 in der Zeitschrift *Die Gesellschaft* für einen Beitritt des Deutschen Reichs zum Völkerbund. Zudem war es Müller, der auf dem SPD-Parteitag 1925 gemeinsam mit anderen Parteimitgliedern einen von den Delegierten angenommenen Antrag einbrachte, wonach die deutschen Sozialdemokraten „in Uebereinstimmung mit [...] der Sozialistischen Arbeiter-Internationale den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund“ forderten.⁴⁴ Für Müller waren Völkerbund und Sozialistische Internationale untrennbar miteinander verbunden. Der Antragstext auf dem Heidelberger Parteitag von 1925 stellte klar, dass der „Kampf für fortschreitende Demokratisierung des Völkerbundes und seine Ausgestaltung zu einem wirksamen Friedensinstrument [...] zu den wichtigsten Aufgaben der Sozialistischen Internationale“ gehöre.⁴⁵ In einem Redebeitrag auf dem Parteitag führte Müller aus: „Wir müssen es dahin zu treiben suchen, daß sich in diesem Völkerbund die Sozialisten aller Länder finden, – die Nationalisten können sich ja nicht finden, weil sie sich durch die nationalistischen Bestrebungen ihrer Länder gegenseitig aufheben.“⁴⁶

Die Beweggründe für seinen pragmatischen Umgang mit dem Völkerbund waren vielfältiger Art: Erstens scheint Müller für einen Eintritt in den Völkerbund geworben zu haben, damit Deutschland aus der Organisation heraus „Ideen zur Umgestaltung des Völkerbundes“⁴⁷ propagieren könne. Durch konstruktive Mitwirkung, so seine Annahme, könne man sich am „Ausbau des Völkerbundes“⁴⁸ beteiligen. Zweitens hoffte Müller, mithilfe des Völkerbunds eine Revision des Versailler Vertrags und der mit diesem verbundenen Lasten für das Deutsche Reich erreichen zu können. In einem 1924 erschienenen Meinungsbeitrag für *Die Gesellschaft* schrieb er:

„Der Aufstieg eines neuen Deutschland wird nur auf dem Boden der Demokratie in einem wirklichen Völkerbund möglich sein – in einem Völkerbund, in dem das Recht gegen alle gleichermaßen angewandt wird [...]. Ein so gearteter Völkerbund hätte auch die Instanzen zu schaffen, in denen die Wiedergutmachung des Unrechts zu erfolgen hätte, das 1919 verübt wurde.“⁴⁹

⁴³ Ebenda.

⁴⁴ Sozialdemokratischer Parteitag 1925 in Heidelberg, S. 316.

⁴⁵ Ebenda.

⁴⁶ Ebenda, S. 257.

⁴⁷ *Vorwärts* vom 19.7.1923: „Sollen wir in den Völkerbund?“

⁴⁸ Hermann Müller-Franken, Demokratische Aussenpolitik, in: *Die Gesellschaft* 1 (1924), S. 42–46, hier S. 43 f.

⁴⁹ Ebenda, S. 44. Vgl. auch Verhandlungen der verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung, Stenographische Berichte, Bd. 328, 68. Sitzung, 28.7.1919, S. 2011.

Zum einen dachte Müller dabei an eine Rückgängigmachung der deutschen Gebietsabtretungen mittels Volksabstimmungen und auf Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Allerdings sollten solche Revisionen an einen international gewährten Schutz nationaler Minderheiten gekoppelt werden.⁵⁰ Pikanterweise trachtete Müller damit danach, den Völkerbund in einer Weise zu nutzen, vor der er im Juli 1918 angesichts des mit der Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der Völker drohenden Verlusts von Elsass-Lothringen, der „Zerstücklung Österreich-Ungarns“ und der „Zerstücklung der Türkei“ noch vehement gewarnt hatte.⁵¹ Zum anderen verband Müller mit der Forderung nach einem deutschen Beitritt zum Völkerbund die Hoffnung auf eine tragfähige Lösung der durch Versailles aufgeworfenen Reparationenfrage. Er hoffte, dass die Entscheidung darüber aus der Verantwortung der Siegermächte herausgelöst und auf die multinationale Organisation übertragen werden könne. Eine Revision von Versailles und eine internationale Verständigung im Rahmen des Völkerbunds gingen für Müller damit Hand in Hand. Zudem setzte er darauf, dass unter Einbeziehung des Völkerbunds eine allgemeine Abrüstung in die Wege geleitet werden könne. Wenn unter den Staaten darüber Einigkeit erreicht worden sei, solle eine Demilitarisierung unter der Kontrolle des Völkerbunds durchgeführt werden.⁵²

Anderweitigen überstaatlichen Einigungsideen stand Müller zwar teilweise aufgeschlossen gegenüber, er war aber Realist genug, um allzu kühnen Visionen eines umfassenden staatenübergreifenden Zusammenschlusses mit Zurückhaltung zu begegnen. Als ihm etwa der österreichische Bundeskanzler Johann Schober in einer Unterredung im Februar 1930 mitteilte, er überlege, Wien zum Mittelpunkt der Paneuropabewegung zu machen,⁵³ erwiderte Hermann Müller mit Blick auf den Vordenker dieser Bewegung, Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi: „Was die Paneuropabewegung anbelangt, so haben wir die Arbeit Coudenhoves, soweit sie propagandistischer Art ist, nicht behindert, ja sogar mit Sympathie verfolgt. Praktisch hat sie allerdings nicht die Bedeutung, die Coudenhove ihr zuschreibt“.⁵⁴

Mit einer ähnlichen Mischung aus Wohlwollen und Distanz äußerte sich Müller gegenüber der von Aristide Briand ins Spiel gebrachten Idee der Vereinigten Staaten von Europa. Diese könne erst realisiert werden, so Müller 1931, wenn „alle europäischen Staaten demokratisch regiert werden“. Das „Diktaturregiment“ in Italien, Serbien und Spanien störe jedoch „die Bildung eines politisch und wirtschaftlich geeinten Europa“⁵⁵ genauso wie die „Gewaltherrschaft der Kommunis-

⁵⁰ Sozialdemokratischer Parteitag 1925 in Heidelberg, S. 316.

⁵¹ Die Neue Zeit vom 5.7.1918: „Die Kriegszieldenkschrift der Ententesozialisten und der geplante Völkerbund“.

⁵² Vgl. Hermann Müller auf der Arbeiter- und Sozialistenkonferenz in Bern, Februar 1919, in: II. Internationale, Bd. I, S. 290–293, hier S. 292.

⁵³ Politische Besprechungen mit dem Österreichischen Bundeskanzler, 22. und 24.2.1930, in: AdR Müller II/2, Dok. 453, S. 1483.

⁵⁴ Ebenda, S. 1484.

⁵⁵ Hermann Müller: Kommen die Vereinigten Staaten von Europa? (Maschinenschriftliches Manuskript, o. D., vermutlich Januar 1931), BArchB, N 2200/151.

ten“ in der Sowjetunion. Zudem würden die vielen Sprachen in Europa keine direkte Nachbildung der Vereinigten Staaten von Amerika zulassen, und ein geeintes Europa könne auch an den „Ungerechtigkeiten“ der offenen Grenzfragen nicht vorbeigehen.⁵⁶ Visionäre Konzeptionen für eine europäische Einigung unterstützte Müller somit nicht nachdrücklich.

Abrüstung und Sicherheit: Hermann Müller legte ein weiteres Augenmerk auf das Ziel, Sicherheit durch eine allgemeine Abrüstung herzustellen. Seine Positionen waren dabei nicht frei von Ambivalenzen. Gegen Ende des Ersten Weltkriegs äußerte Müller die Überzeugung, dass „das internationale Wettrüsten zu Wasser und zu Lande [...] einfach nicht weitergehen“ dürfe. Entsprechend plädierte er im Juli 1918 für „das Verbot neuer Rüstung zu Wasser und zu Lande; die Begrenzung der bestehenden Rüstungen [und] die Verstaatlichung der Kriegsindustrien“.⁵⁷ Wie er selbst noch nach Ende des für das Deutsche Reich verlorengegangenen Kriegs feststellte, sollte diese Maximalforderung allerdings nicht nur einseitig vom Deutschen Reich, sondern von allen ehemaligen Kriegsparteien erfüllt werden.⁵⁸

Auf dem Internationalen Sozialistenkongress in Bern, der im Februar 1919 stattfand, konkretisierte Hermann Müller seine Abrüstungsvorstellungen. Er zeigte sich einverstanden, dass „die *Krupps, Creusots, Armstrongs, Putilows* etc. verstaatlicht und kontrolliert werden“.⁵⁹ Mit seiner Anspielung auf die genannten Rüstungskonzerne unterstrich Müller seine Forderung, die Abrüstung als eine gemeinsame Aufgabe von Siegern und Verlierern des Ersten Weltkriegs gleichermaßen zu begreifen. Unter Bezugnahme auf das Erfurter Programm der SPD von 1891 stellte er dar, dass in Deutschland „anstelle des stehenden Heeres das Volksheer zu treten“⁶⁰ habe. Eine solche Miliz, die sich am Schweizer Vorbild orientieren sollte, dürfe „zu keinerlei Angriffszwecken dienen“, weshalb „für die einzelnen Waffengattungen die Dienstzeit durch internationale Verträge kurz bemessen werden“ müsse.⁶¹ Seine Forderung nach einem Volksheer blieb auf dem Kongress nicht ohne Kritik. Ramsay MacDonald,⁶² den er in den späten 1920er Jahren zu seinen Vertrauten zählte,⁶³

⁵⁶ Ebenda.

⁵⁷ Die Neue Zeit vom 5.7.1918: „Die Kriegszieldenschrift der Ententesozialisten und der geplante Völkerbund“.

⁵⁸ Vgl. ebenda.

⁵⁹ Hermann Müller auf der Arbeiter- und Sozialistenkonferenz, zit. nach II. Internationale, Bd. 1, S. 292; Hervorhebung im Original.

⁶⁰ Ebenda, S. 291.

⁶¹ Ebenda, S. 292.

⁶² J. Ramsay MacDonald forderte gegenüber Müller und den deutschen Sozialdemokraten: „I welcome the declaration of the German Majority Socialists about disarmament, but I am disappointed with the proposal for a citizen army. [...] I appeal to the German party to knock the citizen army proposal out of their programme and to declare that the only safe basis for a League of Nations from a military point of view is disarmament“; zit. nach II. Internationale, Bd. 1, S. 309–312, Zitat S. 310.

⁶³ Hermann Müller an Ramsay MacDonald: Gratulation zum Erfolg der Labour-Partei 1929 (Abschrift), AdsD, NL Müller, 1/HMAG00043, Dok. 285. Vgl. auch Stefan Berger, Ungleiche

und Ethel Snowden⁶⁴ legten Müller in ihren Adressen eine Distanzierung von der Idee einer Volksarmee nahe. Hermann Müller sah sich daraufhin genötigt, eine zweite Stellungnahme abzugeben und darin seine erste Aussage einzuschränken. So äußerte er, dass er im Zuge der Versailler Verhandlungen für die „totale Abrüstung [der Völker] eintreten“ werde. Er brachte zugleich relativierend seine Befürchtung zum Ausdruck, dass man in Versailles eine „volle Abrüstung nicht beschließen“ und daher in Deutschland die „Frage der Heeresorganisation“ weiter im Raum stehen werde.⁶⁵ Eine Abrüstung konnte für Müller also nur das Ziel sein, sofern sie von allen Völkern gleichermaßen durchgeführt werde. Dabei plädierte er auch keineswegs für eine vollständige Demilitarisierung der Völker, vielmehr sprach er sich dafür aus, dass „[d]ie bewaffnete Macht eines jeden Landes [...] auf das Mindestmaß herabgesetzt“ werden müsse, „das nötig ist, die innere Sicherheit zu garantieren, ohne die die Aufrechterhaltung einer dauernden staatlichen Gemeinschaft nicht möglich ist“.⁶⁶

Der Versailler Vertrag sah es hingegen fast ausschließlich als die Aufgabe der besiegten Staaten an, sich zu entmilitarisieren. Dessen ungeachtet hielt Müller – unter Verweis darauf, dass die Kriegsverlierer bereits in Vorleistung getreten seien – an seiner Forderung fest. In einem Meinungsbeitrag aus dem Jahr 1924 plädierte er einmal mehr für eine allgemeine Abrüstung:

„Wer an die hingemordeten zwölf Millionen Männer des Weltkrieges denkt, wird mit daran arbeiten müssen, daß die Methoden einer friedlichen Demokratie endlich und dauernd in der äußeren Politik Europas triumphieren. Nur so wird die einseitige Abrüstung Deutschlands, Oesterreichs, Ungarns und Bulgariens abgelöst werden von einer Internationalen Abrüstung, deren Ziel sein muß, die Wehrmacht eines jeden Landes auf das Maß herabzusetzen, das die innere Sicherheit der Staaten erfordert.“⁶⁷

Diese Auffassung tat Müller bis zum Ende seines politischen Wirkens kund. Vor dem Völkerbund brachte er etwa am 7. September 1928 den „grundlegende[n] Gedanke[n]“ zum Ausdruck, dass nach Entwaffnung Deutschlands und anderer Verliererstaaten eine allgemeine Abrüstung erfolgen und eine internationale „Unterdrückung der Kriegsmittel“ umgesetzt werden müsse.⁶⁸

Schwestern? Die britische Labour Party und die deutsche Sozialdemokratie im Vergleich 1900–1931, Bonn 1997, S. 243.

⁶⁴ Vgl. Ethel Snowden auf der Arbeiter- und Sozialistenkonferenz in Bern, in: II. Internationale, Bd. 1, S. 314 f.

⁶⁵ Hermann Müller, zit. nach ebenda, S. 330.

⁶⁶ Müller-Franken, Völkerbeziehungen, in: Braun (Hrsg.), Programmwurf, S. 83.

⁶⁷ Müller-Franken, Demokratische Aussenpolitik, S. 45.

⁶⁸ Vorwärts vom 8.9.1928: „Hermann Müller spricht in Genf. Die Rede des Reichskanzlers von der Nachmittagssitzung des Völkerbunds am 7. September 1928“.

Doch auch wenn Müller infolge des Versailler Vertrags für eine Abrüstung eintrat, war er von der Notwendigkeit der deutschen Wehrfähigkeit überzeugt.⁶⁹ Beispielsweise betonte er in seiner Regierungserklärung von 1928: „Die Regierung, die von der Wehrmacht verlangt, daß sie eine treue und unbedingt zuverlässige Stütze der Republik ist, wird ihrerseits dafür sorgen, daß die Wehrmacht im Rahmen ihrer Aufgaben, der bestehenden Verträge und nach Maßgabe der finanziellen Kräfte mit allen für ihre Aufgaben notwendigen Mitteln ausgestattet wird.“⁷⁰ Neben anhaltenden Appellen zur Abrüstung trat Müller damit zugleich für einen Ausbau der deutschen Wehrfähigkeit ein. Da nicht zu erwarten war, dass sich die Hoffnung auf eine allgemeine Abrüstung erfüllen würde, setzte Müller auf die Stärkung der Wehrkraft des Deutschen Reichs, die er als selbstverständliche Grundlage der deutschen Republik neben militärisch gerüsteten Nachbarstaaten ansah.

Deutsch-französische Verständigung: In Bezug auf die deutsch-französische Verständigung war Müller in der Zwischenkriegszeit nicht frei von Ambivalenzen. Grundsätzlich erkannte er ihr eine hohe Bedeutung zu und wertete sie als wichtigen Baustein für eine langfristige „Friedensgarantie“.⁷¹ In einem Schreiben an Hugo Sinzheimer vom 14. März 1927 formulierte er gar: „Meine Betrachtung ist auf die kürzeste Formel gebracht die folgende: Die deutsch-französische Befriedung muß das Kernstück unserer Außenpolitik bleiben.“⁷² Je nach aktueller Ereignislage unterschied sich jedoch die praktische Bedeutung, die er dem bilateralen Verhältnis zwischen den beiden ehemaligen Kriegsgegnern beimaß.⁷³ Noch aus seiner Zeit vor dem Ersten Weltkrieg pflegte Müller Verbindungen

⁶⁹ Vgl. Rüdiger Bergien, *Die bellizistische Republik. Wehrkonsens und „Wehrhaftmachung“ in Deutschland 1918–1933*, München 2012, S. 164.

⁷⁰ Zit. nach Verhandlungen des Reichstags, *Stenographische Berichte*, Bd. 423, 4. Sitzung, 3.7.1928, S. 44 f.

⁷¹ Hermann Müller-Franken, *Deutsch-französische Verständigung als europäische Friedensgarantie*, in: *Die Gesellschaft* 7 (1930), S. 413–429, hier S. 413.

⁷² Schreiben Müllers an Hugo Sinzheimer, 14.3.1927, BArchB, N 2200/1, Bl. 124.

⁷³ Neben dem deutsch-französischen maß Müller auch dem deutsch-englischen Verhältnis eine nicht zu unterschätzende Bedeutung zu. So setzte Müller wiederholt große Hoffnungen auf die britischen Sozialisten im Allgemeinen und Ramsay MacDonald im Besonderen. In einem Zeitungsbeitrag von 1924 schrieb Müller: „[D]ie Zukunft der europäischen Demokratie hängt in erster Linie davon ab, dass es der Staatskunst englischer Arbeiterführer gelingt, die Basis einer Verständigung für das französische, deutsche und englische Volk zugleich zu finden“; Müller-Franken, *Demokratische Aussenpolitik*, S. 46. Bereits zu seiner Außenministerzeit und der daran anschließenden ersten Reichskanzlerschaft wurde Müller in politischen Kreisen Englands positiv wahrgenommen. Carl von Schubert urteilte etwa am 17.6.1920: „Wir verfolgen mit großer Spannung die Lösung der Kabinettskrise. Vom Standpunkte unserer Beziehungen mit England würde ich es für außerordentlich bedauerlich halten, wenn die Mehrheitssozialisten nicht im Kabinettt vertreten wären. Persönlichkeiten wie der Reichskanzler Müller haben sich hier ein gewisses Vertrauen erworben“; von Schubert an Staatssekretär Haniel von Haimhausen (gekürzt), London, 17.6.1920, in: Carl von Schubert (1882–1947). *Sein Beitrag zur internationalen Politik in der Ära der Weimarer Republik*. Ausgewählte Dokumente, hrsg. von Peter Krüger, Berlin 2017, Dok. 12, S. 119 f., hier S. 119.

nach Frankreich. Er sprach seit seiner kaufmännischen Ausbildung bei der Porzellanfirma Villeroy & Boch neben Englisch fließend Französisch und war bereits vor dem Ersten Weltkrieg in der SPD nicht zuletzt dank dieser internationalen Salonfähigkeit zu einem einflussreichen außenpolitischen Sprecher aufgestiegen,⁷⁴ der immer wieder zu transnationalen Treffen mit anderen sozialistischen Parteien entsandt wurde. So war Müller etwa am 1. August 1914 im Auftrag der SPD-Führung in Paris gewesen, um vor Ort von der sozialistischen Schwesterpartei zu erfahren, wie sich diese im Falle eines Kriegsausbruchs verhalten werde. Die Mission, den Krieg durch eine einheitliche Haltung der beiden Parteien zu verhindern, scheiterte. Mehr noch: Die französischen Genossinnen und Genossen behaupteten später, Müller habe zugesichert, dass die deutsche Sozialdemokratie Kriegskrediten niemals zustimmen werde – und habe sie damit getäuscht.⁷⁵ Nach Ende des Ersten Weltkriegs, gegen den Müller im Rahmen des „Burgfriedens“ nicht opponiert hatte, brachte er wiederholt Verständnis für den westlichen Nachbarn und dessen Ressentiment gegen das Deutsche Reich zum Ausdruck. Dies zeigte sich etwa in seiner Rede auf dem SPD-Parteitag im Juni 1919⁷⁶ und in seiner Regierungserklärung als Reichsaußenminister vom 23. Juli 1919, in der er „die verwüsteten Fluren Nordfrankreichs“ erwähnte, was ihm ein „Unglaublich!“ von der rechten Seite der Nationalversammlung einbrachte. Kein Volk, so fuhr er vor dem Parlament fort, habe „verhältnismäßig so viel Tote verloren [sic!], so viel Verwüstungen erlebt und so viel Opfer bringen müssen als [sic!] das französische Volk. Zeigen wir deshalb Verständnis für die derzeitige Mentalität dieses Volks. Zeigen wir, daß wir bereit sind, mit allen Kräften am Wiederaufbau in den verwüsteten Gegenden mitzuwirken, so wie wir das feierlich versprochen haben.“⁷⁷

Die Bereitschaft Müllers, eine Verständigung mit Frankreich zu suchen, war jedoch von den jeweils gegebenen aktuellen Umständen abhängig. Rückblickend schrieb er etwa über die Tage, in denen er den Versailler Vertrag unterzeichnete, dass eine „persönliche Fühlungnahme“ mit den Siegern nicht stattgefunden habe: „Ich habe damals den Boden von Paris nicht betreten. Die französische Regierung legte auch keinen Wert darauf.“⁷⁸ Auch wenn französische Diplomatenberichte aus Deutschland nahelegen, dass sein außenpolitisches Auftreten einschließlich seiner Annäherungsversuche an die ehemaligen Kriegsgegner von französischer Seite aufmerksam rezipiert und reflektiert wurde, hielt sich die Annäherung zwischen beiden Staaten während Müllers Zeit als Außenminister in engen Gren-

⁷⁴ Vgl. Bernd Braun, Die Reichskanzler der Weimarer Republik. Von Scheidemann bis Schleicher, Stuttgart 2013, S. 59; Reichel, Tragischer Kanzler, S. 16, und Hoffend, Mut, S. 25.

⁷⁵ Vgl. Bauer, Transnationale Zusammenarbeit, S. 54–58 und S. 63–65, sowie Hoffend, Mut, S. 26 f.

⁷⁶ Vgl. Vorwärts vom 13.6.1919: „Auswärtige Politik auf dem Parteitag“.

⁷⁷ Zit. nach Verhandlungen der verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung, Stenographische Berichte, Bd. 328, 64. Sitzung, 23.7.1919, S. 1854.

⁷⁸ Hermann Müller: Zwei Jahre deutscher Außenpolitik (Typoskript mit handschriftlichen Anmerkungen), AdsD, NL Müller, 1/HMAG00052, Dok. 5.

zen.⁷⁹ Im Zuge der 1920 erfolgten Besetzung der rechtsrheinischen Zone durch französische Truppen verschärfen sich die Spannungen zwischen beiden Staaten sogar.

Erst am 30. Januar 1920 waren die diplomatischen Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland wiederaufgenommen worden.⁸⁰ Bereits wenige Wochen später kam es zu einer hitzigen Auseinandersetzung mit Paris, nachdem die Reichsregierung größere Truppenverbände in die nach den Bestimmungen von Versailles entmilitarisierte rechtsrheinische Zone entsandt hatte, um dort den infolge des Generalstreiks gegen den Kapp-Lüttwitz-Putsch am 13. März 1920 ausgebrochenen Ruhraufstand niederzuschlagen. Die französische Regierung, die für den Militäreinsatz keine Notwendigkeit sah, besetzte schließlich zur Kompensation ein Gebiet in Hessen, das unter anderem Frankfurt und Darmstadt umfasste.⁸¹ Am 8. April 1920 hatte sich die Lage soweit zugespitzt, dass Müller – seit dem 27. März 1920 Reichskanzler und nur noch geschäftsführend Leiter des Auswärtigen Amtes – gar mit dem Rücktritt seiner Regierung drohte. Vor der Weimarer Nationalversammlung brachte Müller sein Unverständnis über das Agieren Frankreichs zum Ausdruck: „Warum will man denn nur in Frankreich nicht begreifen, daß wir eine europäische Pflicht erfüllen, wenn wir im Ruhrgebiet wieder Ruhe herstellen?“ Er warf den Franzosen vor, „ihrerseits den Vertrag von Versailles verletzt und gleichzeitig den Völkerbund vor seinem Inkrafttreten um jeden Kredit gebracht zu haben“.⁸²

Am 29. Mai 1922 ging Müller im Reichstag auf den Vertrag von Rapallo ein und maß ihm auch für die Annäherung mit Frankreich und anderen Entente-Mächten eine Vorbildfunktion zu: „In diesem Vertrag steckt eben gar nichts von dem Geiste der Verträge von Brest-Litowsk, von Versailles und St. Germain.“⁸³ Dies sei es gewesen, was dem Vertrag von Rapallo die Sympathie des deutschen und des russischen Volks eingetragen habe:

„Wenn irgendein anderer Staatsmann, auch irgendein Ententestaatsmann, mit der Regierung irgendeines anderen Volkes in demselben Geist einen ähnlichen

⁷⁹ Vgl. Documents diplomatiques/Französische Diplomatenberichte, Bd. 1, Dok. 21, 37, 60, 62, 120, 121, 139, 155, 201 und 223.

⁸⁰ Vgl. Schreiben des Geschäftsträgers in Paris, Mayer, an das Auswärtige Amt, 30.1.1920, in: ADAP, Serie A, Bd. 3, Dok. 22.

⁸¹ Vgl. dazu den Schriftwechsel zwischen dem Auswärtigen Amt und der Botschaft bzw. der deutschen Friedensdelegation in Paris aus der Zeit zwischen 17.3.1920 und dem 4.4.1920 (ADAP, Serie A, Bd. 3, Dok. 70–72, 75, 79, 82–86, 93 f., 96, 98 und 101) sowie die Aufzeichnung des Leiters der deutschen Friedensdelegation, Göppert, vom 3.4.1920 (ADAP, Serie A, Bd. 3, Dok. 100) und das Telegramm Müllers an den Geschäftsträger in London, Sthamer, vom 8.4.1920 (ADAP, Serie A, Bd. 3, Dok. 104).

⁸² Zit. nach Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Stenographische Berichte, Bd. 333, 159. Sitzung, 12.4.1920, S. 5051.

⁸³ Zit. nach Verhandlungen des Reichstags, Stenographische Berichte, Bd. 355, 221. Sitzung, 29.5.1922, S. 7679. Vgl. auch Jürgen Zarusky, Die deutschen Sozialdemokraten und das sowjetische Modell. Ideologische Auseinandersetzung und außenpolitische Konzeptionen 1917–1933, München 1992, S. 158 f.

Vertrag abschließt, so bin ich überzeugt, daß die Völker in der ganzen Welt diesen Vertrag mit der gleichen Sympathie begrüßen werden [...]. Die Ententestaatsmänner brauchen also nur hinzugehen und das gleiche zu tun.“⁸⁴

In den gesamten 1920er Jahren blieb Müllers Verhältnis zu Frankreich ambivalent. Zwar sprach er diesem grundsätzlich eine hohe Bedeutung für die Stabilität Europas zu, die Besetzung des Ruhrgebiets wertete er jedoch am 19. Juli 1923 im *Vorwärts* als einen „Einbruch der Franzosen und Belgier“, der durch „die Anwendung weltkriegsmäßiger Methoden durch Frankreich“ erfolgt sei.⁸⁵ Außer französischen Militaristen und Expansionisten könne niemand ein Interesse an den wirtschafts- und finanzpolitischen Folgen der Besetzung haben. Müllers Kritik an Frankreich ging eng mit seiner Antipathie gegen Raymond Poincaré einher, der von 1913 bis 1920 das Amt des französischen Staatspräsidenten bekleidete und der die alliierte Reparationskommission, die mit dem Versailler Vertrag gegründet worden war, leitete. Müller schrieb etwa über Poincaré, er sei ein „zum Staatsmann verdorbene[r] Jurist“.⁸⁶ Da Müller im Juli 1923 fürchtete, dass die französische Regierung unter Poincaré einen deutschen Aufnahmeantrag in den Völkerbund zu „sabotieren“ versuchen könne, hob er im *Vorwärts* hervor: „Sicher ist, daß Frankreich nicht der Völkerbund ist.“⁸⁷

Während seiner zweiten Reichskanzlerschaft, insbesondere in der Zeit der Reparationsverhandlungen, gewann für ihn neben dem deutsch-französischen auch das deutsch-amerikanische Verhältnis an Bedeutung. Dabei war er darauf bedacht, dass sich das Deutsche Reich nicht einseitig positioniere und sich von den westeuropäischen Mächten nicht gegen die USA in Stellung bringen lasse. An den deutschen Gesandten in Bern, Adolf Müller, schrieb er am 1. November 1928: „Dass in England und Frankreich Strömungen vorhanden sind, die uns in eine gemeinsame Front gegen Amerika einspannen möchten, ist richtig. Deutschland kann aber nicht daran denken, diese Partie mitzuspielen.“⁸⁸ Im Rückblick auf die gesamte Zeit seiner zweiten Reichskanzlerschaft maß er dem deutsch-amerikanischen Verhältnis eine hervorgehobene Bedeutung zu:

„Ich hoffe, dass die Friedenspolitik der letzten beiden Jahre ihre günstige Wirkung auf eine weite Zukunft erstrecken wird. Für diese Politik der Verständigung unter den Völkern hat das amerikanische Volk stets grosses Interesse gezeigt [...]. So werden sich die guten Beziehungen zwischen Deutschland und den Vereinig-

⁸⁴ Zit. nach Verhandlungen des Reichstags, Stenographische Berichte, Bd. 355, 221. Sitzung, 29.5.1922, S. 7679.

⁸⁵ *Vorwärts* vom 19.7.1923: „Sollen wir in den Völkerbund?“

⁸⁶ Ebenda.

⁸⁷ Ebenda.

⁸⁸ Hermann Müller an den Gesandten in Bern, Adolf Müller, 1.11.1928, AdsD, NL Müller, 1/HMAG00027, Dok. 23.

ten Staaten nutzbar machen lassen für eine allgemeine Politik des Friedens und der Freundschaft für die ganze Welt.“⁸⁹

Das Wechselspiel aus Sympathie und Ernüchterung in Müllers Haltung zum deutsch-französischen Verhältnis setzte sich bis zu seinem Lebensende fort. So zeigte er sich am Ende seiner zweiten Reichskanzlerschaft einerseits über die starre Verhandlungsposition Frankreichs insbesondere in der Reparations- und Saarfrage ernüchtert und sprach den Franzosen eine gewisse Sturheit zu, andererseits stellte er noch 1930 in einer in Zürich gehaltenen Rede fest, dass man in Deutschland zu leicht geneigt sei, „den aus Frankreich laut werdenden Ruf nach Sicherheit zu überhören“.⁹⁰ In seiner Züricher Rede, in der er die deutsch-französische Verständigung zu einer Notwendigkeit der Friedenssicherung erklärte, betonte Müller: „Der Krieg kann nicht bekämpft werden, nachdem er ausgebrochen ist. Seinem Ausbruch muß vorgebeugt werden. Das ist die Aufgabe der deutschen Demokratie. Das ist die Aufgabe der französischen Demokratie, das ist die Aufgabe der Demokratie in allen europäischen Staaten.“⁹¹ In dieser Aussage wird deutlich, was sich in vielen seiner Stellungnahmen widerspiegelt: Er verknüpfte unterschiedliche Themenfelder, die er zur Sicherung des Friedens für unerlässlich hielt, und dachte das deutsch-französische Verhältnis in einem erweiterten europäischen Kontext.

III. Außenminister Müller und das Auswärtige Amt 1919/20

In diesem Kapitel steht Müllers neunmonatige Amtszeit als Außenminister (21.6.1919–26.3.1920) im Kabinett Gustav Bauers im Mittelpunkt, in der er den Versailler Vertrag unterzeichnete und sich zumindest zeitweise mit den inneren Reformen des Auswärtigen Amtes beschäftigte.

Der Versailler Vertrag: Wie viele seiner Zeitgenossen hoffte auch Müller – nicht zuletzt vor dem Hintergrund der gewandelten politischen Verhältnisse in Deutschland – lange Zeit auf einen wilsonischen „Frieden des Rechts und der Völkerversöhnung“. Falls die „Raubpläne [...], insbesondere die Frankreichs“, verwirklicht würden, so warnte er im März 1919 auf einer Sitzung des SPD-Parteiausschusses, werde der „Wiederaufbau ganz unmöglich“ und es drohe „der Untergang nicht nur Deutschlands, sondern der europäischen Kultur überhaupt“.⁹² Trotz dieser dunklen Vorahnungen überstieg die Härte der im Juni 1919 bekanntgegebenen Friedensbedingungen von Versailles die schlimmsten Befürchtungen. Wie wohl die Mehrheit der Deutschen empfand Müller das Abkommen als eine „vertraggewor-

⁸⁹ Hermann Müller: Zwei Jahre deutscher Außenpolitik, AdsD, NL Müller, 1/HMAG00052, Dok. 5.

⁹⁰ Müller-Franken, Deutsch-französische Verständigung, S. 423.

⁹¹ Ebenda, S. 429.

⁹² Protokoll der Parteikonferenz in Weimar am 22. und 23.3.1919, in: Protokolle der Sitzungen des Parteiausschusses der SPD, Bd. 2, S. [619]–[658], hier S. [645 f.].

dene Vergewaltigung“,⁹³ doch war er Realist genug, um zu erkennen, dass die Unterzeichnung des Vertrags das kleinere Übel gegenüber einer ansonsten drohenden Fortsetzung des Kriegs und der vollständigen Besetzung Deutschlands darstellte.⁹⁴ Diese Erkenntnis mochte Müller dazu veranlassen, sich für das Amt des Außenministers zur Verfügung zu stellen und eine Woche nach Amtsantritt den Versailler Vertrag zu unterzeichnen. Rückblickend rechtfertigte er diesen Schritt:

„[I]ch habe mich in der schwersten Stunde des Vaterlandes wahrhaftig nicht zu dem Amt des Ministers gedrängt, sondern ich glaubte, in dieser schwersten Stunde meine Person dem Vaterlande zur Verfügung stellen zu müssen. Ich habe es in der Hauptsache aus dem Grunde getan, weil ich weiß, daß ich einen gewissen Personalkredit im Auslande habe, und ich habe keine Ursache, dieses politische Kapital, das ich besitze, verwirtschaften zu lassen.“⁹⁵

Bereits sieben Tage nach der Übernahme des Ressorts musste Müller im Spiegelsaal von Schloss Versailles den Pariser Friedensvertrag unterzeichnen – ein Akt, dem sich die Vorgängerregierung durch Rücktritt entzogen hatte. „Es war der schwerste Tag meines bisherigen Lebens“, so schrieb Müller in der Rückschau über jenen 28. Juni 1919.⁹⁶ Aufgrund seiner Unterschrift unter den Versailler Vertrag schlug Hermann Müller der Hass der Rechten entgegen. Zwar fiel er nicht einem Mordanschlag zum Opfer wie Matthias Erzberger, der im November 1918 das Waffenstillstandsabkommen unterzeichnet hatte, doch wurde auch er immer wieder verbal angegriffen, bedroht und daran erinnert, dass sein Name „unter dem Schuldbekennnis in Versailles“⁹⁷ stehe.⁹⁸ Vor dem Hintergrund von Versailles ist Müllers Handeln im und aus dem Auswärtigen Amt einzuordnen, insbesondere vor dem Inkrafttreten des Abkommens am 10. Januar 1920. Nicht nur inhaltlich war der Aktionsradius deutscher Außenpolitik dabei eng umrissen, auch formal war der Spielraum begrenzt, weil die diplomatischen Beziehungen zu den Kriegsgegnern erst nach dem offiziellen Friedensschluss wiederaufgenommen

⁹³ Zit. nach Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Stenographische Berichte, Bd. 327, 51. Sitzung, 9.7.1919, S. 1408.

⁹⁴ Vgl. Protokoll der Sitzung des Parteiausschusses, Berlin, 13.12.1919, in: Protokolle der Sitzungen des Parteiausschusses der SPD, Bd. 2, S. [699]–[753], hier S. [729].

⁹⁵ Zit. nach Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Stenographische Berichte, Bd. 328, 68. Sitzung, 28.7.1919, S. 2012.

⁹⁶ Zit. nach Hoffend, Mut, S. 43. Auch in: Schreiben Müllers an Freiherr von Lersner, 26.6.1929, AdsD, NL Müller, Kass. IV, Nr. 273.

⁹⁷ Ostpreußische Zeitung vom 12.10.1928: „Was Müller in Genf nicht sagte“ (Maximilian von Dziembowski), zit. nach: Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, ED 714/3, Bl. 6 f., hier Bl. 6.

⁹⁸ Vgl. Hoffend, Mut, S. 43. Beispielsweise diffamierte Joseph Goebbels Müller als „Qualle“ und „Landesverräter“; Goebbels, Tagebücher, Teil 1, Bd. 1/3, Eintrag vom 15.11.1928, S. 122 f., hier S. 123, und Goebbels, Tagebücher, Teil 1, Bd. 2/1, Eintrag vom 21.3.1931, S. 368 f., hier S. 369.

werden konnten und der Vertrag auch alle bis dahin geschlossenen Vereinbarungen mit den Nachfolgestaaten des Zarenreichs für nichtig erklärte.⁹⁹

Verhandlungserfolge Müllers in Bezug auf die Versailler Vertragsbedingungen blieben die Ausnahme. Einen „ersten vorweisbaren Erfolg“¹⁰⁰ konnte Müller in der Frage der von den Siegermächten im Versailler Vertrag geforderten Auslieferung deutscher Staatsbürger erzielen. Sowohl intern als auch gegenüber der Entente hatte Müller deutlich werden lassen, dass sich die meisten deutschen Beamten wohl weigern würden, entsprechende Festnahmen sowie Auslieferungen vorzunehmen. Sollte dem Befehl dennoch nachgekommen werden, müsse man sich auf gewaltsamen Widerstand seitens der Reichswehr, wenn nicht gar auf einen Putsch gegen die Reichsregierung gefasst machen.¹⁰¹ Die Beschuldigten erwarte nach einer Auslieferung kein faires Verfahren: „Wie die Stimmung in Frankreich ist, so ist damit zu rechnen, daß sie einfach in den Schützengraben gestellt und erschossen werden. Die Leute werden einfach nicht der Justiz, sondern den Hunden vorgeworfen, und ich glaube, dazu können wir nicht die Hand bieten, diese Leute, die es zum Teil verdient haben, dieser sogenannten ‚Gerechtigkeit‘ auszuliefern“, so Müller im SPD-Vorstand im Januar 1920.¹⁰² Statt die Beschuldigten auszuliefern, plädierte Müller dafür, sie vor das Reichsgericht zu stellen.¹⁰³ Da unter den Siegermächten kein Konsens über die Durchsetzung der Auslieferungen existierte, ließen sich diese schließlich darauf ein, dass die Verfahren gegen Deutsche vor einem deutschen Gericht stattfinden könnten, und verzichteten auf ihre ursprüngliche Forderung nach Überstellung mutmaßlicher Kriegsverbrecher.¹⁰⁴

In Bezug auf den Versailler Vertrag trat Müller für eine verlässliche Haltung Deutschlands ein. Während seiner Amtszeit als Außenminister und darüber hinaus plädierte er immer wieder dafür, „daß das von uns Unterschriebene ausgeführt werden muß, soweit das überhaupt in unserer Kraft steht“.¹⁰⁵ An der „Vertrags-erfüllung bis zum Äußersten“ – „ohne Vorbehalt, ohne Hinterhältigkeit“¹⁰⁶ – führe kein Weg vorbei. Wenngleich seiner Ansicht nach Teile des Abkommens nicht realisierbar waren, vertrat er doch die Haltung, dass das Deutsche Reich „in den Gren-

⁹⁹ Vgl. Reichsgesetzblatt 1919, S. 1101: Vertrag vom 28.6.1919 zwischen dem Deutschen Reich und den Alliierten und Assoziierten Mächten (Friedensvertrag von Versailles), Art. 292.

¹⁰⁰ Anton Golecki, Einleitung, in: AdR Bauer, S. XIX–XC, hier S. XXXII.

¹⁰¹ Vgl. Der Reichsaußenminister an den Reichskanzler, 20.1.1920, in: AdR Bauer, Dok. 152, hier Anm. 2, und Protokoll der Sitzung des Parteiausschusses, Berlin, 13.12.1919, in: Protokolle der Sitzungen des Parteiausschusses der SPD, Bd. 2, S. [730].

¹⁰² Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes, des Parteiausschusses und der Parteidredakteure am 27.1.1920 im Reichstag, in: Ebenda, S. [755]–[800], hier S. [795].

¹⁰³ Vgl. ebenda.

¹⁰⁴ Vgl. Eckart Conze, Die große Illusion. Versailles 1919 und die Neuordnung der Welt, München 2018, S. 385–392.

¹⁰⁵ Protokoll der Sitzung des Parteiausschusses, Berlin, 13.12.1919, in: Protokolle der Sitzungen des Parteiausschusses der SPD, Bd. 2, S. [728].

¹⁰⁶ Zit. nach Verhandlungen der verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung, Stenographische Berichte, Bd. 327, 51. Sitzung, 9.7.1919, S. 1408.

zen der Erfüllbarkeit [...] keine Schuld und kein Vorwurf treffen“ dürfe.¹⁰⁷ Die ausgewerteten Quellen legen nahe, dass er in seiner Außenpolitik um Erfüllung der Vertragsbedingungen bemüht war, um auf diese Weise sowohl Deutschlands guten Willen als auch die Unmöglichkeit zu demonstrieren, allen Forderungen entsprechen zu können.¹⁰⁸

Der weitverbreiteten Hoffnung auf ein Auseinanderbrechen der Entente hing Müller nicht an. Aber er baute darauf, dass es in den Siegerstaaten „einsichtige Leute“ gäbe, die Verständnis für die Situation Deutschlands und der deutschen Regierung aufbringen würden.¹⁰⁹ Zudem setzte er auf einen Wandel der Stimmung in der internationalen Öffentlichkeit gegenüber Deutschland. So stellte er im Dezember 1919 die Frage in den Raum, „ob nicht heute bereits der psychologische Moment gekommen ist, in dem wir zu zeigen haben, daß mit dem deutschen Volke nicht Schindluder getrieben werden kann, wie es weite Kreise in England und Frankreich zu tun beabsichtigen“.¹¹⁰

Das Wiederanknüpfen zwischenstaatlicher Beziehungen: Das Wiederanknüpfen der im Krieg abgerissenen Verbindungen zu den europäischen Nachbarländern beziehungsweise die Aufnahme von Beziehungen zu den neu gegründeten Staaten geschah unter dem Eindruck der deutschen Kriegsniederlage und des Versailler Vertrags. Die Verhältnisse des Deutschen Reichs zu den meisten seiner Nachbarstaaten waren durch komplexe Fragen nach Gebietsabtretungen und Volksabstimmungen sowie durch Entschädigungs- und Besatzungsangelegenheiten bestimmt. Etwas einfacher schien sich hingegen die Wiederaufnahme wirtschaftlicher Beziehungen zu gestalten, insofern genuine Interessen beider Seiten vorlagen und politische beziehungsweise ideologische Differenzen ausgeblendet werden konnten. Ein besonderes Beispiel stellte das sowjetische Russland dar, auf das im Folgenden neben Polen und Österreich exemplarisch eingegangen wird.

In Müllers Haltung gegenüber Sowjetrußland,¹¹¹ zu dem die diplomatischen Beziehungen seit dem 5. November 1918 unterbrochen waren, wird das vorsichtige Ausloten der begrenzten Handlungsoptionen Deutschlands deutlich: Die durch die Oktoberrevolution hervorgerufenen Zustände in Russland, so Müller, stellten sich anfangs „noch außerordentlich verworren“ dar, sodass im Oktober 1919 „eine

¹⁰⁷ Ebenda.

¹⁰⁸ Diese Politik vertrat Müller in seiner Amtszeit mehrfach – von der Regierungserklärung am 23.7.1919 vor der Nationalversammlung (vgl. Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Stenographische Berichte, Bd. 328, 64. Sitzung, 23.7.1919, S. 1857) und wieder am 23.10.1919 (vgl. Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Stenographische Berichte, Bd. 330, 106. Sitzung, 23.10.1919, S. 3357) bis hin zu dem grundsätzlichen Runderlass des von ihm eingesetzten Unterstaatssekretärs Adolf Boyé vom 31.3.1920 (vgl. ADAP, Serie A, Bd. 3, Dok. 90).

¹⁰⁹ Protokoll der Sitzung des Parteiausschusses, Berlin, 13.12.1919, in: Protokolle der Sitzungen des Parteiausschusses der SPD, Bd. 2, S. [729].

¹¹⁰ Ebenda.

¹¹¹ Vgl. Hartmut Unger, Zwischen Ideologie und Improvisation. Moritz Schlesinger und die Rußlandpolitik der SPD 1918–1922, Frankfurt a. M. 1996, S. 81–105. Vgl. dazu auch Zarusky, Deutsche Sozialdemokraten, S. 57–132.

klare Ostpolitik“ vorerst „nicht möglich“ war.¹¹² Hinzu trat Müllers Furcht vor einer russischen „Einmischung in unsere inneren Verhältnisse“. ¹¹³ Daher nahm er eine von Vorsicht geprägte Haltung gegenüber Sowjetrußland ein, auch wenn er sich in der Zukunft „rege wirtschaftliche Verbindungen“ versprach. Er schränkte jedoch ein, dass dort „augenblicklich“ „nicht die goldenen Berge liegen, die man zu uns herüberholen könnte“. ¹¹⁴ Im Laufe der Zeit erkannte Müller die durch die russische Revolution hervorgerufenen Verhältnisse als Realitäten an. Am 16. Februar 1920 führte er vor dem Reichsrat aus, „daß ein baldiger Sturz der Bolschewisten nicht zu erwarten“ sei. ¹¹⁵ Aus diesem Grund plädierte er für einen bedachten Aufbau wirtschaftlicher Beziehungen. ¹¹⁶

Eine Voraussetzung hierfür hatte Müller bereits seit dem Sommer 1919 geschaffen. Damals begann er jene Baltikumpolitik zu liquidieren, ¹¹⁷ bei der deutsche Truppen – teils unbotmäßig, häufig aber auch durch das Reichswehrministerium unter Gustav Noske gedeckt – eine eigenständige Machtposition gegenüber der lettischen Regierung behaupteten und insbesondere die antisowjetische Bürgerkriegsarmee von Oberst Pawel Michailowitsch Bermond-Awaloff unterstützten. ¹¹⁸ Er wandte sich damit auch energisch gegen Empfehlungen aus seinem eigenen Haus. ¹¹⁹ Hartmut Unger hat daher diese „russlandpolitische Wende“ ausdrücklich Müller zugeschrieben. ¹²⁰ Peter Grupp betont zwar den britischen Druck in dieser Angelegenheit stärker, stellt aber ebenfalls eine eigene Linie Müllers heraus, dessen Amtsantritt dabei eine Zäsur bedeutet habe. ¹²¹ Im Oktober 1919 lehnte Müller die Aufforderung des Obersten Rats der Pariser Friedenskonferenz zur Beteiligung Deutschlands an der Wirtschaftsblockade gegen

¹¹² Zit. nach Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Stenographische Berichte, Bd. 330, 107. Sitzung, 24.10.1919, S. 3409.

¹¹³ Zit. nach Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Stenographische Berichte, Bd. 330, 94. Sitzung, 9.10.1919, S. 2958.

¹¹⁴ Ebenda.

¹¹⁵ ADAP, Serie A, Bd. 3, Dok. 35. Zwei Tage später schon überreichten ihm Vertreter der AEG und der Deutschen Orientbank eine Denkschrift, die auf einen Ausbau der Beziehungen drängte; PA AA, RZ 201, 2029. Das Reichspräsident Ebert übersandte Exemplar der Denkschrift vom 17.2.1920 ist abgedruckt in: Deutsch-sowjetische Beziehungen von den Verhandlungen in Brest-Litowsk bis zum Abschluß des Rapallovertrages, hrsg. vom Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR/Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, Bd. 2: 1919–1922, Berlin (Ost) 1971, Dok. 81, S. 182–192.

¹¹⁶ Vgl. etwa Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Stenographische Berichte, Bd. 330, 94. Sitzung, 9.10.1919, S. 2958.

¹¹⁷ Vgl. Müller an Unterstaatssekretär Haniel von Haimhausen, 13.7.1919, in: ADAP, Serie A, Bd. 2, Dok. 95.

¹¹⁸ Vgl. Horst Günther Linke, Deutsch-sowjetische Beziehungen bis Rapallo, Köln 1970, S. 65–82; Grupp, Deutsche Außenpolitik, S. 112–137, und Unger, Ideologie und Improvisation, S. 88–93.

¹¹⁹ Vgl. Aufzeichnung des Unterstaatssekretärs Haniel von Haimhausen, 13.7.1919, in: ADAP, Serie A, Bd. 2, Dok. 94.

¹²⁰ Unger, Ideologie und Improvisation, S. 86.

¹²¹ Vgl. Grupp, Deutsche Außenpolitik, S. 125 und S. 130 f.

den Sowjetstaat ab.¹²² Damit wahrte das Deutsche Reich im russischen Bürgerkrieg Neutralität. Dies bildete eine Grundlage dafür, dass Deutschland im Februar 1920 die diplomatischen Beziehungen wiederaufnehmen konnte.¹²³ Müllers Russlandpolitik war geprägt von einem auf nüchterner Einschätzung der politischen Gegebenheiten beruhenden Pragmatismus.

Die ausgewerteten Akten zu Müllers Außenministerzeit deuten an, dass seine Haltung gegenüber Polen ambivalent war. Einerseits sprach er sich wiederholt für die Anerkennung der Versailler Vertragsbedingungen aus. In seiner Rede vor dem Reichstag am 23. Juli 1919 erklärte Müller etwa: „Millionen Deutscher stehen in Zukunft unter polnischer Herrschaft. So hat der uns diktierte Frieden die vitalen Interessen beiden [sic!] Staatswesen nicht geachtet. Trotzdem wollen wir uns bemühen, gute auskömmliche Verhältnisse zwischen beiden Teilen zu erzielen. Wir wollen in unmittelbaren Verhandlungen mit Polen die Schäden des Friedensvertrages nach Möglichkeit mildern.“¹²⁴ Dabei betonte er, dass sich der Übergang der abzutretenden Gebiete in polnische Hand ohne Gewalttätigkeiten vollziehen solle. Besonderes Augenmerk wolle er darauf legen, „für die an Polen fallenden Deutschen einen zuverlässigen Schutz der Minderheit zu erwirken, damit der kulturelle Zusammenhang jener Deutschen mit der alten Heimat auch dann gewahrt wird, wenn sie loyale Bürger des neuen Staatswesens geworden sind“.¹²⁵ Andererseits finden sich neben solchen – auf Verständigung ausgerichteten – Stellungnahmen auch revisionistische Gedanken. Im Zuge des polnisch-sowjetischen Kriegs (1919–1921) äußerte er etwa die Hoffnung, dass das Deutsche Reich vom Kriegsausgang territorial profitieren werde. So notierte der Reichsminister des Innern, Erich Koch, am 13. Februar 1920 über die Kabinettsitzung vom selben Tag in sein Tagebuch, Müller habe sich dafür ausgesprochen, bei den militärischen Auseinandersetzungen zwischen Sowjetrußland und Polen auf den Sowjetstaat zu setzen, da ein Zerfall Polens den Erhalt Oberschlesiens beim Reich bewirken könne.¹²⁶ Hier wird auch deutlich, dass Müllers Bekenntnis zur Erfüllung des Versailler Vertrags keineswegs einen Verzicht auf Versuche zu dessen Revision bedeutete.

Eine Vereinigung des Deutschen Reichs mit Österreich befürwortete Müller während seiner gesamten Außenministerzeit und darüber hinaus. Als der Geschäftsträger in Wien, Wilhelm Prinz zu Stolberg-Wernigerode, am 25. Juli 1919 erklärte, „schließlich muß doch für jeden national denkenden Deutschen der Anschluß Deutschösterreichs das erstrebenswerte Ziel bleiben“, vermerkte der

¹²² AdR Bauer, Dok. 85. Die von Legationssekretär Hans Hartmann Freiherr von Ow-Wachendorf am 9.10.1919 übermittelte Note der Friedenkonferenz vom selben Tag, in der Deutschland zur wirtschaftlichen Blockade der „Russie bolchevik“ aufgefordert wurde, und die Antwort Müllers vom 29.10.1919, die der Waffenstillstandskommission am Folgetag übergeben wurde, finden sich in: PA AA, RZ 201, 10125. Vgl. dazu auch ADAP, Serie A, Bd. 2, Dok. 191, S. 216.

¹²³ Müller an Kopp, 17.2.1920, PA AA, RZ 201, 2029.

¹²⁴ Zit. nach Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Stenographische Berichte, Bd. 328, 64. Sitzung, 23.7.1919, S. 1856.

¹²⁵ Ebenda.

¹²⁶ Erich Koch, Tagebucheintrag, 13.2.1920, BArchB, NL Erich Koch-Weser, Nr. 21, Bl. 84.

Außenminister am Rand seine Zustimmung.¹²⁷ Und als der österreichische Staatskanzler Karl Renner vor Abschluss des Friedens von Saint Germain um Verständnis dafür bat, dass er im Moment stärker die Vorstellungen der Entente berücksichtigen müsse, ging Müller darauf ein:

„Die Anschlußfrage werden wir im Auge behalten, aber nicht forcieren. Wir wissen, daß wir zur Zeit nicht die Macht haben, das durchzusetzen, was die Deutschösterreicher und wir wünschen. [...] Hier muß die Zeit für uns arbeiten, und sie wird für uns arbeiten. Soweit wir auf bestimmten Gebieten, denen des Rechts und des Verkehrswesens usw., ausgleichend und vorbereitend wirken können, werden wir es tun.“¹²⁸

Am 21. September 1919 teilte er Stolberg mit, „nach dem scharfen Notenwechsel, den wir mit den Alliierten und Assoziierten Regierungen wegen der Vorbereitung des Anschlusses Deutschösterreichs an das Deutsche Reich gehabt haben“, sei „jede öffentlich angebahnte Verhandlung illusorisch“. Wenngleich er daran festhielt, „daß wir auch ohne Einleitung direkter Verhandlungen jeder in seinem Lande alles tun werden, was die Angleichung fördert, damit in hoffentlich nicht allzu ferner Zeit der Anschluß vollzogen werden kann“, kamen für Müller offizielle Verhandlungen über die geplante Fusion daher nicht infrage.¹²⁹

Die Schülersche Reform und die Personalpolitik des Auswärtigen Amts: In den Jahren 1919 und 1920 wurde im Auswärtigen Amt die mit dem Namen des Leiters seiner Personalabteilung verbundene Schülersche Reform umgesetzt. Sie führte vor allem zur Zusammenführung der diplomatischen und konsularischen Laufbahn, zur organisatorischen Verschmelzung der allgemein- und handelspolitischen Aufgaben in neuen Regionalabteilungen sowie zu einer Stärkung der Außenhandelsförderung.

Ein Großteil der Umsetzung der Reform fiel in die Amtszeit Müllers, sodass dieser von Kurt Doß auch als „der eigentliche Reformminister“ bezeichnet worden ist.¹³⁰ Dabei ist zu beachten, dass die Reform bereits in der wilhelminischen Zeit initiiert worden war und auf Anregungen aus Wirtschaftskreisen beruhte. Mit ihrer Umsetzung wurde noch unter Müllers Vorgänger Ulrich Graf Brockdorff-Rantzau begonnen, und am Ende von Müllers Amtszeit als Außenminister war diese noch keineswegs abgeschlossen.¹³¹ Trotzdem spricht für die Sichtweise von Kurt Doß, dass es

¹²⁷ Der Geschäftsträger in Wien, Prinz zu Stolberg-Wernigerode, an das Auswärtige Amt, 25.7.1919, in: ADAP, Serie A, Bd. 2, Dok. 115, S. 198.

¹²⁸ Der Reichsminister des Auswärtigen Müller an den Geschäftsträger in Wien, Prinz zu Stolberg-Wernigerode, 27.8.1919, in: ADAP, Serie A, Bd. 2, Dok. 133, S. 233, Anm. 3.

¹²⁹ Der Reichsminister des Auswärtigen Müller an den Geschäftsträger in Wien, Prinz zu Stolberg-Wernigerode, 21.9.1919, in: ADAP, Serie A, Bd. 2, Dok. 173, S. 314.

¹³⁰ Doß, Amt, S. 236.

¹³¹ Vgl. Heinz Günther Sasse, Die Gründung des Auswärtigen Amts 1870/71, in: 100 Jahre Auswärtiges Amt, S. 23–46, hier S. 36, und Conze, Auswärtiges Amt, S. 51 f. Als Müller das Reformprogramm am 23.10.1919 der Nationalversammlung vorstellte, erkannte er denn auch ausdrücklich an: Die „Gleichstellung der diplomatischen und der konsularischen Karriere ist

Müller war, der am 1. Juli 1919 verfügte, dass „die Umgestaltung des Auswärtigen Dienstes, insbesondere die des Auswärtigen Amtes [...], unverzüglich in Angriff zu nehmen [ist]. Mit der Durchführung im Einzelnen beauftrage ich hierdurch den Geheimen Legationsrat Schüler, der bei Erledigung dieser Aufgabe die Funktion eines Unterstaatssekretärs ausübt und insoweit mir unmittelbar unterstellt wird.“¹³²

Am 31. August 1919 wurde Edmund Schüler dann zum Direktor der Personal- und Verwaltungsabteilung im Auswärtigen Amt berufen.¹³³ Der Chefredakteur des *Berliner Tageblatts*, Theodor Wolff, urteilte gar am 27. Dezember 1920, dass Schüler durch Müller im Auswärtigen Amt „mit der Umbauarbeit betraut und zu diesem Zweck mit Diktatorvollmacht ausgerüstet worden“ sei.¹³⁴ Zugleich sprechen für die Sichtweise von Doß die öffentlichen Äußerungen Müllers zugunsten einer raschen Realisierung der Reformen. Vor der Nationalversammlung führte er im Oktober 1919 aus, dass mit dem erwarteten Wiederaufleben der diplomatischen Beziehungen die „Arbeitsmethoden“ des Auswärtigen Amtes überdacht werden müssten.

Außerdem warb Müller für die Zusammenlegung der diplomatischen und konsularischen Laufbahn und die damit einhergehende Öffnung des Auswärtigen Diensts für gesellschaftliche Gruppen jenseits des bisher tonangebenden Adels: „Die neue Republik muß auf ihre ersten Posten eine Reihe neuer Männer bringen. [...] Vor allen Dingen muß aber auch dafür gesorgt werden – das ist fast noch wichtiger –, daß die Basis der Auslese verbreitert wird für die Zukunft, damit der Nachwuchs aus allen Kreisen herangezogen werden kann.“¹³⁵ Die fachliche Eignung sollte bei der Rekrutierung des diplomatischen Personals fortan ausschlaggebend sein, genauso wie die Akzeptanz der republikanischen Ordnung: „[W]er die Absicht hat, gegen die Republik zu intrigieren, der darf unter keinen Umständen auf einen diplomatischen Posten kommen. [...] Diplomatische Salons, in denen gegen die Republik agitiert wird, können wir draußen noch weniger brauchen als drinnen“, so Müller im Oktober 1919 vor der Nationalversammlung.¹³⁶ Noch 1921 griff Müller in der Diskussion um das SPD-Parteiprogramm diesen Punkt auf und betonte auch die monetären Voraussetzungen: „Lebensaufgabe der Republik muß es sein, auf diesem Gebiet den Tüchtigen die Bahn wirklich freizumachen. [...] Insbesondere muß der junge Nachwuchs während des Aufenthalts in fremden Ländern finanziell so gestellt sein, daß er ohne väterlichen Zuschuß auskommt.“¹³⁷

bereits von meinem Vorgänger, dem Herrn Grafen Brockdorff-Rantzau, angekündigt worden. Ich vertrete dieselbe Auffassung wie er, und wir gehen jetzt daran, diese Ankündigung durchzuführen“; zit. nach Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Stenographische Berichte, Bd. 330, 106. Sitzung, 23.10.1919, S. 3355.

¹³² Hausverfügung vom 1.7.1919, PAAA, RZ 611, 139825.

¹³³ Vgl. Eintrag Schüler, Edmund, in: Biographisches Handbuch des deutschen Auswärtigen Dienstes 1871–1945, Bd. 4, bearb. von Bernd Ispording/Gerhard Keiper/Martin Kröger, Paderborn u. a. 2012, S. 185 f., hier S. 185.

¹³⁴ *Berliner Tageblatt* vom 27.12.1920.

¹³⁵ Zit. nach Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Stenographische Berichte, Bd. 330, 106. Sitzung, 23.10.1919, S. 3355.

¹³⁶ Ebenda.

¹³⁷ Müller-Franken, *Völkerbeziehungen*, in: Braun (Hrsg.), *Programm*, S. 81.

Gezielt wurden vom Auswärtigen Amt Seiteneinsteiger aus dem Wirtschaftsleben angeworben – ein Vorgang, der allerdings bereits unter Müllers Vorgänger eingesetzt hatte und auch nach Ende von Müllers Amtszeit fortgeführt wurde.¹³⁸ Die Besetzung wichtiger diplomatischer Positionen mit Sozialdemokraten begann ebenfalls vor Müller und setzte sich nach seiner Amtszeit fort. Beispielsweise war Adolf Müller, der von 1919 bis 1933 als Gesandter in der deutschen Gesandtschaft in Bern amtierte, in diese Funktion bereits vier Monate vor Müllers Außenministerzeit berufen worden. Auch Samuel Saenger trat seine Position als Bevollmächtigter Vertreter in Prag schon im März 1919 an, wenngleich er sein Einsetzungsschreiben erst während der Amtszeit Müllers überreichte. Ulrich Rauscher, der zunächst in Tiflis und später in Warschau Gesandter war, wurde dagegen erst im November 1920 in den Auswärtigen Dienst übernommen.¹³⁹

In Müllers Amtszeit fallen der Ausbau von Außenhandelsstellen und der Aufbau eines wirtschaftlichen Nachrichtendienstes.¹⁴⁰ Müller war dabei wichtig, dass „die Außenbeamten des Reichs Verständnis für die Lage der deutschen Volkswirtschaft“ aufwiesen. „Der Außenbeamte draußen soll Politik treiben, auch Wirtschaftspolitik, aber keine Geschäfte“, so der Minister vor der Nationalversammlung.¹⁴¹ Dem Auswärtigen Amt sollte eine unterstützende Rolle bei privatwirtschaftlichen Unternehmungen zum Wiederaufleben des Außenhandels zukommen. Bei der Gründungssitzung des Verwaltungsrats einer Außenhandelsstelle des Auswärtigen Amts unterstrich Müller:

„In den hochgehenden Wogen des Weltmarktes erfolgreich zu schwimmen, die alten Fäden der Weltwirtschaft wieder anzuknüpfen, und neue Wege des Bezuges und des Absatzes aufzudecken, dürfte – auch nach Ansicht eines überzeugten Sozialisten – den Staatsorganen umso weniger gegeben sein, als in der nächsten Zukunft gerade unser staatliches Tun in der übrigen Welt auf mannigfache Hemmungen stoßen wird, denen die private Arbeit nicht in gleichem Maße ausgesetzt sein wird. Es kann sich nur um eine Ergänzung der privaten Arbeit handeln.“¹⁴²

¹³⁸ So ging beispielsweise die Ernennung der Hamburger Senatoren Friedrich Sthamer und John von Berenberg-Göbler zu Botschaftern in London und Rom auf eine Empfehlung des DVP-Abgeordneten Jakob Riesser an den Unterstaatssekretär Helmut Wolfgang Toepffer vom 9.2.1919 zurück (PA AA, RZ 103, 23181). Berenberg-Göbler wurde allerdings erst im August 1920 in den Auswärtigen Dienst berufen. Alle Angaben zu den amtlichen Tätigkeiten deutscher Diplomaten sind entnommen: Biographisches Handbuch des deutschen Auswärtigen Dienstes 1871–1945, 5 Bde., Paderborn 2000–2014.

¹³⁹ Rauscher leitete zwar seit August 1919 die Nachrichtenabteilung des Auswärtigen Amts, doch geschah das in Personal- und dann Realunion mit der von ihm bereits 1918 übernommenen Pressestelle der Reichsregierung.

¹⁴⁰ Vgl. Doß, Amt, S. 238.

¹⁴¹ Zit. nach Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Stenographische Berichte, Bd. 330, 106. Sitzung, 23.10.1919, S. 3356.

¹⁴² Zit. nach Doß, Amt, S. 249.

Hermann Müller war der erste Außenminister, der nicht aus dem Auswärtigen Dienst hervorging. Seine Beamten reagierten auf den ersten Sozialdemokraten an der Spitze des Auswärtigen Amtes manchmal eifertig,¹⁴³ manchmal versuchten sie, ihn zu hintergehen.¹⁴⁴ Insgesamt stellte Müller ihnen aber ein gutes Zeugnis aus und bescheinigte ihnen nach dem Kapp-Lüttwitz-Putsch: „Die Haltung des Amtes, dessen Angehörige – unbeschadet ihrer innerpolitischen Gesinnung, [...] der Verfassung unter schwierigen Verhältnissen die Treue gehalten haben, war vorbildlich auch für andere Behörden“.¹⁴⁵ Und schon bei der Baltikumpolitik zeigte sich, dass Müller bereits kurz nach Amtsantritt durchaus in der Lage war, sich auch dann durchzusetzen, wenn seine leitenden Beamten einen anderen Kurs befürworteten.

Der Minister pflegte im und aus dem Auswärtigen Amt einen verbindlichen, wenig emotionalen Umgangston. Als er etwa am 13. Dezember 1919 den Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation, Freiherr Kurt von Lersner, vorab über eine Note informierte, betonte er, dass er darin auf „die Weichheit des Tons“ geachtet habe. Zugleich merkte er an, dass die von ihm gewählte Tonlage „nicht über den Ernst der Lage täuschen“ dürfe.¹⁴⁶ Trotz der Schwere seiner Aufgaben, die sich aus den Versailler Bestimmungen ergaben, achtete Müller also darauf, kooperativ zu wirken. Werbend statt konfrontativ war sein Ton häufig auch in der innenpolitischen Auseinandersetzung, wenn er beispielsweise auf die scharfe Kritik des Publizisten Paul Rohrbach in der Kriegsschuldfrage mit einem ausführlich argumentierenden persönlichen Schreiben antwortete.¹⁴⁷

Peter Grupp konstatiert, dass Edmund Schülers Vorhaben vom „Beharrungsvermögen des Amtsapparats“ behindert worden sei, und stellt fest, dass „dieses Trägheitsmoment [...] nur durch ganz energischen, politisch motivierten Veränderungswillen von außen zu überwinden gewesen“ wäre.¹⁴⁸ Damit impliziert Grupp, dass Müller die nötige Energie für praktische Veränderungen in einer so krisenhaf-

¹⁴³ Ein Beispiel dafür ist die Aufzeichnung des Konsuls Franz-Karl Zitelmann über die Grundzüge der Russlandpolitik vom 6.7.1919, in der er sich auf die angeblich „namentlich in den werktätigen Kreisen“ Deutschlands vertretene Meinung berief und die Hoffnung der deutschen Diplomatie beschwor, „daß das russische Volk bald zu einer gerechten, die Wohlfahrt aller Kreise verbürgenden, wahrhaft demokratischen Regierung gelangen möge“; ADAP, Serie A, Bd. 2, Dok. 86.

¹⁴⁴ Auch hierzu ein Beispiel: Der Wirkliche Legationsrat Werner Freiherr von Grünau teilte am 4.11.1919 dem preußischen Gesandten beim Heiligen Stuhl Diego von Bergen mit, es müsse „ein Gegengewicht gegen die klerikale, im Habsburger Wasser segelnde Presse Tirols auf der einen Seite, auf der anderen Seite gegen die rein jüdische Geschäftspresse und die sozialdemokratische Presse geschaffen werden“ (ADAP, Serie A, Bd. 2, Dok. 225), was kaum im Sinne des Sozialdemokraten Müller war.

¹⁴⁵ Aufzeichnung Müllers vom 25.3.1920, PA AA, RZ 101, 28826, fol. 26.

¹⁴⁶ Der Reichsminister des Auswärtigen Müller an den Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation Freiherr von Lersner (Paris), 13.12.1919, in: ADAP, Serie A, Bd. 2, Dok. 260.

¹⁴⁷ Dazu Paul Rohrbach an den Reichsminister des Auswärtigen Müller, 18.12.1919, PA AA, RZ 201, 20307, fol. 58–64. Vgl. auch Müller an Rohrbach, 14.1.1920, in: ADAP, Serie A, Bd. 3, Dok. 11.

¹⁴⁸ Grupp, Deutsche Außenpolitik, S. 16.

ten Zeit der deutschen Außenpolitik nicht beisteuern konnte. Grupp's Einschätzung ist nicht ganz von der Hand zu weisen. Zwar hatte Müller eine reformerische Rhetorik und erzielte einzelne praktische Erfolge, jedoch gelang es ihm nicht, die Reformen umfassend zu realisieren. Hierfür scheinen insbesondere seine kurze Amtszeit und die diversen akuten außenpolitischen Probleme verantwortlich zu sein.

IV. Reichskanzler Müller und die Außenpolitik 1928 bis 1930

Die ausgewerteten Quellen für die Zeit seiner zweiten Reichskanzlerschaft legen nahe, dass Hermann Müller der Außenpolitik für die Arbeit seines Kabinetts eine hervorgehobene Bedeutung beimmaß. Bereits in seiner Regierungserklärung, die er am 3. Juli 1928 im Reichstag hielt, machte er die auswärtige Politik zu einem zentralen Gegenstand seiner Rede. Darin nannte er einige handlungsleitende Ziele, die die deutsche Außenpolitik im Allgemeinen und seine persönlichen außenpolitischen Interessenschwerpunkte im Besonderen in den Jahren seiner Kanzlerschaft prägen sollten. Zu diesen gehörten insbesondere die Räumung der noch besetzten Gebiete am Rhein und an der Saar, die Förderung einer staatenübergreifenden Abrüstung im Rahmen des Völkerbunds, eine endgültige Regelung der Reparationsfrage sowie der Ausbau der zwischenstaatlichen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen.

Es ging Müller nicht um eine Neuausrichtung, sondern um eine Fortsetzung der von Außenminister Stresemann geprägten und bis zu dessen Tod 1929 praktizierten Politik. Daher hielt Müller auch den Weg der auswärtigen Politik seines Kabinetts bereits zu Amtsantritt für „klar vorgezeichnet“. ¹⁴⁹ In seiner Rede vor dem Völkerbund, die er am 7. September 1928 in Genf hielt, versicherte er den Anwesenden, dass er „in dem gleichen Geiste“ wie der erkrankte und daher durch ihn vertretene Gustav Stresemann agiere. ¹⁵⁰

Müllers praktische Rolle beim Erreichen außenpolitischer Ziele variierte. Das hing einerseits mit dem schwankenden Gesundheitszustand des Reichsaußenministers Gustav Stresemann zusammen, der bis zu seinem Tod am 3. Oktober 1929 wiederholt vertreten werden musste, andererseits hing es von der Bereitschaft Hermann Müllers ab, sich überhaupt auf die Wahrnehmung außenpolitischer Aufgaben einzulassen. Je nach Sachverhalt fiel seine Entscheidung unterschiedlich aus. Zwei Beispiele mögen dies veranschaulichen: Hermann Müller vertrat Gustav Stresemann auf der im September 1928 stattfindenden Konferenz des Völkerbunds. In einem Schreiben vom 28. August 1928, und damit rund eine Woche vor Beginn des Ereignisses, äußerte Müller die Erwartung, dass er „ausserordentlich stark in Anspruch genommen“ werde, da er „ja zum ersten Male Genfer Konferenzboden betrete“. ¹⁵¹

¹⁴⁹ Zit. nach Verhandlungen des Reichstags, Stenographische Berichte, Bd. 423, 4. Sitzung, 3.7.1928, S. 38.

¹⁵⁰ Hermann Müller: Rede vor dem Völkerbund, AdsD, NL Müller, 1/HMAG00027, Dok. 27.

¹⁵¹ Hermann Müller an Ulrich Rauscher, 28.8.1928, AdsD, NL Müller, 1/HMAG00030, Dok. 63.

Der deutsche Reichskanzler hielt während seines mehrtägigen Genfer Aufenthalts am 7. September 1928 eine außenpolitische Grundsatzrede,¹⁵² die er eng mit Stresemann und dem Auswärtigen Amt abgestimmt hatte.¹⁵³ Friedrich von Boetticher, der zu dieser Zeit als Chef der Völkerbundabteilung im Reichswehrministerium fungierte, hatte Müller einen Entwurf der Rede ausgearbeitet.¹⁵⁴ In der Rede sprach sich Müller unter anderem für allgemeine Abrüstungsverhandlungen aus und warnte vor einem Versagen des Völkerbunds in dieser Frage. Zudem nutzte er seine Reise zum Völkerbund für Verhandlungen mit den Außenministern verschiedener europäischer Staaten. Hierzu gehörten bilaterale Gespräche mit dem belgischen Außenminister Paul Hymans,¹⁵⁵ mit dem französischen Außenminister Aristide Briand¹⁵⁶ und mit Lord Cushendun,¹⁵⁷ der den erkrankten britischen Außenminister Austen Chamberlain in Genf vertrat; ebenso tauschte er sich multilateral in den sogenannten Sechsmächte-Besprechungen aus, die am 11., 13. und 16. September 1928 stattfanden.¹⁵⁸ Seinen Aufenthalt wertete Müller rückblickend als Erfolg. In Genf habe er einen „in der ganzen Welt beachteten Vorstoss in der Abrüstungsfrage“ unternommen, so Müller in einem nach dem Ende seiner Kanzlerschaft publizierten Aufsatz zur deutschen Außenpolitik.¹⁵⁹ Zudem unternahm er den Versuch, in einem bilateralen Gespräch mit Briand auf eine umgehende Räumung des Rheinlands hinzuwirken.¹⁶⁰

Am 9. September 1929, und damit ein Jahr nach seinem Aufenthalt in Genf, schrieb Müller in einem Brief an Friedrich von Boetticher, sein Auftreten in Genf werde „eine der schönsten Erinnerungen meines politischen Lebens sein, und zwar nicht deshalb, weil es mir unerwartet starke Sympathien eingetragen hat, sondern um der Sache selbst willen“.¹⁶¹ Mit seinem energischen Auftreten in Genf wollte Müller wohl auch gegenüber dem politischen Gegner in Deutschland „ein für alle Mal mit der Legende aufräumen [...], daß wir Sozialdemokraten nur eine weiche Außenpolitik treiben können“, wie die *Vorwärts*-Redaktion in einem Schrei-

¹⁵² Hermann Müller: Rede vor dem Völkerbund, AdsD, NL Müller, 1/HMAG00027, Dok. 27.

¹⁵³ Vgl. Krüger, Außenpolitik, S. 453.

¹⁵⁴ Vgl. Johannes Hürter, Wilhelm Groener. Reichswehrminister am Ende der Weimarer Republik (1928–1932), München 1993, S. 182.

¹⁵⁵ Auszug aus den Niederschriften über die Besprechungen mit dem belgischen Außenminister Hymans in Genf im September 1928 über die Frage der Mark-Prioritäten, AdsD, NL Müller, 1/HMAG00028, Dok. 37.

¹⁵⁶ Vgl. Unterredung zwischen Reichskanzler Müller und dem französischen Außenminister Briand in Genf, 5.9.1928, in: AdR Müller II/1, Dok. 20, S. 77–84.

¹⁵⁷ Hermann Müller: Zwei Jahre deutscher Außenpolitik, AdsD, NL Müller, 1/HMAG00052, Dok. 5.

¹⁵⁸ Zu den Sechsmächte-Besprechungen in Genf vgl. AdR Müller II/1, Dok. 21, 23 und 28.

¹⁵⁹ Hermann Müller: Zwei Jahre deutscher Außenpolitik, AdsD, NL Müller, 1/HMAG00052, Dok. 5.

¹⁶⁰ Vgl. Aufzeichnung des wissenschaftlichen Hilfsarbeiters Schmidt über die Unterredung zwischen Herrn Reichskanzler und dem französischen Außenminister Briand, 5.9.1928, in: ADAP, Serie B, Bd. 10, S. 9.

¹⁶¹ Schreiben Hermann Müllers an Oberst Boetticher, 9.9.1929, AdsD, NL Müller, 1/HMAG00035, Dok. 52.

ben an den Reichskanzler feststellte.¹⁶² Die Einschätzungen Müllers legen nahe, dass sich der ehemalige Außenminister auf internationalem Parkett durchaus wohlfühlte und in diplomatischen Kreisen zu agieren verstand.

Gleichwohl betrat er dieses Parkett als Reichskanzler nur selten. So lehnte er es etwa nach dem Tod Gustav Stresemanns ab, der deutschen Delegation auf der zweiten Haager Konferenz anzugehören, die sich vom 3. bis zum 20. Januar 1930 der Umsetzung der bereits anvisierten neuen Reparationsvereinbarungen im Rahmen des sogenannten Young-Plans widmete. Am 30. Dezember 1929 begründete er diese Entscheidung in einem Schreiben an den deutschen Gesandten in Polen, Ulrich Rauscher, mit den Worten: „Der Delegation werde ich nicht angehören. Ich blieb gegen alle Bitten taub. Ich halte es für dringend notwendig, hier im Bedarfsfalle Gegenspieler zu sein, wenn uns in Pinkto [sic!] Lasten oder Sanktionen noch mehr zugemutet werden sollte, als Stresemann bereits übernommen hatte.“¹⁶³

Für diese Entscheidung mochte auch Müllers eigener Gesundheitszustand mitverantwortlich gewesen sein. Beispielsweise weilte er während der Haager Konferenz im August 1929 zur Genesung im Kurort Bühlerhöhe bei Baden-Baden.¹⁶⁴ Allerdings lässt sich in den ausgewerteten Dokumenten nachweisen, dass Müller strategische Entscheidungen mitzugestalten gedachte. Er setzte sich etwa mit der Besetzung wichtiger Botschafterposten auseinander und mahnte an, dass bei strittigen Entscheidungen der „notwendige Ausgleich [...] in einer Art Clearing“¹⁶⁵ zwischen Reichspräsident, Reichskanzler und Reichsaußenminister gefunden werden müsse.

Die Räumung noch besetzter Gebiete am Rhein und an der Saar: Hermann Müller unterstrich in seiner Regierungserklärung sein Ziel der Räumung der noch besetzten Gebiete am Rhein und an der Saar: „In Übereinstimmung mit dem ganzen deutschen Volke ist diese Reichsregierung von unserem wohlbegründeten Anspruch auf die sofortige Befreiung dieser Gebiete überzeugt.“¹⁶⁶ Gemeinsam mit Carl von Schubert und unter Kenntnisnahme des erkrankten Außenministers Gustav Stresemann bereitete Müller einen „diplomatischen Vorstoß in diesem Sinne“¹⁶⁷ für die Tagung des Völkerbunds im September 1928 vor. So forderte er etwa gegenüber dem französischen Außenminister Aristide Briand eine Räumung, mit dem er am 5. September 1928 in Genf eine Unterredung hatte. In einer Sechsmächte-Besprechung mit den Außenministern Briand, Vittorio Scialoja, und Hymans sowie mit dem japanischen Botschafter in Paris, Adachi Mineichirō, und Lord Cushen-

¹⁶² Schwarz aus der Redaktion des „Vorwärts“ an Hermann Müller, 8.9.1928, AdsD, NL Müller, 1/HMAG00027, Dok. 20; vgl. auch Hildebrand, Reich, S. 498 f.

¹⁶³ Hermann Müller an Ulrich Rauscher, 30.12.1929, AdsD, NL Müller, 1/HMAG00030, Dok. 81.

¹⁶⁴ Besprechung der deutschen Delegation in Scheveningen, 29.8.1929, in: AdR Müller II/2, Dok. 453, S. 896.

¹⁶⁵ Aufzeichnung über die Besprechung mit dem Herrn Reichspräsidenten am Montag, den 26.11.1928, AdsD, NL Müller, 1/HMAG00027, Dok. 3.

¹⁶⁶ Zit. nach Verhandlungen des Reichstags, Stenographische Berichte, Bd. 423, 4. Sitzung, 3.7.1928, S. 38.

¹⁶⁷ Zit. nach von Schubert an Reichsminister Stresemann, 14.7.1928, in: Carl von Schubert, Dok. 189, S. 530–533, hier S. 532.

dun verwies Müller auf „juristische Gründe“, die genügten, um die Forderung der Rheinlandräumung zu erheben. Ergänzend merkte er an: „Aber wir können auch noch politische und moralische Gründe anführen, die in der Locarno-Politik begründet liegen.“¹⁶⁸ Mit erheblichem Nachdruck suchte er so eine Verhandlungslösung mit den ehemaligen Kriegsgegnern. Die Räumung des Rheinlands fand schließlich ab Juni 1930 und damit rund drei Monate nach dem Ende von Müllers Reichskanzlerschaft statt. Die „Rheinlandbefreiung“,¹⁶⁹ so Müller rückblickend, sei „im Interesse der Sicherheit des europäischen Friedens“ notwendig gewesen, damit „die moralische Abrüstung [...] die Befriedung der Geister“ erfolgen konnte.¹⁷⁰ Auf eine vorzeitige Rückgliederung des Saargebiets oder eine vorgezogene Volksabstimmung konnte sich die Regierung Müller nicht mit der französischen Regierung verständigen. Das Saargebiet, das durch den Versailler Vertrag für 15 Jahre unter das Mandat des Völkerbunds gestellt worden war, fiel erst nach Ablauf der regulären Frist 1935 nach erfolgter Volksabstimmung an das Deutsche Reich zurück.

Die Forderung nach einer internationalen Abrüstung: Eine der zentralen europapolitischen Forderungen Hermann Müllers, die er bereits lange vor seiner zweiten Kanzlerschaft erhoben hatte, war diejenige nach einer Abrüstung in Verbindung mit der Gleichbehandlung des Deutschen Reichs in der Rüstungsfrage. Die damit einhergehenden Ambivalenzen, die bereits für die Zeit ab 1918 aufgezeigt werden konnten, wurden in seiner zweiten Reichskanzlerschaft erneut evident.

In seiner Regierungserklärung vom 3. Juli 1928 führte Müller aus, dass die „Entwaffnung Deutschlands [...] bis zum letzten Ende durchgeführt“ worden sei und ergänzte: „[K]ein Staat hat so viel für die allgemeine Sicherheit getan wie Deutschland“.¹⁷¹ Dies würden unter anderem die Verträge von Locarno und die aktive Mitarbeit des Deutschen Reichs im Sicherheitskomitee des Völkerbunds zeigen. Daraus schlussfolgerte er: „Alles das gibt uns das Recht und die Pflicht, mit allem Nachdruck die Forderung zu erheben, daß jetzt endlich mit der Durchführung der allgemeinen Abrüstung Ernst gemacht und so der sehnliche Wunsch der Völker, die durch den furchtbaren Krieg gegangen sind, erfüllt wird.“¹⁷²

Am 7. September 1928 griff Hermann Müller diesen argumentativen Faden erneut auf und brachte vor dem versammelten Völkerbund zum Ausdruck, dass der „grundlegende Gedanke“ einer allgemeinen Abrüstung mehr als eine bloße Hoffnung sei und eine internationale „Unterdrückung der Kriegsmittel“ umgesetzt werden müsse.¹⁷³

¹⁶⁸ Sechsmächte-Besprechung in Genf, 11.9.1928, in: AdR Müller II/1, Dok. 21, S. 84–94, hier S. 85.

¹⁶⁹ Zur Rheinlandbefreiung: AdsD, NL Müller, 1/HMAG00052, Dok. 7.

¹⁷⁰ Ebenda.

¹⁷¹ Zit. nach Verhandlungen des Reichstags, Stenographische Berichte, Bd. 423, 4. Sitzung, 3.7.1928, S. 39.

¹⁷² Zit. nach ebenda.

¹⁷³ Vorwärts vom 8.9.1928: „Hermann Müller spricht in Genf. Die Rede des Reichskanzlers von der Nachmittagssitzung des Völkerbunds am 7. September 1928“.

„Die Entwaffnung Deutschlands darf nicht länger dastehen als der einseitige Akt der den Siegern des Weltkrieges in die Hände gegebenen Gewalt. Es muß endlich zur Erfüllung des vertraglichen Versprechens kommen, daß der Entwaffnung Deutschlands die allgemeine Abrüstung nachfolgen solle.“¹⁷⁴

An den Verhandlungen darüber, die seit der Völkerbundversammlung 1927 im Rahmen des Komitees für Schiedsgerichtbarkeit und Sicherheit stattgefunden hatten, habe Deutschland „mit größtem Interesse“ teilgenommen. Müller maß dem Völkerbund für das Erreichen dieses Ziels die alles entscheidende Rolle zu und mahnte an, dass „ein Versagen des Völkerbundes in der Abrüstungsfrage geradezu bedrohliche Folgen“ haben müsse.¹⁷⁵ Da die vorbereitende Abrüstungskommission seit drei Jahren ergebnislos tage, forderte Müller in seiner Genfer Rede die „Einberufung einer ersten Entwaffnungskonferenz“.¹⁷⁶ Unmittelbare Konsequenzen zeitigte seine Abrüstungsinitiative nicht. Dementsprechend stellte er in seiner 1930 gehaltenen Rede in Zürich fest, dass die „Verpflichtung zur Abrüstungsbestimmung der Friedensverträge [...] nicht minder heilig als die anderen Bestimmungen dieser Verträge“¹⁷⁷ sein dürfe.

Parallel zu diesen Forderungen nach einer allgemeinen Abrüstung setzte Müller im Inland auf einen Ausgleich mit der Reichswehr und unterstützte Maßnahmen, die die militärischen Kapazitäten des Deutschen Reichs erhöhten. So verabschiedete seine Regierung für 1929 einen zum Vorjahr deutlich größeren Wehrhaushalt und beschloss den Bau des Panzerkreuzers A.¹⁷⁸ Müllers Regierung genehmigte damit das bis dahin größte Rüstungsvorhaben der Reichswehr nach Kriegsende und wurde dafür unter anderem von sozialdemokratischen Parteikollegen, die den Bau zu verhindern versucht hatten, und von Sozialisten im Ausland heftig kritisiert.¹⁷⁹ Außerdem wurde unter der Regierung Müller die von der Reichswehr betriebene Geheimplanung haushaltsrechtlich genehmigt und damit auf eine scheinbar legale Basis gestellt. Darüber hinaus stützte seine Regierung den Ausbau des Grenz- und Landesschutzes und bemühte sich damit um eine Verbesserung der deutschen Verteidigungsfähigkeit.¹⁸⁰ Trotz seiner Appelle zugunsten einer allgemeinen Abrüstung ist daher zu konstatieren, dass Müller in seiner zweiten Reichskanzlerschaft eine wehrfreundliche Politik betrieb.¹⁸¹ Entsprechend äußerte sich der Reichswehrminister und Ex-General Wilhelm Groener in der letzten Ministerbesprechung dieses Kabinetts am 27. März 1930, „daß

¹⁷⁴ Ebenda.

¹⁷⁵ Ebenda.

¹⁷⁶ Ebenda.

¹⁷⁷ Müller-Franken, Deutsch-französische Verständigung, S. 422.

¹⁷⁸ Vgl. Hürter, Wilhelm Groener, S. 70 und S. 154 f.

¹⁷⁹ Hermann Müller an Kurt Lenz über die französischen Sozialisten und die Panzerkreuzerfrage, 22.8.1928, AdsD, NL Müller, 1/HMAG00042, Dok. 268, und Hermann Müller an den Gesandten Adolf Müller, 8.4.1929, AdsD, NL Müller, 1/HMAG00033, Dok. 98.

¹⁸⁰ Vgl. Bergien, Bellizistische Republik, S. 231.

¹⁸¹ Vgl. Hürter, Wilhelm Groener.

die gesamte Wehrmacht dem Reichskanzler wärmsten Dank für die vorbildliche Art und Weise ausspreche, mit der er die Interessen der Wehrmacht gefördert habe. Seine Tätigkeit zugunsten der Wehrmacht werde nie vergessen werden.¹⁸² Müllers Bestreben der Gleichbehandlung des Deutschen Reichs in Rüstungsangelegenheiten führte neben wiederholt vorgetragene Abrüstungsforderungen also auch zu praktischen Aufrüstungsaktivitäten in seiner zweiten Reichskanzlerschaft.

Endgültige Klärung der Reparationsfrage: Ein weiteres Ziel seiner Kanzlerschaft war es, eine endgültige Regelung in der Reparationsfrage zu erzielen. Die Vereinbarungen – vom Dawes- bis hin zum Young-Plan – sah Müller als einen Erfolg der deutschen Außenpolitik an, auch wenn er das Erreichte nur sehr bedingt für sich beanspruchte. Vielmehr maß er dem Wirken Stresemanns entscheidende Bedeutung zu. Seinen größten Eigenanteil am Young-Plan sah er darin, zu einer Versachlichung der Verhandlung durch Einrichtung einer Kommission der Wirtschaftsexperten beigetragen zu haben.¹⁸³ Rückblickend schrieb er hierzu: „Ich einigte mich mit den Vertretern der beteiligten Mächte auf die Einberufung einer Konferenz wirtschaftlicher Sachverständiger, die an Stelle des provisorischen Dawesplans eine Endlösung für die Reparationsfrage finden sollten.“ Nicht zuletzt durch sein Wirken sei ein Lösungsweg eingeschlagen worden, der sich nicht nach politischen Stimmungen, sondern nach nüchternen Analysen richtete.¹⁸⁴ Damit verband Müller die leise Hoffnung, durch eine endgültige Klärung der Reparationsfrage eine neue Epoche der deutschen Außenpolitik einleiten zu können. An den belgischen Abgeordneten Emile Vandervelde schrieb er am 22. August 1928: „Ich brauche Ihnen nicht zu sagen, wie ich mich persönlich freuen würde, wenn es gelänge, nach diesen Expertenverhandlungen im Laufe des Sommers auch alle politischen Streitpunkte zu beseitigen und den Krieg, wie Briand zu sagen pflegt, endgültig zu liquidieren.“¹⁸⁵

Der unter Müllers Kanzlerschaft ausgehandelte Young-Plan trat erst zum 1. August 1930 und damit nach Ende seiner Amtszeit in Kraft. Müller wertete sein Zustandekommen als Erfolg, für den er dem namensgebenden Präsidenten der Sachverständigenkonferenz, Owen Young, telegrafisch den „wärmsten Dank der

¹⁸² Ministerbesprechung vom 27.3.1930, 17 und 19 Uhr im Reichstag, in: AdR Müller II/2, Dok. 489, S. 1610.

¹⁸³ Bereits im November 1928 hatte er seine Position in einem Schreiben an den Berner Gesandten Adolf Müller beschrieben: Er werde auf einem „Experten-Komiteé“ für die Findung einer endgültigen Lösung der Reparationsfrage bestehen; Hermann Müller an den Gesandten in Bern, Adolf Müller, 1.11.1928, AdsD, NL Müller, 1/HMAG00027, Dok. 23.

¹⁸⁴ „Der neue Plan bedeutete für Deutschland gewiss eine schwere Last. Wir werden sie nur tragen können, wenn auch die Gläubigerstaaten, wie das im Sinne des Planes liegt, in wahrhaft europäischem Geiste auf unsere Lage Rücksicht nehmen“; AdsD, NL Müller, 1/HMAG00052, Dok. 7.

¹⁸⁵ Hermann Müller an Emile Vandervelde, 22.3.1929, AdsD, NL Müller, 1/HMAG00028, Dok. 38.

Reichsregierung“ übermittelte.¹⁸⁶ Zugleich hielt er sich nicht zurück, zu betonen, dass auch der „neue Plan für Deutschland eine schwere Last“ bedeute.¹⁸⁷

Ausbau der zwischenstaatlichen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen: Bereits lange vor seiner Zeit als Reichskanzler hatte Hermann Müller dem Ausbau der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen eine besondere Bedeutung beigemessen. Auf dem SPD-Parteitag 1925 in Heidelberg äußerte Müller: „Wir haben immer gesagt: wirtschaftliche Beziehungen müssen gepflogen werden ganz unabhängig von der Staatsverfassung, in der sich ein Staat befindet.“¹⁸⁸ In puncto Handelsbeziehungen plädierte Müller damit für einen ausgeprägten Pragmatismus, der sich auch in seiner zweiten Reichskanzlerschaft zeigte. In seiner 1928 gehaltenen Regierungserklärung bezeichnete er den Abschluss neuer Handelsverträge als „das vornehmliche Mittel zur Beseitigung von Hindernissen im Austausch der einzelnen Volkswirtschaften“. Die Erweiterung der Handelsbeziehungen zu den östlich und südöstlich gelegenen Staaten sehe die Reichsregierung als „eine wesentliche Aufgabe“ an.¹⁸⁹ Zu den unter seiner Reichskanzlerschaft geführten Verhandlungen gehörten diejenigen zum deutsch-polnischen Liquidationsabkommen und zum Handelsvertrag mit dem östlichen Nachbarstaat,¹⁹⁰ für die Müller ein besonderes Interesse erkennen ließ: Einerseits hatte Müller die durch den Versailler Vertrag festgelegten Gebietsabtretungen nicht akzeptiert und – wie die meisten seiner Zeitgenossen – eine Revision der Grenzziehung angestrebt. Andererseits hielt er an einer „friedlichen Verständigung“¹⁹¹ mit Polen fest und machte deutlich, dass man nicht „im Vorbeigehen das Korridorproblem lösen“¹⁹² könne und stattdessen pragmatische Verbesserungen für die deutsche Minderheit über Verhandlungen zu einem Handelsabkommen finden müsse. Diesbezüglich stellte Müller gegenüber dem deutschen Gesandten in Polen, Ulrich Rauscher, fest, er nehme sich „persönlich der Sache an“,¹⁹³ und schrieb ihm zugleich, er wolle über die Verhandlungen „laufend unterrichtet sein“.¹⁹⁴ Gegenüber dem polnischen Außenminister August Zaleski äußerte Müller in einer Unterredung am 12. September 1928, dass er „bereits vor seiner Amtszeit als Kanzler stets für die Regelung der deutsch-polnischen Fragen einge-

¹⁸⁶ Telegramm des Reichskanzlers an Owen Young, 8.6.1929, AdsD, NL Müller, 1/HMAG00029, Dok. 57.

¹⁸⁷ Zur Rheinlandbefreiung: AdsD, NL Müller, 1/HMAG00052, Dok. 7.

¹⁸⁸ Sozialdemokratischer Parteitag 1925 in Heidelberg, S. 256.

¹⁸⁹ Zit. nach Verhandlungen des Reichstags, Stenographische Berichte, Bd. 423, 4. Sitzung, 3.7.1928, S. 39.

¹⁹⁰ Vgl. Kabinettsitzung vom 20.2.1930, in: AdR Müller II/2, Dok. 453, S. 1472, und Behring, Hermann Müller und Polen.

¹⁹¹ Ebenda, S. 311.

¹⁹² Hermann Müller an Ulrich Rauscher, 21.11.1929, AdsD, NL Müller, 1/HMAG00030, Dok. 80.

¹⁹³ Hermann Müller an Ulrich Rauscher, 20.3.1929, AdsD, NL Müller, 1/HMAG00030, Dok. 74. Darüber hinaus: Hermann Müller an Reichstagspräsident Paul Löbe, 16.2.1929, AdsD, NL Müller, 1/HMAG00042, Dok. 276; Hermann Müller an Ulrich Rauscher, 28.8.1928, AdsD, NL Müller, 1/HMAG00030, Dok. 63, und Hermann Müller an Ulrich Rauscher, 1.11.1928, AdsD, NL Müller, 1/HMAG00030, Dok. 67.

¹⁹⁴ Hermann Müller an Ulrich Rauscher, 21.8.1928, AdsD, NL Müller, 1/HMAG00030, Dok. 62.

treten“ sei.¹⁹⁵ In einem Brief vom 21. November 1929 brachte Müller gegenüber Rauscher zum Ausdruck: „Es war vielleicht falsch, dass man gelegentlich von einer Generalvereinbarung der deutsch-polnischen Beziehungen gesprochen und geschrieben hat und darin böswillige Nationalisten das Ostlocarno zu wittern versuchten.“¹⁹⁶ Trotz dieses Zweifels war der Abschluss des Liquidationsabkommens bereits Ende Oktober 1929 gelungen. Der Vertrag regelte den Verzicht auf gegenseitige finanzielle Ansprüche und trug zu einer zwischenzeitlichen Verbesserung der bilateralen Beziehungen bei. Der ebenfalls ausgearbeitete Handelsvertrag wurde zwar am 17. März 1930 unterzeichnet, gelangte aber nicht mehr zur Ratifikation.¹⁹⁷

Der wirtschaftlichen Zusammenarbeit maß Müller auch nach Ende seiner zweiten Kanzlerschaft eine zentrale außenpolitische Bedeutung bei. So zeigte er sich in seiner 1930 in Zürich gehaltenen Rede überzeugt, dass eine staatenübergreifende Instanz zur Regelung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit in Europa „eines Tages“ eine „Lösung erheischen“¹⁹⁸ würde: „Auf industriellen Gebieten ist der Not gehorchend schon heute vielfach die Zusammenarbeit international geregelt. Kali, Rohstahl und Chemie haben ihre Abkommen über die Verteilung der Märkte. Hier fehlt aber die überstaatliche Aufsicht.“¹⁹⁹

V. Fazit

Hermann Müller vertrat ab 1918 außenpolitische Grundpositionen, die er zwar jeweils den Handlungskontexten anpasste, die jedoch seine Außenministerzeit überdauerten und sich noch bis in die Jahre seiner zweiten Reichskanzlerschaft nachweisen lassen. Hierzu gehört sein Bestreben, außenpolitische Ziele des Deutschen Reichs – inklusive der Revision des Versailler Vertrags – ausschließlich auf friedlichem Wege zu erreichen. Dabei zeigte er sich überzeugt, dass neben einer bilateralen Außenpolitik auch eine multilaterale Politik zur Problemlösung notwendig sei. Zwar kritisierte er die Genese und den Aufbau des Völkerbunds scharf, da dieser im Rahmen der Pariser Friedensordnung von den Siegermächten gegründet worden sei. Trotzdem entwickelte Müller einen pragmatischen Umgang mit dem Völkerbund und hoffte darauf, dass der Versailler Vertrag und seine Folgen für das Deutsche Reich unter Einbeziehung des Völkerbunds revidiert würden. Außer auf den Völkerbund legte er ein besonderes Augenmerk auf die deutsch-französische Verständigung, auch wenn deren praktische Bedeutung bei ihm stark variierte und sich Sympathiebekundungen und ernüchternde Äußerungen zur französischen Deutschlandpolitik abwechselten. Ein grundsätzliches Ziel

¹⁹⁵ Unterredung zwischen dem Reichskanzler und dem polnischen Außenminister Zaleski in Genf, 12.9.1928, in: AdR Müller II/1, Dok. 22, S. 95.

¹⁹⁶ Hermann Müller an Ulrich Rauscher, 21.11.1929, AdsD, NL Müller, 1/HMAG00030, Dok. 80.

¹⁹⁷ Vgl. Behring, Hermann Müller und Polen, S. 313.

¹⁹⁸ Müller-Franken, Deutsch-französische Verständigung, S. 419.

¹⁹⁹ Ebenda, S. 420.

der deutschen Außenpolitik lag für Müller in der Verständigung mit den Entente-Mächten über eine allgemeine Abrüstung, die von allen ehemaligen Kriegsparteien durchgeführt werden sollte. Müllers Haltung zu einer Abrüstung blieb nicht frei von Ambivalenzen: Trotz wiederholter Aufrufe zur Demilitarisierung trat er für eine Ausweitung der deutschen Wehrfähigkeit ein, insbesondere als sich seine Hoffnungen auf eine staatenübergreifende Abrüstung nicht erfüllten.

Sein Handeln im und aus dem Auswärtigen Amt ist vor dem Hintergrund des Versailler Vertrags einzuordnen, den Müller am 28. Juni 1919 unterzeichnete und der dem deutschen Außenminister einen nur engen außenpolitischen Handlungsspielraum gewährte. Obwohl die Friedensbedingungen von Versailles die schlimmsten Befürchtungen überstiegen, plädierte Müller bereits als Außenminister dafür, dass Deutschland eine verlässliche Haltung gegenüber den Siegerstaaten des Ersten Weltkriegs einnehmen und das Unterschriebene ausführen müsse. Der Aufbau neuer Außenbeziehungen geschah in der neunmonatigen Amtszeit ebenfalls unter dem Eindruck der deutschen Kriegsniederlage und des Versailler Vertrags. Seine Zeit als Außenminister war von den Problemen der Gebietsabtretungen und Volksabstimmungen, der Entschädigungen und Besatzungen bestimmt. Zudem legte Müller ein besonderes Augenmerk auf die durch Edmund Schüler konzipierten inneren Reformen des Auswärtigen Amts, die bereits eingeleitet waren, von ihm aber fortgeführt und offensiv beworben wurden. Seine kurze Amtszeit und die mit Versailles verbundenen außenpolitischen Herausforderungen dürften maßgeblich dazu beigetragen haben, dass die Reformen in Müllers Amtszeit als Außenminister nur teilweise umgesetzt wurden. Die Öffnung des Auswärtigen Diensts für Seiteneinsteiger aus Wirtschaft, Politik und Verwaltung, ja generell für mehr bürgerliche Bewerber begann vor der Amtszeit Müllers, wurde von ihm aber ebenfalls nachdrücklich unterstützt und auch von seinem Amtsnachfolger weiterverfolgt. Der Hauch der Veränderung, der durch das traditionell aristokratisch-elitär geprägte Ministerium wehte, ging insgesamt zwar nicht von Müller aus, die Reformen wurden von ihm aber stark befürwortet und fortgesetzt, auch wenn die Umsetzung der umfangreichen Reformziele unter seiner Leitung nur teilweise gelang.

*Lars Lehmann, Jörn Retterath, Christoph Johannes Franzen, Magnus Brechtken,
Johannes Hürter, Hermann Wentker und Andreas Wirsching*

Idyll und Verbrechen

Die neue Dauerausstellung der Dokumentation Obersalzberg

I. Vorbemerkungen

Am 20. Oktober 1999 öffnete die Dokumentation Obersalzberg ihre Pforten – an Adolf Hitlers zweitem Regierungssitz, wo er zwischen 1933 und 1945 rund ein Viertel seiner Amtszeit verbrachte. Seit mehr als 20 Jahren informiert die vom Institut für Zeitgeschichte München–Berlin (IfZ) kuratierte Dauerausstellung über die Geschichte des historischen Orts und gibt einen fundierten Überblick über den Nationalsozialismus einschließlich seiner Verbrechen. Mehr als drei Millionen Menschen haben die Ausstellung bisher gesehen, 2019 kamen rund 170.000 Besucherinnen und Besucher. Die Dokumentation besetzt damit einen historisch belasteten Ort, schafft Transparenz und eröffnet ein wissenschaftlich fundiertes Informationsangebot.

Dieser Erfolg führte die museale Infrastruktur an ihre Grenzen, die Mitte der 1990er Jahre auf rund ein Fünftel der mittlerweile erreichten Besuchszahlen ausgelegt worden war. Deshalb hat die bayerische Staatsregierung beschlossen, die Dokumentation Obersalzberg zu erweitern. Momentan entsteht ein Neubau, der mit rund 800 Quadratmetern mehr als doppelt so viel Fläche für die Dauerausstellung bieten wird. Das bestehende Gebäude wird zu einem Bildungszentrum mit weiteren Seminarräumen für die museumspädagogische Vermittlungsarbeit umgebaut, die ebenfalls vom IfZ durchgeführt wird.

Seit der Konzeption der aktuellen Ausstellung sind fast 25 Jahre vergangen. In diesen zweieinhalb Jahrzehnten ist die historische Forschung zum Nationalsozialismus vorangeschritten; erinnert sei nur an die neuen Perspektiven, die die Debatte um das Konzept der „Volksgemeinschaft“ eröffnet hat. In Verbindung mit einer breiten Forschung zu NS-Verbrechen war es gerade diese Debatte, die zu einem besseren Verständnis von Mord und Ausgrenzung auch als gesellschaftliches Phänomen beigetragen hat. Wie jedes Medium bedürfen auch Ausstellungen der regelmäßigen Überarbeitung und Aktualisierung, wenn sie Vermittlung auf der Höhe des Forschungsstands ermöglichen sollen. Da bildet die Dokumentation Obersalzberg keine Ausnahme. Eine ganze Reihe von Ausstellungen vergleichbarer Institutionen an historischen Orten, die Historikerinnen und Historiker um die Jahrtausendwende konzipiert haben, werden gegenwärtig einer Erneuerung unterzogen. Für den neuen Museumsraum haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Dokumentation Obersalzberg am IfZ das Konzept für eine neue Dauerausstellung erarbeitet.¹ Begleitet wird die Arbeit durch einen hochkarätig

¹ Die konzeptionellen Grundlagen für die neue Ausstellung entwickelte ein Team um die Autoren und die Kuratorin Sylvia Necker, seit 2019 Leiterin des LWL-Preußenmuseums Minden und des LWL-Besucherzentrums im Kaiser-Wilhelm-Denkmal. In wechselnden Besetzungen gehörten dem Team außerdem Moritz Fischer, Anna Greithanner, Susanne Maslanka, Sebastian Peters, Maren Richter und Christina Rothenhäusler als Kuratorinnen und Kuratoren, wis-

besetzten Wissenschaftlichen Beirat² und durch ein Kuratorium aus Vertreterinnen und Vertretern von Politik und Gesellschaft.³

II. Leitmotive und Erzählprinzip

„Idyll und Verbrechen“ – es ist genau dieser Gegensatz zwischen der Schönheit der Berge und den Schrecken der NS-Herrschaft, die den Täterort Obersalzberg definieren. Gelegen oberhalb von Berchtesgaden in den bayerischen Alpen, bietet das Hochplateau des Obersalzbergs die sprichwörtliche Postkartenidylle (und heutzutage zahlreiche Motive für die Selfiekultur). Der Obersalzberg jedoch ist nicht ein Berg wie jeder andere. Hier befanden sich zwischen 1933 und 1945, wie Martin Bormann es in einem Brief an die NSDAP-Gauleiter formulierte, „Privatwohnung und Privathaushalt des Führers“.⁴

Doch auch die Reduktion auf die Privatsphäre der Regimegrößen ist irreführend. Tatsächlich war der Obersalzberg nicht nur ein privates Refugium, in das sich Hitler zurückzog, um sich zu erholen. Diese unpolitisch-naive Sicht der Dinge, die durch die NS-Propaganda bewusst verbreitet und auch nach 1945 noch gerne rezipiert wurde, korrespondiert mit dem Verlangen nach einem anständigen, jedenfalls nicht gewalttätigen, nach einem entlasteten und damit auch entlastenden Hitler. Durch zahllose Postkarten und Bildbände, die dieses Zerrbild massenhaft verbreiteten, war der Obersalzberg eine maßgebliche Quelle für die gesellschaftliche Etablierung dieses „Führer“-Images. Im Kern rekurriert dieses Image auf den

senschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bzw. wissenschaftliche Volontärin an; sie entwickelten und bearbeiteten einzelne Themenbereiche und Medienelemente. Sonja Herzl-Förster, Mathias Irlinger, Marie-Luise Kreiling, Magdalena Oberpeilsteiner, Karin Wabro und Leonie Zangerl begleiteten die konzeptionellen Arbeiten didaktisch und museumspädagogisch; Anja Deutsch und Sora Stöckl besorgten das Sammlungsmanagement. Unverzichtbare Unterstützung leisteten Eva-Maria Zemsch sowie als studentische und wissenschaftliche Hilfskräfte Mario Boccia, Korbinian Engelman, Leonhard Gruber, Laura Lademann, Monika Malessa, Fabio Raineri, Caroline Rieger, Alina Schneider, Helena Schwinghammer, Andreas Stelzl und Margaretha Vordermayer.

² Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats sind: Dr. Gabriele Hammermann (Leiterin der KZ-Gedenkstätte Dachau), Prof. Dr. Hans Walter Hütter (Präsident der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland), Prof. Dr. Alfons Kenkmann (Inhaber des Lehrstuhls für Didaktik der Geschichte, Historisches Seminar der Universität Leipzig), Prof. Dr. Volkhard Knigge (Direktor der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora i. R.), Prof. Dr. Alexander Koch (†) bzw. Prof. Dr. Raphael Gross (Präsidenten der Stiftung Deutsches Historisches Museum Berlin), Prof. Dr. Wolfram Pyta (Leiter der Abteilung Neuere Geschichte, Historisches Seminar der Universität Stuttgart) und Prof. Dr. Joachim Scholtyseck (Leiter der Abteilung für Geschichte der Neuzeit, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn und bis März 2020 Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats des IfZ).

³ Die aktuell 24 Mitglieder des Kuratoriums unter dem Vorsitz von Dr. Walter Schön (Ministerialdirektor a. D., ehemaliger Amtschef im Bayerischen Staatsministerium der Justiz) finden sich, wie auch eine Übersicht weiterer Projektbeteiligter, unter www.obersalzberg.de/neugestaltung/beteiligte-und-gremien [16.10.2020].

⁴ Bundesarchiv Berlin, R 187/320, Rundschreiben der Verwaltung Obersalzberg, Martin Bormann, 5.10.1938.

nationalsozialistischen Führerkult, den die NS-Propaganda lange Zeit am Obersalzberg inszenierte: der nahbare Volkskanzler, der gute Nachbar, der Kinder- und Tierfreund, der Berg- und Naturliebhaber, der unermüdliche Arbeiter für das Volk und jeden einzelnen „Volksgenossen“.

Was uns die Aufnahmen von Hitlers Leibfotografen Heinrich Hoffmann vorgaukeln, die in großer Zahl am Obersalzberg entstanden, ist – kurzum – der nette „Führer“ von nebenan. Dieses Bildangebot und die darauf aufsetzende Interpretation bot Entlastung, nicht nur für den Ort selbst, an dem Hitler ja nur ganz privat „in seinen Bergen“⁵ gewohnt habe, sondern auch für all diejenigen, die in den 1930er Jahren in großer Zahl dorthin gefahren waren, um einen Blick auf „ihren Führer“ zu erhaschen, ihm zu begegnen oder gar von ihm berührt zu werden. Nahm man die Propaganda für bare Münze, konnte man Verfolgung und NS-Verbrechen bequem auf Distanz halten: Der Obersalzberg hatte damit ebenso wenig zu tun wie die ehemaligen Hitleranhänger. Und auch die Faszination, die der Ort nach 1945 auf die zahlreichen Besucherinnen und Besucher ausübte, konnte sich mit einer entpolitisierten und voyeuristisch grundierten Unschuld des Schlüsselblicks bemänteln. Nur auf der Grundlage dieser spezifischen Geschichtsvorgeschichte lässt sich die unbekümmerte Kommerzialisierung des Obersalzbergs durch geschäftstüchtige Einheimische in der Nachkriegszeit verstehen, die auf die zahlreichen Besucherinnen und Besucher aus dem In- und Ausland sowie die Angehörigen der Besatzungstruppen zielte.

Die neue Ausstellung „Idyll und Verbrechen“ zeigt vor dem Hintergrund dieser Inszenierungen die enge Verflechtung des Obersalzbergs mit der Verfolgungspolitik und den Massenverbrechen des NS-Regimes auf. Noch stärker als bisher wird deutlich, dass die Verbrechen nicht als etwas Unverbundenes begriffen werden können, das sich fernab vom Obersalzberg ereignete und diesen schon durch die räumliche Distanz nicht berührte. Tatsächlich waren die Verbrechen der Wesenskern des Nationalsozialismus, und sie sind nicht nur abstrakt, sondern sehr konkret mit dem Obersalzberg verknüpft – durch Entscheidungen, die hier getroffen wurden, durch Opferschicksale und Täterbiografien, aber auch durch den Blick auf die NS-Gesellschaft. Dabei verfolgte das Konzeptteam bei der Entwicklung des Ausstellungsnarrativs drei Leitmotive:

Die Ausstellung zeigt die Diskrepanz zwischen Hitlers idyllisch gelegener Bergresidenz in großartiger Landschaft einerseits und den Schauplätzen des millionenfachen Mords andererseits, aber auch zwischen der Schönheit der Landschaft und der hier betriebenen Verfolgungs- und Mordpolitik. Dabei verdeutlicht sie, dass diese Diskrepanz eine rein äußerliche ist und legt die vielfältigen Zusammenhänge und Verbindungslinien offen. Sie thematisiert die Gleichzeitigkeit von (inszeniertem) Alltag und Verbrechen, von schönem Schein und Diskriminierung, von Gewalt und Massenmord, die die NS-Herrschaft prägte. Die Ausstellung zeigt dies nicht nur anhand der Berghof-Gesellschaft auf dem Obersalzberg, sondern blickt

⁵ Vgl. Heinrich Hoffmann, Hitler in seinen Bergen. 86 Bilddokumente aus der Umgebung des Führers, Berlin 1935.

gleichzeitig auf die „Volksgemeinschaft“ und auf die alltäglichen Mechanismen von gesellschaftlicher Inklusion und Exklusion.

Die Dekonstruktion der Propagandabildwelten, die am Obersalzberg geschaffen wurden, ist eine zentrale Aufgabe. Der Ort war einer der wichtigsten Inszenierungsorte des Führerkults; die Images, die Hitler und Hoffmann dort schufen, prägen das Bild vom Obersalzberg vielfach bis heute. Ihre Darstellung im Ausstellungskontext kann und sollte nicht vermieden werden – vielmehr müssen sie thematisiert und konsequent hinterfragt werden, ohne ihrer Re-Ästhetisierung Vorschub zu leisten.

Zu diesen drei Leitmotiven treten drei eng miteinander verknüpfte erzählerische Grundprinzipien. Die Erzählung arbeitet exemplarisch, exponatorientiert und strebt eine ortsgebundene Darstellung an, orientiert sich also konsequent an der Perspektive des historischen Orts. Ausgangspunkt der Themenerzählungen ist der Obersalzberg – also der Ort, an dem sich die Besucherinnen und Besucher befinden und an dem sie aus der Landschaft des gegenwärtigen Obersalzbergs in den Ausstellungsraum treten. Der „authentische Ort“⁶ ist der *unique point of interest*; ausgehend von seinen Spezifika und dem Interesse des Publikums daran, kann das Allgemeine im Besonderen vermittelt werden. Die Menschen wollen sich aus unterschiedlichsten Motivationen heraus mit der Geschichte des Obersalzbergs befassen. Auch die neue Ausstellung greift dieses Interesse auf und macht es für die eigene Vermittlungs- und Bildungsaufgabe fruchtbar, indem sie gesicherte Informationen und die fundierte Einordnung in den weiteren historischen Kontext bietet.

Das Prinzip der ortsgebundenen Darstellung liefert thematische Leitlinien und Orientierung bei der kuratorischen Auswahl dessen, was – und teils auch wie – in einer Ausstellung exemplarisch erzählt werden soll, der sowohl durch den verfügbaren Raum als auch durch das Zeitbudget und die Ausdauer des Publikums Grenzen gesetzt sind. Dabei wird der Ort nicht eng gefasst. Die historische Topografie, die die Ausstellung entfaltet, endet nicht am Berghof oder den Grenzen des „Führersperrgebiets“, sondern bezieht den lokalen und regionalen Kontext Berchtesgadens, des Berchtesgadener Lands, teils auch Salzburgs sowie Münchens als nächstgelegene Groß- und Gauhauptstädte mit ein. Dort finden sich zahlreiche Anknüpfungspunkte für Erzählungen, die ein weites Spektrum an Themen der NS-Geschichte abdecken und die die Besucherinnen und Besucher auch weit vom Obersalzberg weg an viele andere Orte im Reich und im besetzten Europa führen. Die Orte werden in der Ausstellung immer wieder in Beziehung gesetzt mit den Menschen – mit den Opfern, aber auch mit den Verantwortlichen für Verfolgung und Vernichtung. Aus dem Leitmotiv der Diskrepanz und dem Prinzip der ortsgebundenen Darstellung leitet sich auch die Strukturierung der Narrative ab. So lässt sich dem Publikum etwa die gesellschaftsgeschichtliche Perspektive durch

⁶ Vgl. Axel Drecoll/Thomas Schaarschmidt/Irmgard Zündorf (Hrsg.), Authentizität als Kapital historischer Orte? Gedenkstätten, Dokumentationszentren und die Sehnsucht nach dem unmittelbaren Erleben im Stadtraum, Göttingen 2019.

den Blick auf ausgewählte Orte der „Volksgemeinschaft“ vermitteln. Das zentrale Ausstellungskapitel „Täterort und Tatorte“ präsentiert Massenverbrechen und Völkermord an ausgewählten Schauplätzen, die in Beziehung zum historischen Ort Obersalzberg gesetzt werden.

III. Ein Rundgang

Der Prolog der Ausstellung empfängt die Eintretenden mit einer Collage aus Ansichten des Obersalzbergs, die Hitlers Haus Wachenfeld oder den späteren Berghof zeigen. Die Ausführungen reichen vom Ölgemälde über kleine Veduten im billigen Alufolierahmen bis zu einem Wandteller aus Porzellan. Die Ansichten werden zwar in einer sogenannten Petersburger Hängung (enge Reihung von Gemälden an einer Wand) inszeniert, die aber in bewusstem Kontrast steht zur Qualität der Werke. Was sich hier findet, ist in der Regel Massenware, Schund und Kitsch. Zusätzlich gebrochen wird die Inszenierung durch eine Reihe von hinterleuchteten Gegenbildern, die die Orte von Verbrechen, Krieg und Völkermord zeigen, die den Besucherinnen und Besuchern in der Ausstellung als Teil der Keyvisuals nochmals begegnen werden – dazu unten mehr. Auf der Rückwand des Prologs befindet sich der Metalog, der am Übergang zwischen Ausstellung und Bunker diese Inszenierung nochmals aufgreift.

Das narrative Grundelement der neuen Dauerausstellung sind 17 Erzähleinheiten, die wiederum zu fünf Kapiteln zusammengefasst sind. Kapitel eins befasst sich unter dem Titel „Die Bühne Obersalzberg“ aus verschiedenen Perspektiven mit dem historischen Ort im engeren Sinne. Gleich zu Anfang macht die Ausstellung die Besucherinnen und Besucher mit der Topografie des Obersalzbergs vor und während der NS-Zeit vertraut. Ein dreidimensionales Modell des „Führersperrgebiets“ mit Hitlers Berghof im Zentrum bietet geografische Orientierung und zeigt zugleich die Transformationen des Bergrückens zwischen 1933 und 1945. Das Modell dient als Wegweiser in einer historischen Landschaft, aus der die Ausstellungsgäste zwar gerade kommen, in der aber nur noch wenige historische Überreste vorhanden sind und die in den Nachkriegsjahrzehnten stark überformt wurde.

Es folgt ein Themenblock, der der Bedeutung des Berghofs und der Berghof-Gesellschaft für Hitler und seine Herrschaft gewidmet ist – also jener eigentümlichen Mischung aus Regierungszentrale im Bergidyll und privatem Wohnsitz nebst Ersatzfamilie, die der Diktator unter diesem Dach versammelte. Erläutert wird dies anhand von Gemeinschaftsorten wie der Terrasse oder der großen Halle des Berghofs, aber auch anhand der täglichen, stark ritualisierten Spaziergänge Hitlers. Am Ende dieses ersten Kapitels steht eine Erzähleinheit zu den Propagandabildwelten sowie zu dem Kitsch und den Devotionalien, die mit dem Obersalzberg verbunden sind und die den Führerkult beförderten und zugleich ein lukratives Geschäft waren. Ein großer Medientisch, der in Kooperation mit dem Leibniz-Institut für Wissensmedien in Tübingen entwickelt wurde, bietet die Möglichkeit, interaktiv die Propagandabilder Heinrich Hoffmanns zu dekonstruieren. Geboten werden unter anderem Informationen zur Entstehung und fotografischen Konstruktion der Bil-

der, zu Motivtraditionen und technischer Ausführung, zu Retuschen und inhaltlicher Entschlüsselung.

„Führer, Volk und Sperrgebiet“ lautet der Titel von Kapitel zwei, das die gesellschaftsgeschichtliche Perspektive eröffnet. Den narrativen Anschluss an die vorangegangene Sektion bildet der Blick auf die zahlreichen „Volksgenossinnen“ und „Volksgenossen“, die zunächst bis an den Zaun von Hitlers Haus Wachenfeld pilgerten, mit dessen Ausbau zum Berghof sie aber zusehends aus dem „Führersperrgebiet“ ausgeschlossen wurden. Es folgen die bereits erwähnten Orte der „Volks-gemeinschaft“, an denen sich Verfolgende und Verfolgte begegneten. Inklusion und Exklusion werden so nicht als zwei Seiten eines Phänomens erzählt, sondern in enger, sich gegenseitig bedingender Verflechtung. Die Orte der „Volks-gemeinschaft“ werden verwoben mit den Schicksalen von verfolgten Individuen und Familien aus der Region. Biografische Verbindungslinien führen aus der Region um den Obersalzberg zu den Schauplätzen des Völkermords. Auf diese Weise werden anhand von Orten und Biografien die Mechanismen und Auswirkungen der nationalsozialistischen Verfolgungs- und Vernichtungspolitik anschaulich gemacht und als gesellschaftliche Phänomene gezeigt, in denen sich der Alltag der einen durch das Handeln der anderen radikal veränderte. Damit wurden Alltagsorte nach den rassistischen Regeln der „Volks-gemeinschaft“ neu konfiguriert; für die Opfer änderten sie radikal ihr Gesicht: Sie mutierten zu lokalen Kristallisationspunkten von Ausgrenzung, Diskriminierung und Verfolgung. Am Übergang zwischen den Kapiteln zwei, drei und vier befasst sich schließlich eine Querschnittssequenz mit Hitlers Buch „Mein Kampf“, dessen zweiter Band in weiten Teilen am Obersalzberg geschrieben wurde. Die Konsequenzen der in dieser Hetzschrift grundgelegten Weltanschauung sind Gegenstand der umliegenden Kapitel.

Kapitel drei „Bergwelt und Weltmacht“ widmet sich in seinem ersten Teil vor allem der Vorkriegsphase von Hitlers Expansionspolitik und greift Aspekte der „Bühne Obersalzberg“ auf. Nach Fertigstellung des Berghofs 1936 war der Obersalzberg ein wichtiger Ort von Hitlers Außen- und Bündnispolitik. Ausgehend vom Empfang von Staatsgästen auf der großen Freitreppe des Berghofs wird die Inszenierung und die kulturelle Praxis von Außenpolitik hinterfragt. Konkretisiert wird diese dann anhand der drei Expansionsschritte Saargebiet, Österreich und Sudetenland, für die der Obersalzberg ein wichtiger Schauplatz war. Auch das Ausstellungsnarrativ zum Zweiten Weltkrieg konzentriert sich auf die Bedeutung des Obersalzbergs. Es zielt deshalb weniger auf eine Gesamtschau der militärischen Ereignisse, sondern legt den Schwerpunkt auf maßgebliche Richtungsentscheidungen, die Hitler dort getroffen hat, und zahlreiche Befehle, die am Obersalzberg ergingen und den verbrecherischen Charakter des Kriegs prägten. Wochen- und monatelang diente der Berghof als „Führerhauptquartier“, in dem der Feldherr Hitler weitab vom realen Kriegsgeschehen die Truppen der Wehrmacht durch Europa lenkte. In diesem Kapitel begegnet man zudem erstmals dem Gebirgsjägerregiment 100, dessen II. Bataillon seit 1938 in der Jägerkaserne in der Strub bei Berchtesgaden untergebracht war. Der Verband marschierte im März 1938 nach Salzburg, überschritt Anfang September 1939 die polnische Grenze, nahm am Westfeldzug 1940 teil, landete im Mai 1941 auf Kreta, kämpfte ab Anfang

1942 im Belagerungsring um Leningrad und ab 1943 in Italien. Die Besucherinnen und Besucher folgen den Gebirgsjägern an die Schauplätze von Kriegsverbrechen und Vernichtungskrieg.

Kapitel vier ist räumlich im Zentrum der Ausstellung verortet. Der Titel „Täterort und Tatorte“ setzt den historischen Ort nicht nur sprachlich in engen Konnex mit den Verbrechenorten, sondern tut dies auch räumlich wie konzeptionell. Im Zentrum der Ausstellung am Täterort Obersalzberg stehen die Tatorte und die dort begangenen Verbrechen, von der „Euthanasie“ über die Hungerpolitik in den besetzten Gebieten der Sowjetunion bis hin zu Holocaust und Völkermord. Die Verknüpfung erfolgt nicht nur symbolisch, sondern auch inhaltlich: Die Tatorte und die Verbrechenkomplexe, für die sie stehen, werden mit dem Obersalzberg in Beziehung gesetzt – durch Befehle oder durch Gleichzeitigkeiten, durch Täter- oder Opferbiografien. Der Obersalzberg ist in der Ausstellung ohne Hartheim, Leningrad, Kaunas, Warschau, Treblinka oder Auschwitz nicht zu rezipieren. Ergänzt wird dieses auf die Tatorte fokussierte Narrativ durch ein Medienelement, das die zeitlichen, räumlichen und numerischen Dimensionen der nationalsozialistischen Verbrechen sichtbar macht.

Das abschließende Kapitel führt in die Zeit „Nach Hitler“ und fokussiert noch einmal stärker den historischen Ort. Das Kriegsende in Berchtesgaden und die kampflose Einnahme des „Führersperrgebiets“ durch amerikanische und französische Truppen werden hier erzählt. Der fundamentalen Umgestaltung des Bergs nach 1933 durch die Nationalsozialisten folgte eine weitere durch den Bombenangriff vom April 1945 und die in der Nachkriegszeit bis in die Gegenwart konsequent betriebene Beseitigung aller Überreste aus der NS-Zeit. Dem Triumph der alliierten Befreier folgte die Entwicklung zu einem Besuchsmagneten und touristischen Hotspot, den kritische Journalistinnen und Journalisten in den 1950er Jahren als „Rummelplatz der Zeitgeschichte“⁷ beschrieben. Die *Recreation Area*, die die amerikanischen Streitkräfte bis Mitte der 1990er Jahre in Berchtesgaden und in den verbliebenen Gebäuden aus der NS-Zeit unterhielten, ist ebenso Teil dieses Schlusskapitels wie der nostalgische, nachtrauernde Blick auf den „alten“ Obersalzberg, also auf das Bergdorf der Zeit vor Hitler.

In vielerlei Hinsicht schließt Kapitel fünf an Kapitel eins an. 1923 kam Hitler auf den Obersalzberg, im Juli 1944 verließ er ihn, ohne noch einmal zurückzukehren. Anfang und Ende der Ausstellung machen die mehrfache Transformation des historischen Orts sichtbar – die Veränderungen der Topografie, aber auch der semantischen und bildlichen Aufladungen, die bis heute vielschichtig bleiben und dem historischen Ort heterotope Züge verleihen. Fotografische Blicke auf die Gegenwart des Obersalzbergs sind es auch, mit denen die Ausstellung ihr Publikum zunächst entlässt. Der Metalog greift dabei den Prolog wieder auf und streut die gleichen Bilder von Verfolgung, Krieg und Verbrechen unter die aktuellen Aufnahmen.

⁷ Abendzeitung vom 6.9.1960.

Mit der Bunkeranlage wartet dann der letzte Teil des Rundgangs, für den sich – wie die Ergebnisse von Besuchsforschungsprojekten dokumentieren – rund die Hälfte der Gäste besonders interessiert. Eine inhaltliche Hinführung erhalten sie in einem Vorraum vor dem Portal, das in den Bunker führt. Der Bunker selbst ist keine Ausstellungsfläche. Er ist vielmehr ein Realexponat, das lediglich eine erweiterte Kommentierung erfährt. Eine Ausnahme bilden die vorhandenen Medienräume, die zwei Themen Platz bieten werden, die in besonders engem Zusammenhang zum Bunker stehen. Im Hörraum werden die Erfahrungen von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern dokumentiert, die auf dem Obersalzberg eingesetzt waren und auch an der Errichtung des Bunkers mitarbeiten mussten. Im alten Wechslausstellungsraum, dem ehemaligen Luftschutzraum des Hotels Platterhof, finden Informationen zum Luftangriff auf den Obersalzberg Platz. Nach dem Rundgang durch den Bunker führt der Weg zurück an die Oberfläche. Dort kommen im Epilog überlebende Opfer des Nationalsozialismus zu ihrem Recht – gerade am Obersalzberg gebührt ihnen das letzte Wort.

IV. Über das Zeigen

Die Dokumentation Obersalzberg trägt eine Grundsatzentscheidung im Namen, die im zeitlichen Kontext ihrer Entstehung gewissermaßen historisiert werden kann. Ausstellungen an historischen Orten, die mit der Selbstinszenierung des verbrecherischen Regimes verbunden sind, versuchten lange Zeit, jeden Anschein musealer Inszenierung zu vermeiden. Dazu gehörte in der Regel, auf dreidimensionale Objekte zu verzichten. Als problematisch angenommen wurde die besondere Aura der „Museumsdinge“,⁸ von denen ein besonderes Risiko unerwünschter Faszination auszugehen schien; solche Objekte fanden weit häufiger Eingang in die Ausstellungen von Gedenkstätten, wo Artefakte der Opfer geeignet schienen, emotionale Nähe und Empathie zu generieren. Das war an den Inszenierungsstellen des Nationalsozialismus nicht erwünscht. Folglich entschied man sich, zu dokumentieren – durch Akten oder Fotos, durch „Flachware“ also, der in ihrer Zweidimensionalität größere Nüchternheit zugeschrieben wurde. In diesem Sinne war die Dokumentation Obersalzberg freilich noch nie eine reine Dokumentation – sie zeigte von Anfang an auch eine Reihe dreidimensionaler Objekte.

Die neue Ausstellung wird diese Tradition nicht nur fortsetzen, sondern in noch größerem Umfang auf dreidimensionale Objekte setzen und sich offensiv zum musealen Charakter von Einrichtung und Darstellung bekennen. Dennoch wird auch weiterhin nicht der Eindruck entstehen, hier sei dem „Führer“ oder Hitlerdevotionalien ein Museum gebaut worden: Zum einen haben wir in den letzten Jahrzehnten durch die Erkenntnisse der historischen Bildkritik und der *Visual History* gelernt, dass gerade Bilder als Quellen (und auch als Exponate) keineswegs unproblematisch sind. Für die fotografischen Propagandainszenierungen eines

⁸ Vgl. Gottfried Korff, *Museumsdinge: deponieren – exponieren*, hrsg. von Martina Eberspächer/Gudrun Marlene König/Bernhard Tschöfen, Köln/Weimar/Wien 2002.

Heinrich Hoffmann gilt dies erst recht. Auch die Annahme, die großformatige Hinterleuchtung einer Fotografie sei keine Form der Inszenierung oder erzeuge keine auratische Wirkung, scheint wenig schlüssig. Egal ob Fotos oder Objekte – beides bedarf der historisch sensiblen, ausreichend kontextualisierten und zurückhaltenden Präsentation und Inszenierung. Zum anderen sind Ausstellungen ein Medium des Zeigens, das einlädt, sich auf die Exponate – egal ob zwei- oder dreidimensional – einzulassen und sich mit ihnen zu beschäftigen. Dazu gehört bei aller deutlich formulierten Grundhaltung eine gewisse Offenheit und Uneindeutigkeit sowie das Angebot, sich von Exponaten anziehen zu lassen. Die Attraktion des Exponats, auch des dreidimensionalen Objekts, gilt es vor allem als Chance, nicht als Gefahr zu begreifen: Das Publikum wird sich umso intensiver mit den Themen der Ausstellung auseinandersetzen (und nicht nur konsumieren), wenn es den nötigen Freiraum für eigenes Denken vorfindet.

Ziel ist es, die Exponate erzählen zu lassen. Im Mittelpunkt steht nicht das, was gelesen werden soll, sondern das, was zum Betrachten einlädt. Die Exponate dienen nicht der Veranschaulichung des Texts; sie sollen vielmehr ihre Geschichte erzählen und so zum eigentlichen Träger des Ausstellungsnarrativs werden. Das entspricht dem Medium. Nicht erst seit sich unsere medialen Seh- und Konsumbedingungen unter den Vorzeichen der Instagram-Kultur massiv verändert haben, sind die Exponate in Ausstellungen die Aufmerksamkeitsgeneratoren. Sie wecken und kanalisieren das Interesse, das wir uns wünschen und das wir für eine erfolgreiche Vermittlung brauchen. Die Ausstellungstexte bleiben weiterhin wichtig, ohne sich jedoch in den Vordergrund zu drängen. In deutscher und englischer Sprache bieten sie gut verständlich und auf Leseeffizienz optimiert den nötigen Hintergrund für eine informierte Auseinandersetzung. Die einzelnen Exponate werden so in ihre historischen Zusammenhänge eingeordnet und zu einer größeren Erzählung zusammengeführt. Auch gilt es, ein Angebot für diejenigen bereit zu halten, die es gewohnt sind, sich in einer Ausstellung anhand von Texthierarchien zu orientieren und einen effizienten Überblick über ein Segment zu gewinnen, um auf dieser Grundlage zu entscheiden, ob sie sich an dieser Stelle in den Inhalt vertiefen möchten oder nicht. Notwendig ist eine Balance zwischen Offenheit und Freiraum einerseits und einem leitenden Angebot an Information, Orientierung, Interpretation und Haltung andererseits – eine Balance, die eine kritische, nicht-affirmative Lesart nahelegt.

V. Raum und Gestaltung

Ausstellungen sind ein in erster Linie visuelles Medium. Sie basieren auf dem Zeigen von Dingen im Raum, das immer auch Inszenierung ist. Die Gestaltung des Raums ist deshalb von eminenter Wichtigkeit. Der im Entstehen begriffene Erweiterungsbaubau, den das österreichische Architekturbüro Aicher Ziviltechniker (Dornbirn) ausgesprochen überzeugend entworfen hat, macht nur wenige Vorgaben. Die Ausstellungsfläche befindet sich in einem offenen, zusammenhängenden Raum ohne Zwischenwände oder unterschiedliche Ebenen, an die sich die Ausstellung anpassen müsste. So bleiben große Freiräume für die Ausstellungs-

gestaltung, die das Büro ramićsoenario Ausstellungsgestaltung (Berlin) übernommen hat. Es hat für die neue Dauerausstellung der Dokumentation Obersalzberg eine unaufdringliche, gleichwohl charakteristische Formensprache entwickelt, die sich an die umliegende Berglandschaft anlehnt. Sie stellt damit eine Verbindung her zum Außen, zum Idyll, reduziert es jedoch zugleich und folgt damit den Prämissen von Nüchternheit und Zurückhaltung, die der Auseinandersetzung mit dem historischen Ort Obersalzberg angemessen sind. Das gestalterische Konzept grenzt sich bewusst sowohl von der propagandistischen Inszenierung des Obersalzbergs in der NS-Zeit als auch von seiner Reduzierung auf eine enthistorisierte, idyllische Berglandschaft ab und vermeidet die Gefahr einer doppelten (Re-)Ästhetisierung.

Der Ausstellungsraum wird nur zurückhaltend durch Wände gegliedert. Zusammen mit behutsam eingesetzten sekundären raumbildenden Maßnahmen wie Licht und Deckenstrukturierung erlauben sie es den Besucherinnen und Besuchern gleichwohl, sich zu orientieren und in der Ausstellung zurechtzufinden. Gleichzeitig entsteht eine Offenheit, die es ermöglicht, die Ausstellung auch abweichend von einem gedachten Führungsweg zu erkunden. Dabei ist es Teil des Konzepts, schon am Ende von Kapitel eins durch immer breiter werdende Durchgänge den Zugang zum zentral verorteten Kapitel vier, also zu den Tatorten der NS-Verbrechen, zu ermöglichen.

Orientierung bietet ebenfalls die hierarchische Struktur der Ausstellung. Die fünf Kapitel sind jeweils farblich codiert und verfügen über einen prominenten Einführungstext und ein Keyvisual. Diese sind die einzigen Installationen der Ausstellung, die Fotografien großformatig inszenieren. Sie vermitteln die Kernbotschaft des jeweiligen Kapitels, indem sie ein (Propaganda-)Bild vom Obersalzberg mit einem Gegenbild aus den Kontexten Verfolgung, Krieg und Völkermord überlagern. Gemeinsam mit den Kapiteltexten bilden sie Anker, die durch Sichtlinien verbunden sind, um so auch in kurzer Zeit wichtige Informationen über den Obersalzberg zu vermitteln.

Unterhalb der Kapitel gliedert sich die Ausstellung in die bereits erwähnten 17 Erzähleinheiten. Sie funktionieren weitgehend modular und setzen nicht die Kenntnis aller vorangegangenen Themenbereiche voraus. Jede dieser Erzähleinheiten verfügt über ein gestalterisch besonders hervorgehobenes Schlüsselexponat, das zusammen mit einem weiteren einführenden Text einen Einstieg und grundlegende Informationen zum Thema bietet. Je nach Interesse und Zeitbudget kann das Publikum sich dann ausgehend von diesem Exponat weiter in die Ausstellung vertiefen. Der gedachte Idealrundgang orientiert sich an diesen Schlüsselexponaten, die – wie schon die Keyvisuals – durch Sichtlinien miteinander verbunden sind.

Blickachsen werden außerdem von Anfang an genutzt, um inhaltliche Zusammenhänge über Kapitel- und Erzähleinheitengrenzen hinweg herzustellen. Schon in Kapitel eins können die Besucherinnen und Besucher durch Wanddurchbrüche Teile von Kapitel vier sehen – sie blicken vom Obersalzberg aus auf die Tatorte. In Kapitel zwei korrespondieren insbesondere die Biografien der Opfer mit entsprechenden Blickachsen, die aus der „Volksgemeinschaft“ und der Region hin

zu den Tatorten des Kapitels vier führen. Auch der enge Konnex von Krieg und Massenverbrechen wird durch eine eigene Sichtachse visualisiert.

Durch die räumliche Anordnung von Kapitel vier im Zentrum des Ausstellungsraums, die Zugänglichkeit aus praktisch allen anderen, ringförmig im Außenbereich angeordneten Kapiteln und die Ausrichtung zahlreicher Blickachsen von außen nach innen wird die Bedeutung der NS-Verbrechen unterstrichen und die inhaltliche Kernaussage der Ausstellung räumlich und gestalterisch unterstützt: Idyll und Verbrechen – der historische Ort Obersalzberg ist mit Krieg und Völkermord aufs Engste verknüpft.

VI. Ausblick

Die Arbeiten am Konzept der neuen Dauerausstellung sind weitgehend abgeschlossen; Ausstellungsdrehbuch und Textbuch liegen vor. Abhängig vom Baufortschritt wird die Ausstellung voraussichtlich innerhalb der nächsten zwei Jahre eröffnet.

Die Dokumentation Obersalzberg wird damit für die nächsten Jahre über eine moderne, inhaltlich auf dem gegenwärtigen Stand der Forschung basierende und attraktiv gestaltete Dauerausstellung verfügen. Sie wird – noch mehr als bisher, und anders, als die Bezeichnung nahelegt – nicht nur ein statisches Medium sein. Verschiedene Formen der inhaltlichen Auseinandersetzung und Weiterentwicklung, etwa durch Interventionen oder im Rahmen des Bildungs- und Vermittlungsprogramms, sind nicht nur Arbeit mit, sondern immer auch Arbeit an der Ausstellung. Zudem verfügt die Dokumentation Obersalzberg zukünftig über Platz für Leih- oder selbst kuratierte Wechsellausstellungen. Dort können relevante Themen vertieft und inhaltliche Horizonte geweitet werden.

Axel Dreccoll, Albert Feiber und Sven Keller

15. Aldersbacher Schreib-Praxis

Ein anwendungsorientiertes Seminar des Instituts für Zeitgeschichte und des Verlags De Gruyter Oldenbourg (26. bis 30. Juli 2021)

I. Zielsetzung

Die Universitäten vermitteln zwar die Grundlagen wissenschaftlichen Arbeitens, legen aber auf die sprachliche Präsentation der Forschungsergebnisse nicht zuletzt deshalb weniger Wert, weil diesbezügliche Schulungen sehr zeitaufwändig sind und von den Lehrstühlen nicht geleistet werden können. Die Initiative des Instituts für Zeitgeschichte München–Berlin (IfZ) und des Verlags De Gruyter Oldenbourg setzt bei diesen Defiziten an. Das Seminar soll die Sprach- und Darstellungskompetenz jüngerer Historikerinnen und Historiker stärken, ein entsprechendes Problembewusstsein wecken und ein Forum bieten für die praktische Einübung der entsprechenden Techniken. Ziel ist mit anderen Worten: Gutes wissenschaftliches Schreiben zu lehren.

Die Verantwortlichen der Publikationsreihen des IfZ und insbesondere die *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* erhalten laufend Manuskripte, die zwar wissenschaftlich hochwertig sind, aber im Hinblick auf die sprachliche Gestaltung oft sehr zu wünschen übrig lassen. Die Redaktionen verfügen deshalb auf diesem Feld über langjährige Erfahrungen und große Kompetenz bei der Arbeit mit Texten, die sie an ihre künftigen Autorinnen und Autoren weitergeben wollen.

II. Ablauf

Schwerpunkt des Seminars sind praktische Übungen, die sich insbesondere auf neuralgische Punkte wissenschaftlicher Abhandlungen beziehen: Einstieg in das Thema einer Studie, Vernetzung verschiedener Argumente, richtiger Gebrauch von Stilmitteln wie Bilder und Vergleiche, prägnante Zusammenfassung und Präsentation von Thesen und Ergebnissen. Darüber hinaus soll das Bewusstsein dafür geschärft werden, dass verschiedene Textgattungen den Einsatz unterschiedlicher Darstellungsformen notwendig machen. Diese Differenzierung soll etwa durch die Erarbeitung von Rezensionen oder durch die Diskussion ausgewählter Aufsätze erlernt und eingeübt werden. Das Seminar umfasst Lehrveranstaltungen im Plenum ebenso wie Einzel- oder Gruppenarbeit, wobei die von den Seminarteilnehmerinnen und -teilnehmern verfassten Werkstücke unter der Anleitung eines erfahrenen Redakteurs intensiv diskutiert werden.

III. Anmeldung, Unkostenbeitrag, Ort und Zeitpunkt des Seminars

Das Seminar beginnt am späten Nachmittag des 26. Juli und dauert bis zum 30. Juli. Interessierte wenden sich mit Angaben zur Person und zu ihrem bisherigen Studiengang (inhaltliche Schwerpunkte und besondere Interessen, Thema von Master- oder Zulassungsarbeit beziehungsweise der Dissertation, Name der

Betreuerin beziehungsweise des Betreuers) bis zum 15. April 2021 an das *Institut für Zeitgeschichte, Redaktion der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Frau Barbara Schäffler, Leonrodstraße 46b, 80636 München (schaeffler@ifz-muenchen.de)*. Voraussetzung für die Teilnahme ist die Entrichtung einer Seminargebühr in Höhe von 100 Euro und die Übernahme der Reisekosten. Alle übrigen Leistungen – mit Ausnahme der Abendverpflegung – werden vom IfZ erbracht. Um die nötige Arbeitsatmosphäre zu gewährleisten, soll das Seminar in großer Abgeschlossenheit stattfinden. Bestens dafür geeignet ist die Bildungsstätte des ehemaligen Zisterzienserklosters Aldersbach bei Passau, das die nötigen Räumlichkeiten für Unterricht und Unterbringung bietet und verkehrstechnisch mühelos zu erreichen ist.

Thomas Schlemmer

Kommentar im VfZ-Forum und Aufzeichnung des „Podiums Zeitgeschichte“ 2020

Ein neuer Kommentar im VfZ-Forum

Der ungarische Zeithistoriker Krisztián Ungváry hat für das Forum von VfZ-Online den Gastbeitrag „75 Jahre Kriegsende: Keine Politik ohne Geschichte“ kommentiert, den Bundesaußenminister Heiko Maas zusammen mit Andreas Wirsching, Direktor des Instituts für Zeitgeschichte München–Berlin und Herausgeber der *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, im Mai 2020 für das Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* verfasst hat. Der Diskussionsbeitrag ist nachzulesen unter:
<https://www.ifz-muenchen.de/vierteljahrshefte/forum>

Aufzeichnung des „Podiums Zeitgeschichte“ 2020

Mit dem knappen Sieg Joe Bidens bei der Wahl in den USA am 3. November 2020 beginnt Donald Trumps Präsidentschaft, Geschichte zu werden. Die Verwerfungen dieser Präsidentschaft haben die VfZ veranlasst, ihr viertes „Podium Zeitgeschichte“ den deutsch-amerikanischen Beziehungen zu widmen. Dabei ging es vor allem darum, Faktoren der Stabilität und des Wandels im gegenseitigen Verhältnis herauszuarbeiten, Kontinuitäten und Zäsuren zu untersuchen, dem spezifischen Gewicht organisatorischer Strukturen oder biografischer Konstellationen nachzuspüren sowie nach den Grenzen des transatlantischen Verständnisses und damit auch nach den Grenzen der Amerikanisierung in Deutschland zu fragen. In fünf Längsschnitten boten Philipp Gassert, Andreas Etges, Stormy-Annika Mildner, Michael Hochgeschwender sowie Reinhild Kreis und Jan Logemann im Oktoberheft 2020 einen problemorientierten Überblick über die Geschichte der deutsch-amerikanischen Beziehungen seit 1945 und setzten so auch einen Orientierungsrahmen für die aktuelle Debatte. Am Montag, 16. November 2020, diskutierten Philipp Gassert, Andreas Etges, Stormy-Annika Mildner und Jan Logemann – moderiert von Andreas Wirsching und Thomas Schlemmer – im Licht des jüngsten Wahlergebnisses über das transatlantische Verhältnis und seine Perspektiven. Die Veranstaltung fand digital in Form eines Zoom-Webinars statt; die Aufzeichnung ist auf VfZ-Online verfügbar:

<https://www.ifz-muenchen.de/vierteljahrshefte/podium-zeitgeschichte/>

... von der Redaktion betreut (September–Oktober 2020)

Die Redaktion der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte arbeitet seit 2003 im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München–Berlin mit dem Rezensionjournal *sehpunkte* zusammen. Diese Kooperation findet nicht nur in den *sehpunkten* ihren Niederschlag, sondern auch in den Vierteljahrsheften selbst: In jedem Heft werden die von der Redaktion angeregten und betreuten Rezensionen angezeigt, die in den Monaten zuvor in den *sehpunkten* erschienen sind.

Omri Boehm, *Israel – eine Utopie*, Berlin 2020.

Rezensiert von: Tamar Amar-Dahl (Berlin) in sehpunkte 20 (2020), Nr. 9

www.sehpunkte.de/2020/09/34687.html

Michael Borchard u. a. (Hgg.), *Entspannung im Kalten Krieg. Der Weg zum Moskauer Vertrag und zur KSZE*, Graz 2020.

Rezensiert von: Bernd Rother (Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung, Berlin) in sehpunkte 20 (2020), Nr. 9

www.sehpunkte.de/2020/09/34688.html

Eileen Boris, *Making the Woman Worker. Precarious Labor and the Fight for Global Standards, 1919–2019*, New York 2019.

Rezensiert von: Manuela Rienks (Institut für Zeitgeschichte München–Berlin) in sehpunkte 20 (2020), Nr. 9

www.sehpunkte.de/2020/09/33949.html

Günter Buchstab (Bearb.), Kohl: „Gelassenheit und Zuversicht“. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1980–1983, Düsseldorf 2018.

Rezensiert von: Thomas Schlemmer (Institut für Zeitgeschichte München–Berlin) in sehpunkte 20 (2020), Nr. 9

www.sehpunkte.de/2020/09/33177.html

Jeffrey James Byrne, *Mecca of Revolution. Algeria, Decolonization, and the Third World Order*, New York 2016.

Rezensiert von: Jérónimo L. S. Barbin (Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, Potsdam) in sehpunkte 20 (2020), Nr. 9

www.sehpunkte.de/2020/09/30256.html

Paul Collins / Charles Tripp (eds.), *Gertrude Bell and Iraq. A Life and Legacy*, Oxford 2017.

Rezensiert von: Bernd Lemke (Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, Potsdam) in sehpunkte 20 (2020), Nr. 9

www.sehpunkte.de/2020/09/34132.html

Huw Dylan / David Gioe / Michael S. Goodman, *The CIA and the Pursuit of Security. History, Documents and Contexts*, Edinburgh 2020.

Rezensiert von: Thomas Riegler (Wien) in sehepunkte 20 (2020), Nr. 10

www.sehepunkte.de/2020/10/34603.html

Astrid M. Eckert, *West Germany and the Iron Curtain. Environment, Economy, and Culture in the Borderlands*, New York 2019.

Rezensiert von: Pascal Pawlitta (Institut für Zeitgeschichte München–Berlin) in sehepunkte 20 (2020), Nr. 10

www.sehepunkte.de/2020/10/33950.html

Hagen Fleischer, *Krieg und Nachkrieg. Das schwierige deutsch-griechische Jahrhundert*, Wien / Köln / Weimar 2020.

Rezensiert von: Loukas Lymperopoulos (Hamburg) in sehepunkte 20 (2020), Nr. 10

www.sehepunkte.de/2020/10/34550.html

Swantje Greve, *Das „System Sauckel“. Der Generalbevollmächtigte für den Arbeits-einsatz und die Arbeitskräftepolitik in der besetzten Ukraine 1942–1945*, Göttingen 2019.

Rezensiert von: Daniel Uziel (Yad Vashem / Ben Gurion University) in sehepunkte 20 (2020), Nr. 9

www.sehepunkte.de/2020/09/33327.html

Maddalena Guiotto / Helmut Wohnout (Hgg.), *Italien und Österreich im Mitteleuropa der Zwischenkriegszeit / Italia e Austria nella Mitteleuropa tra le due guerre mondiali*, Wien / Köln / Weimar 2018.

Rezensiert von: Michael Gehler (Hildesheim) in sehepunkte 20 (2020), Nr. 9

www.sehepunkte.de/2020/09/33871.html

Wolfgang Hien, *Die Arbeit des Körpers. Eine kritische Arbeitsgeschichte von der Hochindustrialisierung in Deutschland und Österreich bis zur neoliberalen Gegenwart*, Wien 2018.

Rezensiert von: Sebastian Voigt (Institut für Zeitgeschichte München–Berlin) in sehepunkte 20 (2020), Nr. 9

www.sehepunkte.de/2020/09/34334.html

Jonathan Hogg, *British Nuclear Culture. Official and Unofficial Narratives in the Long 20th Century*, London u. a. 2016.

Rezensiert von: Mathias Häußler (Universität Regensburg) in sehepunkte 20 (2020), Nr. 9

www.sehepunkte.de/2020/09/30550.html

Christian Ingrao, *The Promise of the East. Nazi Hopes and Genocide, 1939–43*, Cambridge / Medford, MA 2019.

Rezensiert von: Alexa Stiller (Universität Bern / University of Oxford) in sehepunkte 20 (2020), Nr. 10

www.sehepunkte.de/2020/10/34371.html

Wolfgang Jäger, *Soziale Bürgerrechte im Museum. Die Repräsentation sozialer Demokratie in neun kulturhistorischen Museen*, Bielefeld 2020.

Rezensiert von: Julian Genten (Friedrich-Meinecke-Institut, Freie Universität Berlin) in sehepunkte 20 (2020), Nr. 10

www.sehepunkte.de/2020/10/34435.html

Wolfgang Jäger, *Soziale Sicherheit statt Chaos. Beiträge zur Geschichte der Bergarbeiterbewegung an der Ruhr*, Essen 2018.

Rezensiert von: Jan De Graaf (Leuven / Bochum) in sehepunkte 20 (2020), Nr. 9

www.sehepunkte.de/2020/09/32860.html

Chen Jian u. a. (eds.), *The Routledge Handbook of the Global Sixties. Between Protest and Nation-Building*, London / New York 2018.

Rezensiert von: Philipp Gassert (Universität Mannheim) in sehepunkte 20 (2020), Nr. 10

www.sehepunkte.de/2020/10/32021.html

Hannah Jonas, *Fußball in England und Deutschland von 1961 bis 2000. Vom Verlierer der Wohlstandsgesellschaft zum Vorreiter der Globalisierung*, Göttingen 2019.

Rezensiert von: Nils Havemann (Historisches Institut, Universität Stuttgart) in sehepunkte 20 (2020), Nr. 10

www.sehepunkte.de/2020/10/34151.html

Nina Kleinöder / Stefan Müller / Karsten Uhl (Hgg.), *„Humanisierung der Arbeit“. Aufbrüche und Konflikte in der rationalisierten Arbeitswelt des 20. Jahrhunderts*, Bielefeld 2019.

Rezensiert von: Jacopo Ciammariconi (Universität Trier) in sehepunkte 20 (2020), Nr. 10

www.sehepunkte.de/2020/10/33909.html

Inga Markovits, *Diener zweier Herren. DDR-Juristen zwischen Recht und Macht*, Berlin 2020.

Rezensiert von: Hermann Wentker (Institut für Zeitgeschichte München–Berlin) in sehepunkte 20 (2020), Nr. 9

www.sehepunkte.de/2020/09/34604.html

Siegfried Mielke / Stefan Heinz, *Alwin Brandes (1866–1949). Oppositioneller – Reformier – Widerstandskämpfer*, Berlin 2019.

Rezensiert von: Jens Becker (Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf) in sehepunkte 20 (2020), Nr. 10

www.sehepunkte.de/2020/10/33579.html

Christian Möller, *Umwelt und Herrschaft in der DDR. Politik, Protest und die Grenzen der Partizipation in der Diktatur*, Göttingen 2020.

Rezensiert von: Tobias Huff (Johannes Gutenberg-Universität, Mainz) in sehepunkte 20 (2020), Nr. 9

www.sehepunkte.de/2020/09/34100.html

Rezensiert von: Sophie Lange (Berliner Kolleg Kalter Krieg am Institut für Zeitgeschichte München–Berlin) in sehepunkte 20 (2020), Nr. 9

www.sehepunkte.de/2020/09/33628.html

Michael Cotey Morgan, *The Final Act. The Helsinki Accords and the Transformation of the Cold War*, Princeton / Oxford 2018.

Rezensiert von: Wilfried von Bredow (Philipps-Universität, Marburg) in sehepunkte 20 (2020), Nr. 10

www.sehepunkte.de/2020/10/32983.html

Markus Nesselrodt, *Dem Holocaust entkommen. Polnische Juden in der Sowjetunion, 1939–1946*, Berlin / Boston 2019.

Rezensiert von: Andrea Löw (Zentrum für Holocaust-Studien am Institut für Zeitgeschichte, München) in sehepunkte 20 (2020), Nr. 10

www.sehepunkte.de/2020/10/33874.html

Xosé M. Núñez Seixas, *Die bewegte Nation. Der spanische Nationalgedanke 1808–2019*, Hamburg 2019.

Rezensiert von: Reiner Tosstorff (Johannes Gutenberg-Universität, Mainz) in sehepunkte 20 (2020), Nr. 10

www.sehepunkte.de/2020/10/33557.html

Martin Rempe, *Kunst, Spiel, Arbeit. Musikerleben in Deutschland, 1850 bis 1960*, Göttingen 2020.

Rezensiert von: Friedemann Pestel (Historisches Seminar, Albert-Ludwigs-Universität, Freiburg/Brsg.) in sehepunkte 20 (2020), Nr. 10

www.sehepunkte.de/2020/10/33845.html

David Rousset, *Das KZ-Universum*, Berlin 2020.

Rezensiert von: Nina Rabuza (München / Berlin) in sehepunkte 20 (2020), Nr. 9

www.sehepunkte.de/2020/09/34472.html

Edith Schriebl, *Versammlung zum Konsens. Der sächsische Landtag 1946–1952*, Ostfildern 2020.

Rezensiert von: Jürgen John (Jena) in sehepunkte 20 (2020), Nr. 10

www.sehepunkte.de/2020/10/34599.html

Richard Smith (ed.), *Britain and the Revolutions in Eastern Europe*, 1989, London / New York 2020.

Rezensiert von: Jost Dülffer (Köln) in sehpunkte 20 (2020), Nr. 9

www.sehpunkte.de/2020/09/33624.html

Katharina Steidl, *Am Rande der Fotografie. Eine Medialitätsgeschichte des Fotogramms im 19. Jahrhundert*, Berlin / Boston 2019.

Rezensiert von: Olaf Kistenmacher (Hamburg) in sehpunkte 20 (2020), Nr. 10

www.sehpunkte.de/2020/10/34698.html

Enric Ucelay-Da Cal / Arnau Gonzàlez i Vilalta / Xosé M. Núñez Seixas (eds.), *El catalanisme davant del feixisme (1919–2018)*, Maçanet de la Selva 2018.

Rezensiert von: Reiner Tosstorff (Johannes Gutenberg-Universität, Mainz) in sehpunkte 20 (2020), Nr. 10

www.sehpunkte.de/2020/10/33557.html

Alexander Vazansky, *An Army in Crisis. Social Conflict and the U.S. Army in Germany, 1968–1975*, Lincoln 2019.

Rezensiert von: Christian Th. Müller (Potsdam) in sehpunkte 20 (2020), Nr. 9

www.sehpunkte.de/2020/09/33754.html

Elizabeth White, *A Modern History of Russian Childhood. From the Late Imperial Period to the Collapse of the Soviet Union*, London u. a. 2020.

Rezensiert von: Yuliya von Saal (Institut für Zeitgeschichte München–Berlin) in sehpunkte 20 (2020), Nr. 9

www.sehpunkte.de/2020/09/34493.html

Rezensionen zu Publikationen des IfZ (September–Oktober 2020):

Thorsten Holzhauser, *Die „Nachfolgepartei“. Die Integration der PDS in das politische System der Bundesrepublik Deutschland 1990–2005*, Berlin / Boston 2019.

Rezensiert von: Till Kössler (Martin-Luther-Universität, Halle-Wittenberg) in sehpunkte 20 (2020), Nr. 9

www.sehpunkte.de/2020/09/33837.html

Petra Weber, *Getrennt und doch vereint. Deutsch-deutsche Geschichte 1945–1989/90*, Berlin 2020.

Rezensiert von: Arnd Bauerkämper (Friedrich-Meinecke-Institut, Freie Universität Berlin) in sehpunkte 20 (2020), Nr. 10

www.sehpunkte.de/2020/10/34332.html

Lutz Raphael, **German Working Environments Between Global Challenges and National Reactions. Perspectives of Contemporary Historiography**

Historical studies on working environments in Germany are experiencing a revival after the running out of the classical social historical and labour movement historical studies on the German industrial age (1880–1970). The new projects are shaped by the upheaval of the present: competing research interests between global and national history, between a radical expansion of the research topic to cover every sort of activity and a concentration on forms of gainful employment. The article makes the case for the innovative potential of a new history of labour as a conceptual history of the present in the fields of gender history, the history of class and inequality, national labour policies, the micro-politics in businesses as well as the knowledge systems of professional environments.

Ruth Nattermann, **Emancipatory Awakening and Antisemitic Persecution. Jewish Women in the Italian Women's Movement, 1914 to 1945**

On the basis of newly accessible sources, the article investigates the experiences of Italian-Jewish feminists between emancipatory awakening and antisemitic persecution. The focus lies on the phase between the beginning of the First World War and 1945. The examination reveals the rising tensions in emancipatory processes between participation, dissociation and anti-Jewish hostility. The marginalisation, the deprivation of rights and persecution during the Fascist dictatorship are explicitly viewed from the perspective of Jewish women. Despite their important influence on the development of the Italian Women's Movement and its distinctly transnational orientation, their emancipation as women as well as Jewesses remained incomplete.

Sorin Radu, **Building the Socialism. The Schools of Cadres and the Party Bureaucracy in Romania – Regional Party School of Timișoara, 1948 to 1973**

The political training of the elites of communist parties, of the party bureaucrats, through schools of cadres is a topic which may enhance our knowledge of the way in which communism worked in the Eastern Block and of the dynamic relationship between state and society. Such an approach allows the researcher to understand the universe of the party apparatus and affords the possibility to generate a more complex profile of this world and, last but not least, to comprehend the internal mechanisms of the ruling party. This is why researching the political and ideological education represents a necessary step for a detailed history of the East-European communism. The article focuses on a partial investigation of the regional Party school of Timișoara in the years 1948–1973, which trained the Party activists and administrative officers – “second-class elites” – politically and ideologically.

René Schlott, **Rejection and Recognition. Raul Hilberg and the Institute for Contemporary History**

In 2017 the publication history of Raul Hilberg's “The Destruction of the European Jews” caused quite a stir, when two expert opinions were published, in which histo-

rians of the Institute for Contemporary History (IfZ) advised against translating the work into German. At the time many important questions remained unanswered, which are now addressed in the present documentation on the basis of new archival finds from the publisher archives of C.H.Beck and Droemer Knaur. Additionally, an exchange of letters has cropped up in the Ino Arndt papers, in which the author of the already known 1980 expert opinion corresponded with the publishing company Darmstädter Blätter about a possible translation of Hilberg's book and pointed towards the connected costs. Thus there are now three known rejections from the IfZ. At the same time other sources show, that Hilberg's work enjoyed appreciation and recognition by the IfZ. The relationship between Hilberg and the Munich Institute thus remains ambivalent.

Dr. Lutz Raphael ist Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Trier (Universitätsring 15, 54296 Trier); Publikationen u. a.: *Imperiale Gewalt und mobilisierte Nation. Europa 1914–1945* (München 2011); als Herausgeber: *Poverty and Welfare in Modern German History* (New York 2017); *Ordnungsmuster und Deutungskämpfe. Wissenspraktiken im Europa des 20. Jahrhunderts* (Göttingen 2018); *Jenseits von Kohle und Stahl. Eine Gesellschaftsgeschichte Westeuropas nach dem Boom* (Berlin 2019); gemeinsam mit Benjamin Zachariah/Brigitta Bernet (Hrsg.), *What's left of Marxism? Historiography and the Possibilities of Thinking with Marxian Themes and Concepts* (Göttingen 2020).



Dr. Ruth Nattermann ist Privatdozentin am Lehrstuhl für Europäische Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts der Ludwig-Maximilians-Universität München (Geschwister-Scholl-Platz 1, 80539 München); Publikationen u. a.: *Jüdinnen in der frühen italienischen Frauenbewegung (1861–1945)*. Biografien, Diskurse und transnationale Vernetzungen (Berlin/Boston 2020); gemeinsam mit Martin Baumeister/Philipp Lenhard (Hrsg.), *Rethinking the Age of Emancipation. Comparative and Transnational Perspectives on Gender, Family, and Religion in Italy and Germany, 1800–1918* (New York/Oxford 2020); *I diari e le agende di Luca Pietromarchi (1938–1940)*. *Politica estera del fascismo e vita quotidiana di un diplomatico romano del '900* (Rom 2009); *Deutsch-jüdische Geschichtsschreibung nach der Shoah. Die Gründungs- und Frühgeschichte des Leo Baeck Institute* (Essen 2004).



Dr. Sorin Radu ist Professor für Neuere und Neueste Geschichte und seit 2019 Rektor der „Lucian Blaga“ University of Sibiu (Bd-ul. Victoriei, Nr. 10, Sibiu, 550024, Rumänien) sowie Vertreter Rumäniens bei der „International Commission for the History of Representative and Parliamentary Institutions“; Publikationen u. a.: gemeinsam mit Oliver Jens Schmitt (Hrsg.), *Politics and Peasants in Interwar Romania. Perceptions, Mentalities, Propaganda*, Cambridge Scholars Publishing (Newcastle upon Tyne 2017); gemeinsam mit Cosmin Budeancă (Hrsg.), *Countryside and Communism in Eastern Europe. Perceptions, Attitudes, Propaganda* (Wien/Zürich/Münster 2016); *Învățământul de partid și școlile de cadre în România comunistă. National and Regional Context* (Iași 2014); gemeinsam mit Hans-Christian Maner (Hrsg.), *Parliamentarism and Political Structures in East-Central and Southeastern Europe in the Interwar Period* (Sibiu 2012); *Romanian Village Halls in the Early*



1950s. Between Cultural and Political Propaganda, in: *The Historical Review* 12 (2015), S. 229–252.



Dr. René Schlott ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung (Am Neuen Markt 1, 14467 Potsdam) und Habilitationsstipendiat der Konrad-Adenauer-Stiftung; Publikationen u. a.: gemeinsam mit Walter H. Pehle (Hrsg.), Raul Hilberg. *The Anatomy of the Holocaust. Selected Works from a Life of Scholarship* (New York 2020); als Herausgeber: Raul Hilberg und die *Holocaust-Historiographie* (Göttingen 2019); gemeinsam mit Walter H. Pehle (Hrsg.), Raul Hilberg, *Anatomie des Holocaust. Essays und Erinnerungen* (Frankfurt a. M. 2016); Raul Hilberg and His „Discovery“ of the Bystander, in: Christina Morina/Krijn Thijs (Hrsg.), *Probing the Limits of Categorization. The Bystander in Holocaust History* (New York 2019), S. 36–51; Raul Hilberg (1926–2007). Eine jüdische Biografie im 20. Jahrhundert, in: *Jahrbuch des Simon-Dubnow-Instituts* 16 (2017), S. 419–440.

VfZ-Online

Auf unserer Homepage (www.ifz-muenchen.de/vierteljahrshefte/) finden Sie – zum Teil auch in englischer Sprache:

- die Vorschau auf das kommende Heft (auch als ToC Alert abonnierbar),
- Informationen über das *German Yearbook of Contemporary History*,
- das Forum mit Diskussionsbeiträgen zu aktuellen Aufsätzen u. a.,
- die Dokumentationen (Video und Transkript) der Veranstaltungen im Rahmen des „Podiums Zeitgeschichte“,
- die Videokolumne „Rückblicke“ mit Re-Lektüren älterer Beiträge,
- Informationen zu den *sehspunkten*, der Aldersbacher Schreib-Praxis etc.,
- das offene Heftarchiv der VfZ mit allen Ausgaben seit 1953 (Moving Wall: fünf Jahre) sowie den Zugang zum kostenpflichtigen elektronischen VfZ-Angebot beim Verlag De Gruyter Oldenbourg,
- Hinweise zu Abonnement und Einzelverkauf,
- Informationen zu Profil sowie Herausbergremium und Redaktion und nicht zuletzt
- aktuelle Informationen zu den vielfältigen Themen rund um die VfZ.

Informationen für Autorinnen und Autoren

www.ifz-muenchen.de/vierteljahrshefte/neue-vfz-manuskripte/

Begutachtungsverfahren

Die *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* sind eine referierte Zeitschrift, deren Beiträge in der Regel ein dreistufiges Begutachtungsverfahren zur Qualitätssicherung durchlaufen: Nach einer Sichtung und Bewertung der anonymisierten Beiträge durch die Redaktion werden externe Gutachten im In- und Ausland eingeholt (*Double Blind Peer Review*). Dann entscheiden Herausbergremium und Redaktion nach eingehender Diskussion über die Veröffentlichung. Die entsprechenden Sitzungen finden dreimal im Jahr (Frühling, Sommer und Herbst) statt.

The *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* are a refereed journal. For quality control purposes, contributions as a rule run through a three step evaluation process: After review and assessment of the anonymised contributions by the editorial staff, external domestic and foreign expertises are obtained (*Double Blind Peer Review*). On this basis and after thorough debate, the chief editors and editorial staff decide on publication. Editorial meetings take place three times per year – in spring, summer and autumn.